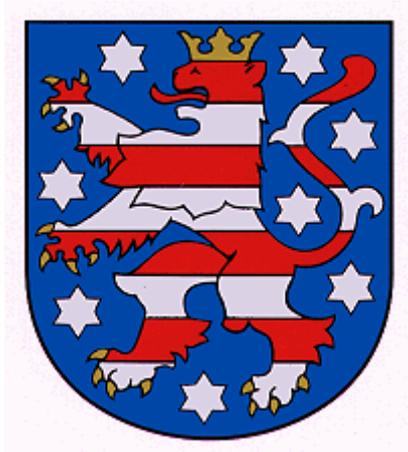


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2010

Michael Edinger • Daniel Gerstenhauer • Karl Schmitt

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	6
I. Einleitung	7
II. Thüringen: Die Wahrnehmung eines neuen Bundeslandes im Zeitverlauf	13
III. Altersstruktur und Generationenverhältnis im Wandel	19
IV. Alt und Jung in Thüringen: Werte – Wahrnehmungen – Präferenzen	31
1. Wertorientierungen der Generationen	31
2. Kontakte und Bindungen zwischen den Generationen	36
2.1. Die Solidarität zwischen den Generationen im familiären Bereich	37
2.2. Kontakte der Generationen im außerfamiliären Bereich	44
3. Selbstverständnis der Generationen und wechselseitige Wahrnehmungen	46
4. Generationenpolitik – Politik im Spannungsfeld der Generationen	53
5. Zwischenresümee	65
V. 20 Jahre nach dem Mauerfall: Wahrnehmungen der Demokratie	67
1. Politische Orientierungen: Demokratie in den Mühen der Ebene	67
1.1. Stellenwert von Politik	67
1.2. Bewertung der Demokratie als Idee und Praxis	74
1.3. Institutionenvertrauen	76
1.4. Die Parteien: Skepsis und Bindung	79
2. Demokratische Teilhabe: das politische Engagement	84
3. Rechtsextreme Orientierungen und ihre Determinanten	89
VI. Fazit	98
Literatur	103
Anhang: Tabellarische Übersichten	

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Positive Einschätzung des Lebens in Thüringen für Jüngere, Ältere und Familien mit Kindern – durch die jüngste und die älteste Alterskohorte sowie durch Befragte mit Kindern	14
Abb. 2:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen (AWL) und der individuellen finanziellen Lage (IFL) in der Wahrnehmung von Männern und Frauen, 2000-2010	16
Abb. 3:	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen im Vergleich zu der in den anderen ostdeutschen Ländern 2000 bis 2010	18
Abb. 4a/b:	Bevölkerungsentwicklung in Thüringen	20
a)	Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene, 1988 bis 2008	20
b)	Wanderungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge, 1988 bis 2008	21
Abb. 5:	Anteile der Altersgruppen an der Thüringer Bevölkerung und Altenquotient, 1981-2020	23
Abb. 6:	Altersaufbau an der Thüringer Bevölkerung nach Männern und Frauen, 2005 und 2020	24
Abb. 7:	Erwerbsquoten nach Altersgruppen in Thüringen, 1991 bis 2008	26
Abb. 8:	Verteilung der Thüringer Haushalte nach Haushaltsgröße, 1991 bis 2008	27
Abb. 9:	Eheschließungen und Ehescheidungen in Thüringen, 1988 bis 2008	29
Abb. 10:	Wertpräferenzen nach Altersgruppen, 2001 und 2010	33
Abb. 11:	Erziehungsziele im Generationenvergleich	35
Abb. 12:	Eltern mit intensivem Kontakt zu ihren außerhalb des Haushalts lebenden Kindern	41
Abb. 13:	Kontakte zu Menschen anderer Generationen nach Bereichen	45
Abb. 14:	Vergleich der eigenen Generation mit der Generation, die zur gleichen Zeit in Westdeutschland groß geworden ist: eigene Generation hat es schwerer gehabt	50
Abb. 15:	Positive Einschätzung des Generationenverhältnisses nach Alter	51
Abb. 16:	Aussagen zum Generationenverhältnis	52
Abb. 17:	Optionen zur Finanzierung der Rente, 2006 und 2010	56
Abb. 18:	Zufriedenheit mit verschiedenen Infrastruktureinrichtungen	61
Abb. 19:	Mit Infrastruktureinrichtungen Zufriedene* nach Ortsgröße	62
Abb. 20:	Ablehnung von Wohnformen im Alter: Älteste Kohorte und Jüngere im Vergleich	64

Abb. 21:	Wahlbeteiligung in Thüringen 1990-2009	68
Abb. 22:	Politisches Interesse 2002-2010	70
Abb. 23:	Starkes politisches Interesse nach Alter und Bildung 2010	71
Abb. 24:	Politisches Wissen: Der neue Fünf-Parteien-Landtag	72
Abb. 25:	Politisches Interesse, Wissen und Kompetenz nach Häufigkeit politischer Gespräche im Elternhaus	74
Abb. 26:	Demokratieunterstützung nach Ebenen 2001-2010	75
Abb. 27:	Vertrauen auf Institutionen 2000-2010	77
Abb. 28:	Vertrauen auf Institutionen nach Parteineigung	78
Abb. 29:	Parteineigung 2010	80
Abb. 30:	Stärke der Parteineigung nach Parteien	81
Abb. 31:	Parteineigung nach Alter 2010	82
Abb. 32:	Mitarbeit in Parteien und positives Parteienbild nach Alter 2010	83
Abb. 33:	Formen politischer Partizipation 2010	85
Abb. 34:	Intensität legaler politischer Partizipation nach Typen demokratiebezogener Einstellungen 2010	86
Abb. 35:	Intensität legaler politischer Partizipation nach politischem Interesse und Beeinflussbarkeit von Regierungshandeln 2010	87
Abb. 36:	Legale und illegale politische Partizipation nach Alter 2010	88
Abb. 37:	Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus im Zeitverlauf	91
Abb. 38:	Rechtsextremismus im Zeitverlauf (2001-2010): Harter Kern und Befragte mit nicht verfestigten rechtsextremen Einstellungen	92
Abb. 39:	Rechtsextremismus in den Thüringer Regionen	93
Abb. 40:	Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung	94
Abb. 41:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Affinität und Bewertung der Responsivität des politischen Systems	95
Abb. 42:	Rechtsextremismus und Bereitschaft zu legaler und illegaler politischer Partizipation sowie zu politisch motivierter Gewalt	96

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Verbundenheit mit Partner/-in und mit Familienangehörigen anderer Generationen	39
Tab. 2:	Regelmäßige Unterstützungsleistungen der Generationen füreinander	42
Tab. 3:	Einschätzung der eigenen Generation im Vergleich zu anderen nach Altersgruppen	48
Tab. 4:	Wahrgenommenes Repräsentationsdefizit und tatsächliche Repräsentation von Altersgruppen im Thüringer Landtag und in der Landesregierung	54
Tab. 5:	Bewertung familien- und bildungspolitischer Maßnahmen nach Alter, Geschlecht und minderjährigen Kindern im Haushalt	59
Tab. 6:	Politisches Wissen: Die Parteien im Thüringer Landtag	73
Tab. 7:	Typen demokratiebezogener Einstellungen (Haupttypen) 2001-2010	76
Tab. 8:	Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items 2010 im Vergleich	90

Vorwort

Mit der vorliegenden Studie feiert der THÜRINGEN-MONITOR ein Jubiläum, das im vereinigten Deutschland beispiellos ist: Zum zehnten Mal seit dem Jahr 2000 werden zentrale Aspekte der politikbezogenen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger dokumentiert und wissenschaftlich analysiert. Damit bietet der THÜRINGEN-MONITOR eine einzigartige Bestandsaufnahme zur Entwicklung der regionalen politischen Kultur im Freistaat während eines gesamten Jahrzehnts: der zweiten Dekade Thüringens als eines Landes im föderalen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland. Wie in den Vorjahren stellt diese Dauerbeobachtung der politischen Orientierungen der Thüringerinnen und Thüringer jenen Hauptteil der Studie dar, der Erkenntnisse über Kontinuität und Wandel ermöglicht. Sie wird 2010 wiederum durch die Ausführungen zu einem jährlich wechselnden Schwerpunktthema ergänzt, das den anderen Hauptteil des Berichts ausmacht. In der Kombination beider Teile stehen den Lesern aktuelle Informationen und Analysen zur Verfügung, die den politischen Entscheidungsträgern im Freistaat zugleich als Grundlage für ihre Arbeit dienen können.

Das Schwerpunktthema des Jahres 2010 ist ebenso alltagsnah wie komplex: Die *Beziehungen der Generationen* bestimmen in vielfältiger Weise unser persönliches Leben, das *Verhältnis der Generationen* alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche. Entsprechend vielfältig sind die Bezüge zu früheren Schwerpunkten des THÜRINGEN-MONITORS, wobei am stärksten an den 2006 untersuchten demografischen Wandel angeknüpft werden kann. Eine thematische Nähe besteht aber auch zur Familienpolitik (2002) und zu den sozialpolitischen Themen (Reform des Sozialstaats, 2004; Soziale Marktwirtschaft, 2008). Eher punktueller Natur sind die Bezüge zu den dezidiert politischen Schwerpunkten der vergangenen Jahre (Rechtsextremismus, 2000; Jugend und Politik 2001; Einstellungen zur Demokratie, 2003) sowie zur deutschen Einheit (2005) und zur Bildungspolitik (2007).

Wie in den vergangenen Jahren liegt der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Befragung zugrunde – mit den folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 11. bis 30. Januar 2010
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter wahlberechtigten Thüringern
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße
- Fehlertoleranz: etwa 2 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5)
etwa 4 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen sind in dem gesonderten Tabellenteil dokumentiert. Für Prozentangaben im Text gilt wie üblich, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Die Autoren danken dem Meinungsforschungsinstitut „aproxima“ in Weimar und namentlich Herrn Dr. Henry Kreikenbom und Frau Selina Recke für die gute Zusammenarbeit. Der Dank geht ferner an Frau Katja Salomo für die Datenaufbereitung.

Jena, im Mai 2010

I. Einleitung

Mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen etwa für die sozialen Sicherungssysteme oder öffentliche Infrastruktureinrichtungen haben der Begriff der Generationen und das Thema des Generationenverhältnisses in den vergangenen Jahren eine ungeahnte publizistische Konjunktur erfahren. Die massenmediale Darstellung hebt dabei oftmals auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Spannungen und Konflikte zwischen den Generationen ab. Zahlreiche Buchtitel und eine Fülle öffentlicher Stellungnahmen von Publizisten, Politikern und vereinzelt auch von Wissenschaftlern verstärken den Eindruck, ein „Kampf der Generationen“ (Gronemeyer 2004) drohe oder sei bereits im Gang. Bezeichnenderweise kommen selbst moderierende Debattenbeiträge ohne plakative Formeln wie die vom „Aufstand der Jungen“ (Gründinger 2009) kaum mehr aus.

Jenseits derart reißerischer Übertreibungen und der ausufernden Kriegsmetaphorik in journalistischen Beiträgen zum Thema (Beispiele bei Gründinger 2009: 7f.; kritisch Bräuniger/Langer/Lüscher 1998) ist in der Sache ein gesteigertes Interesse daran zu erkennen, wie sich das Zusammenleben von verschiedenen Generationen in einer modernen Gesellschaft gestaltet, welchen Herausforderungen intergenerationale Beziehungsmuster und Austauschverhältnisse in Zeiten beschleunigten sozialen und ökonomischen Wandels ausgesetzt sind und wie damit verknüpfte Probleme bewältigt werden können (Künemund/Szydlík 2009). Den Ausgangspunkt diesbezüglicher Überlegungen bildet die ebenso simple wie folgenreiche Erkenntnis, dass sich Gesellschaft zuallererst über die Generationenfolge und die Interaktion von Generationen konstituiert. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Lebensalters stellt insofern eine universelle Konstante dar, während die Ausgestaltung der Beziehungen und des Verhältnisses zwischen den Generationen in der historischen Entwicklung und im Vergleich der Kulturen stark variiert.

Letztlich werden zwischen den Generationen unabdingbare Reproduktions- und Sozialisationsleistungen erbracht. Der zentrale soziale Ort dafür ist traditionell die Familie, jedoch sind manche für die gesellschaftliche Integration insbesondere der nachwachsenden Generationen wesentliche Aufgaben teilweise oder vollständig an spezifische gesellschaftliche Subsysteme (z.B. das Bildungs- oder Gesundheitswesen) delegiert worden. Wie Menschen verschiedenen Lebensalters, in diversen Lebensphasen und mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen in die Gesellschaft eingebunden sind, hat großen Einfluss auf die Qualität des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Massive Konflikte zwischen Generationen können zu sozialen, kulturellen und/oder politischen Umbrüchen führen, wie dies in der alten Bundesrepublik etwa bei den Studentenunruhen der Fall war.

Damit ist jedoch nur eine, nämlich die kollektive oder gesellschaftliche Seite des Generationenverhältnisses erfasst. Für das *Individuum* sind Generationen elementare soziale Bezüge und zeitliche Strukturen, die identitätsbildend wirken. Diese Identitätsbildung erfolgt immer in dem Doppelbezug von Zugehörigkeit zur eigenen Generation und der unter dem Konzept der „Generationendifferenz“ verhandelten Abgrenzung zu anderen Generationen. Schäfer formuliert kann die Herausbildung einer Identität nur erfolgen und damit soziale Handlungskompetenz nur dann erworben werden, wenn intergenerative Transfers und Vermittlungsprozesse (Weitergabe von Erfahrungswissen, materielle Versorgung usw.) gewährleistet sind. Faktisch ist die Lebensrealität der meisten Menschen ohnehin durch multigenerative Beziehungsmuster geprägt. Aus der multigenerativen Einbindung können Rollen-

konflikte hervorgehen (etwa bei gleichzeitigen Erziehungsleistungen gegenüber der jüngeren und Pflegeleistungen gegenüber der älteren Generation), die womöglich auch die vielfach konstatierten Ambivalenzen in den Generationenbeziehungen (Lettke/Lüscher 2002) bedingen oder zumindest verstärken.

Ob auf Grund der Generationenzugehörigkeit und ihrer mutmaßlich prägenden Wirkungen bereits eine „Generationenidentität“ zu postulieren bzw. davon auszugehen ist (so Lüscher/Liegle 2003: 59f.), dürfte unterschiedlich beurteilt werden. Da in modernen Gesellschaften vielfältige Identitätsangebote bestehen und die Identitätsbildung letztlich in aktiver Auseinandersetzung des Individuums mit seiner sozialen Umwelt erfolgt, lässt sich die Frage, ob und in welchem Maße eine Generationenidentität ausgebildet wird, nur empirisch beantworten. Unabhängig davon, welche Position man zur Generationenidentität einnimmt, ist mit der einschlägigen Forschung davon auszugehen, dass das Generationenkonzept die Funktion hat, Individuen oder auch kollektive Akteure „hinsichtlich ihrer sozial-zeitlichen Positionierung in einer Gesellschaft, einem Staat, einer sozialen Organisation oder einer Familie zu charakterisieren (...)“ (Lüscher/Liegle 2003: 59).

Im öffentlichen Sprachgebrauch finden weitgehend unreflektiert unterschiedliche Generationenbegriffe Anwendung. Die freigiebige Vergabe des Generationenetiketts zur Kennzeichnung spezifischer gesellschaftlicher Gruppen bzw. kultureller oder technischer Modeerscheinungen, wie sie in Buch- oder Beitragstiteln wie „Generation X“ (Coupland 1998) oder „Generation Praktikum“ (Stolz 2005) zum Ausdruck kommt, ist einer wissenschaftlichen Begriffsbildung und damit auch einer systematischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand eher hinderlich. Die Popularität des Generationenthemas ergibt sich aus seinen ausgeprägten lebensweltlichen Bezügen: Der Umgang zwischen den Generationen gehört zu den Alltagserfahrungen der meisten Menschen und lässt die Beschäftigung mit den intergenerationalen Beziehungen interessant erscheinen. Eine weitere Sensibilisierung der Öffentlichkeit dürfte durch die verschiedentlich entlang der Konfliktlinie Jung-Alt verlaufenden Debatten über den Umbau des Sozialstaats bewirkt worden sein.

Angesichts der vielfach aufgezeigten und ebenso häufig beklagten Vieldeutigkeit und Mehrdimensionalität des Generationenbegriffs (beispielhaft Höpflinger 2008: 20-22) sollen hier drei verbreitete Verwendungsweisen unterschieden und später für die Zwecke der empirischen Analyse (Kap. IV) fruchtbar gemacht werden: (a) der familiäre Generationenbegriff, (b) die sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliche Lesart von Generationen und schließlich (c) das an konzeptionelle Überlegungen Karl Mannheims anknüpfende Verständnis der Generation als einer Art Schicksalsgemeinschaft (ähnlich Philipp/Mayer 2007). Mit dieser Typologie verbindet sich kein Anspruch auf vollständige Erfassung der möglichen Lesarten von Generationen, die wichtigsten Verwendungsweisen dürften mit diesen drei Begriffsfacetten aber erfasst sein.¹

(a) Der *familiäre Generationenbegriff*, der alltagssprachlich am weitesten verbreitet sein dürfte, bezieht sich auf die familiär-verwandtschaftlichen Beziehungen und damit auf die genealogische Abfolge zwischen unterschiedlichen Generationen. Damit geraten die innerfamiliäre Sozialisation und die sozialen Austauschprozesse zwischen Enkeln, Eltern und

1 Der oftmals zusätzlich angeführte pädagogische Generationenbegriff (etwa bei Höpflinger 2008: 25f.) gilt heute in seiner ursprünglichen Gegenüberstellung von erziehender und lernender Generation als überholt und ist durch das breitere Konzept des Generationenlernens (Lüscher/Liegle 2003: 171-199) abgelöst worden, dem erhebliche Relevanz zukommt. Da hier jedoch weder auf das Verhältnis der Generationen in Bildungseinrichtungen noch auf die innerfamiliären Lernprozesse eingegangen wird, kann diese Lesart des Generationenbegriffs hier unberücksichtigt bleiben.

Großeltern in den Blickpunkt. Dabei haben sich im Laufe des vergangenen Jahrhunderts gravierende Veränderungen in den Rahmenbedingungen und Strukturmustern familiären Lebens ergeben, die stichwortartig mit der Dominanz der Kleinfamilie, einer gestiegenen sozialen und regionalen Mobilität (und im Ergebnis: multilokalen und sozial heterogener zusammengesetzten Familien) und einer Pluralisierung der Lebensformen umrissen werden können (vgl. zum Thema auch TM 2002: 32-41). Hinzu kommt eine menschengeschichtlich neuartige Situation, die aus der gestiegenen Lebenserwartung resultiert: eine relativ lange gemeinsame Lebensspanne familialer Generationen. Von vorrangigem Interesse ist dabei, wie sich diese Prozesse sozialen Wandels auf die innerfamiliären Generationenbeziehungen ausgewirkt haben.

(b) Der *gesellschaftlich-sozialstaatliche Generationenbegriff* ist losgelöst von familiären Zusammenhängen und verweist in seiner allgemeinen Form auf soziale Gruppen, die sich nach ihrem Alter und ihrer damit verknüpften Position im Sozialgefüge von anderen unterscheiden. Charakteristisch für solche gesellschaftlichen Gruppen sind Gemeinsamkeiten in den Lebenslagen, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Geburtskohorte ergeben, also etwa ein kollektiv im Vergleich zu anderen Altersgruppen besserer Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Bildungszertifikaten. Insoweit die Lebenslagen der gesellschaftlich-sozialstaatlichen Generationen nicht nur anders, sondern zugleich mit unterschiedlichen Zugangs- und Partizipationschancen verknüpft sind, werden Aspekte der Generationengerechtigkeit berührt.

Dass solche Fragen der Generationengerechtigkeit virulent werden können, setzt die Entstehung staatlicher Sozialsysteme voraus, wie sie spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg in allen westlichen Gesellschaften in unterschiedlicher Ausformung bestehen – und die vormaligen innerfamiliär erbrachten Sicherungsleistungen zum Teil ersetzt haben. In der Bundesrepublik Deutschland speziell haben sich mit der Herausforderung des weitgehend umlagebasierten Wohlfahrtsregimes (Stichwort: Generationenvertrag) durch andauernd hohe Arbeitslosigkeit und demografische Veränderungen sogenannte wohlfahrtsstaatliche Generationen herausgebildet (Leisering 2000). Für diese werden oftmals generalisierende Umschreibungen wie „Ältere“ oder „Jüngere“ (neuerdings zusätzlich: „Sandwich-Generation“; Borchers 1997) gebraucht, denen spezifische gemeinsame Interessen, Wahrnehmungen und Erwartungen bezüglich sozialstaatlicher Leistungen zugeschrieben werden. In diesem Kontext ergeben sich Fragen nach der Beschaffenheit derartiger Erwartungen und ihren Auswirkungen auf die Einschätzung des Generationenverhältnisses.

(c) Ein gleiches Geburtsjahr und auch gemeinsame altersgruppenspezifische Interessenlagen allein schaffen aber noch kein gemeinsames Bewusstsein und keine gleichartigen Einstellungen. Eine solche „Generationeneinheit“, wie sie Mannheim (1928) einst bezeichnet hat, liegt erst dann vor, wenn zwei weitere Momente hinzukommen: erstens die gleichartige (objektive und subjektive) Betroffenheit von einschneidenden historischen Ereignissen, wie sie im Begriff der Schicksalsgemeinschaft zum Ausdruck kommt, und zweitens damit in Verbindung stehende gemeinsame Orientierungen, die dann auch handlungsleitend werden. Ein solcher, *auf gemeinsame Schlüsselerlebnisse und Bewusstseinslagen abhebender Generationenbegriff*² liegt – jedenfalls dem Ansatz nach – Etiketten wie „Nachkriegsgeneration“ oder „68er-Generation“ zugrunde. Unabhängig davon, ob etwa von „der“ 68er-Generation überhaupt gesprochen werden kann, ist mit diesem umfassenden Generationenbegriff die Frage verbunden, ob sich unter den Bedingungen einer weit fortgeschrittenen

2 Es ist bezeichnend, dass Mannheim (1928: 171-174) sein Generationenkonzept im expliziten Vergleich zum Konzept der Klasse entwickelt und auch terminologisch eine Analogie herstellt („Klassenlage“ – „Generationslagerung“).

Individualisierung von Lebensformen überhaupt generationenspezifische Bewusstseinslagen auffinden lassen und, wenn dem so sein sollte, worin die Unterschiede zwischen den Generationen bestehen.

Wenn im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR das Verhältnis der Generationen nicht nur – wie bereits in früheren Jahren – punktuell aufgegriffen wird, sondern im Zentrum des Schwerpunktteils steht (Kap. IV), dann soll diesen unterschiedlichen Lesarten des Generationenbegriffs Rechnung getragen werden. Folglich sind die empirischen Analysen so angelegt, dass sie Erkenntnisse zu allen drei Generationenbegriffen bzw. zu mit diesen verknüpften Problemstellungen versprechen. Damit aber diese auf den subjektiven Wahrnehmungsmustern und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger beruhenden Erkenntnisse sinnvoll interpretiert werden können, gilt es zunächst in knapper Form jene Veränderungen zu dokumentieren, die sich seit 1990 hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur, der Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Lebensformen ergeben haben (Kap. III). Für das Sozialgefüge Thüringens haben diese Veränderungen als Teil des gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses nach der deutschen Einheit den Charakter markanter Zäsuren gehabt. Konkret ermöglicht diese auf die amtliche Statistik gestützte Bestandsaufnahme zumindest für ausgewählte Felder des Generationenverhältnisses einen Abgleich von objektiven Entwicklungsverläufen und subjektiven Einstellungen der Befragten.

Bei der empirischen Untersuchung des Generationenverhältnisses können die drei Lesarten des Generationenbegriffs nicht gleichgewichtig berücksichtigt werden. Dies ist schon deswegen ausgeschlossen, weil die Differenzierung zwischen Alters-, Kohorten- und Periodeneffekten eine längsschnittliche Analyse verlangen würde, also die wiederholte Befragung der Interviewpartner zu verschiedenen, möglichst weit auseinander liegenden Zeitpunkten. Darüber hinaus liegt es mit Blick auf die Verknüpfung des Generationenthemas mit der Dauerbeobachtung der politischen Kultur in Thüringen nahe, einen starken Akzent einerseits auf das sozialstaatliche Verständnis von Generationen, andererseits auf die familiären Aspekte zu legen.

Die Analyse setzt jedoch mit Ausführungen zu den grundlegenden generationenbezogenen Einstellungen ein: zu Wertorientierungen und Erziehungszielen im Vergleich der familialen Generationen (Kap. IV.1). Diese Untersuchung erlaubt nicht nur Aussagen zu den Veränderungen innerfamiliärer Beziehungen, sondern kann auch klären, ob Generationen nach spezifischen Werthaltungen zu unterscheiden sind. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass Werte und Erziehungsziele Unterschiede in den familiären Beziehungen, vor allem nach dem Auszug der Kinder aus dem elterlichen Haushalt, bedingen.

Der Generationenzusammenhalt steht im Zentrum des darauf folgenden Abschnitts, dessen Schwerpunkt auf dem familiären Bereich liegt (Kap. IV.2.1). Verhandelt werden hier wesentliche Aspekte des innerfamiliären Zusammenhalts: die Dichte und Reichweite der emotionalen Bindungen der Familienmitglieder untereinander (affektive Solidarität), ihre Kontakte und Begegnungen (assoziative Solidarität) und die wechselseitigen Unterstützungsleistungen (funktionale Solidarität). Auch wenn der Fokus dabei auf den Beziehungen zwischen Kindern und Eltern einerseits und Eltern und Großeltern andererseits liegt, werden gezielt auch die Verbindungen zwischen den nicht unmittelbar aufeinander folgenden Generationen berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der in der Literatur geführten Debatten über eine Generationensegregation, also die räumliche und lebensweltliche Trennung der Generationen im außerfamiliären Bereich, erstreckt sich die Analyse auch auf die außerfamiliären Kontakte zwischen Älteren und Jüngeren sowie (Kap. IV.2.2).

Ausführlich setzt sich der THÜRINGEN-MONITOR 2010 dann mit den gesellschaftlichen und politischen Aspekten des Generationenverhältnisses auseinander (Kap. IV.3 und IV.4). Untersuchungsleitend sind dabei zwei Perspektiven: Erstens wird den intergenerationalen Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei der Bewertung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse und den Einschätzungen des Generationenverhältnisses in Deutschland nachgegangen. Zweitens richtet sich die Aufmerksamkeit auf etwaige Spannungslinien zwischen Jüngeren und Älteren. Dabei interessiert vorwiegend, ob generationsbezogene Konflikte überhaupt wahrgenommen werden und ob sie die Bewertung von Maßnahmen zur Reform des Sozialstaats beeinflussen.

Der Darstellung der Bedürfnisse und Erwartungen (mutmaßlich) wohlfahrtsstaatlicher Generationen ist die Analyse des Generationenbewusstseins vorangestellt (Kap. IV.3). Dabei wird – in der Terminologie Mannheims – nach der Generationeneinheit gesucht, also nach den durch das Aufwachsen zur gleichen Zeit und ähnliches historisches Erleben begründeten und subjektiv empfundenen Gemeinsamkeiten mit Altersgenossen. Anhaltspunkte dafür lassen sich einerseits anhand der wahrgenommenen Unterschiede zu anderen Generationen, andererseits auf Grund gleichartiger Einstellungen zu den Generationenbeziehungen gewinnen (Kap. IV.3).

Auf das Verhältnis der Generationen bezogene Einstellungen und Präferenzen bilden den Gegenstand des „Generationenpolitik“ betitelten Unterkapitels IV.4. Es widmet sich den Positionen von Älteren und Jüngeren zu Maßnahmen in zwei ausgewählten Politikfeldern: der Rentenpolitik und der Familienpolitik. Damit wird wiederum auf die wohlfahrtsstaatlichen Generationen und die zwischen diesen verlaufenden Spannungslinien abgehoben. In der Analyse gilt es zu klären, wie sehr die generationenspezifischen Interessenlagen wahrgenommen und daraus Interessenkonflikte bei der sozialstaatlichen Umverteilung abgeleitet werden. Unterschiede zwischen den Generationen einerseits und Generationensolidarität andererseits markieren denn auch die Pole, mit Blick auf die im Zwischenresümee nach der Relevanz der drei Lesarten von Generationen gefragt wird (Kap. IV.5).

Wie in allen vorausgegangenen Jahren analysiert der THÜRINGEN-MONITOR auch 2010 über die Behandlung des Schwerpunktthemas hinaus zentrale Aspekte der politischen Kultur im Freistaat. Erstmals steht dafür eine Messzeitreihe zur Verfügung, die sich über ein ganzes Jahrzehnt erstreckt. Diese erlaubt fundierte Aussagen über Beständigkeit und Wandel politik- und im Besonderen demokratiebezogener Einstellungen. Diese stehen auf Grund ihrer herausgehobenen Bedeutung am Anfang der Untersuchung und umfassen sowohl die unmittelbare Demokratiebewertung als auch das Institutionenvertrauen und die Wahrnehmung politischer Parteien (Kap. V.1).

Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist bekanntlich nicht allein auf die stillschweigende Akzeptanz ihrer Bürger angewiesen, sondern sie bedarf darüber hinaus der aktiven politischen Partizipation. Über deren Entwicklung, differenziert nach sporadischem und dauerhaften, institutionalisiertem und eher unkonventionellem Engagement, gilt es daher Auskunft zu geben (Kap. V.2). Dabei erfahren die Wahlen als konstitutives Moment demokratischer Teilhabe in diesem Jahr größere Aufmerksamkeit. Dies liegt nicht zuletzt deswegen nahe, weil die während der vergangenen beiden Jahrzehnte gesunkene Wahlbeteiligung mitunter als Krisensymptom gewertet worden ist und zudem wegen der überproportionalen Wahlbeteiligung älterer Kohorten mit eingeschränkten Repräsentationsleistungen in Verbindung gebracht wird.

Gerade vor diesem Hintergrund werden auch 2010 – in Fortführung der etablierten Praxis aus den vergangenen Jahren – wieder jene Einstellungen, die eine Abkehr von der Demokratie erkennen lassen, gesondert analysiert und auf ihre Bestimmungsfaktoren hin untersucht. Den

Kern bildet hier einmal mehr das rechtsextreme Einstellungssyndrom (Kap. V.3), dessen sozialwissenschaftliche Erkundung vor genau 10 Jahren den Anstoß für den THÜRINGEN-MONITOR gegeben hatte.

Wie in den bisherigen Studien des THÜRINGEN-MONITORS geht den beiden Hauptteilen – der Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema und der politischen Dauerbeobachtung – ein kurzes Kapitel voraus, das den Wahrnehmungen Thüringens durch seine Bürger gewidmet ist. An diesem bewährten Aufbau soll auch 2010 festgehalten werden, trägt der THÜRINGEN-MONITOR seinen Namen doch nicht zufällig. Vielmehr ist es sein Kernanliegen, die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat zu analysieren. Dieser ausgewiesene Landesbezug ist eines seiner Alleinstellungsmerkmale unter den zahlreichen Repräsentativbefragungen in Gesamtdeutschland zu politischen Fragestellungen.

II. Thüringen: Die Wahrnehmung eines neuen Bundeslandes im Zeitverlauf

Wenn sich in wenigen Monaten zum 20. Mal der Tag der Neubegründung des Landes Thüringen jährt, werden seine Bewohner auf eine in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte und zugleich schwierige Gründungsphase zurückblicken (für einen Überblick über ausgewählte Aspekte der Entwicklungen zwischen 1990 und 2010 siehe Kap. III). Die subjektiven Bilanzen werden dabei – das liegt in der Natur der Sache – sehr unterschiedlich ausfallen. Einig sind sich die Thüringerinnen und Thüringer jedoch seit jeher in der Wertschätzung des eigenen Landes. Bereits die früheren Untersuchungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS haben ein sehr positives Thüringen-Bild ergeben und lassen keinen Zweifel daran, dass das noch junge Land fest im Bewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger verankert ist – angesichts der bereits in den 1950er Jahren erfolgten Abschaffung der Länder in der DDR kein selbstverständlicher Befund.

Über Jahre hinweg hat eine deutliche Mehrheit der Befragten zum Ausdruck gebracht, dass man in Thüringen gut oder sehr gut leben kann; zuletzt waren es etwa 60 Prozent (TM 2008: 11). Anders als in den Vorjahren sind die Menschen in Thüringen bei der Erhebung 2010 nicht um ihre persönliche Einschätzung gebeten worden, sondern darum, die Attraktivität Thüringens für unterschiedliche Personengruppen einzuschätzen. Mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema der Generationen wurde nach Gruppen gefragt, die sich im Hinblick auf ihr Lebensalter und ihre Lebensphase deutlich unterscheiden: nach älteren und jüngeren Menschen sowie nach Familien mit Kindern. Dabei fällt zunächst generell auf, dass im Vergleich zur Selbsteinschätzung das Leben in Thüringen für alle drei Gruppen weniger positiv beurteilt wird. Zu beobachten ist demnach ein ähnliches Auseinanderklaffen von auf die eigene Person bezogenen und allgemeinen Einschätzung, wie sie von der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage bekannt ist (vgl. unten).

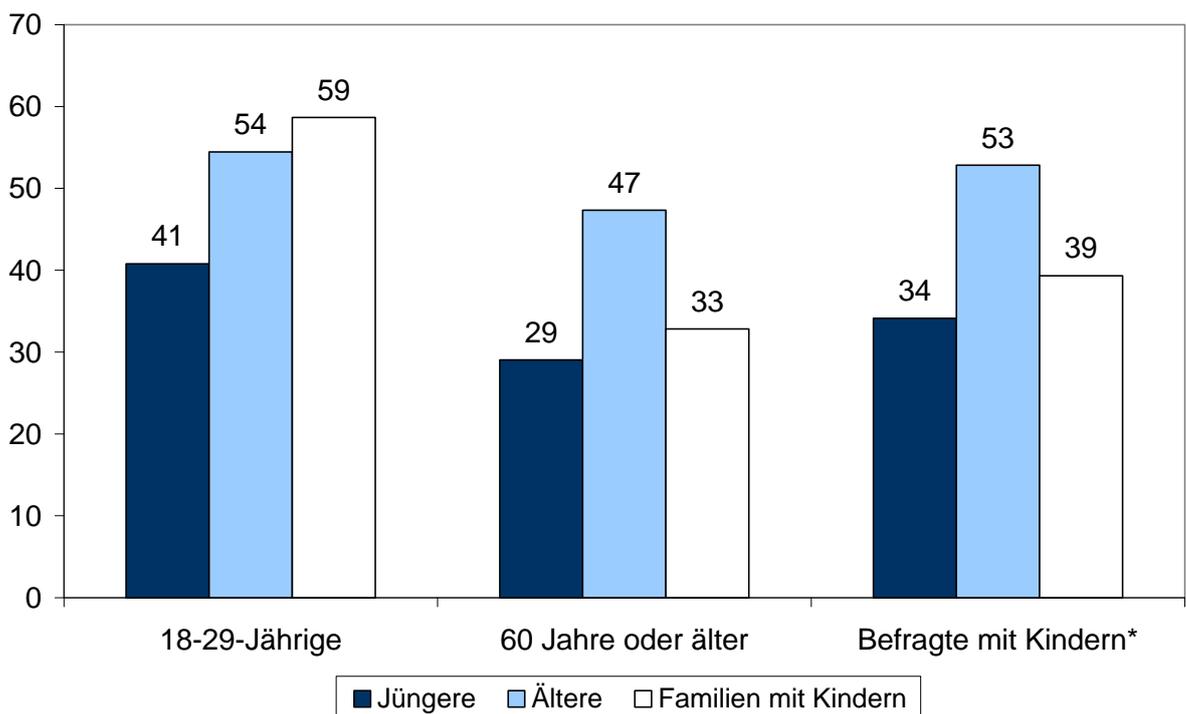
Die Attraktivität des Lebens in Thüringen variiert in der Wahrnehmung der Befragten zudem mit Lebensalter und -phase. Besonders günstige Lebensbedingungen scheint Thüringen demnach älteren Menschen zu bieten: Die Hälfte der Befragten meint, Ältere könnten im Freistaat gut oder sehr gut leben; nicht einmal 15 Prozent bestreiten dies. Für Familien mit Kindern sehen noch 40 Prozent der Interviewten gute Lebensbedingungen, während jeder Vierte zu einem negativen Urteil gelangt. Schon deutlich düsterer fallen die Einschätzungen für die jüngeren Menschen aus: positive und negative Urteile halten sich hier in etwa die Waage.

In diesen Abstufungen dürften sich nicht so sehr die realen Probleme junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln, denn die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Thüringen wie deutschlandweit niedriger als die generelle Arbeitslosenrate. Vielmehr dürften darin die Lebensperspektiven zum Ausdruck kommen, die angesichts der andauernden Abwanderung vor allem hochqualifizierter Heranwachsender und der fortbestehenden Ost-West-Unterschiede etwa beim Lohnniveau und bei der Arbeitslosigkeit offenbar verhalten eingeschätzt werden. Im Unterschied dazu befinden sich die Älteren zumeist im Ruhestand und müssen sich insofern den mit dem Arbeitsmarkt verknüpften Problemen nicht (mehr) stellen. Unter diesen Umständen lässt sich in der Wahrnehmung der Befragten in Thüringen vergleichsweise gut leben. Familien mit Kinder befinden sich mehrheitlich in einer mittleren Lebensphase, in der sie einerseits die beruflichen Herausforderungen meistern müssen, dabei aber

andererseits von den vergleichsweise günstigen Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Freistaat profitieren.

Aufschlussreich erscheinen neben den Einschätzungen der Befragten insgesamt, wie sie bisher berichtet worden sind, die Zusammenhänge mit dem Alter sowie die Selbstwahrnehmungen der jeweils betroffenen Gruppen (Abb. 1). Für die Einschätzung der Lebensbedingungen aller drei Gruppen gilt, dass sie im Alter skeptischer ausfällt. Ausgeprägt sind allein die Unterschiede zwischen der jüngsten und der ältesten Alterskohorte: Die 18-29-Jährigen bewerten das Leben in Thüringen für alle Gruppen positiver als Befragte ab 60 Jahren. Bemerkenswert ist jedoch, dass sie die Situation ihrer eigenen Gruppe erheblich schlechter bewerten als die älterer Menschen und von Familien mit Kindern. Diese relativ skeptische Einschätzung Thüringens als einer Lebensregion für junge Leute teilen auch die beiden anderen Gruppen. In markantem Kontrast zur kollektiven Selbsteinschätzung der jungen Erwachsenen sehen die betagteren Befragten das Leben ihrer eigenen Altersgruppe³ in Thüringen weit positiver als das der beiden anderen Gruppen.

Abb. 1: *Positive Einschätzung des Lebens in Thüringen für Jüngere, Ältere und Familien mit Kindern – durch die jüngste und die älteste Alterskohorte sowie durch Befragte mit Kindern (in Prozent)*



* Befragte mit Kinder unter 18 Jahren im eigenen Haushalt

Hinweis: Die Ausprägungen „gut leben“ und „sehr gut leben“ sind zusammengefasst.

Lesehilfe: 41 Prozent der 18-29-Jährigen meinen, dass Jüngere (sehr) gut in Thüringen leben können.

In der Gesamtschau scheint Thüringen – aus dem Blickwinkel seiner Bürgerinnen und Bürger – ein geeignetes Gebiet zu sein, um alt zu werden, während seine Attraktivität für junge Leute

3 Im Folgenden werden die Begriffe Altersgruppe und Alterskohorte synonym verwendet.

eher begrenzt anmutet. Befragte mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, also die Erziehungsberechtigten und -verantwortlichen, finden sowohl nach ihrer kollektiven Selbsteinschätzung als auch in der Wahrnehmung der Befragten insgesamt etwas günstigere Lebensbedingungen im Freistaat vor als die Jüngeren. Ausgesprochen positiv werden sie von den 18-29-Jährigen beurteilt, also von denjenigen, die in ihrer großen Mehrzahl (noch) keine eigenen Kinder haben, jedoch in den kommenden Jahren vor der Frage stehen werden, ob sie Kinder bekommen und diese in Thüringen groß ziehen möchten. Diese bemerkenswerten positiven Bewertungen nähren angesichts der unvermindert anhaltenden Abwanderung junger Menschen aus Thüringen (vgl. unten Kap. III) Hoffnungen auf eine Trendwende.⁴

Wie das Leben in Thüringen für die einzelnen Gruppen eingeschätzt wird, steht erwartungsgemäß in enger Verbindung mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage – der allgemeinen Wirtschaftslage in Thüringen wie der individuellen finanziellen Situation des Befragten – und der relativen Deprivation, verstanden als das Empfinden, im Vergleich zu anderen weniger als das einem Zustehende zu erhalten. Obwohl diese drei Faktoren miteinander korrelieren, haben sie unterschiedlich starke Effekte auf die Bewertung des Lebens in Thüringen, je nachdem welche Gruppe betrachtet wird. Die Einschätzung der Lebensbedingungen von jüngeren Menschen und von Familien mit Kindern wird am stärksten durch die wahrgenommene allgemeine Wirtschaftslage in Thüringen beeinflusst. Mithin bestimmt sich die von den Befragten wahrgenommene Attraktivität eines Lebens in Thüringen für diese beiden Gruppen maßgeblich nach den makroökonomischen Rahmenbedingungen.

Ein anderes Bild ergibt sich für die älteren Menschen in Thüringen. Die Einschätzung ihrer Lebensbedingungen in Thüringen wird weniger durch die Perzeption der allgemeinen ökonomischen Situation geprägt. Vielmehr hat dabei die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage seitens der Befragten eine größere Bedeutung. Durch eine eingehendere Untersuchung nach Altersgruppen lässt sich dieser Effekt auf eine Besonderheit in den Wahrnehmungsstrukturen der älteren Befragten zurückführen. Keine andere Gruppe beurteilt das Leben der eigenen Alterskohorte in Thüringen so sehr in Abhängigkeit von den eigenen finanziellen Möglichkeiten. Gewissermaßen bestimmt sich das wahrgenommene Leben der Altersgefährten nach den eigenen Verhältnissen – und nicht wie bei den Jüngeren und den Familien mit Kindern nach den allgemeinen Verhältnissen.

Generell haben sich 2010 wieder Unterschiede zwischen der berichteten eigenen finanziellen Lage und der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage im Freistaat ergeben, nachdem zuvor in den Jahren 2007 und 2008 eine annähernd gleiche und damit atypische Verteilung bestanden hatte. Dabei wird aktuell wie fast während der gesamten zurückliegenden Dekade die eigene finanzielle Situation besser bewertet als die ökonomische Lage in Thüringen. Letztere unterliegt recht starken Schwankungen im Zeitverlauf, die aber nicht notwendig den Veränderungen zentraler ökonomischer Kennziffern, wie etwa dem Bruttoinlandsprodukt, folgen. Die Wahrnehmung der ökonomischen Situation spiegelt demnach allenfalls unvollständig die realwirtschaftlichen Entwicklungen wider, sondern folgt einer eigenen, mutmaßlich mit der massenmedialen Darstellung und Kommentierung verknüpften Logik.

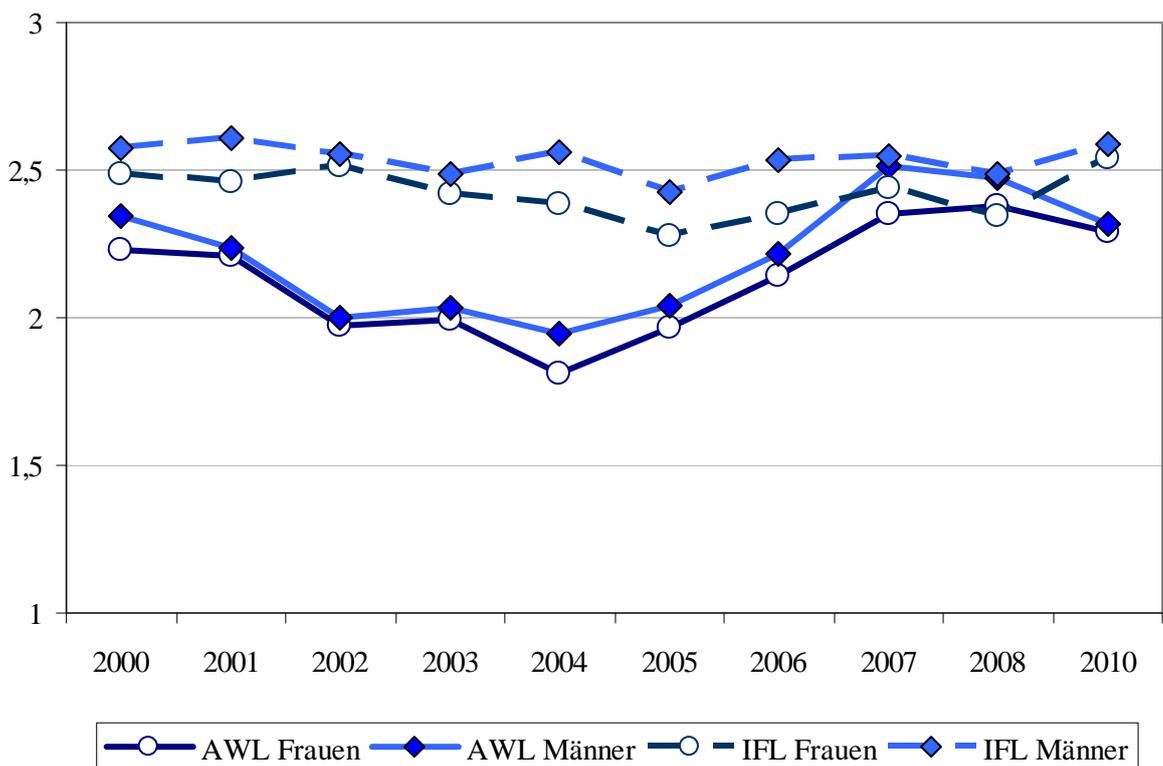
Die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage durch die Befragten bleibt hingegen im Zeitverlauf relativ stabil, was im Kern den eher geringen Veränderungen bei den Reallöhnen entspricht. Bemerkenswert ist daher, dass die Einschätzung 2010 trotz rückläufiger Reallöhne ein wenig positiver ausfällt. Faktisch nimmt der Unterschied zwischen der wahrgenommenen

4 Allerdings haben die Ergebnisse des letzten Thüringen-Monitors gezeigt, dass die Bereitschaft zur Abwanderung kaum von den generalisierten Bewertungen des Lebens in Thüringen beeinflusst wird (TM 2008: 14).

allgemeinen und der individuellen Lage in dem Maß zu, wie sich die Einschätzung der Wirtschaft in Thüringen verschlechtert (so zwischen 2000 und 2004 – und erneut 2010), während die Kluft bei einem verbesserten Wirtschaftsklima geringer wird oder gänzlich verschwindet (so in den Jahren 2004 bis 2007). Das seit Jahren erstmalig wieder deutlich negativere Urteil über die ökonomische Lage im Freistaat dürfte unmittelbar mit der Krise auf den Finanzmärkten und ihren Folgewirkungen für nahezu sämtliche Wirtschaftssektoren zu tun haben. Dieser Zusammenhang ergibt sich auch aus den Befragungsergebnissen. So sind die Befragten umso mehr davon überzeugt, dass Thüringen von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen ist, je negativer ihr Urteil über die allgemeine wirtschaftliche Lage ausfällt. Insgesamt sieht aber nur eine Minderheit von gut 20 Prozent Thüringen in besonderem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Männer lassen dabei eine etwas optimistischere Einschätzung erkennen als Frauen.

Deutliche und über einen langen Zeitraum fortbestehende Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei der Einschätzung der eigenen wie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zu konstatieren: Frauen urteilen hier jeweils skeptischer, wobei der Unterschied zu den Männern bei der Bewertung der individuellen finanziellen Lage stärker ist (vgl. Abb. 2) – und wohl die realen Einkommensdifferenzen reflektiert. Aufmerksamkeit verdient hier, dass bei der aktuellen Befragung, die noch in der Spätphase der Weltwirtschaftskrise stattfand, die Geschlechterunterschiede fast gänzlich verschwunden sind. Die medial stark kommunizierten negativen Beschäftigungseffekte der Krise in männlich geprägten Wirtschaftszweigen haben offenbar ihre Spuren im „öffentlichen Bewusstsein“ hinterlassen.

Abb. 2: *Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen (AWL) und der individuellen finanziellen Lage (IFL) in der Wahrnehmung von Männern und Frauen, 2000-2010*
(Mittelwerte auf einer Skala von 1=schlecht bis 4 = sehr gut)



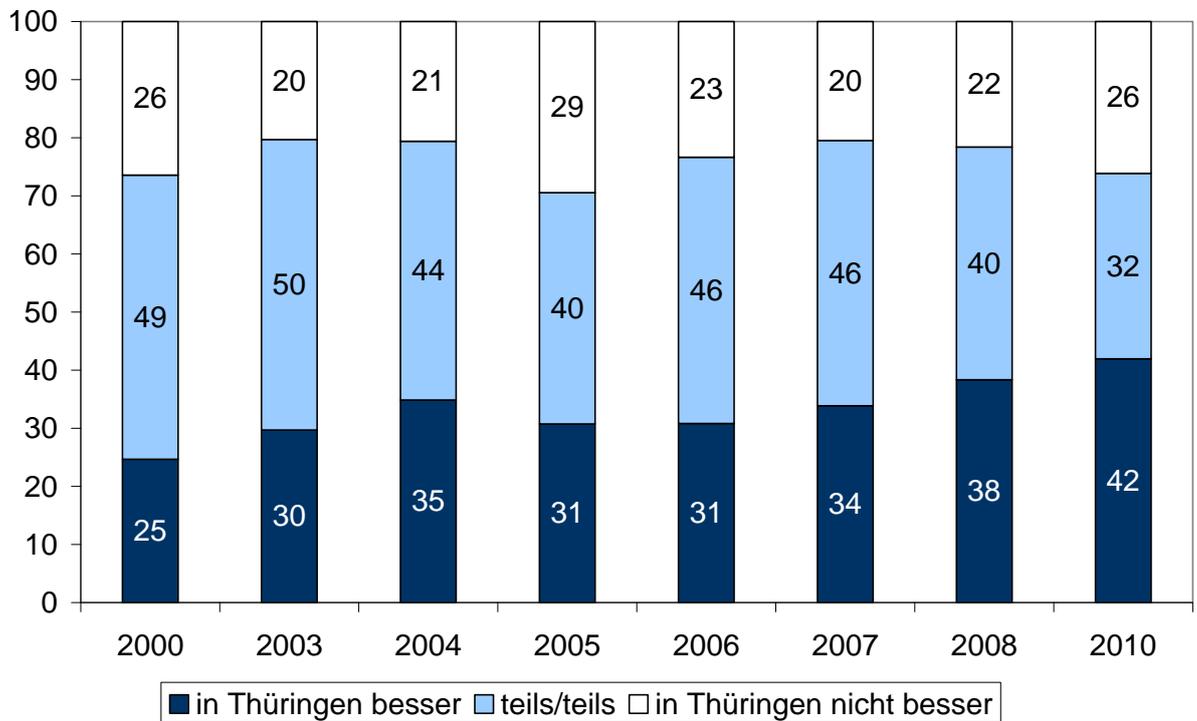
Ungeachtet der getrüben Einschätzung der Wirtschaftslage im Freistaat besteht die starke Identifikation mit Thüringen fort. Fast die Hälfte der Befragten und damit ein etwas höherer Anteil als 2008 betrachtet sich in erster Linie als „Thüringer“; nicht einmal 30 Prozent geben hier „Deutscher“ an, als „Europäer“ verstehen sich gerade einmal acht Prozent. Zugleich wird eine vorrangig ostdeutsche Zugehörigkeit nur noch von 13 Prozent der Befragten genannt – der niedrigste Stand seit dem Jahr 2000. Primär als „Thüringer“ fühlen sich vor allem die Befragten ab 60 Jahren, zudem Frauen häufiger als Männer und die unteren Bildungsgruppen stärker als Befragte, die über das Abitur verfügen.

Die thüringische Identität begünstigt zugleich ein regionales Selbstbewusstsein, insbesondere mit Blick auf die alten Länder. So meinen zwei Drittel der „Thüringer“, dass der Freistaat den Vergleich mit den westdeutschen Ländern nicht zu scheuen braucht, unter den „Ostdeutschen“ sind es 60, unter den „Europäern“ 56 Prozent. Weitgehend unabhängig vom Zugehörigkeitsgefühl wird hingegen die wirtschaftliche Lage Thüringens im ostdeutschen Vergleich eingeschätzt. Vier von zehn Befragten halten sie für besser als im übrigen Ostdeutschland, ein gutes Viertel bestreitet dies, während sich das übrige Drittel unentschieden zeigt.

Aussagekräftig sind hier vorwiegend die Veränderungen über die Jahre hinweg (Abb. 3).⁵ Bei der erstmaligen Durchführung des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 lehnten noch mehr Befragte die Aussage ab, dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser ist als in den anderen ostdeutschen Ländern, als ihr zustimmten. Vor fünf Jahren hielten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage. Seitdem jedoch ist das Pendel deutlich in Richtung einer positiveren Beurteilung der ökonomischen Lage Thüringens ausgeschlagen. 2010 stellen diejenigen, für die Thüringen besser da steht, erstmals die größte der drei Gruppen. Im innerostdeutschen Vergleich wurde die Ökonomie des Freistaats noch zu keinem Untersuchungszeitpunkt so freundlich beurteilt wie zurzeit.

5 Insofern bei Abbildungen mit Zeitreihen einzelne Jahre fehlen, sind die entsprechenden Einstellungen in diesen Jahren nicht erhoben worden.

Abb. 3: *Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen im Vergleich zu der in den anderen ostdeutschen Ländern 2000 bis 2010*
(Angaben in Prozent)



Wie wird nun in der Gesamtschau das vor zwei Jahrzehnten neu begründete Land Thüringen wahrgenommen? In den Einschätzungen seiner Bürgerinnen und Bürger sind vor allem zwei prägende Momente zu erkennen: einerseits die enge Verbundenheit mit dem Land, andererseits eine mit Blick auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen weitgehend realistische Einschätzung der Perspektiven, die Thüringen bietet, aber auch der Grenzen, die den Entwicklungsmöglichkeiten in bestimmten gesellschaftlichen Feldern und für manche Bevölkerungsgruppen gesetzt sind. Insofern erlauben die kontinuierlich hohe Wertschätzung, die Thüringen als Lebensumfeld erfährt, und die damit verknüpften emotionalen Bindungen an die Region (Heimatempfinden) keinen Rückschluss darauf, ob die Befragten auch dann im Land bleiben, wenn etwa grundlegende berufliche Entscheidungen zu treffen sind.

Im folgenden Kapitel wird nun der Frage nachgegangen, welche demografischen, ökonomischen und sozialstrukturellen Veränderungen sich während der 20 Jahre in Thüringen ergeben haben, die seit der deutschen Einheit ins Land gegangen sind. Diese können jenen Erfahrungshintergrund konturieren, vor dem sich die skizzierten, durch Verbundenheit und Realismus charakterisierten Wahrnehmungen des Landes herausgebildet haben. Vor allem aber sind diese Entwicklungen mit Blick auf ihre Implikationen und Folgen für das Schwerpunktthema der vorliegenden Studie, die Beziehungen sowie das Verhältnis der Generationen, zu untersuchen.

III. Altersstruktur und Generationenverhältnis im Wandel

Unabhängig davon, welcher der drei eingangs skizzierten Lesarten des Generationenbegriffs – die der familialen Generationenfolge, der wohlfahrtsstaatlichen Generationensolidarität oder der auf Mannheims Arbeiten zurückgehenden Generationengemeinschaft (vgl. Kap. I) – gefolgt oder ob überhaupt eine klare Abgrenzung vorgenommen wird: Welche Ausgestaltung die Beziehungen zwischen den Generationen erfahren und welche Wahrnehmungen und Präferenzen sich diesbezüglich in einem Gemeinwesen oder auch in einzelnen sozialen Gruppen herausbilden, ist wesentlich von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der Sozialstruktur und üblicherweise über lange Zeiträume hinweg entwickelten sozialen Verhaltensweisen abhängig.

Wie prägend soziale Arrangements und die damit oftmals einhergehenden Leitbilder sein können, lässt sich leicht veranschaulichen: In einer Gesellschaft, in der die Sozialisation der nachkommenden Generationen durch die Arbeitsteilung innerhalb der Großfamilie realisiert wird, ist der Bedarf an öffentlichen frühkindlichen Betreuungseinrichtungen gering. Ist wiederum eine Gesellschaft durch eine niedrige Lebenserwartung charakterisiert und dadurch, dass ihre Mitglieder in aller Regel bis zum Lebensende arbeiten, muss sie keine Alterssicherungssysteme kreieren. Diese fiktiven, gleichwohl aber von historischen Gesellschaften inspirierten Beispiele führen vor Augen, weshalb eine Analyse generationenbezogener Einstellungen unvollständig und in ihrer Aussagekraft begrenzt bleiben muss, wenn sie die für diese Einstellungen prägenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausblendet.

Unter den vielfältigen Rahmenbedingungen wird sich der Blick zunächst auf die demografische Entwicklung und die Altersstruktur zu richten haben, da diese von grundlegender Bedeutung für die Generationenbeziehungen, aber auch für Problembestimmungen und die Diskussion des gesellschaftlichen und politischen Handlungsbedarfs sind. Offenkundig haben sich alternde Gesellschaften, wie sie bei durchaus gravierenden Unterschieden zwischen einzelnen Staaten und Regionen für das Europa des 21. Jahrhunderts charakteristisch sind, auf spezifische Herausforderungen einzustellen. Dazu gehören ganz generell eine Neubewertung und eine Neugestaltung des Alters, zudem Anpassungen der im Rahmen der Sozialversicherungen realisierten intergenerationalen Transfers und veränderte Anforderungen an Infrastruktureinrichtungen (in den Bereichen Pflege, Verkehr, Bildungswesen usw.).

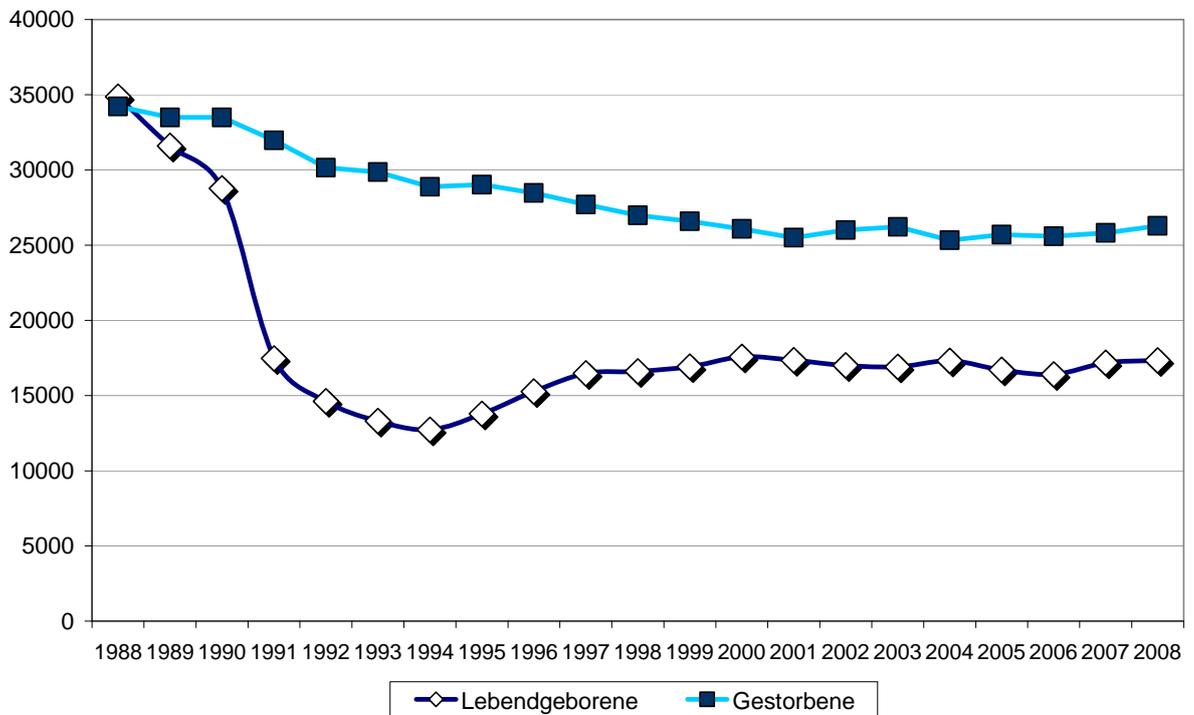
Demografische Veränderungen ergeben sich grundsätzlich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und dem Migrationssaldo. In beiden Bereichen hat die deutsche Einheit zu gravierenden Umbrüchen geführt, die bis in die Gegenwart hinein Folgewirkungen für Thüringens Demografie (und ähnlich auch für die der anderen ostdeutschen Länder) haben. Dabei führten die deutsche Einheit und die mit ihr einhergehenden Unsicherheiten zunächst kurzfristig zu einem drastischen, in dieser Form beispielloser Rückgang der Geburten (Abb. 4a). Innerhalb von nur zwei Jahren halbierte sich in Thüringen die absolute Zahl der Lebendgeborenen, die 1989 noch bei knapp 32.000 gelegen hatte, und sank bis Mitte der 1990er Jahre auf den historischen Tiefstand von unter 13.000.⁶ Erst danach stieg die Geburtenrate

6 Insofern nicht anders angegeben, beruhen alle Zahlen- und Prozentangaben für die Zeit vor 2009 auf Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik. Der Berechnung für die Jahre ab 2010 liegt die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 2006 bzw. deren Fortschreibung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (2009) zugrunde.

wieder, erreichte aber auch 2008 mit gut 17.000 Geburten, d.h. 7,6 Geburten pro 1.000 Einwohner, nicht annähernd das Niveau des letzten Jahres vor der Vereinigung (31.600 Geburten bzw. 11,6 ‰). Gleichzeitig sank der Anteil der Gestorbenen nur geringfügig, sodass sich die 1988 noch ausgeglichene Bilanz zusehends zu Lasten der Lebendgeborenen veränderte. Durch diesen negativen Saldo allein verringerte sich die Einwohnerzahl Thüringens während des vergangenen Jahrzehnts um jährlich etwa 8.000 bis 9.000 Personen. Insgesamt hat der Freistaat durch natürliche Bevölkerungsbewegungen im Verlauf der 1990er Jahre gut 122.000 und zwischen 2000 und 2008 nochmals gut 78.000 Einwohner verloren, was in der Summe etwa der aktuellen Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Erfurt entspricht.

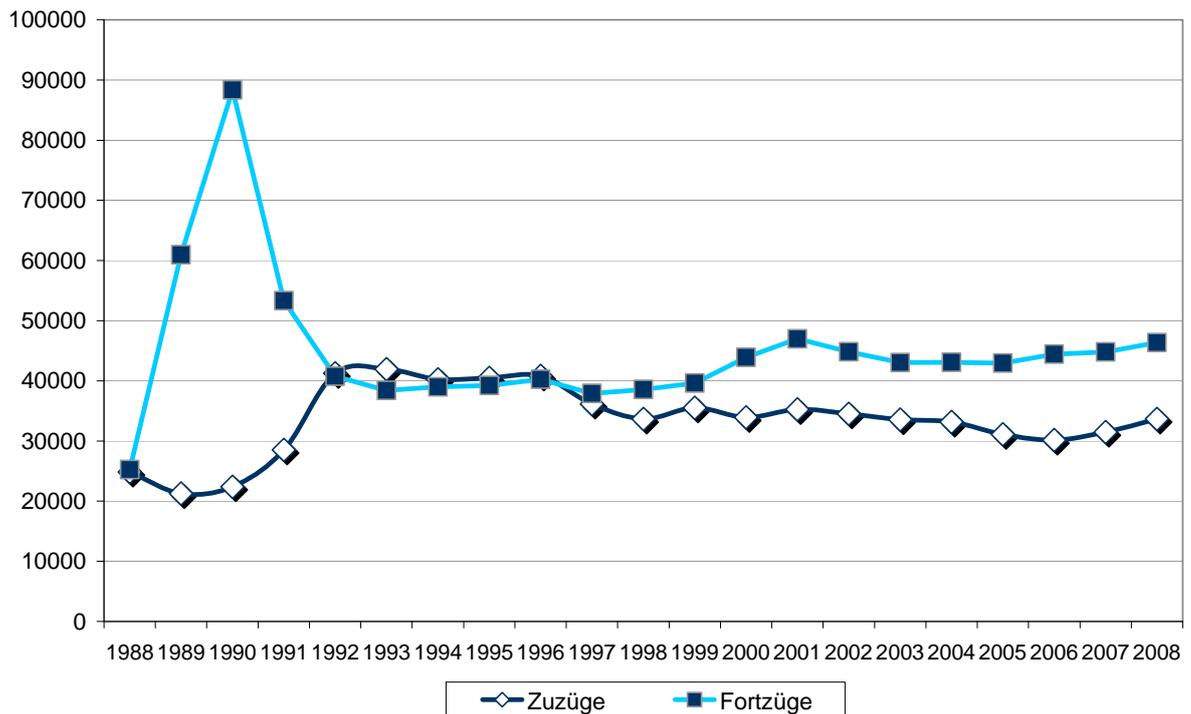
Abb. 4a/b: Bevölkerungsentwicklung in Thüringen

a) Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene, 1988 bis 2008



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

b) Wanderungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge, 1988 bis 2008



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Hinzu kamen massive Einwanderungsverluste durch Fortzüge, wobei vor allem in den Jahren 1989 bis 1991 ein Exodus aus Thüringen (bzw. generell aus Ostdeutschland) in Richtung der alten Länder erfolgte (Abb. 4b). Innerhalb von zwei Jahren verließen mehr als fünf Prozent der Einwohner ihre Thüringer Heimat, ohne dass die Zuzüge diesen Bevölkerungsrückgang auch nur annähernd hätten ausgleichen können. Nach dem mehrjährigen Intermezzo eines knapp positiven Wanderungssaldos übertrifft die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge seit Ende der 1990er Jahre wieder deutlich. Während des zu Ende gegangenen Jahrzehnts haben per Saldo jährlich mehr als 10.000 Einwohner dem Freistaat den Rücken gekehrt. Damit war in diesem Zeitraum deutlich mehr als die Hälfte des Bevölkerungsrückgangs wanderungsbedingt. Dieser Anteil wird sich zwar mutmaßlich in den kommenden Jahren verringern, doch lassen die offiziellen Bevölkerungsvorausberechnungen noch bis 2020 einen negativen Wanderungssaldo erwarten.

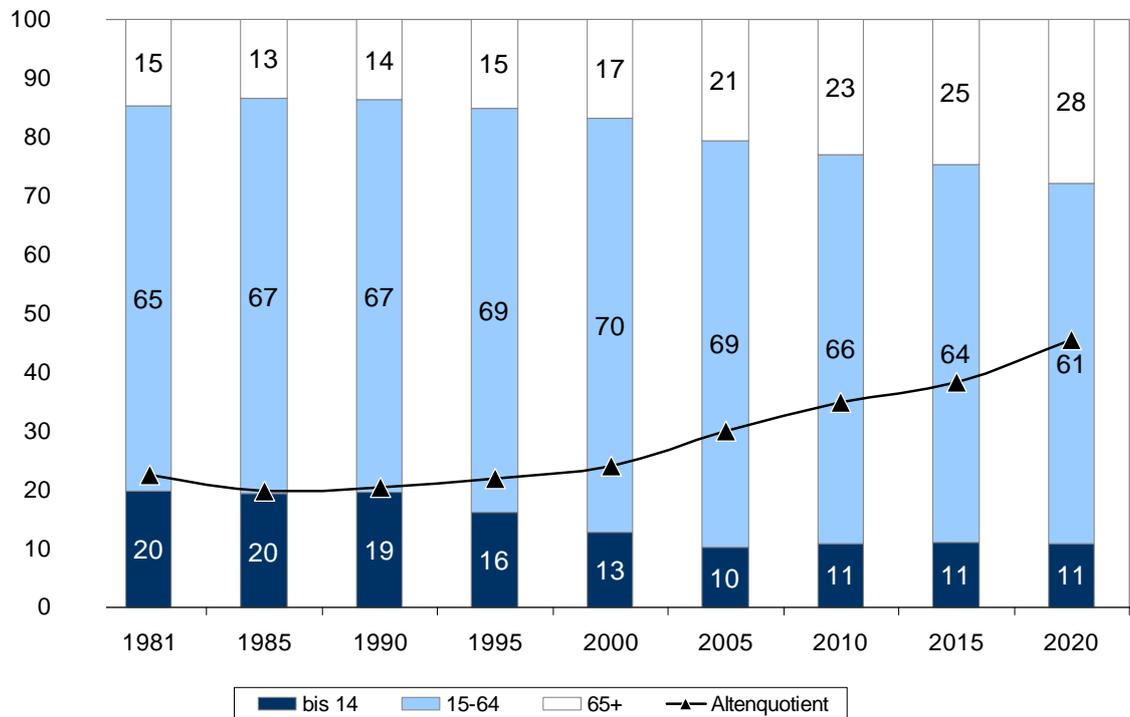
Problematisch mutet zudem die soziale Zusammensetzung der Abgewanderten an. Weder hinsichtlich der Altersgruppen noch in puncto Geschlechterverhältnisse entspricht diese Gruppe auch nur annäherungsweise der Sozialstruktur der gesamten Thüringer Bevölkerung. Vielmehr gilt: Weg gehen überproportional viele Frauen, Jüngere und eher gut Ausgebildete, oder in der Kombination: überdurchschnittliche viele qualifizierte junge Frauen. Damit trägt die Wanderungsbilanz nicht nur zum aktuellen Bevölkerungsrückgang in Thüringen bei, sondern sie verstärkt zusätzlich die durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung vorgezeichnete Alterung der Gesellschaft. Und damit nicht genug: Mit den jungen Frauen verlassen ausgerechnet jene das Land besonders häufig, die für die Reproduktion von entscheidender Bedeutung sind. Der vom Thüringer Landesamt für Statistik für den Zeitraum 2005 bis 2020 prognostizierte Rückgang der 15-44-jährigen Frauen um ein Drittel bedeutet folglich, dass es dem Land an einer ausreichenden Zahl potenzieller Mütter fehlen wird.

Summa summarum ist die Einwohnerzahl Thüringens zwischen 1989 und 2008 um mehr als 400.000 bzw. mehr als 15 Prozent gesunken. Dieser Trend wird sich nach allen verfügbaren Prognosen fortsetzen, sodass schon in 15 Jahren die Einwohnerzahl von 2 Mio. unterschritten sein wird, nachdem sie vor der deutschen Vereinigung noch bei knapp 2,7 Mio. gelegen hat. Von diesem Bevölkerungsrückgang waren die einzelnen Regionen bislang unterschiedlich stark betroffen. Während Suhl ein Drittel und Gera ein gutes Viertel weniger Einwohner zählt als noch Ende 1989, haben sich für Weimar und das Weimarer Land kaum Veränderungen ergeben. Die innerhalb Thüringens bestehenden Unterschiede werden sich nach den Vorausberechnungen bis 2020 noch verstärken: Die Landkreise und die Städte Suhl und Gera verlieren weiterhin Einwohner in großer Zahl – anders als die Bevölkerungszentren entlang der A4 (mit Ausnahme Geras). Für Jena und Weimar wird sogar ein moderater Bevölkerungszuwachs bis 2020 prognostiziert.

Für das hier interessierende Verhältnis der Generationen ist jedoch weniger die Bevölkerungsentwicklung generell von Belang, als vielmehr die Altersstruktur. Einen ersten Hinweis auf das Ausmaß der fortschreitenden Alterung gibt das Durchschnittsalter im Land. Lag es 1990 noch bei 38 Jahren, so ist es bis 2005 auf 44 Jahre gestiegen und wird sich bis 2020 voraussichtlich um fünf weitere Jahre auf 49 Jahre erhöhen. Waren die Thüringer zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung durchschnittlich über ein Jahr jünger als die Bundesbürger insgesamt, so ist heute das Gegenteil der Fall: Sie sind im Schnitt zwei Jahre älter. Ein ähnlicher Anstieg des Durchschnittsalters hat sich seit 1990 in allen ostdeutschen Ländern vollzogen.

Noch aussagekräftiger für die Alterung der Thüringer Bevölkerung sind die Verschiebungen zwischen den Altersgruppen im Zeitverlauf (Abb. 5). Betrachtet man zunächst den Zeitraum 1990 bis 2005, so hat sich allein in diesen anderthalb Jahrzehnten der Anteil der ältesten Kohorte (ab 65 Jahren) von 14 auf 21 Prozent und somit um die Hälfte erhöht, der der jüngsten (bis einschließlich 14 Jahre) aber halbiert (von 20 auf 10 Prozent). Bis 2020 wird sich dann der Anteil der ältesten Gruppe weiter auf 28 Prozent erhöhen. Besonders gut lässt sich die Alterung am Altenquotienten ablesen, der angibt, wie viele 65-Jährige oder Ältere auf 100 Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren kommen. Er lag in Thüringen im Jahr der Einheit bei 20, ist dann bis 2005 auf 30 gestiegen und wird 2020 voraussichtlich den Wert 46 erreichen.

Abb. 5: *Anteile der Altersgruppen an der Thüringer Bevölkerung und Altenquotient, 1981-2020*
(ab 2010: Projektionen)

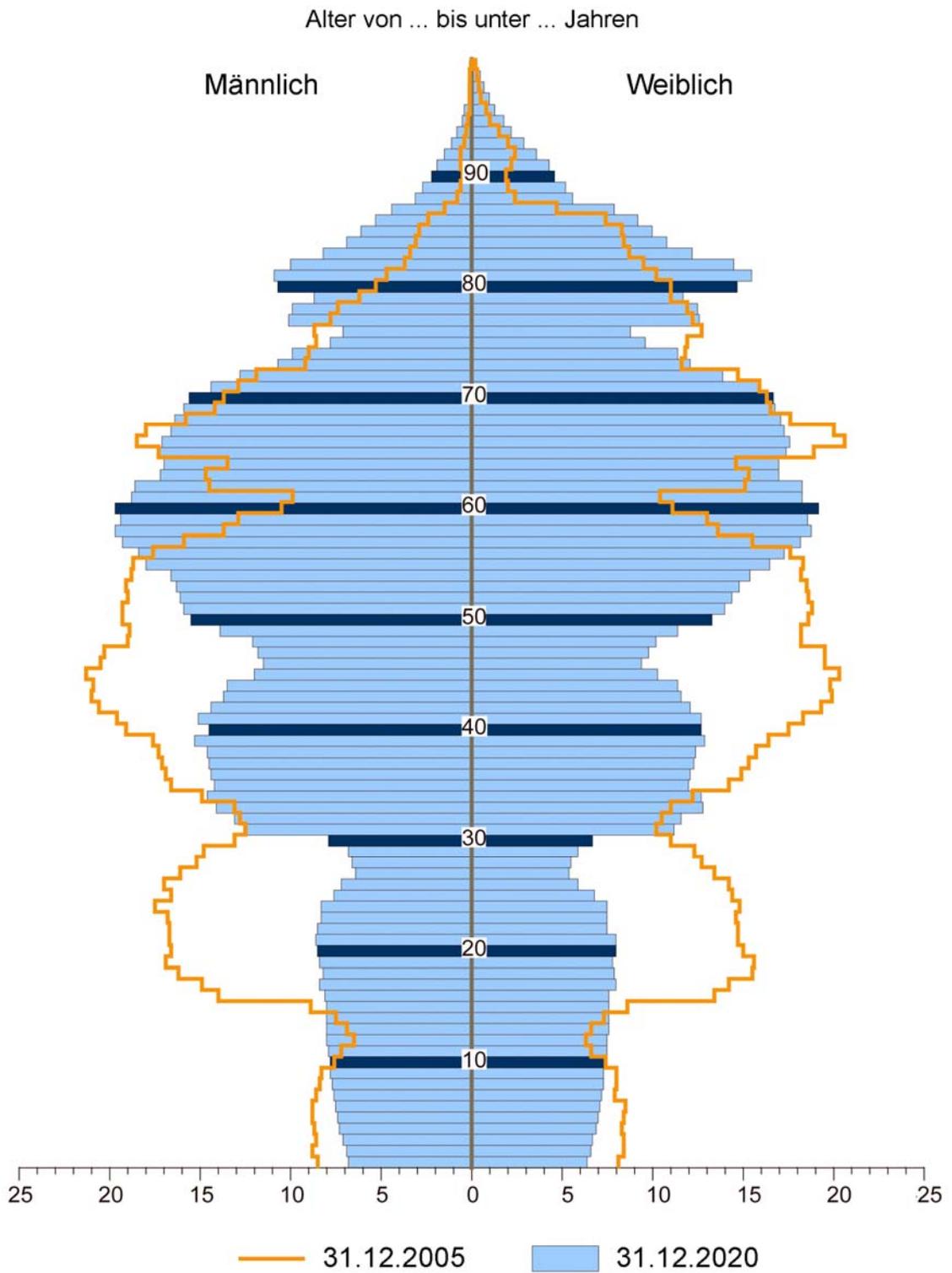


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Altenquotient: 65-Jährige und Ältere pro 100 Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren

Der im Jahr 2005 noch einem Laubbaum mit dichtem Blätterkleid gleichende Altersaufbau Thüringens wird sich bis 2020 derart verändern, dass alle Altersgruppen zwischen 15 und 50 Jahren deutlich geschrumpft sind, während die Gruppe der 55-65-Jährigen und vor allem die der Hochaltrigen (ab 80 Jahren) erheblich zugenommen hat (Abb. 6). Einige Konsequenzen dieser gravierend veränderten Altersstruktur liegen auf der Hand: Der Anteil der Pflegebedürftigen, der sich bereits zwischen 1999 und 2007 um knapp 30 Prozent erhöht hat, wird rasant steigen – und damit die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und der Anteil der zeitweilig die Pflege von Familienangehörigen übernehmenden Erwerbstätigen und hier speziell der erwerbstätigen Frauen. Ganz generell werden die Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitswesen überproportional steigen, da sich mit dem Eintritt ins Rentenalter die Wahrscheinlichkeit chronischer Erkrankungen und von Krankenhausaufenthalten deutlich erhöht.

Abb. 6: *Altersaufbau an der Thüringer Bevölkerung nach Männern und Frauen, 2005 und 2020*
(in Tausend Personen)

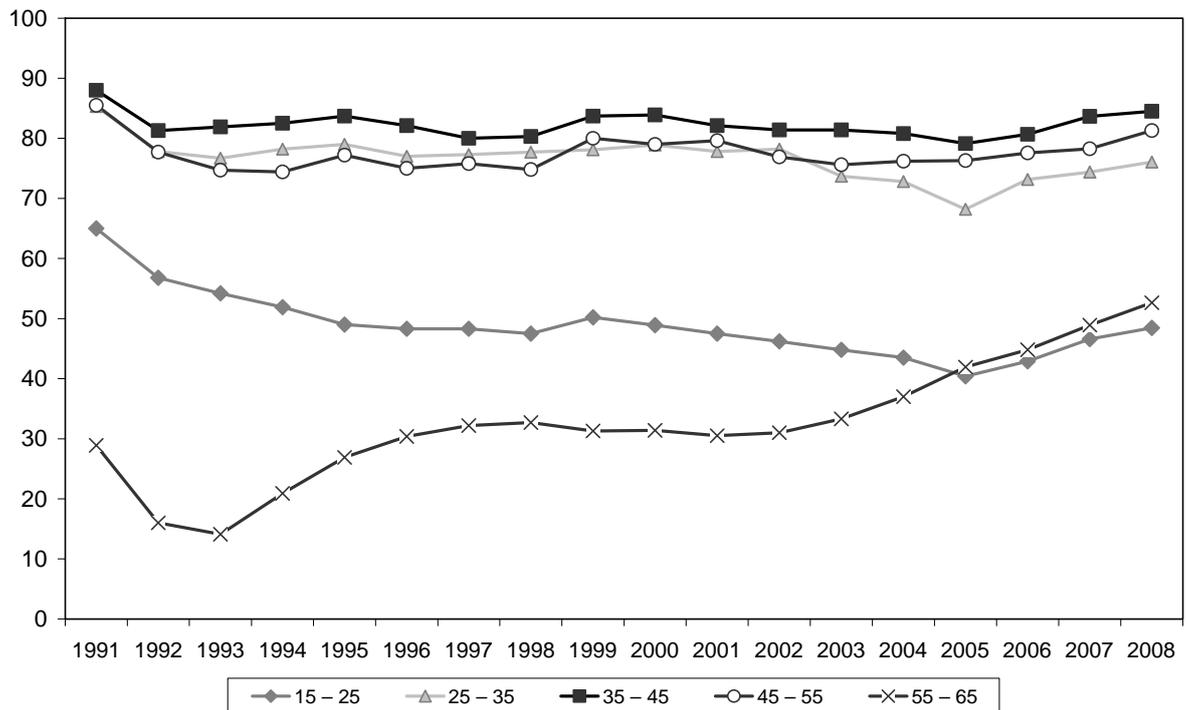


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Grundlage: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1)

Die mit den steigenden Gesundheitskosten im Allgemeinen und Pflegekosten im Besonderen verknüpften Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme liegen auf der Hand. Eine noch größere Herausforderung bedeutet jedoch der steigende Anteil an Rentnern in Relation zu den Erwerbstätigen. Durch die weiterhin steigende Lebenserwartung werden perspektivisch für immer längere Zeiträume Renten bezogen – und dies trotz der Erhöhung des Rentenbezugsalters auf 67 Jahre. Während jedoch die bisherigen Erwerbsrenten in Thüringen wegen der Vollbeschäftigung und der langen Erwerbsbiografien zu DDR-Zeiten relativ hoch lagen, werden zukünftig deutlich geringere Beträge ausbezahlt werden. Dies ergibt sich vor allem aus drei Entwicklungen: einer nach der Einheit drastisch gesunkenen Erwerbsquote vor allem bei den Frauen, dem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben vor Erreichen des Rentenalters und Phasen der Arbeitslosigkeit, wie sie sich in der Erwerbsbiographie vieler Thüringer finden. Das heute im Freistaat noch vergleichsweise geringe Problem der Altersarmut wird sich daher auf absehbare Zeit verschärfen, was sowohl für die staatliche Sozialpolitik als auch für die intergenerationale Solidarität in den Familien eine Herausforderung darstellt.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet die demografische Entwicklung perspektivisch eher eine Entspannung. Die Asymmetrie zwischen den altersbedingt aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden und der Zahl der Jüngeren, die erstmalig den Arbeitsmarkt betreten, lässt unter der Voraussetzung gleichbleibender ökonomischer Rahmenbedingungen eher eine sinkende Erwerbslosigkeit erwarten. Faktisch zeichnet sich schon zurzeit ein Mangel an Fachkräften in bestimmten Thüringer Wirtschaftsbranchen ab, der sich im Laufe der Jahre auch wegen der andauernden Abwanderung jüngerer Arbeitskräfte noch verschärfen wird. Die allgemeine Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen – Erwerbstätige und Arbeitslose – an der Gesamtbevölkerung) ist im Freistaat gegenüber der Spätphase der DDR zunächst deutlich gesunken, um dann für die mittleren Alterskohorten relativ stabil zu bleiben (Abb. 7). Auffällig sind einerseits die bis zur Mitte dieses Jahrzehnts gesunkene Erwerbsbeteiligung der jüngsten Alterskohorte – infolge der steigenden Studierendenzahlen und der verlängerten Ausbildungszeiten –, andererseits die rasante Zunahme der 55-65-jährigen Erwerbspersonen. Dieser Anstieg relativiert sich jedoch insofern, als bei dieser Alterskohorte die Erwerbsbeteiligung unmittelbar nach der Vereinigung wegen Vorruhestands- und Abfindungsregelungen drastisch eingebrochen ist. In dieser und in der jüngsten Kohorte finden sich daher zugleich die geringsten Anteile Erwerbsloser.

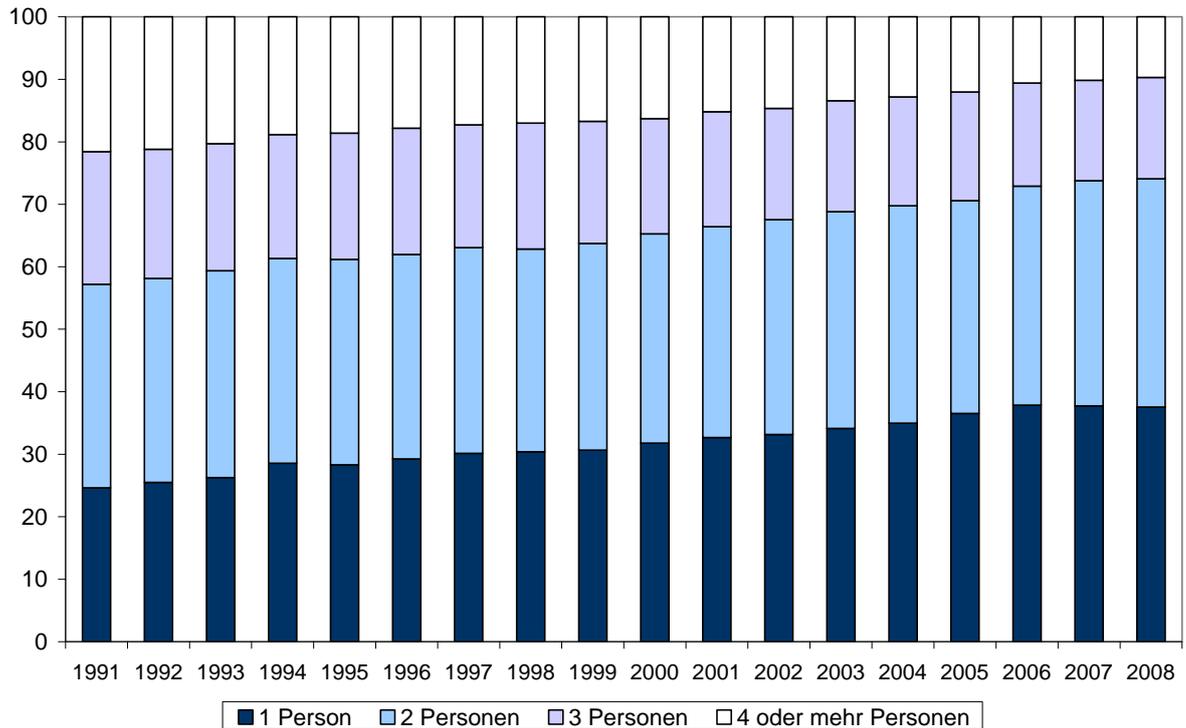
Abb. 7: *Erwerbsquoten nach Altersgruppen in Thüringen, 1991 bis 2008*
(in Prozent der jeweiligen Altersgruppen)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Deutliche Auswirkungen hat die veränderte Altersstruktur auf die Wohnverhältnisse. Unmittelbar nach der Neugründung des Landes lebten etwa ein Viertel der Thüringer alleine, ein Drittel mit einer weiteren Person zusammen und jeweils ein Fünftel in einem Dreipersonenhaushalt oder einem Haushalt mit vier oder mehr Personen. Wie aus Abbildung 8 ersichtlich ist, hat sich der Anteil der Alleinlebenden bis 2008 kontinuierlich erhöht, sodass es sich dabei mittlerweile um die relativ am meisten verbreitete Form des Wohnens handelt. Dieser Anstieg steht sicherlich mit einem verbesserten Angebot auf dem Wohnungsmarkt in Verbindung, jedoch sind dafür auch demografische Entwicklungen ursächlich. Einerseits macht sich hier die steigende Zahl alleinlebender älterer Menschen, überwiegend verwitweter Frauen, bemerkbar. Andererseits lässt sich darin die wachsende Zahl klassischer Single-Haushalte ablesen, die wiederum mit einem steigenden Heiratsalter und einem immer höheren Lebensalter bei der Geburt des ersten Kindes verbunden ist. Die gestiegene Zahl der Einpersonenhaushalte spiegelt also einerseits die Entwicklungen im jungen Erwachsenenalter, andererseits die im hohen Lebensalter wider. Ersteres gibt den Ausschlag dafür, dass Einpersonenhaushalte überproportional in den Städten anzutreffen sind.

Abb. 8: *Verteilung der Thüringer Haushalte nach Haushaltsgröße, 1991 bis 2008 (in Prozent)*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

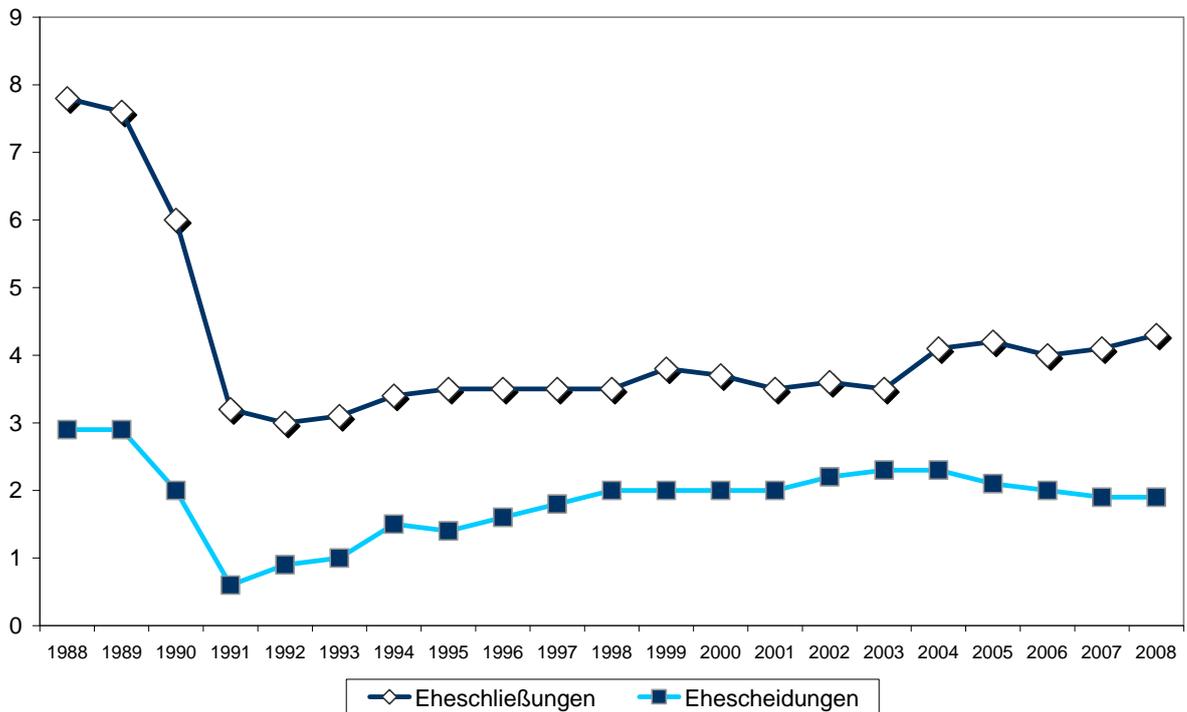
Parallel zur Zunahme der Alleinlebenden hat sich die Zahl der Haushalte mit vier oder mehr Personen kontinuierlich verringert – auf mittlerweile weniger als zehn Prozent aller Haushalte in Thüringen. Die Folgen für die Beziehungen zwischen den Generationen seien hier nur angedeutet: Während sich die gemeinsame Lebensphase von aufeinander folgenden Generationen immer mehr verlängert, wird ein Zusammenleben mehrerer Generationen in einem Haushalt immer unwahrscheinlicher. In den zahlreichen Einpersonenhaushalten ist ein derartiges Zusammenleben von vornherein ausgeschlossen, aber auch in den ähnlich weit verbreiteten Zweipersonenhaushalten leben mehrheitlich Personen derselben Generation zusammen – trotz des deutlich gestiegenen Anteils Alleinerziehender. Der stark geschrumpfte Anteil von Haushalten, in denen vier oder mehr Personen zusammenleben, spiegelt zugleich die sinkenden Geburtenziffern und die steigende Zahl von Kindern, die ohne Geschwister aufwachsen. Selbst in diesem kleinen Segment der Haushalte stellen Wohn-Gemeinschaften, die mehr als zwei Generationen umfassen, eine Rarität dar.

Die vor allem jenseits der Kindheit immer geringere Wahrscheinlichkeit, innerhalb der eigenen vier Wände intergenerationale Beziehungen zu erfahren und einzuüben, bedeutet nicht notwendig eine geringe Häufigkeit und Intensität der familiären Kontakte zwischen den Generationen. Vielmehr weist die amtliche Statistik lediglich die größere Verbreitung von Familien aus, die an verschiedenen Orten leben (multilokale Familien) – Ergebnis unter anderem der gestiegenen regionalen (und im Übrigen auch sozialen) Mobilität –, ohne dass sich daraus Aussagen über die Qualität der Generationenbeziehungen ableiten lassen. Darüber geben als erstes die im nachfolgenden Kapitel berichteten Wahrnehmungen und Einstellungen der Befragten Auskunft.

Unstrittig ist jedoch, dass sich die Rahmenbedingungen für den Austausch der Generationen inner- wie außerhalb der Familie vor allem seit der deutschen Einheit gravierend verändert haben. Die demografische Entwicklung hat diese Veränderung maßgeblich bewirkt, ebenso hat aber auch die Pluralisierung der Lebensformen dazu beigetragen. Die klassische Kernfamilie, also ein verheiratetes Paar mit Kindern, ist zwar immer noch weit verbreitet, daneben haben sich aber eine Fülle anderer Familienformen herausgebildet, die gesellschaftlich mehr oder minder akzeptiert sind. So werden in Thüringen immer mehr Kinder geboren, deren Eltern unverheiratet sind: ihr Anteil hat sich zwischen 1990 und 2008 von knapp einem Drittel auf 60 Prozent annähernd verdoppelt. Sowohl die Verbesserung der Rechtsstellung unehelicher Kinder als auch deren relativ große gesellschaftliche Akzeptanz in den späten Jahren der DDR haben diese Entwicklung begünstigt. Der Anstieg unehelich geborener Kinder ist auch dann bemerkenswert, wenn man berücksichtigt, dass viele Elternpaare die Eheschließung zu einem späteren Zeitpunkt „nachholen“.

Die Eheschließungs- und Scheidungsraten in Thüringen sind ähnlich wie die Geburtenrate unmittelbar nach der deutschen Vereinigung eingebrochen und haben trotz des schon 1992 wieder einsetzenden Anstiegs nie wieder das Ausgangsniveau der späten 1980er Jahre erreicht (Abb. 9). Während über Jahre hinweg der Anteil der Scheidungen pro Tausend Einwohner stärker gestiegen ist als der der eingegangenen Ehen, gilt seit 2004, dass die Eheschließungen stärker zunehmen. Generell ist das Alter der Ehepartner bei der (ersten) Vermählung zwischen 1990 und 2008 deutlich gestiegen: bei den Männern von 26 auf 33, bei den Frauen von 23 auf 29 Jahre. Wichtiger für das Verhältnis der Generationen ist jedoch das gestiegene Lebensalter der Eltern bei der Geburt des ersten Kindes. Die nachwachsende Generation hat also immer ältere Eltern – und dies bei einer geringeren Wahrscheinlichkeit, mit Geschwistern aufzuwachsen. Zugleich steigt für die nachwachsende Generation wegen der immer höheren Lebenserwartung die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Großeltern und zusehends auch die Urgroßeltern noch bewusst erlebt.

Abb. 9: *Eheschließungen und Ehescheidungen in Thüringen, 1988 bis 2008*
(Anteile pro Tausend Einwohner)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Der Wandel der Lebensformen führt darüber hinaus durch Scheidungen und Wiederheirat zu einer Ausweitung verwandtschaftlicher Beziehungen (zu Stiefgeschwistern, Stiefeltern, deren Eltern usw.). Verschiedentlich können dabei auch die Generationenzuordnungen verwischt werden, etwa durch große Altersunterschiede zu den Stiefgeschwistern. Mit der Pluralisierung der Familienformen entstehen einerseits neue Erfahrungsräume für intergenerationale Beziehungen und Generationenlernen, andererseits werden die etablierten Kanäle der Interaktion zwischen den Generationen einer Belastungsprobe unterzogen. Im Ergebnis folgen die Generationenbeziehungen heutzutage weniger als früher einem einheitlichen Muster und sind oftmals räumlich wie zeitlich weniger konzentriert als in der Vergangenheit.

Die in diesem Abschnitt grob skizzierten demografischen, sozialstrukturellen und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen in Thüringen seit der deutschen Einheit lassen keinen Zweifel daran, dass sich die Beziehungen der Generationen heute unter ganz anderen strukturellen Rahmenbedingungen konstituieren als noch vor 20 Jahren – und dass sie auch weiterhin im Wandel begriffen sind. Die Alterung mit ihren Implikationen für die sozialen Sicherungssysteme und die gesellschaftliche Infrastruktur einerseits und die Pluralisierung der Lebensformen andererseits bedeuten für das Verhältnis der Generationen ebenso neue Möglichkeiten der Kooperation und gemeinsamer Erfahrungen wie neue Spannungs- und Konfliktlinien. Während etwa die Interessengegensätze zwischen Beitragszahlern und Rentenbeziehern eher wachsen, nehmen die Konflikte im Arbeitsleben eher ab.

Generell erfordern die veränderten und sich weiter verändernden Rahmenbedingungen nicht nur gesellschaftliche und politische Reaktionen, sondern sie konfrontieren auch die Einzelnen, Jüngere wie Ältere, mit einem stärkeren Gestaltungsbedarf. In dem Maße, in dem herkömm-

liche Arrangements im Generationenverhältnis ihre Selbstverständlichkeit verlieren, sind von den Individuen eigene Entscheidungen – etwa über eigenen Nachwuchs, berufliche Mobilität, das Zusammenleben mit Kindern, die Pflege für die eigenen Eltern – und Lebensplanung gefordert. Ob und wie diese Herausforderungen, aber auch die neuen Möglichkeiten in der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Generationen von Thüringerinnen und Thüringern 20 Jahre nach der deutschen Einheit wahrgenommen werden, ist Gegenstand der sich anschließenden empirischen Analyse. Diese gewinnt ihren Reiz nicht zuletzt daraus, dass die Veränderungen in den Rahmenbedingungen wie auch die Art und Qualität des Generationenverhältnisses von Jung und Alt durchaus unterschiedlich erlebt und interpretiert werden können.

IV. Alt und Jung in Thüringen: Werte – Wahrnehmungen – Präferenzen

1. Wertorientierungen der Generationen

Erste Erkenntnisse darüber, ob in einer Alterskohorte jenseits der Generationenlagerung, also des Aufwachsens zu derselben Zeit, weitere Gemeinsamkeiten bestehen, die sie von nachfolgenden oder vorhergehenden Generationen unterscheiden, lassen sich im Rahmen einer Querschnittsbefragung vor allem auf zwei Wegen gewinnen: Zum einen können die Befragten direkt nach ihrer Verbundenheit mit Altersgenossen gefragt werden, wodurch auf die Generationenidentität abgezielt wird (vgl. Kap. IV.3). Zum anderen können solche Orientierungen untersucht werden, von denen angenommen wird, dass sie sich im Zeitverlauf nur wenig verändern, mithin eine hohe Beständigkeit aufweisen. Lassen sich bei derart dauerhaften Orientierungen deutliche Unterschiede zwischen den Alterskohorten finden, ist dies als Hinweis auf die Konstituierung einer Generation im Sinne Mannheims zu verstehen.

Bei der Bestimmung relativ wandlungsresistenter Orientierungen kann an die in der Einstellungsforschung übliche Unterscheidung von Meinungen, Einstellungen und Werten angeknüpft werden. Demnach sind Meinungen in starkem Maße vom jeweils aktuellen Diskussionsklima abhängig und ändern sich entsprechend schnell. Einstellungen wird hingegen eine mittlere Beständigkeit unterstellt; sie reagieren weniger stark oder nur verzögert auf aktuelle Ereignisse. Am wenigsten dem sozialen Wandel unterworfen sind die Wertorientierungen, da sie sich gegenüber Veränderungen des gesellschaftlichen Umfelds als vergleichsweise resistent erweisen. Änderungen in den Wertorientierungen vollziehen sich entsprechend langsam und über größere Zeiträume hinweg.

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich verstärkt im Gefolge der Studentenbewegung und generell im Rahmen des Aufkommens der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (Friedensbewegung, Umweltbewegung usw.) mit den Wertorientierungen in Deutschland und anderen westlichen Demokratien befasst. Dabei wurde in den 1970er Jahren eine als Ergebnis des gewachsenen Wohlstands interpretierte stille Revolution (*silent revolution*) ausgemacht: der Wandel von vorwiegend „materialistischen“ Werten (wie ökonomisches Wachstum, Sicherheit) zu „postmaterialistischen“ Orientierungen (wie Selbstentfaltung, Kreativität) zunächst in den jüngeren Alterskohorten (Inglehart 1977, für eine vergleichende Diskussion des deutschen Falls van Deth 2001). Obgleich die von Inglehart verwendeten Instrumente und auch manche seiner Interpretationen auf deutliche Kritik gestoßen sind (beispielhaft Gabriel 1986, Klein 1995), dürfte die Tatsache eines Wertewandels zunächst in der alten Bundesrepublik unstrittig sein.

Schwieriger zu beurteilen ist, ob und in welchem Maße sich auch in der DDR ein Wertewandel vollzogen hat. Insofern dafür die gesellschaftliche Reflexion und die öffentliche Debatte als konstitutiv gelten, wird eine gesellschaftlich relevante Veränderung von Werten eher skeptisch einzuschätzen sein (Meulemann 1996). Gleichwohl haben auch im SED-Regime Selbstentfaltungs- wie hedonistische Werte an Bedeutung gewonnen (Gensicke 1996) und sind womöglich unabdingbare Voraussetzung für die Genese der „Nischengesellschaft“ gewesen. Allerdings hat sich dieser Wertewandel in der DDR deutlich zeitverzögert zur Bundesrepublik erst Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre ergeben. Mit der

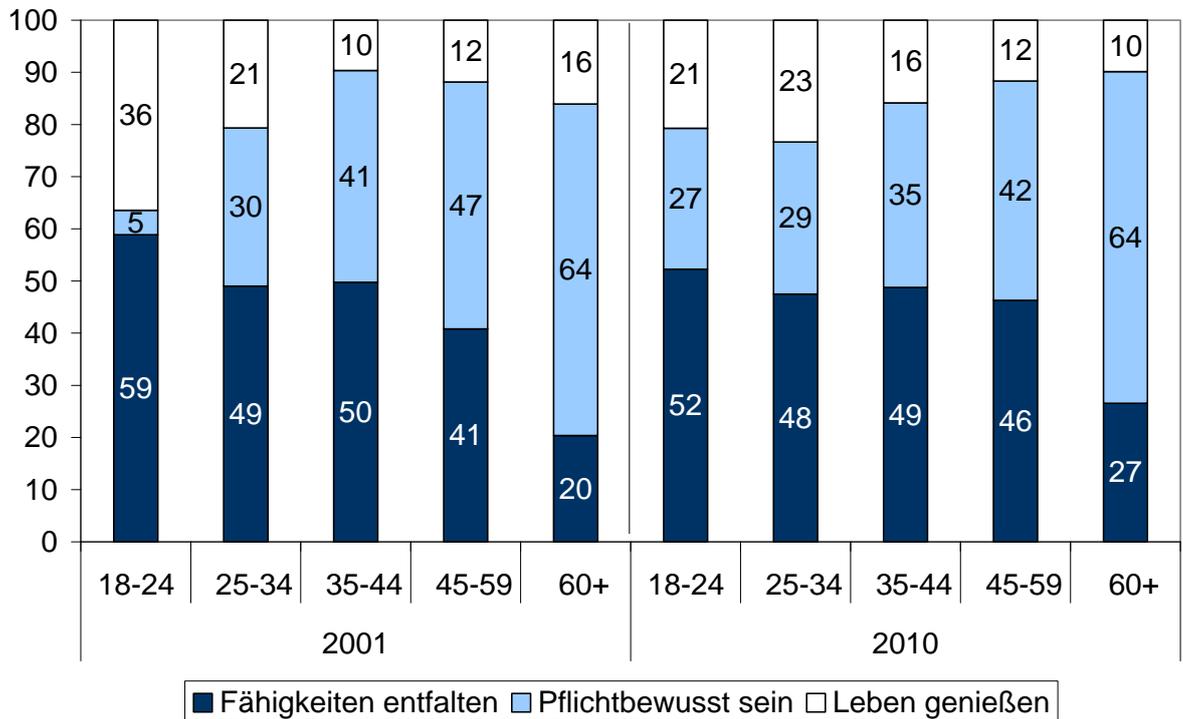
deutschen Vereinigung waren – nach einer Phase des „Transformationsschocks“, der Konventionalismus und Materialismus begünstigt hat – die Voraussetzungen für eine sukzessive Angleichung an westdeutsche Wertemuster gegeben. Faktisch werden für das vereinte Deutschland ein „Wandel des Wertewandels“ (Hradil 2002) und eine allmähliche Synthese von Leistungs- und Pflichtwerten einerseits und Selbstentfaltungswerten andererseits konstatiert (Klages/Gensicke 2006).

Im Kontext der Generationenbeziehungen interessiert hier für Thüringen, ob sich die Werte aufeinanderfolgender Generationen systematisch voneinander unterscheiden. Einen ersten Anhaltspunkt bieten dabei die Antworten auf eine bereits in früheren Untersuchungsjahren des THÜRINGEN-MONITORS gestellte Frage nach den allgemeinen Wertorientierungen. Die Befragten wurden gebeten, unter drei genannten Werten – eigene Fähigkeiten entfalten (Wert der Selbstentfaltung), pflichtbewusst sein (Pflichterfüllung), das Leben genießen (Hedonismus) – den für sie wichtigsten anzugeben. Jeweils große Gruppen entschieden sich für die ersten beiden Werte, dabei geringfügig mehr für das Pflichtbewusstsein (45%) als für die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten (41%), während nur eine vergleichsweise kleine Gruppe eine Präferenz für den Hedonismus bekundete (14%). Diese Werte stimmen beinahe exakt mit den Werten aus dem Jahr 2001 überein, als die Frage erstmals gestellt worden war,⁷ was für die Stabilität der Wertorientierungen spricht.

Interessanter sind mit Blick auf die Generationen jedoch die jeweiligen Präferenzen in den Altersgruppen. Offenkundig gewinnt das Pflichtbewusstsein mit steigendem Alter an Bedeutung, wobei die Unterschiede zwischen den Alterskohorten 2001 noch ausgeprägter gewesen sind als 2010. In der Gruppe der Befragten ab 60 Jahren rangiert das Pflichtbewusstsein weit vor den beiden alternativen Wertorientierungen; etwa zwei Drittel messen ihm in beiden Untersuchungsjahren die größte Bedeutung bei (Abb. 10). Ein deutlich anderes Bild ergibt sich für die jüngsten Alterskohorten bis 34 Jahre: Sie betrachten mehrheitlich die Selbstentfaltung als den wichtigsten Wert; nicht einmal jeder Dritte nennt das Pflichtbewusstsein. Zugleich finden sich unter den Jüngeren auch die meisten Befragten mit hedonistischen Orientierungen. Allerdings scheint der ungewöhnlich hohe Wert im Jahr 2001 atypisch gewesen zu sein, denn er wird in keinem späteren Jahr auch nur annäherungsweise wieder erreicht.

7 Auch in den übrigen Befragungsjahren (2002, 2005 und 2007) haben sich nur begrenzte Veränderungen in den Präferenzen ergeben, am größten noch 2002, als mehr Befragte das Pflichtbewusstsein als wichtigsten Wert angaben.

Abb. 10: Wertpräferenzen nach Altersgruppen, 2001 und 2010
(in Prozent)



Sind diese Unterschiede in den Wertorientierungen Unterschiede zwischen Generationen? Verlässliche Auskunft darüber würden nur Wiederholungsbefragungen derselben Personen über längere Zeiträume (insbesondere vor und nach 1990) geben, wie sie im Rahmen des als Querschnitterhebung konzipierten THÜRINGEN-MONITORS mit in jedem Jahr anderen Befragten nicht vorliegen. Gleichwohl deutet die bemerkenswerte Übereinstimmung im Antwortverhalten generell und in den Alterseffekten 2001 und 2010 darauf hin, dass es sich wohl um Wirkungen des Lebenszyklus der Individuen handelt. Mit dem Beginn einer neuen Lebensphase, vor allem mit der Verankerung im Berufsleben, der Übernahme von Verantwortung für Kinder und Enkelkinder, dem Eingehen dauerhafter finanzieller Verpflichtungen usw. gewinnt das Pflichtbewusstsein gegenüber den anderen Werten an Bedeutung. Etwa ab dem Beginn der zweiten Lebenshälfte werden eigene Bedürfnisse (Selbstentfaltung, Leben genießen) dem Erfüllen von Pflichten nachgeordnet. Für die älteste Alterskohorte kommt womöglich hinzu, dass eigene Lebensentwürfe als erfüllt gelten (oder auch unerfüllt blieben, aber nicht mehr als erreichbar erachtet werden) – und dann die Verpflichtung gegenüber anderen an Bedeutung gewinnt. Die langfristigen Veränderungen der Wertorientierungen ergeben sich nach dieser Lesart aus Veränderungen im Lebenszyklus, nicht jedoch auf Grund der Zugehörigkeit zu einer spezifischen Alterskohorte, die gemeinsame Lebenserfahrungen und Werte teilt. Wäre dem so, müsste im Verlauf eines Jahrzehnts (2001 bis 2010) auch auf Aggregatebene der Anteil der Pflichtbewussten erkennbar zurückgegangen sein – was aber nicht der Fall ist (Abb. 10).

Genauerem Aufschluss über Unterschiede in den Wertorientierungen von Generationen verspricht der Vergleich von heutigen eigenen Erziehungspräferenzen der Befragten mit der Erziehung, die sie selbst als Kind erlebt haben. Der Vorteil eines solchen Vergleichs ist ein doppelter: Erstens sind tatsächlich die Generationen – hier im Sinne der familiären Generationenfolge – im Blick. Zweitens werden konkrete Erfahrungen und Präferenzen im nahen sozialen Umfeld erhoben, d.h. die Befragten vergleichen ihre eigenen Erziehungsziele

mit denen ihrer Eltern. Sollten gravierende Unterschiede zwischen der durch die Befragten als Kinder erlebten und der von ihnen als Eltern praktizierten Erziehung sichtbar werden, so wären dies deutliche Hinweise auf einen Wertewandel von einer Generation zur nächsten.

Insgesamt wurden die Befragten um die Einschätzung der folgenden fünf Erziehungsziele gebeten: Selbstvertrauen, die persönlichen Fähigkeiten entfalten, Gefühle zeigen, sich in eine Ordnung einfügen, sich durchsetzen.⁸ Alle diese Ziele werden von den Befragten überwiegend positiv beurteilt bzw. haben entsprechend Eingang in die eigene Erziehungspraxis gefunden, allerdings in unterschiedlich starkem Maße. Geradezu konsensuell gelten Selbstvertrauen und Selbstentfaltung als wichtige (und entsprechend vermittelte) Erziehungsziele (mit Zustimmungswerten von mehr als 95 %), dicht gefolgt von der Durchsetzungsfähigkeit (> 90 %). Lediglich die Vermittlung der Ziele „Gefühle zeigen“ und „sich in eine Ordnung einfügen“ ist ein wenig kontroverser. Hier gibt eine Minderheit von jeweils einem Fünftel der Befragten an, sie nicht so stark oder gar nicht vermittelt zu haben bzw. vermitteln zu wollen. Mit Ausnahme des Einfügens in eine Ordnung gilt, dass alle Werteorientierungen von den Jüngeren etwas stärker unterstützt werden als von den Älteren.

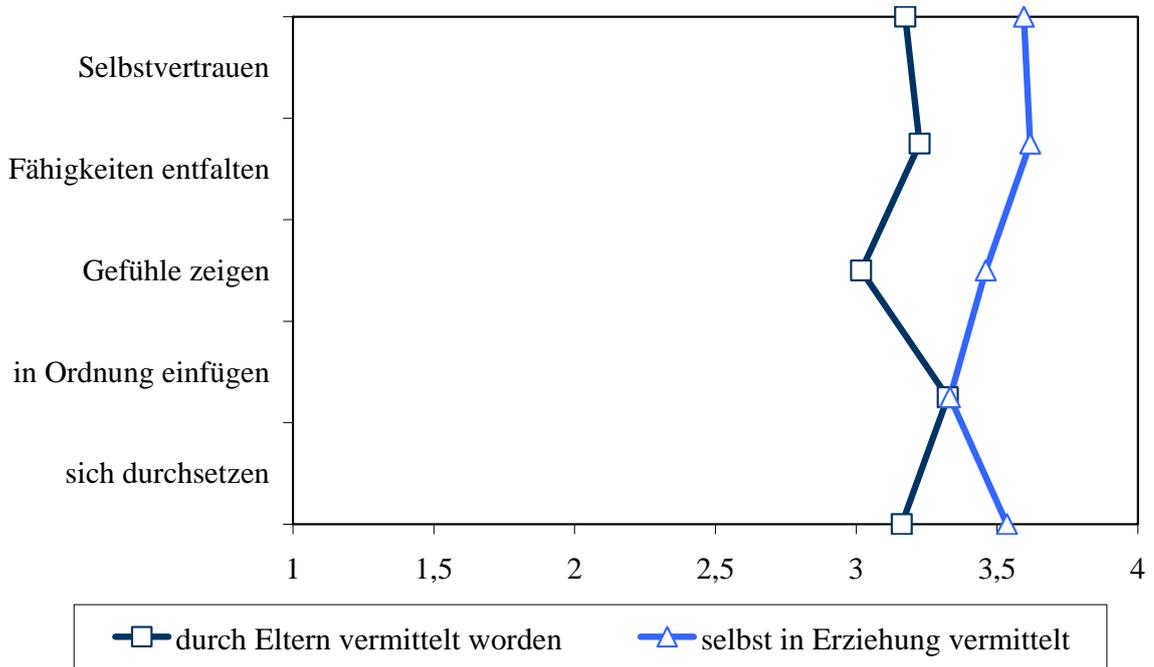
Vergleicht man die Befragten, die durch die eigenen Eltern erzogen worden sind, mit den heutigen Erziehenden, so treten deutliche Unterschiede zwischen den (familiären) Generationen zu Tage. Vier der fünf Erziehungsziele nehmen die Befragten, die aktuell Kinder erziehen, deutlich wichtiger, als dies nach den Erinnerungen aller Befragter bei den eigenen Eltern der Fall war (Abb. 11). Dabei handelt es sich mit Selbstvertrauen, Fähigkeiten entfalten, Durchsetzung und Gefühle zeigen um Werte, die eng mit der Selbstverwirklichung verknüpft und insofern mit postmaterialistischen Orientierungen kompatibel sind. Die Mittelwertunterschiede belaufen sich auf einer von 1 („gar nicht vermittelt“) bis 4 („sehr stark vermittelt“) reichenden Skala auf Werte zwischen 0,5 und 0,6 Punkten – was eine erhebliche Abweichung bedeutet. Bezeichnenderweise liegen die Dinge bei einem einzigen Wert anders: der Einfügung in eine Ordnung. Dieses Ziel hat im Generationenvergleich nicht an Bedeutung gewonnen.

8 Die beiden Fragen hatten folgenden Wortlaut:

[erlebte Erziehung] „Es gibt ja verschiedene Dinge, die einem die Eltern in der Erziehung mitgeben. Wie sehr haben Ihnen Ihre Eltern die folgenden Dinge vermittelt: Sehr stark, stark, eher nicht so stark oder kaum bzw. gar nicht? Wie war das mit...“;

[eigene Erziehungspraxis bzw. -präferenz] „Und wie sehr haben Sie diese Dinge Ihren eigenen Kindern vermittelt oder würden sie Ihren eigenen Kindern vermitteln? Sehr stark, stark, eher nicht so stark oder kaum bzw. gar nicht?“

Abb. 11: *Erziehungsziele im Generationenvergleich*
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 „gar nicht“ bis 4 „sehr stark“)



Während sich unübersehbare Generationenunterschiede bei den Erziehungszielen ergeben haben, so sind doch zugleich auch weitreichende Übereinstimmungen zwischen den Befragten und ihren Eltern auszumachen. Am stärksten gilt dies für das Erziehungsziel „sich in eine Ordnung einfügen“, das von der jeweiligen Elterngeneration stark in der Erziehung vermittelt worden ist – und auch weiterhin entsprechend vermittelt wird. Fast zwei Drittel der Befragten übernehmen in diesem Punkt die Erziehungspraxis ihrer Eltern oder würden dies tun; bei den vier anderen Erziehungszielen sind es jeweils nur knapp mehr als die Hälfte. Diejenigen, die von der erfahrenen elterlichen Erziehung abweichen, räumen diesem Wert entweder geringere Bedeutung bei der Erziehung ihrer Kinder ein (20% aller Befragten) oder mehr (17%). Diese annähernde Gleichverteilung bei abweichender Erziehungspraxis findet sich bei keinem anderen Erziehungsziel: Durchweg wird ansonsten das jeweilige Ziel stärker vermittelt, als dies in der eigenen Kindheit erfahren wurde.

Insgesamt decken sich bei 15 Prozent der Befragten erlebte und praktizierte Erziehung bei allen hier untersuchten Zielen. Bei mehr als der Hälfte der Thüringer besteht eine Übereinstimmung mit den von den Eltern vermittelten Erziehungszielen in mindestens drei der fünf Punkte. Hingegen grenzt sich lediglich jeder Neunte in allen Punkten (mindestens graduell) von der Erziehungspraxis der eigenen Eltern ab. Es kann nicht überraschen, dass diese Befragten zugleich eine deutlich geringere emotionale Verbundenheit sowohl zur eigenen Mutter als auch zum eigenen Vater (vgl. ausführlicher dazu unten Kap. IV.2) berichten als alle anderen Befragtengruppen. Ein systematischer Zusammenhang mit dem Alter besteht nicht; allenfalls fällt auf, dass eine grundsätzliche Abkehr von der Erziehungspraxis der Eltern von der jüngsten Alterskohorte besonders selten angestrebt wird. Umgekehrt sind es allerdings die Befragten über 60 Jahren, die überdurchschnittlich oft mit der (erinnerten) Erziehungspraxis ihrer Eltern übereinstimmen.

Fasst man die Ergebnisse knapp zusammen, so unterscheiden sich zunächst die generellen Wertorientierungen der verschiedenen Altersgruppen. Diese sind jedoch vorrangig auf die unterschiedliche Position der Befragten im Lebenszyklus zurückzuführen. Moderat variieren die Unterstützung der Erziehungsziele und auch die erlebte Umsetzung dieser Erziehungsziele durch die eigenen Eltern mit dem Alter. Die Unterschiede zwischen der selbst praktizieren (oder favorisierten) Erziehung und der als Kind erlebten Erziehung fallen deutlicher aus. Hier bestehen durchaus Generationenunterschiede dahingehend, dass die Befragten des Jahres 2010 sich bei der Erziehung ihrer Kinder sehr viel stärker an deren Selbstverwirklichung orientieren (oder zu orientieren beabsichtigen), als sie dies in ihrer eigenen Kindheit erfahren haben. Diese Unterschiede scheinen in Thüringen geringer zu sein als in Gesamtdeutschland, was vor allem daran liegt, dass die Befragten im Freistaat viel häufiger berichten, dass ihnen Selbstverwirklichungsziele in der Erziehung durch ihre Eltern vermittelt wurden.⁹ Insgesamt dürfte sich ein Wertewandel zumindest in den postulierten Erziehungszielen vollzogen haben.

Fraglich ist, inwiefern sich die teils unterschiedlichen Erziehungspraktiken im Generationenvergleich auf die Kontakte zwischen den Generationen sowie auf die Intensität und Qualität der intergenerationalen Beziehungen auswirken. Diesen Aspekten der innerfamiliären Solidarität geht das folgende Kapitel nach.

2. Kontakte und Bindungen zwischen den Generationen

Intergenerationale Erfahrungen werden in aller Regel zuerst und besonders intensiv im unmittelbaren sozialen Umfeld gemacht: in der Familie. Erst später kommen intergenerationale Kontakte in Bildungseinrichtungen (Kindertagesstätte, Schule, usw.) sowie in der Freizeit, noch später dann in der Arbeitswelt hinzu. Es liegt schon deshalb nahe, der Familie als vorgegebenem Erfahrungsraum für intergenerationale Beziehungen eine herausgehobene Bedeutung für die Kontakte zwischen den Generationen zuzuschreiben. Über die Qualität der innerfamiliären Beziehungen zwischen den Generationen ist damit allerdings noch keine Aussage gemacht.

Dass sich die Rahmenbedingungen und Erscheinungsformen des innerfamiliären Generationenverhältnisses in Thüringen speziell seit der deutschen Vereinigung erheblich verändert haben, ist bereits dargestellt worden (vgl. oben Kap. III). Wie stark aber die Lebenswirklichkeit der Generationen von solchen Entwicklungen, also etwa von der steigenden Zahl Kinderloser oder der Zunahme an Single-Haushalten, bestimmt wird, lässt sich allein anhand der amtlichen Statistik nicht ermitteln (so mit Blick auf den Mythos der isolierten Kleinfamilie auch Bertram 2000: 97-101). Erst die Wahrnehmungen, Einschätzungen und berichteten Erfahrungen der Bürger geben Auskunft über die Quantität und die Qualität der innerfamiliären Kontakte zwischen den Generationen.

Da sich die Beziehungen zwischen den Generationen nicht auf den familiären Bereich beschränken, dürfte die Wahrnehmung anderer Alterskohorten nur zum Teil durch die Erfahrungen in der eigenen Familie geprägt sein. Je häufiger außerfamiliäre Kontakte sind, desto mehr Möglichkeiten bestehen, um die (jeweils nicht notwendigerweise homogene) Lebenswirklichkeit und die Perspektiven anderer Altersgruppen kennenzulernen. Letztlich

9 Die bundesweiten Vergleichsdaten entstammen dem Generationenbarometer 2009 (Institut für Demoskopie 2009). Dabei könnten Unterschiede auch durch die geringfügig andere Frageformulierung bei der bundesweiten Befragung bedingt sein.

ergibt sich der Charakter des Generationenverhältnisses aus der Summe der im privaten und im öffentlichen Raum gelebten Beziehungen zwischen Älteren und Jüngeren, weshalb hier beide Lebensbereiche – bei einem deutlichen Schwerpunkt auf dem familiären Bereich – zu untersuchen sind.

2.1. Die Solidarität zwischen den Generationen im familiären Bereich

In der öffentlichen Wahrnehmung konkurrieren oftmals zwei stark normativ bestimmte Sichtweisen auf die in den Familien gestalteten Generationenbeziehungen. Nach der einen Sichtweise haben diese Beziehungen in dem Maße gelitten, wie Unterstützungsleistungen der Familien von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen übernommen wurden und wie sich Lebensformen ausdifferenzierten und zur räumlichen Trennung der Generationen einer Familie führten. Demnach haben die Familien als ursprünglicher Ort des intergenerationalen Zusammenhalts einen Funktionsverlust erfahren, der sich nicht nur negativ auf die Häufigkeit der Kontakte zwischen Kindern, Eltern und Großeltern auswirkt, sondern vor allem auch auf die Qualität dieser Beziehungen.

Sieht man davon ab, dass dieser Einschätzung womöglich eine sozialromantische Vorstellung vom Zusammenhalt in den Großfamilien des vorindustriellen Zeitalters zugrunde liegt, so scheinen den Vertretern eines solchen Degenerationsansatzes vor allem viele der „verborgenen familiären Beziehungen“ (Bertram 2000) in modernen Gesellschaften zu entgehen. Gerade diese stehen im Zentrum eines zweiten, konkurrierenden Interpretationsansatzes, der die vielfältigen Leistungen betont, die die familiären Generationen auch über größere räumliche Entfernungen hinweg füreinander erbringen. Dazu gehören sowohl finanzielle Transfers, die sich etwa im Fall der Vererbung auf gewaltige volkswirtschaftliche Beträge summieren, als auch emotionale Unterstützungsleistungen und Betreuungsleistungen aller Art. Der These der Distanznahme zwischen den Generationen wird hier eine enge Verbundenheit der innerfamiliären Generationen auch unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gegenübergestellt.

Eine umfragebasierte Untersuchung wie die vorliegende kann sich jedoch nicht an den normativen Leitvorstellungen orientieren, die diesen Thesen oftmals zugrunde liegen. Vielmehr geht es hier um eine empirische Bestandsaufnahme über Art, Umfang und (subjektiv von den Befragten wahrgenommene) Qualität der Generationenbeziehungen in den Thüringer Familien. Dabei lassen sich unterschiedliche Formen der Solidarität zwischen den Generationen unterscheiden – und darauf hin analysieren, ob und wie sie in den Familien erbracht werden. Die Kataloge der Erscheinungsformen von Generationensolidarität fallen oft lang aus (vgl. beispielsweise Bengtson/Roberts 1991), wobei die empirische Überprüfung mit der Zahl der unterschiedenen Solidaritätsformen zusehends schwieriger wird.

Aus diesem Grund wird hier ein vergleichsweise einfaches, damit aber auch klar konturiertes und empirisch überprüfbares Konzept der Solidarität zwischen den Generationen verwendet (ähnlich Brandt 2009: 19-21, Szydlík 2000: 34ff.). Es unterscheidet drei Varianten der intergenerationalen Solidarität in den Familien: die affektive, assoziative und *funktionale Solidarität*. Letztere bezeichnet die Leistungen, die Familienmitglieder über Generationen hinweg füreinander erbringen, wobei diese ideeller wie materieller Natur sein können. Mit der *assoziativen Solidarität* werden die zwischen den Generationen bestehenden Kontakte erfasst. Sie sagt also etwas darüber aus, ob die Generationen räumlich und/oder sozial in getrennten Welten leben oder nicht. Davon ist schließlich die *affektive Solidarität* zu unterscheiden. Sie gibt Auskunft über die subjektiv bestehende emotionale Verbundenheit zwischen den

Familienmitgliedern unterschiedlicher Generationen. Das Ausmaß der affektiven, assoziativen und funktionalen Solidarität kann als Indikator für Quantität und Qualität der innerfamiliären Generationenbeziehungen gelten.

(a) Affektive Solidarität: Der affektiven Solidarität kommt für die Beziehungen zwischen den Generationen eine grundlegende Bedeutung zu. Zwar können auch bei fehlender emotionaler Verbundenheit, beispielsweise mit den Eltern, Leistungen für diese erbracht werden oder Besuche bei diesen stattfinden – etwa aus einem Gefühl der moralischen Verpflichtung heraus oder wegen rechtlicher Vorgaben. In aller Regel aber dürfte die Bereitschaft zum Kontakt und zur Unterstützung der jeweils anderen Generation(-en) maßgeblich an die emotionale Nähe zu diesen geknüpft sein: Vor allem wer sich den eigenen Kindern, Eltern oder Großeltern verbunden fühlt, wird den Kontakt zu ihnen suchen und sich um sie bemühen.

Erwartungsgemäß ist die emotionale Verbundenheit zu den Familienangehörigen über die Generationen hinweg stark ausgeprägt. Auf einer von 0 (überhaupt nicht verbunden) bis 10 (auf das engste verbunden) reichenden Skala werden für die Nähe zu den Familienmitgliedern einer anderen Generation im Schnitt hohe Werte angegeben. Es ist nicht auszuschließen, dass diese hohen Werten teils durch Effekte der sozialen Erwünschtheit bedingt sind: Selbst Befragte, die sich etwa den eigenen Kindern nicht sonderlich verbunden fühlen, könnten dies wegen des sozialen Erwartungsdrucks in der Interviewsituation womöglich nicht eingestanden haben. Insofern ist für die Analyse weniger die absolute Höhe der Werte von Interesse, als die Unterschiede zwischen den jeweiligen Einstellungsobjekten.

Von sechs Bezugspersonen in der Familie (eigener Partner, Mutter, Vater, Kinder, Großeltern, Enkel) fühlen sich die Befragten am stärksten den eigenen Kindern verbunden. Die emotionale Nähe ist dabei mit einem Durchschnittswert von 9,7 nahe beim Skalenende – und noch ausgeprägter als die zum eigenen Partner (9,6).¹⁰ Die Verbundenheit mit den eigenen Eltern ist ebenfalls stark, fällt aber im Vergleich merklich schwächer aus; dies gilt auch dann, wenn nur diejenigen Befragten berücksichtigt werden, die eigene Kinder haben. Bemerkenswert sind dabei die signifikanten Unterschiede in der Verbundenheit mit den beiden Elternteilen. Bei Befragten, die Angaben zu beiden Elternteilen gemacht haben, ist die emotionale Nähe zur Mutter im Schnitt um einen halben Punkt größer (8,5) als die zum Vater (8,0). Eine genauere Analyse zeigt, dass weit mehr als die Hälfte der Befragten keine Unterschiede zwischen Mutter und Vater macht; knapp 30 Prozent haben ein engeres Verhältnis zur Mutter, die übrigen 15 Prozent fühlen sich dem Vater enger verbunden.

Eine Asymmetrie ergibt sich für die Verbundenheit der nicht miteinander benachbarten Generationen. So ist für die vergleichsweise kleine Gruppe der Großeltern – etwa ein Drittel der Befragten – die Bindung an ihre Enkel sehr stark (9,2). Umgekehrt ist hingegen die Bindung der Enkel an die Großeltern weniger ausgeprägt (7,9). Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich nicht um wechselseitige Wahrnehmungen handelt: Die Großeltern berichteten über die Beziehung zu ihren Enkelkindern, hingegen alle Altersgruppen über die Verbundenheit mit ihren Großeltern. Generell ist die Bewertung der Verbundenheit mit den jeweiligen Familienmitgliedern unabhängig von der eigenen familiären Situation. So lässt beispielsweise die emotionale Nähe zu den eigenen Kindern auch dann nicht nach, wenn diese

10 Es ist anzumerken, dass die Anzahl der Befragten je nach dem befragten Einstellungsobjekt variiert. So können fast alle Befragten Auskunft über die emotionale Verbundenheit zur Mutter geben (n=960), hingegen deutlich weniger über die Verbundenheit zum eigenen Partner (n=732), da sie entweder nie einen Lebenspartner gehabt haben oder dieser bereits gestorben ist. Diese Kompositionseffekte können hier nicht für jede Auswertung dokumentiert werden, sind aber bei der Interpretation berücksichtigt worden.

den gemeinsamen Haushalt verlassen. Untereinander hängen die einzelnen Bewertungen durchweg positiv miteinander zusammen, d.h. es gibt offensichtlich Befragte, die generell eine starke Verbundenheit mit den anderen Generationen in der eigenen Familie wahrnehmen – und Befragte, die durchweg weniger starke familiäre Bindungen aufweisen. Besonders stark miteinander verknüpft sind die Verbundenheit mit den eigenen Kindern und die emotionale Nähe zu den Enkeln.

Für die affektive Solidarität finden sich keine auffälligen Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Leichte Differenzen ergeben sich hingegen im Vergleich der Geschlechter. So fühlen sich Frauen den Familienangehörigen aus anderen Generationen, nicht aber dem eigenen Partner etwas stärker verbunden als Männer (Tab. 1). Am stärksten fällt dieser Unterschied bei der emotionalen Nähe zu den Enkelkindern aus. Die affektive Solidarität ist zudem verschieden stark ausgeprägt, je nach dem welche allgemeinen Wertorientierungen ein Befragter hat. Diejenigen, die in erster Linie das Leben genießen wollen, geben dabei generell etwas niedrigere Werte der Verbundenheit an als die Pflichtbewussten und die auf Selbstentfaltung Bedachten. Wie stark die Verbundenheit mit den jeweiligen Familienmitgliedern ist, hängt kaum von den eigenen Erziehungspräferenzen ab, wird aber teilweise durch die erlebte Erziehung beeinflusst. So ist die emotionale Nähe zur Mutter, abgeschwächt auch die zum Vater umso größer, je stärker die eigenen Eltern Selbstvertrauen, Gefühle zeigen und Selbstentfaltung in der Erziehung vermittelt haben.

Tab. 1: *Verbundenheit mit Partner/-in und mit Familienangehörigen anderer Generationen*
(Mittelwerte auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht verbunden“ bis 10 „auf das engste verbunden“)

	Verbundenheit mit...					
	Partner/-in	Mutter	Vater	Kind/-ern	Großeltern	Enkel/-n
Frauen	9,6	8,6	8,2	9,8	8,0	9,4
Männer	9,6	8,4	7,9	9,5	7,8	9,0

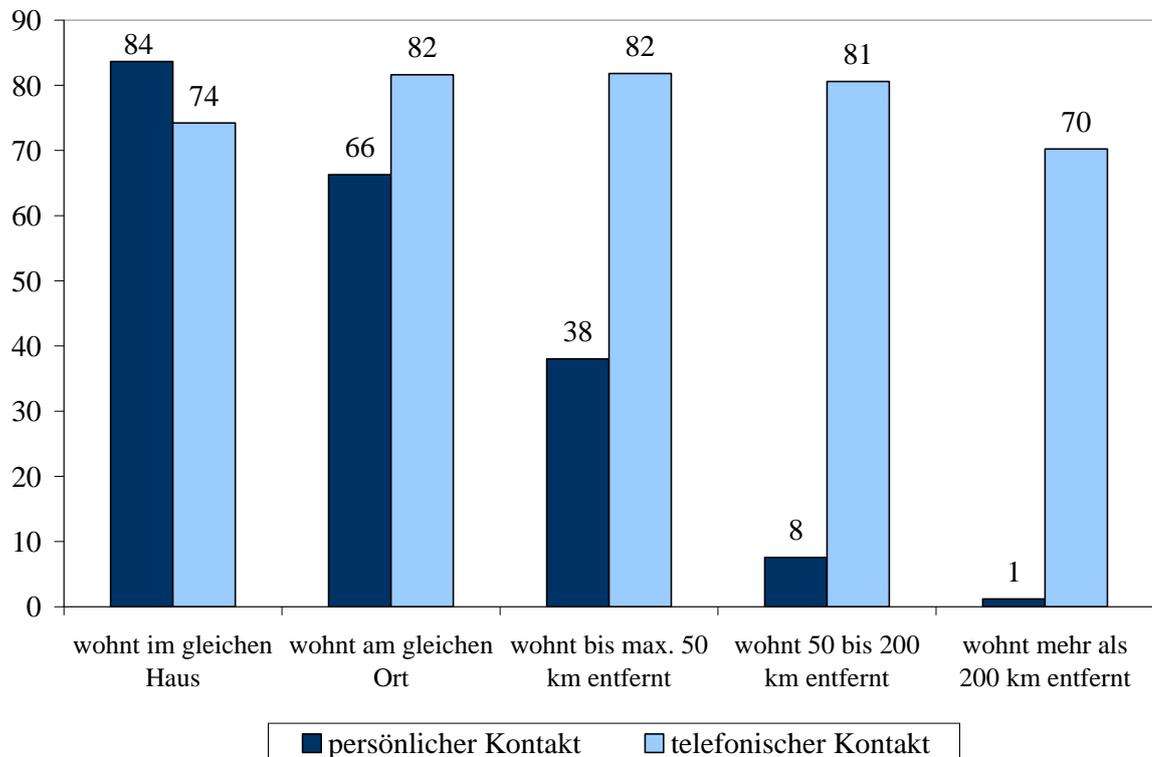
Die insgesamt stark ausgeprägte affektive Solidarität zwischen den Generationen in Thüringer Familien lässt sich für die Befragten mit minderjährigen Kindern noch unterstreichen. So geben acht von zehn Betroffenen, Mütter und Väter gleichermaßen, an, dass viel gemeinsam unternommen wird – was auf ein intensives Familienleben hindeutet. Selbst wenn auch hier Effekte sozialer Erwünschtheit in Rechnung zu stellen sind, korrespondieren diese Werte doch auffällig mit den Angaben zur Verbundenheit mit den Familienmitgliedern. Es kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen, dass die meisten Befragten angaben, zugleich über genügend Zeit für die Kindererziehung zu verfügen. Selbst unter den Vätern minderjähriger Kinder verneint dies nur jeder Vierte. In diesem Punkt deutet sich ein spürbarer Unterschied zu früheren Generationen an, berichtet doch in einer bundesweiten Erhebung ein erheblicher Teil der Befragten über die eigene Kindheit, dass der eigene Vater wenig Zeit für die Kinder gehabt habe (Institut für Demoskopie 2009: 18). Die stärkere Einbeziehung der Väter in die Kindererziehung bringen auch die Befragten 2010 zum Ausdruck: Fast 80 Prozent der Thüringer mit minderjährigen Kindern im Haushalt und immerhin drei Viertel der betroffenen

Mütter geben an, dass beide Partner sich die Aufgabe der Kindererziehung in vergleichbarem Maße teilen.

Versteht man die affektive Solidarität als Basis für andere Formen der Solidarität, so ist angesichts der dokumentierten engen Verbundenheit der Familienmitglieder über Generationen hinweg zu erwarten, dass die Kontaktdichte zwischen den Familienmitgliedern auch dann hoch ist, wenn sie nicht in einem gemeinsamen Haushalt leben. Ein reger persönlicher und/oder telefonischer Kontakt würde zeigen, dass die generationenübergreifende Kommunikation nicht an das Zusammenleben unter einem Dach gekoppelt ist, sondern so wichtig genommen wird, dass sie auch über räumliche Distanz hinweg aufrechterhalten wird.

(b) Assoziative Solidarität: Die damit angesprochene assoziative Solidarität dürfte mit der räumlichen Distanz zwischen den Generationen variieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein von den eigenen Kindern getrennter Haushalt, wie ihn 56 Prozent aller Befragten führen, nicht automatisch eine starke räumliche Entfernung bedeutet. Mehr als die Hälfte der außerhalb des elterlichen Haushalts lebenden (in aller Regel: erwachsenen) Kinder wohnt entweder im gleichen Haus wie die Eltern (19%) oder zumindest im gleichen Ort (33%). Hingegen beträgt nur in 15 Prozent der Fälle die räumliche Distanz mehr als 200 Kilometer. Erwartungsgemäß variiert der Kontakt erheblich mit der räumlichen Entfernung. So sehen sich die im gleichen Haus lebenden Familienangehörigen in aller Regel täglich, bei gleichem Wohnort treffen sich immerhin noch zwei Drittel mindestens mehrmals pro Woche (Abb. 12). Erst ab einer Entfernung der Wohnorte von 200 Kilometer besteht ein eher loser Kontakt; vier von fünf Betroffenen geben an, ihre Kinder mehrmals pro Jahr zu sehen. Selbst in dieser Gruppe ist aber der Anteil der Befragten mit (fast) gar keinem Kontakt mit den eigenen außerhalb des Haushalts lebenden Kindern verschwindend gering.

Abb. 12: *Eltern mit intensivem Kontakt (mindestens mehrmals pro Woche) zu ihren außerhalb des Haushalts lebenden Kindern (in Prozent)*



Insgesamt besteht also auch Jahre nach dem Verlassen des elterlichen Haushalts ein reger Kontakt zwischen Kindern und ihren Eltern. Die Kontakthäufigkeit nimmt dann zu, wenn Enkelkinder vorhanden sind. Dies gilt allerdings nur, solange die Entfernung zwischen den Haushalten 50 Kilometer nicht übersteigt. Erwartungsgemäß erschweren räumliche und damit verknüpfte zeitliche Restriktionen generell einen häufigen persönlichen Kontakt. Der telefonische Kontakt wird hingegen auch über die Distanz hinweg aufrecht erhalten (Abb. 12). Mehr als drei Viertel der in getrennten Haushalten lebenden Eltern und Kinder telefonieren mindestens mehrmals die Woche miteinander; unter den weit voneinander entfernt Lebenden sind es noch sieben von zehn. Allerdings wird eine geringe Kontakthäufigkeit nicht durch besonders häufige Telefonate „kompensiert“; zwischen dem persönlichen und dem telefonischen Kontakt besteht vielmehr ein schwacher positiver Zusammenhang. Auch für die telefonischen Kontakte gilt im Übrigen, dass sie sich in aller Regel intensivieren, wenn Enkelkinder vorhanden sind. Die Fortsetzung der Generationenfolge in den Familien verstärkt demnach auch die Verbindung zwischen den (zu Großeltern gewordenen) Eltern und den (Erziehungsverantwortung übernehmenden) Kindern.

Die assoziative Solidarität ist bisher nur für den engsten Familienkreis betrachtet worden. Gerade für die soziale Integration älterer Menschen, deren Kinder weiter entfernt wohnen, können aber auch die Beziehungen zu anderen Angehörigen enorm wichtig sein. Faktisch ist der Kontakt zu anderen Familienangehörigen außerhalb des eigenen Haushalts erwartungsgemäß schwächer als der zu den Kindern außerhalb des eigenen Haushalts, jedoch oftmals durchaus rege. Dabei bestehen große Unterschiede: Während drei von zehn Befragten regelmäßig andere Familienangehörige treffen, haben knapp 40 Prozent nur sporadischen Kontakt zu ihnen. Weit häufiger sind Telefongespräche mit anderen Familienangehörigen: Mehr als

die Hälfte der Befragten telefoniert mindestens mehrmals die Woche mit anderen Angehörigen. Im Gesamtbild scheint es auch über den engsten Familienkreis hinaus regelmäßige Kontakte zwischen Familienangehörigen zu geben, auch wenn es sich dabei nicht immer um generationenübergreifende Interaktionen handelt (so etwa bei Geschwistern).

Die ausgeprägte assoziative Solidarität zwischen den Generationen bietet keine Anhaltspunkte für die in den Medien mitunter entwickelte Horrorszenarien von einer Vereinzelung bzw. von der Vereinsamung älterer Menschen. Von der räumlichen Trennung zwischen Kindern und Eltern bzw. Eltern und Großeltern auf eine Beeinträchtigung der sozialen Beziehungen zu schließen, ist nach den hier referierten Auskünften der Thüringerinnen und Thüringer über die Generationenbeziehungen mindestens voreilig. Zwar nimmt der Kontakt vor allem zu anderen Familienangehörigen im höheren Lebensalter ab, doch ist auch unter den Befragten ab 70 Jahren die Beziehung zu den eigenen Kindern noch ausgeprägt. Der Anteil älterer Menschen, die von der eigenen Familie isoliert leben, ist dementsprechend gering. Damit bestätigen sich die Befunde einer gleichfalls auf Thüringen bezogenen Studie aus dem Jahr 2007 (Edinger/Hallermann 2007: 29-31).

(c) Funktionale Solidarität: Die dritte Form intergenerationaler Solidarität ist funktionaler Art. Sie umfasst sämtliche Unterstützungsleistungen, die im familiären Bereich zwischen den Generationen erbracht werden. Diese können zeitlicher, materieller oder sonstiger Natur sein – und regelmäßig oder nur gelegentlich, langfristig oder eher kurzfristig erbracht werden. Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2010 sind von der Vielzahl möglicher Unterstützungsformen nur regelmäßige Leistungen erfasst und diese nochmals nach finanziellen und immateriellen Zuwendungen unterschieden worden. Nach den Auskünften der Befragten sind Sozialtransfers zwischen den nicht in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden Generationen – weitgehend abseits der sozialstaatlichen Regelungen – weit verbreitet. Werden Unterstützungsleistungen erbracht, so handelt es sich in aller Regel um finanzielle *und* anderweitige Transfers (Tab. 2). Ausschließlich finanzielle Zuwendungen sind, unabhängig davon von wem die Unterstützung ausgeht und wer sie erhält, eine seltene Ausnahme. Hingegen kommt es häufiger vor, dass enge Familienangehörige nur immateriell unterstützt werden. Im Fall der Kindergeneration kann das etwa die Erledigung von Einkäufen sein, im Fall der Eltern- generation die Betreuung der Enkelkinder.

Tab. 2: *Regelmäßige Unterstützungsleistungen der Generationen füreinander (in Prozent)*

	Unterstützungsleistungen			
	ausschließlich finanziell	ausschließlich immateriell	beides	keine
für die eigenen Kinder (durch Befragte mit Kindern außerhalb des Haushalts)	6	30	49	16
für die eigenen Eltern (durch Befragte mit Eltern außerhalb des Haushalts)	0	31	8	61
für die Enkelkinder (durch Großeltern)	6	26	49	19

Neben der ungleichen Verteilung von finanziellen und immateriellen Leistungen fällt auch die asymmetrische Verteilung der Transfers zwischen den Generationen ins Auge. Während die

übergroße Mehrheit der Eltern ihre Kinder auch dann noch unterstützt, wenn sie den elterlichen Haushalt längst verlassen haben – mehr als die Hälfte (auch) durch finanzielle Zuwendungen –, gilt das umgekehrt nicht in gleicher Weise. Unterstützungsleistungen der Kinder für ihre Eltern sind deutlich seltener: Nur etwa 40 Prozent der Betroffenen unterstützen die eigenen Eltern regelmäßig. Diese Asymmetrie dürfte in erster Linie mit dem unterschiedlichen Bedarf an Unterstützungsleistungen auf der einen Seite und der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite zu tun haben.¹¹ So liegt auf der Hand, dass viele Befragte, die selbst bereits ein höheres Alter erreicht haben, kaum in der Lage sind, ihre betagten Eltern noch (immateriell) zu unterstützen. Umgekehrt sind Eltern, die beruflich verankert und bei bester Gesundheit sind, nicht auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen.

Entsprechend zeigen sich deutliche Alterseffekte bei den Hilfsleistungen. So unterstützen Befragte im Alter von über 60 Jahren nur in Ausnahmefällen ihre Eltern, wenn diese noch leben (bei den 18-29-Jährigen sind es fast zwei Drittel). Annähernd 80 Prozent von ihnen aber lassen den eigenen Kindern Geld oder andere Unterstützungsleistungen zukommen. Materielle Hilfen hängen zudem von der eigenen finanziellen Situation ab. Zwar unterstützen Befragte, die diese tendenziell schlecht einschätzen, ihre Angehörigen annähernd ebenso häufig wie besser Gestellte, doch ist die Hilfe hier eher immaterieller Natur. Schließlich spielt erwartungsgemäß die affektive Bindung eine wichtige Rolle für die funktionale Solidarität. Die intergenerationalen Transfers steigen in dem Maße, wie sich diejenigen, von denen die Unterstützungsleistungen ausgehen, den Unterstützten emotional verbunden fühlen.

Dabei dürfte die direkte Pflege von Familienangehörigen die wohl am stärksten beanspruchende und herausfordernde Form funktionaler Solidarität sein. Unter den Befragten ab 40 Jahren¹² bekundete eine breite Mehrheit, für die eigenen hilfsbedürftigen Eltern die Pflege übernehmen zu wollen. 60 Prozent stimmten der Aussage, dies versuchen zu wollen, vorbehaltlos zu, ein weiteres Viertel stimmte eher zu. Diese Zahlen sind mit einiger Vorsicht zu interpretieren, da die Frage selbst bei Befragten mit Eltern im Rentenalter immer noch einen stark hypothetischen Charakter hat – und mutmaßlich deutlichen Effekten der sozialen Erwünschtheit unterliegt. Gleichwohl ist sie ein bezeichnender Ausdruck für die subjektiv empfundene Verpflichtung gegenüber den engsten Angehörigen – und für die breite Akzeptanz einer Reziprozitätsnorm, nach der die von den eigenen Eltern erbrachten Fürsorgeleistungen eine reziproke Unterstützung für den Fall ihrer Hilfsbedürftigkeit verlangen (zur Reziprozität allgemein Hollstein/Bria 1998).

Faktisch ist der Kreis der Befragten, die einen nahen Angehörigen pflegen, weit geringer. Aber immerhin hat jeder neunte Befragte nach eigenem Bekunden zum Zeitpunkt des Interviews einen nahen Angehörigen gepflegt. Ein weiteres Viertel der Befragten gab an, dies in der Vergangenheit schon einmal getan zu haben. Selbst wenn die Pflege von Angehörigen seitens der Interviewpartner sicherlich nicht im Sinne der amtlichen Definition von Pflege verstanden worden ist, illustrieren diese Zahlen doch, wie sehr innerfamiliäre Pflegeleistungen bereits im Alltag von Thüringer Familien präsent sind. Dabei wird die Pflege naher Angehöriger, oftmals, aber nicht zwingend die der eigenen Eltern, eher von Frauen über-

11 Sie ist aber auch Ausdruck der (noch) größeren Nähe, die Befragte gegenüber ihren Kindern empfinden – im Vergleich zur emotionalen Bindung an die eigenen Eltern. So geben fast drei Viertel der Befragten mit eigenen Kindern an, nicht zu erwarten, dass ihre Kinder sie im Alter pflegen werden.

12 Die Frage wurde nicht an jüngere Befragte gerichtet, da anzunehmen war, dass diese mutmaßlich auf absehbare Zeit nicht mit der Frage der Pflege der eigenen Eltern konfrontiert sein würden. Die Frage hätte dann ausschließlich hypothetischen Charakter gehabt.

nommen: Weit mehr als 40 Prozent von ihnen haben sich bereits einmal in dieser Weise engagiert, aber auch unter den Männern ist es jeder Dritte gewesen.

Besonders betroffen ist aktuell die Altersgruppe der 45-59-Jährigen (19%), aber auch in der jüngsten Alterskohorte sind es nicht weniger als sieben Prozent der Befragten, die einen nahen Angehörigen pflegen. Faktoren wie Arbeitslosigkeit, eine geringe Wohnortgröße und vor allem das Wohnen im selben Haus erhöhen zwar die Wahrscheinlichkeit von Pflegeleistungen für Familienangehörige. Der Sache nach überrascht jedoch eher, wie wenig die Übernahme der Pflege von den spezifischen Lebensbedingungen abhängig ist. In fast zwei Drittel der Fälle erfolgt bzw. erfolgte die Pflege in der Wohnung des Pflegebedürftigen, ansonsten fast immer in der Wohnung des Pflegenden. Die Befunde zur Pflege von Familienangehörigen illustrieren, dass sich die funktionale Solidarität auch auf Bereiche bezieht, die mit gravierenden Belastungen und Beeinträchtigungen für die Hilfeleistenden verbunden ist. Derartige Belastungen wiederum wollen die meisten Eltern ihren eigenen Kindern ersparen. Nur 29 Prozent erwarten, dass ihre Kinder sie im Alter pflegen werden, mehr als ein Drittel weist eine derartige Erwartungshaltung entschieden von sich.

Die hier untersuchten Formen der intergenerationalen Solidarität in Thüringer Familien können insgesamt als ausgeprägt gelten. Zwischen Eltern und Kindern besteht auch bei getrennten Haushalten eine hohe emotionale Verbundenheit; zudem liegen die Enkelkinder den Großeltern besonders am Herzen. Aus der emotionalen Nähe folgt ein reger telefonischer und persönlicher Kontakt zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern, wobei die Häufigkeit von Besuchen entscheidend durch die räumliche Nähe bedingt ist. Zudem unterstützen sich die Mitglieder der engeren Familie wechselseitig, insofern die Voraussetzungen (Bedarf einerseits, finanzielle und sonstige Möglichkeiten andererseits) dafür gegeben sind. Für eine Distanznahme zwischen den Generationen finden sich demnach zumindest im familiären Nahbereich keine Anhaltspunkte.

2.2. Kontakte der Generationen im außerfamiliären Bereich

Sollen die Wahrnehmungen anderer Generationen außerhalb des primären Begegnungsraums Familie nicht nur medial vermittelt sein, bedarf es der Gelegenheiten für den intergenerationalen Kontakt. Erst wenn derartige Kontaktmöglichkeiten in ausreichender Zahl vorhanden sind, können eigene Erfahrungen mit den Angehörigen anderer Generationen, ihren (wenn vorhanden) spezifischen Sichtweisen, Präferenzen, Problemwahrnehmungen usw. gemacht werden. Insofern kommt den Interaktionen der Generationen jenseits des familiären Bereichs erhebliche Relevanz und Bedeutung für die wechselseitigen Wahrnehmungen zu.

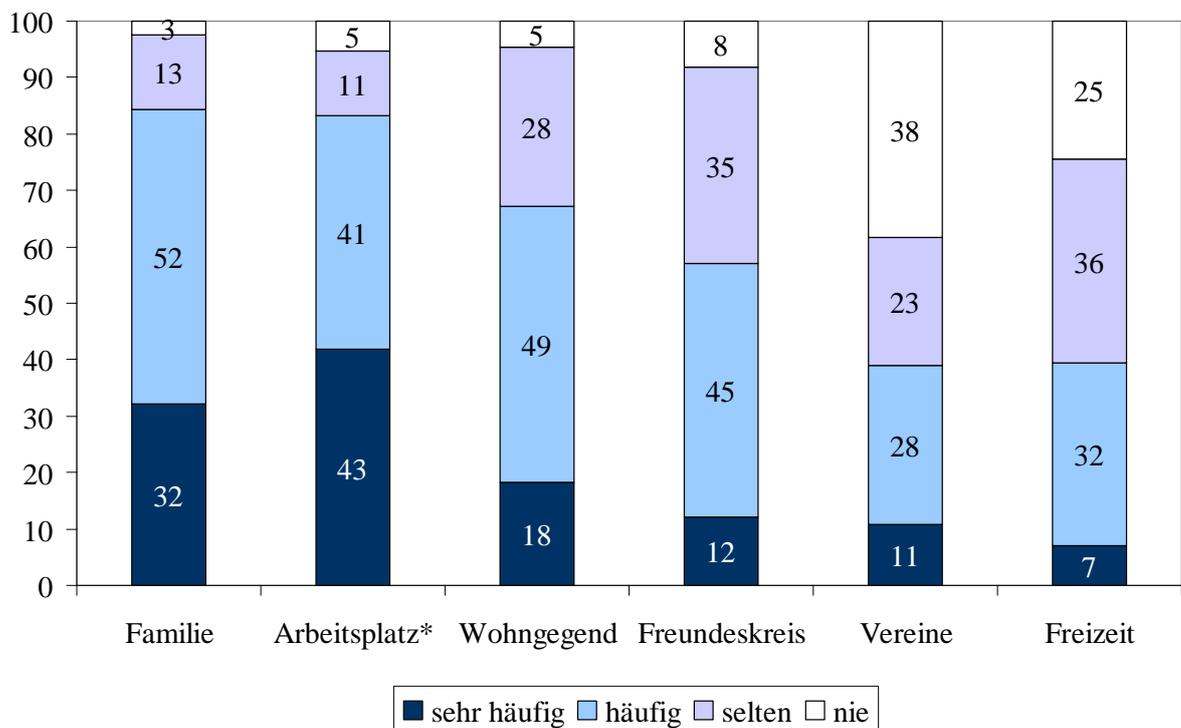
Daher sind die Befragten gebeten worden anzugeben, ob sie auch außerhalb der Familie Kontakt zu sehr viel jüngeren bzw. sehr viel älteren Menschen haben. Konkret wurden an möglichen Kontakträumen die Wohngegend, der Freundeskreis, Vereine und Verbände, sonstige Freizeitaktivitäten sowie der Arbeitsplatz genannt. Mit dem Arbeitsplatz hat es dabei insofern eine besondere Bewandnis, als dabei generell die Rentner als die älteste Alterskohorte ausgeschlossen sind.¹³ Diese soziale Auswahl zugunsten mittlerer Altersgruppen mindert den Wert der Arbeitswelt als Ort intergenerationaler Begegnungen ebenso wie die

13 Zusätzlich ausgeschlossen sind Hausfrauen/Hausmänner sowie die zahlenmäßig größere Gruppe der Arbeitslosen. Diese Selektivität ist unter dem Gesichtspunkt des Generationenverhältnisses weniger gravierend.

vielfach mit dem Alter korrespondierenden hierarchischen Beziehungen. Geht man nur der Kontakthäufigkeit nach, so findet am Arbeitsmarkt, von dem allerdings knapp die Hälfte der Befragten mangels Beteiligung ausgeschlossen ist, ein besonders reger Austausch zwischen unterschiedlichen Generationen statt: Mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen berichten von sehr häufigem Kontakt mit anderen Generationen, eine ähnlich starke Gruppe über häufigen Kontakt (Abb. 13). Damit sind die intergenerationalen Interaktionen am Arbeitsplatz fast so zahlreich wie die innerhalb der Familie, wenn auch zweifellos anderer Natur und Intensität.

Häufige Gelegenheit für Kontakte zu deutlich Jüngeren bzw. Älteren bieten für die Mehrheit aller Befragten die Wohngegend sowie der Freundeskreis. Zwei von drei Befragten kommen im Wohnumfeld häufig oder sehr häufig mit Angehörigen anderer Generationen zusammen, im Freundeskreis ist es immerhin eine deutliche Mehrheit. Von altershomogenen Freundeskreisen kann daher für die Mehrheit der Befragten nicht die Rede sein: Nicht einmal jeder Zehnte gibt an, im Freundeskreis nie mit viel Jüngeren bzw. Älteren zusammenzukommen.

Abb. 13: *Kontakte zu Menschen anderer Generationen nach Bereichen (in Prozent)*



* Basis: nur Erwerbstätige und Befragte in Ausbildung

Erheblich seltener wird von intergenerationalen Kontakten im Bereich der Freizeit berichtet. Dies gilt sowohl für die Freizeitaktivitäten als auch für Kontakte im Rahmen von Vereinen und Verbänden. Nur jeweils knapp 40 Prozent der Befragten haben in diesen Bereichen (sehr) häufigen Kontakt zu anderen Generationen. Zugleich ist der Anteil derjenigen, die niemals viel Jüngere bzw. Ältere treffen, hier besonders hoch: mit 38 Prozent bei Vereinen/Verbänden und immer noch 25 Prozent bei den Freizeitaktivitäten. Generell erhöht der Kontakt zu anderen Generationen in einem der genannten Bereiche zugleich auch die Chance, in einem anderen Bereich Angehörigen anderer Altersgruppen zu begegnen; davon ausgenommen ist lediglich der (weitgehend) erzwungene Kontakt am Arbeitsplatz. Für keinen Bereich bestehen

nennenswerte lineare Zusammenhänge der Kontakthäufigkeit mit dem Alter. Allerdings ist der Kontakt zu anderen Generationen in der jüngsten Alterskohorte der Befragten unter 30 Jahren sowohl hinsichtlich des Wohnumfelds als beim Freundeskreis deutlich schwächer entwickelt als im Schnitt der Befragten.

Wie sich einerseits die innerfamiliären, andererseits die außerfamiliären Kontakte zu den Angehörigen anderer Generationen auf die wechselseitigen Wahrnehmungen auswirken, ist schwer vorherzusagen. In Analogie zu der im Kontext interethnischer Beziehungen entwickelten „Kontakthypothese“ (grundlegend Allport 1954) kann jedoch vermutet werden, dass insbesondere freiwillige, längerfristige und normgestützte Interaktionen mit deutlich Älteren oder Jüngeren auch die generelle Wahrnehmung der jeweils anderen Generation beeinflussen.

3. Selbstverständnis der Generationen und wechselseitige Wahrnehmungen

Wenn anzunehmen ist, dass die Häufigkeit und die Art des inner- wie außerfamiliären Kontakts die wechselseitigen Wahrnehmungen der Generationen bestimmen, so sind diese Wahrnehmungen doch zugleich davon abhängig, wie sehr sich die Befragten überhaupt ihrer Generation zugehörig fühlen und ob sie unabhängig von der eigenen Person die Zugehörigkeit zu einer Alterskohorte als etwas empfinden, das für die eigene Person prägend ist. Dabei interessiert nicht allein die isolierte Einschätzung, sondern auch die Frage, inwiefern das gemeinsame Erleben geschichtlicher Ereignisse im Vergleich zu anderen möglichen Prägungen als bedeutsam erfahren wird.

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2010 sind die Befragten daher um eine Angabe gebeten worden, wie sehr Menschen von den folgenden Faktoren geprägt sind: vom Geschlecht, von der sozialen Herkunft, von der regionalen Herkunft und von der Zugehörigkeit zu einer Generation.¹⁴ Die Generationenzugehörigkeit wird dabei überwiegend als ein wichtiger Prägefaktor eingeschätzt: Mehr als ein Viertel der Befragten geht – auf einer von 0 bis 10 reichenden Skala – von einer sehr starken Prägung aus (Werte 9 und 10 auf der Skala), weitere gut 40 Prozent von einer starken Prägung (Werte 7 und 8). Mit einem Mittelwert von 7,2 wird die Generationenzugehörigkeit für bedeutsamer gehalten als das Geschlecht (6,7) und die Herkunft aus Ost- bzw. Westdeutschland (6,8). Hingegen schätzen die Befragten die Prägekraft der Generationen geringer ein als die der sozialen Herkunft (7,9).

Diese Einschätzungen variieren nur wenig nach dem Alter der Befragten. Allenfalls fällt auf, dass die älteste Kohorte mehr als jüngere Befragte davon ausgeht, dass die Zugehörigkeit zu einer Generation prägend ist. Etwas deutlicher noch unterscheidet sich diese Gruppe – und innerhalb derselben wiederum vor allem die 60-69-Jährigen – von den Jüngeren durch eine stärkere Betonung der Relevanz der regionalen Herkunft. Hier könnte sich bemerkbar machen, dass diese Altersgruppe in besonderem Maße vom Transformationsprozess in den neuen Ländern betroffen gewesen ist – und in diesem Zuge die eigene DDR-Sozialisation als prägend erlebt hat. Generell sind sozialstrukturelle Faktoren ohne nennenswerten Einfluss auf die Wahrnehmung dessen, wodurch Menschen geprägt werden.

14 Der Wortlaut des Generationen-Items lautete: „...die Zugehörigkeit zu einer Generation, also Leuten gleichen Alters, die historische Ereignisse zur gleichen Zeit erlebt haben“.

Wie prägend die jeweiligen Faktoren empfunden werden, dürfte maßgeblich von den persönlichen Erfahrungen abhängen, die die Befragten gemacht haben. Insofern unveränderliche Merkmale wie etwa das Geschlecht oder das Geburtsjahr als Weichenstellungen oder Handlungsrestriktionen in der eigenen Biografie empfunden werden, dürfte diesen auch allgemein hohe Prägestärke zugesprochen werden. Zwar können diese Zusammenhänge auf der Grundlage der vorhandenen Daten nicht systematisch überprüft werden, doch ergeben sich für die Generationenzugehörigkeit deutliche Anhaltspunkte für die Bestätigung dieser Annahme. Je stärker sich die Thüringer der eigenen Generation zugehörig fühlen, umso eher sind sie auch davon überzeugt, dass die durch Altersgleiche erlebten historischen Ereignisse und das Aufwachsen zur gleichen Zeit Gemeinsamkeiten schaffen. Allerdings geht immerhin ein gutes Viertel der Befragten mit (sehr starkem) Zugehörigkeitsgefühl davon aus, dass die Generationenzugehörigkeit nur eine schwache bis mittelstarke Wirkung für die Menschen hat.

Frappierend ist, wie stark sich die Befragten der eigenen Generation zugehörig fühlen: 45 Prozent bekunden ein sehr starkes Zugehörigkeitsempfinden, ein weiteres Drittel ein starkes. Diese subjektive Verbundenheit mit der eigenen Generation ist unter den Befragten ab 60 Jahren überdurchschnittlich stark ausgeprägt und steigt mit der affektiven Solidarität in der Familie leicht an. Die emotionale Nähe zu den eigenen Familienangehörigen schärft offenbar das Bewusstsein für die Generationenzugehörigkeit. Wenn sich aber das Gros der Befragten deutlich der eigenen generationalen Zugehörigkeit bewusst ist, wie wird diese Generationenlage dann in vergleichender Perspektive wahrgenommen? Für Thüringen bietet sich dabei gleichermaßen (a) ein diachroner Vergleich mit anderen Generationen wie (b) ein synchroner Vergleich mit der jeweiligen Generation in Westdeutschland an.

(a) Der diachronen Perspektive liegt die Frage zugrunde, ob sich die Generationen im Vergleich zur vorausgehenden und nachfolgenden Generation eher benachteiligt oder im Vorteil sehen. In der Einschätzung der Befragten insgesamt ist die eigene Generation im Vergleich zur Generation der Eltern deutlich im Vorteil: Vier von fünf Thüringern konstatieren demnach eine Verbesserung der Lebenssituation, während nur eine kleine Minderheit (13%) gegenteiliger Auffassung ist – bei einer kleinen Zahl Unentschiedener (7%). Legt dieses Antwortmuster eine kontinuierliche Verbesserung der Lebenschancen seit den 1930er Jahren¹⁵ nahe, so ergibt sich beim Vergleich mit der nachfolgenden Generation ein anderes Bild: Knapp die Hälfte der Befragten sieht nämlich die eigene gegenüber der nachfolgenden Generation im Vorteil, nur ein gutes Drittel sieht sie im Nachteil, während der Anteil der Unentschiedenen mit 16 Prozent vergleichsweise groß ist. Der Vergleich mit der vorausgegangenen Generation ist dabei völlig entkoppelt vom Vergleich mit der nachfolgenden Generation.

Während diese Gesamtbetrachtung einen ersten Eindruck von den Ergebnissen des diachronen Generationenvergleichs zu geben vermag, sind doch erst von einer differenzierten Betrachtung der Altersgruppen substantielle Erkenntnisse zu erwarten. Dabei werden hier drei Altersgruppen miteinander verglichen: Befragte unter 30 Jahren, deren Sozialisation ausschließlich oder weit überwiegend in die Zeit des vereinten Deutschlands gefallen ist, die zwischen 1951 und 1980 Geborenen, deren längste Erwerbsphase in die Zeit nach dem Mauerfall gelegen hat, und die älteren Befragten (ab 60 Jahre) mit einer dominanten DDR-Erwerbsbiographie.¹⁶ Die Einschätzungen dieser Altersgruppen unterscheiden sich teils deutlich voneinander. Die jüngste Gruppe, die hier als „Generation der Einheit“ bezeichnet werden kann, hat dabei das mit Abstand positivste Bild von den relativen Chancen der

15 Der Anteil der vor 1930 Geborenen unter den Befragten war so gering, dass er hier nicht ins Gewicht fällt.

16 Diese Unterteilung ist wenig differenziert und insoweit anfechtbar, sie bietet aber die Vorteile großer Klarheit und hinreichend großer Fallzahlen.

eigenen Generation: Fast die gesamte Gruppe sieht sich gegenüber der Elterngeneration im Vorteil, mehr als die Hälfte auch gegenüber der nachfolgenden Generation, also gegenüber den nach der Jahrhundertwende Geborenen (Tab. 3). Deutlich skeptischer fällt die Bewertung der mittleren Altersgruppe aus. Zwar sehen sich fast drei Viertel der 30-59-Jährigen gegenüber der Generation der Eltern im Vorteil, beim Vergleich zur nachfolgenden Generation gehen die Urteile jedoch deutlich auseinander: Die Gruppe derjenigen, die mehr Nachteile sehen, ist fast ebenso groß wie die Befragtengruppe, die mehr Vorteile wahrnimmt.

Tab. 3: *Einschätzung der eigenen Generation im Vergleich zu anderen nach Altersgruppen (Zeilenprozente)*

	im Vergleich zur Elterngeneration			im Vergleich zur nachfolgenden Generation		
	mehr Vorteile	weder - noch	mehr Nachteile	mehr Vorteile	weder - noch	mehr Nachteile
18-29 Jahre	95	5	0	54	16	30
30-59 Jahre	72	9	19	43	17	40
ab 60 Jahre	82	7	11	50	14	36

Die relative Einschätzung der Chancen der eigenen Generation ist unabhängig davon, ob sich die Befragten ihrer Generation zugehörig fühlen oder nicht. Auch mit der wahrgenommenen Prägung von Menschen durch die Generationenzugehörigkeit ergibt sich kein Zusammenhang. Hingegen spielen die Bewertungen der Lebenschancen bestimmter Gruppen in Thüringen (vgl. oben Kap. II.) eine Rolle. Dabei überrascht, dass nicht etwa die Wahrnehmung der Lebenschancen der eigenen Altersgruppe maßgeblich ist, sondern die Einschätzung, wie gut es sich für Familien mit Kindern in Thüringen leben lässt. Zumindest bei den Befragten über 60 Jahren hat sie einen starken Einfluss auf den Vergleich zwischen den Chancen der eigenen und der nachfolgenden Generation. Während bei einer schlechten oder mäßigen Bewertung der Perspektiven von Familien mit Kindern doppelt so viele Ältere die eigene Generation gegenüber der nachfolgenden im Vorteil sehen als im Nachteil, kehrt sich das Verhältnis um, wenn Thüringen als ein geeigneter Ort für Familien betrachtet wird.

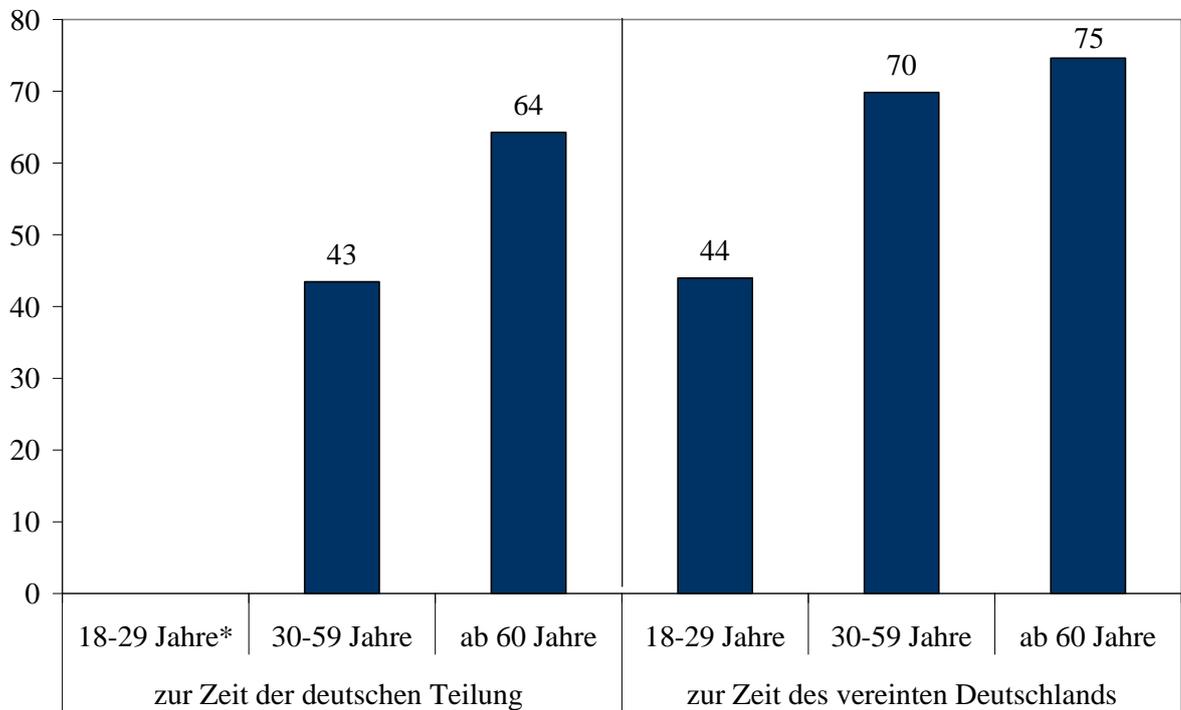
(b) In Ergänzung zum diachronen Generationenvergleich ermöglicht der Vergleich mit der gleichen Generation in Westdeutschland eine Einschätzung, die mit dem Aufwachsen in einem ostdeutschen Bundesland verknüpft sind. Dabei ist es sinnvoll, zwischen der DDR-Zeit und der Zeit nach der Vereinigung als Vergleichsphasen zu unterscheiden. Empirisch gehen die Einschätzungen jedoch unabhängig von der Zäsur des Jahres 1990 in dieselbe Richtung: Eine Mehrheit der Befragten meint jeweils, dass es die eigene Generation gegenüber den Altersgenossen in Westdeutschland schwerer gehabt hat. Mit Bezug auf die Zeit der Teilung äußert dies etwas mehr als die Hälfte der Befragten (19% meinen, die eigene Generation habe es leichter gehabt, 29% sehen keinen Unterschied), für die Zeit danach sind es sogar zwei Drittel der Befragten (5%: leichter, 27%: kein Unterschied). Die Bewertungen erfolgen dabei völlig unabhängig voneinander: So meinen etwa 80 Prozent derjenigen, die für ihre

Generation eine günstigere Lebenssituation zu DDR-Zeiten konstatiert haben, dass es ihre Generation im Vergleich zu den westdeutschen Alterskameraden im vereinten Deutschland schwerer gehabt habe; in der Gruppe, die für die DDR-Zeit die gegenteilige Auffassung vertreten hat, ist der Anteil ähnlich hoch.

Anders als beim diachronen Generationenvergleich ist das Alter der Befragten beim Vergleich mit der entsprechenden Generation in Westdeutschland von erheblicher Bedeutung. Wie Abbildung 14 veranschaulicht, sind es die Befragten ab 60 Jahre, die vor allem bezogen auf die Zeit der deutschen Teilung besonders häufig erschwerte Lebensumstände wahrnehmen. Eine im Hinblick auf die Altersgruppen differenziertere Analyse ergibt, dass es vor allem die Befragten ab 70 Jahren sind, also gewissermaßen die Aufbaugeneration der DDR, die meinen, es im Vergleich zu den gleichaltrigen Westdeutschen schwerer gehabt zu haben – eine angesichts der u.a. durch die Aufbauhilfe der Westalliierten günstigeren Startbedingungen in der alten Bundesrepublik mutmaßlich realistische Einschätzung. Diese Altersgruppe, innerhalb derer viele recht bald nach der Vereinigung das Rentenalter erreicht hatten, nimmt hingegen im vereinten Deutschland sehr viel seltener erschwerte Lebensumstände im Generationenvergleich mit den Westdeutschen wahr. Umgekehrt stellt sich die Situation für die Altersgruppe der 60-69-Jährigen dar: Schon mit Blick auf die DDR-Zeiten meinten 57 Prozent, es schwerer gehabt zu haben als die Westdeutschen gleichen Alters; für die Zeit nach 1990 liegt dieser Anteil nochmals höher (80%).

Insbesondere für die Zeit nach der Vereinigung ist zu vermuten, dass der synchrone Generationenvergleich vom Diskriminierungsempfinden, der Bewertung der DDR und der primären regionalen Identität abhängig ist. Tatsächlich bestehen hier die vermuteten Zusammenhänge: Die Befragten haben ihre Situation im Vergleich zu den westdeutschen Altersgenossen dann als überproportional schwer empfunden, wenn sie die DDR positiv bewerten, sich von Westdeutschen benachteiligt sehen und sich in erster Linie als Ostdeutsche verstehen. In allen Fällen sind die Zusammenhänge jedoch nur schwach ausgeprägt.

Abb. 14: *Vergleich der eigenen Generation mit der Generation, die zur gleichen Zeit in Westdeutschland groß geworden ist: eigene Generation hat es schwerer gehabt*
(Zustimmung in Prozent)



* Befragte zu jung für eine erfahrungsbasierte Einschätzung

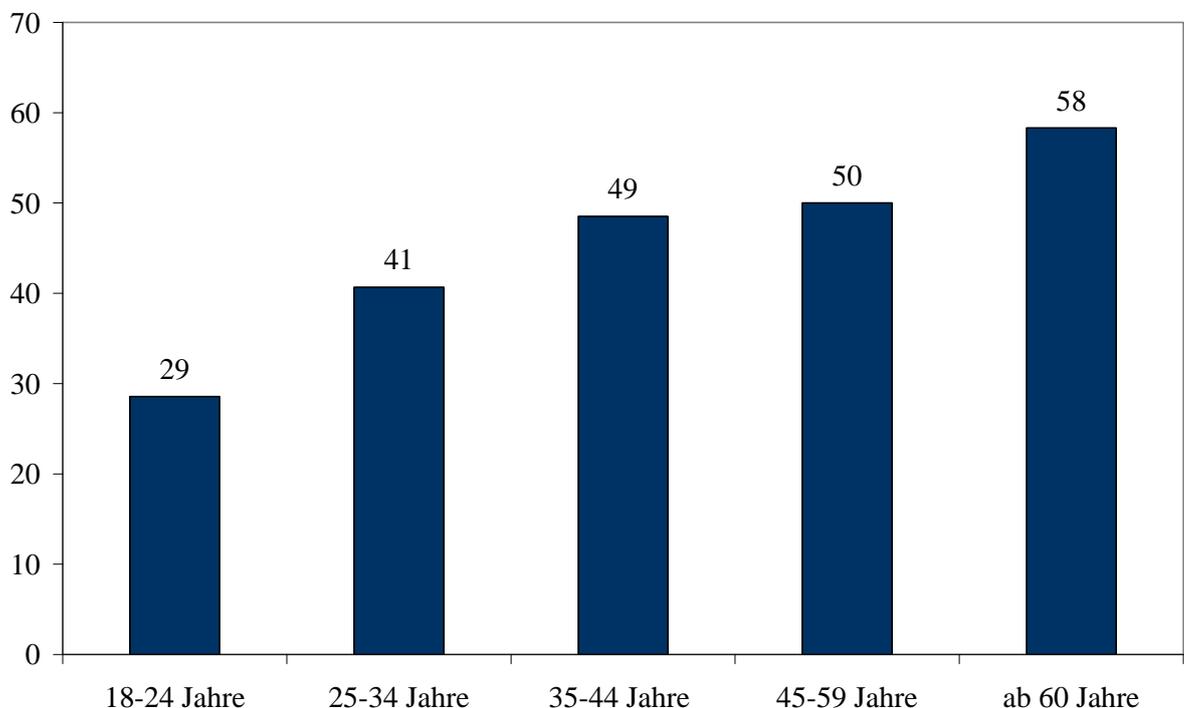
Die bisherigen Ausführungen in diesem Kapitel haben ein differenziertes Bild von der Generationenzugehörigkeit, der dieser zugeschriebenen Bedeutung und dem diachronen und synchronen Generationenvergleich gezeichnet. Im Folgenden gilt es, die Folgen dieser Einstellungen für die wechselseitigen Wahrnehmungen der Generationen zu untersuchen. Dabei interessieren vor allem die generalisierten Auffassungen über das Verhältnis der Generationen. Gleichwohl soll hier einleitend einer stärker auf die eigene Person bzw. die privaten Beziehungen bezogenen Frage nachgegangen werden: der nach dem Interesse am Kontakt mit Menschen anderer Altersgruppen.

Immerhin jeder zweite Befragte stimmt der Aussage zu, am liebsten mit Menschen des eigenen Alters zusammen zu sein. Besonders groß ist das Interesse an Peer-Group-Kontakten in der Gruppe der jungen Erwachsenen, von denen nur ein gutes Viertel diese Aussage ablehnt – und auch dies nur moderat. Der Wunsch nach altersheterogenen Kontakten steigt in der zweiten Lebenshälfte erheblich und erreicht den höchsten Stand in der Gruppe der 60-69-Jährigen, von denen mehr als 60 Prozent verneinen, dass sie am liebsten mit Gleichaltrigen zusammen sind. In sehr hohem Alter (ab 70 Jahren) flacht das Interesse an dem Kontakt mit anderen Altersgruppen, hier konkret den Jüngeren, wieder ab.

Das Interesse an altershomogenen Kontakten bestimmt jedoch in keiner Weise, wie die Beziehungen zwischen Jüngeren und Älteren in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Die

generalisierte Bewertung des Generationenverhältnisses¹⁷ unterscheidet sich nicht danach, welche Sozialkontakte präferiert werden, und auch nicht nach der Häufigkeit außerfamiliärer Kontakte zu anderen Generationen – mit leichten Einschränkungen bezüglich des eigenen Freundeskreises. Generell sind die Thüringer in der Einschätzung des Verhältnisses zwischen Jung und Alt gespalten: Während die eine Hälfte es für gut befindet, bestreitet dies die andere Hälfte. Besonders skeptisch wird das Generationenverhältnis von der jüngsten Alterskohorte bewertet: Nicht einmal jeder Dritte der Befragten unter 30 Jahren nimmt eine positive Einschätzung vor, bei den Älteren ab 60 Jahren ist es mehr als die Hälfte (Abb. 15). Ein mäßiger positiver Zusammenhang besteht mit der Generationenzugehörigkeit: Eine stark empfundene Zugehörigkeit führt zu einer positiveren Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Jung und Alt.

Abb. 15: *Positive Einschätzung des Generationenverhältnisses nach Alter (in Prozent)*

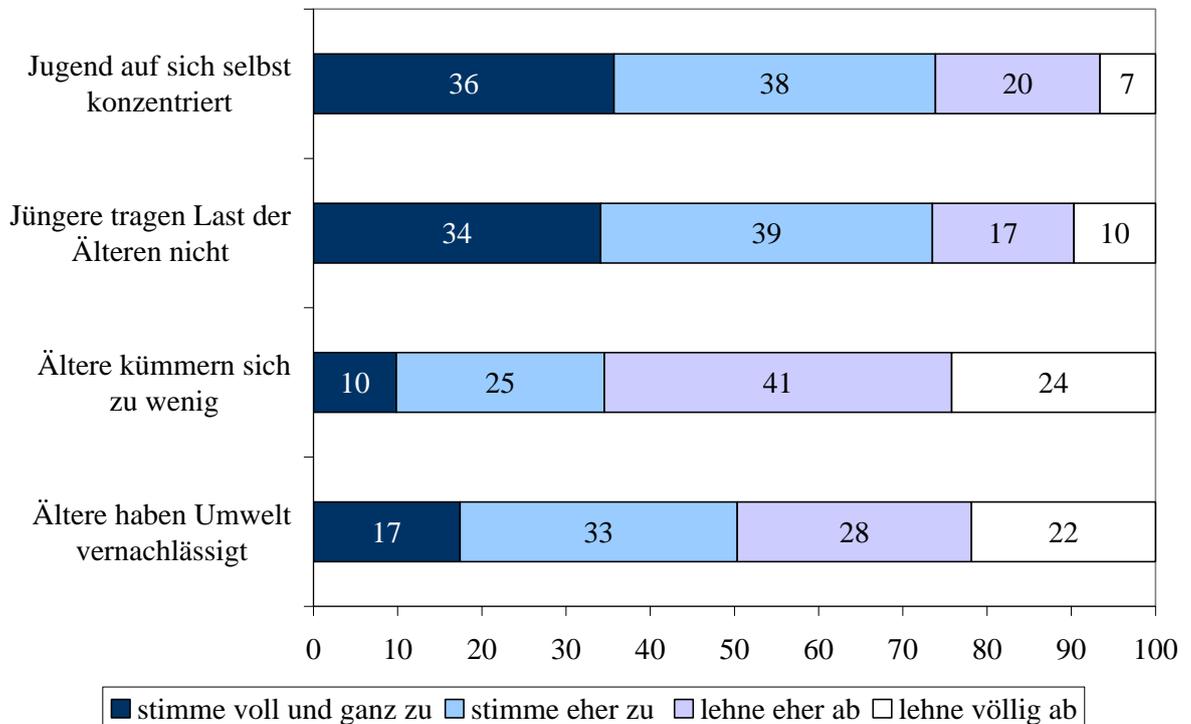


Neben der generalisierten Einschätzung sind die Befragten gebeten worden, sich zu vier konkreteren Aussagen über das Verhältnis von Jung und Alt zu äußern. Diese benennen jeweils tatsächliche oder vermeintliche Versäumnisse der Jüngeren oder der Älteren (siehe den Kasten unterhalb von Abb. 16). Wie Abbildung 16 veranschaulicht, positionieren sich die Befragten sehr unterschiedlich zu diesen Items. Deutliche Zustimmung von jeweils etwa drei Viertel der Thüringer erfahren die beiden Äußerungen, die sich auf die jüngere Generation beziehen. Die Auffassung, dass die Jugend zu sehr auf sich selbst konzentriert ist, wird dabei von allen Altersgruppen in etwa gleichermaßen geteilt – ein Befund, der deckungsgleich ist mit den Ergebnissen einer früheren Repräsentativbefragung in Nordrhein-Westfalen (infratest dimap 2007: 15). In Kontinuität zu früheren Untersuchungen stehen die 2010 im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS erhobenen Daten auch bei der Aussage zur Bereitschaft der jüngeren Generation, „die finanzielle Last der Älteren“ zukünftig weiterhin zu übernehmen. Wie schon

17 Das Item hatte folgenden Wortlaut: „Das Verhältnis von Jung und Alt in Deutschland ist gut“.

2007 variiert die Zustimmung nur leicht mit dem Alter (Edinger/Hallermann 2007: 33). Die jüngste Alterskohorte der 18-24-Jährigen sagt etwas häufiger als die Älteren, dass die jüngere Generation dazu perspektivisch nicht mehr bereit sein wird.

Abb. 16: *Aussagen zum Generationenverhältnis
(in Prozent)*



Frageformulierungen:

- Die heutige Jugend ist viel zu sehr auf sich selbst konzentriert.
- Die jüngere Generation wird die finanzielle Last der Älteren in Zukunft nicht mehr tragen wollen.
- Die Älteren kümmern sich zu wenig um die Zukunft der Jüngeren.
- Die Älteren haben auf Kosten der nachfolgenden Generationen die Umwelt vernachlässigt.

Demgegenüber finden die Aussagen über das Verhalten der Älteren deutlich geringere Unterstützung. So meint nur jeder Dritte, die Älteren kümmerten sich zu wenig um die Jüngeren, wobei die 2007 noch stark ausgeprägten Altersunterschiede im Antwortverhalten (bei einer deutlich höheren Zustimmung der Befragten unter 60 Jahren; Edinger/Hallermann 2007: 33) mittlerweile beinahe nivelliert sind. Geteilter Meinung sind die Thüringer in der Frage, ob die Älteren auf Kosten der nachwachsenden Generationen die Umwelt vernachlässigt haben. Wiederum gilt, dass sich die Einschätzungen der Altersgruppen kaum voneinander unterscheiden. Insgesamt wird die Wahrnehmung des Generationenverhältnisses somit fast gar nicht durch das Lebensalter bestimmt. Dies gilt es als ein erstes wesentliches Ergebnis dieser Analyse festzuhalten.

Interpretiert man die Einstellungen zu den vier Aussagen im Zusammenhang, so verdienen drei weitere Befunde besondere Aufmerksamkeit. Erstens sind die Bewertungen nahezu unabhängig voneinander und hängen auch nicht mit der generalisierten Bewertung des Generationenverhältnisses zusammen. Es bestehen folglich keine erkennbaren Einstellungsmuster im Hinblick auf das Verhältnis von Jung und Alt in Thüringen. Zweitens liegt offen-

kundig eine Asymmetrie in der Bewertung des Verhaltens von Älteren und Jüngeren vor: Während das Handeln der Älteren eher in einem milden Licht gesehen wird, erfährt die (vermeintliche) Selbstbezogenheit der Jugend, die durchaus mit der Präferenz der jüngsten Kohorte für Kontakte mit Gleichaltrigen korrespondiert, deutliche Kritik. Damit verbinden sich Zweifel daran, ob die nachwachsende Generation bereit sein wird, die mit den sozialen Sicherungssystemen verknüpften finanziellen Lasten weiterhin zu übernehmen. Gerade darin kommen drittens Zweifel an dem Fortbestand des bisherigen sozialstaatlichen Status quo im Verhältnis der Generationen zum Ausdruck. Dabei wird die Verantwortung für die anscheinend befürchtete Entsolidarisierung und die daraus womöglich folgende Aufkündigung des Generationenvertrags bei den Jüngeren gesehen – und dies bemerkenswerterweise über die Altersgrenzen hinweg.

Die Überlegung, dass der Generationenvertrag aufgekündigt werden könnte, speist sich dabei weniger aus dem sozialen Status oder den finanziellen Verhältnissen der Befragten, sondern stärker aus der Befürchtung, später von der Rente nicht mehr leben zu können. Keine andere der in diesem Kapitel untersuchten Variablen hängt dabei so stark mit dem Alter zusammen. Angesichts dessen, dass diese Befürchtung unter den jüngeren Alterskohorten weit verbreitet ist, lässt sich die erwartete Entsolidarisierung auch anders interpretieren: als mangelnde Bereitschaft der nachwachsenden Generation, noch in ein System zu investieren, dessen Leistungsfähigkeit nachhaltig in Zweifel gezogen wird. Nach dieser „dramatischeren“ Lesart haben die Debatten um die Rentenpolitik zumindest eines bewirkt: einen massiven Vertrauensverlust, der zukünftig das Verhältnis der wohlfahrtsstaatlichen Generationen entscheidend beeinträchtigen könnte. Damit führt die Analyse mitten hinein in die politischen Debatten um das Verhältnis von Jung und Alt im Kontext der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der Rentenversicherung im Besonderen – und damit auf das Feld der Generationenpolitik, dem das folgende Kapitel gewidmet ist.

4. Generationenpolitik – Politik im Spannungsfeld der Generationen

Generationenpolitik kann in sehr allgemeiner Weise als Sammelbegriff all jener Maßnahmen verstanden werden, die sich auf das Verhältnis der Generationen richten – und die in aller Regel auf die Förderung des Kontakts und der Solidarität zwischen Jung und Alt sowie auf eine faire Verteilung von Chancen und Belastungen abzielen. Dazu können etwa spezifische Programme zur Förderung des intergenerationalen Kontakts und die Errichtung von Mehrgenerationenhäusern gehören. Faktisch bedeutet diese Lesart jedoch eine Engführung, sind die Generationen in der Politik gegenwärtig doch vornehmlich dann von Belang, wenn es um Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen geht. Die große Herausforderung besteht dabei – über alle parteipolitischen Grenzen hinweg – oftmals darin, die tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen der (wohlfahrtsstaatlichen) Generationen unter den Bedingungen knapper Ressourcen miteinander in Einklang zu bringen. Diese Zielperspektive wird in der Literatur vielfach mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit erfasst, für die wiederum verschiedene Konzepte und Dimensionen unterschieden werden können (Aßländer/Suchanek/Ulshöfer 2007; Liebig/Scheller 2007; grundsätzlicher mit Bezug auf Rawls Gerechtigkeitslehre Tremmel 2009).

Der Sache nach berührt eine auf die Generationengerechtigkeit zielende Politik zahlreiche Politikfelder, im Zentrum steht jedoch oftmals die Sozial- und konkret die Rentenpolitik. Diese nimmt daher auch hier in der weiteren Analyse eine prominente Stellung ein, zumal sie wiederholt Kristallisationspunkt für Kontroversen zwischen Interessenvertretern der jüngeren und älteren Kohorten gewesen ist. Des Weiteren sollen in diesem Kapitel aber auch die

Präferenzen der Thüringer bezüglich der Handlungsalternativen in ausgewählten familienpolitischen Fragen analysiert werden, da diese Bezüge zum Verhältnis der Generationen aufweisen können. Schließlich gilt es, die Bewertung der lokalen Infrastruktur und die bevorzugten Wohnform der verschiedenen Altersgruppen zu untersuchen.

Einen ersten Hinweis auf die politische Relevanz des Generationenverhältnisses geben die Einstellungen der Befragten zu relevanten Repräsentationsleistungen der Politik. Dabei interessiert zunächst die Frage, ob bestimmte Altersgruppen bzw. Generationen in politischen Ämtern stärker repräsentiert sind als andere – und ob eine etwaige Unterrepräsentation der eigenen Altersgruppe von den Befragten als problematisch empfunden wird. Betrachtet man exemplarisch den Thüringer Landtag und die Landesregierung im Zeitraum 1990 bis 2009, so zeigt sich – bezogen auf die Altersstruktur der Wahlbevölkerung – eine Überrepräsentation derjenigen Altersgruppen, die bereits die zweite Hälfte des Erwerbslebens erreicht haben. Zugleich sind die Jüngeren (18 bis 34 Jahre), aber auch die Älteren (ab 60 Jahren) massiv unterrepräsentiert (Tab. 4). Für die bisherigen sieben Landeskabinette ergibt sich zusätzlich eine schwache Unterrepräsentation der 35-44-Jährigen, während die Gruppe der 44-59-Jährigen massiv überrepräsentiert ist.

Tab. 4: *Wahrgenommenes Repräsentationsdefizit und tatsächliche Repräsentation von Altersgruppen im Thüringer Landtag und in der Landesregierung (in Prozent; für Landtag und Landesregierung: Durchschnittswerte für den Zeitraum 1990-2009, zu Beginn der Wahlperiode bzw. bei Kabinettsbildung)*

	perzipiertes Repräsentationsdefizit ¹	Thüringer Landtag		Thüringer Landesregierung	
		Anteile	Abweichung ²	Anteile	Abweichung ²
unter 35 Jahre	82	10	-17	7	-20
35 bis 44 Jahre	58	29	+10	13	-6
45 bis 59 Jahre	36	55	+29	69	+44
ab 60 Jahre	52	6	-23	11	-18

Quelle für Landtag und Landesregierung: Sonderforschungsbereich 580/Projekt A3

1 Anteil der Befragten, die die eigene Generation unzureichend in politischen Ämtern vertreten sehen

2 Abweichung vom Anteil der jeweiligen Altersgruppe an den Thüringer Wahlberechtigten

Derartige Ungleichgewichte in der politischen Repräsentation sind keine Besonderheit Thüringens, sondern ein generelles Muster. Sie finden ihre Erklärung darin, dass es sich bei den Mandaten im Landtag und den Ämtern im Landeskabinett um Elitepositionen handelt, die in aller Regel mit erfahrenen Politikern (Unterrepräsentation der jungen Alterskohorten), aber selten mit Kandidaten besetzt werden, die bereits das gesetzliche Rentenalter erreicht haben (Unterrepräsentation der ältesten Kohorte). Inwiefern diese hinsichtlich des Alters, aber auch im Hinblick auf viele weitere sozialstrukturelle Variablen (z.B. Bildung und Geschlecht)

gegebene Disproportion repräsentationstheoretisch problematisch ist, wird in der Forschung kontrovers diskutiert. In der Bevölkerung dürfte die Vorstellung, dass die soziale Zusammensetzung politischer Führungsgremien – und insbesondere die des Parlaments – die der Bevölkerung widerspiegeln soll (Konzept der spiegelbildlichen oder *deskriptiven Repräsentation*), weit verbreitet sein.

Nach einem solchen Repräsentationsverständnis müssten jegliche (nach der Elitentheorie zu erwartenden) sozialstrukturellen Unterschiede zwischen politischem Führungspersonal und der Wahlbevölkerung, folglich auch Altersunterschiede, als Verletzung der Gerechtigkeitsnorm gelten. Eine klare Mehrheit der Thüringer ist tatsächlich der Ansicht, dass ihre eigene Generation in politischen Ämtern unzureichend vertreten sei. Das wahrgenommene Repräsentationsdefizit differiert dabei deutlich nach Altersgruppen: So sehen 82 Prozent der Befragten unter 35 Jahren ihre Generation unterrepräsentiert, unter den in politischen Ämtern überproportional vertretenen 45-59-Jährigen sind es hingegen weniger als die Hälfte (Tab. 4, Spalte 2). Damit entspricht das perzipierte Repräsentationsdefizit grob der realen Disproportion in der Alterszusammensetzung von politischem Führungspersonal und Wahlbevölkerung.

Indiziert das Empfinden unzureichender (anteilmäßiger) Vertretung in politischen Ämtern insbesondere bei den jüngeren Befragten eine wahrgenommene „Gerechtigkeitslücke“ hinsichtlich der Repräsentation, so wirft dies die Fragen nach der *substanziellen Repräsentation* der Altersgruppen bzw. (wohlfahrtsstaatlichen) Generationen auf. Damit sind diejenigen Leistungen gemeint, die die Politik für die Generationen erbringt. Sehen also bestimmte wohlfahrtsstaatliche Generationen, etwa jüngere Erwerbstätige, ihre spezifischen Interessen unzureichend politisch vertreten? Würden ihre Interessen bei politischen Entscheidungen systematisch weniger berücksichtigt als etwa die der Rentnergeneration, wäre von einem Defizit an substanzieller Repräsentation auszugehen.

Tatsächlich zeigen sich die Thüringer mit der Vertretung generationenspezifischer Interessen durch die Politik tendenziell zufrieden, auch wenn sie die Politik und ihre Akteure überwiegend skeptisch beurteilen (vgl. unten Kap. V.1). Zumindest wird keine Politik zu Lasten einer Generation wahrgenommen. Eine deutliche Mehrheit der Befragten meint, die Politik berücksichtige die Interessen der Generationen gleichermaßen. Etwa jeder fünfte Befragte konstatiert hingegen eine stärkere Responsivität gegenüber den Älteren, jeder achte ist der Überzeugung, die Politik gehe stärker auf die Bedürfnisse der Jüngeren ein.¹⁸ Eine vergleichsweise skeptische Haltung nehmen die mittleren Altersgruppen, vor allem die 35-44-Jährigen ein, von denen jeder Vierte ein stärkeres Eingehen der Politik auf die Anliegen der Älteren konstatiert. Die älteste Kohorte urteilt hingegen besonders freundlich: Zwei Drittel der Befragten in dieser Altersgruppen sehen die Interessen der Generationen gleichermaßen berücksichtigt. Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass die Thüringer ungeachtet des wahrgenommenen Defizits an deskriptiver Repräsentation die (wichtigere) substanzielle Repräsentation in Bezug auf die Generationen mehrheitlich positiv einschätzen.

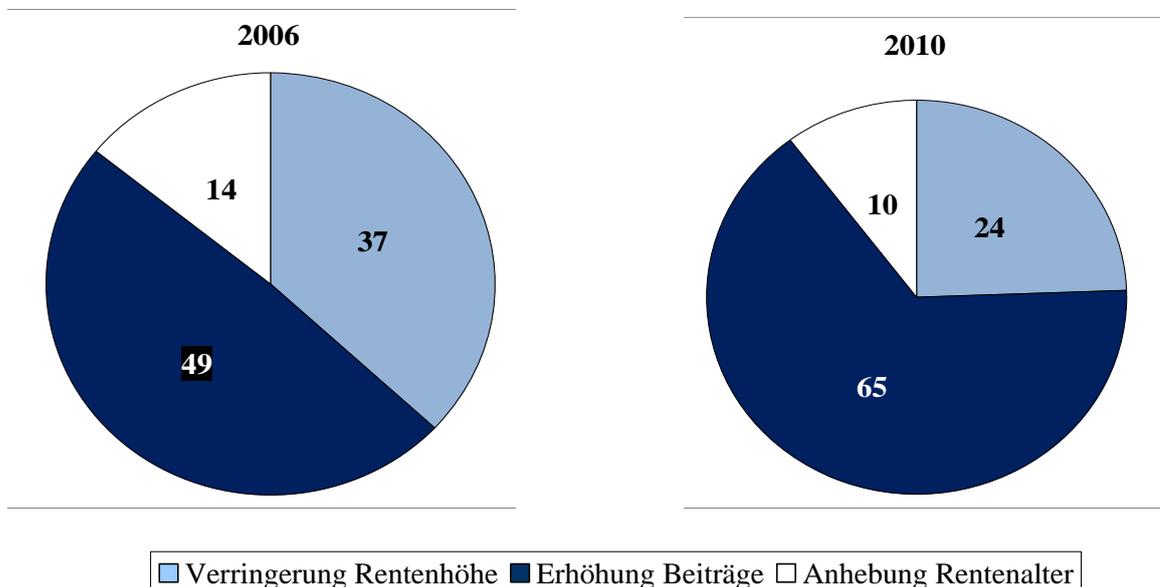
Welche Erwartungen aber haben die Thüringer an eine zukunftsorientierte Generationenpolitik? Welche Lösungen präferieren sie bei politischen Fragen, die einen direkten Bezug zum Verhältnis der Generationen aufweisen? Werden ihre Präferenzen für Maßnahmen in einzelnen Politikfeldern überhaupt durch ihre Zugehörigkeit zu einer (wohlfahrtsstaatlichen) Generation bestimmt? Diesen Fragen soll hier zunächst mit Blick auf die Beteiligung am

18 Gut zehn Prozent der Befragten bemängeln spontan, dass die Politik weder auf die Interessen der älteren noch auf die der jüngeren Generation eingehe; sie bestreiten der Politik also jegliche Repräsentationsleistung.

Erwerbsleben nachgegangen werden, die in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ein mögliches Konfliktfeld darstellt. Konkret wurden die Befragten mit der Aussage konfrontiert, dass ältere Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze für Jüngere frei machen sollen. Diese Forderung findet ein geteiltes Echo: Knapp 40 Prozent äußern sich zustimmend, während die deutliche Mehrheit sich ablehnend äußert. Aufschlussreicher ist jedoch die Positionierung der Altersgruppen: Während fast die Hälfte der ältesten Kohorte die Forderung unterstützt, stößt sie bei drei Vierteln der 18-24-Jährigen auf Ablehnung. Die Befragten positionieren sich also in dieser Frage in ganz anderer Weise, als es das mitunter beschworene Krisenszenario eines Konflikts der Generationen erwarten ließe.

Wie aber sind die Präferenzen bei Fragen verteilt, bei denen unterschiedliche Interessenlagen wohlfahrtsstaatlicher Generationen unmittelbar berührt scheinen, wie etwa in der Rentenpolitik? Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS sind die mutmaßlichen Interessengegensätze direkt durch eine Frage zur Finanzierung des Rentensystems angesprochen worden. Dabei sollten sich die Befragten zwischen drei Handlungsalternativen entscheiden: dem Heraufsetzen des Rentenalters, höheren Versicherungsbeiträgen oder einer Absenkung des Rentenniveaus. Vor diese Wahl gestellt, sprechen sich 2010 knapp zwei Drittel für eine Erhöhung der Rentenbeiträge aus, nur jeder Vierte spricht sich für niedrigere Renten aus, jeder Zehnte befürwortet ein höheres Renteneintrittsalter. Damit haben sich die Präferenzen der Thüringer innerhalb von nur vier Jahren gravierend verändert: Noch 2006 sprach sich lediglich die Hälfte der Befragten für höhere Versicherungsbeiträge aus, während mehr als ein Drittel dafür plädierte, die Renten abzusenken (Abb. 17).¹⁹

Abb. 17: *Optionen zur Finanzierung der Rente, 2006 und 2010*
(in Prozent)



Die zwischenzeitlich (2007) beschlossene, aber erst ab 2012 schrittweise wirksam werdende Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, sogenannte Nullrunden für Rentner und die wiederholten Warnungen vor einer vor allem in Ostdeutschland perspektivisch zu erwartenden Altersarmut dürften das veränderte Stimmungsbild im Freistaat erklären. Die

¹⁹ Sowohl 2006 als auch 2010 hat ein knappes Viertel der Befragten auf diese Entscheidungsfrage nicht geantwortet. Die angegebenen Verteilungen beziehen sich jeweils auf die gültigen Antworten.

Positionen der einzelnen Altersgruppen reflektieren – anders als bei der oben genannten Frage zum Ausscheiden Älterer aus dem Arbeitsmarkt – die generationenspezifischen Interessenlagen. So sprechen sich überdurchschnittlich viele Ältere gegen Rentenkürzungen und für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit aus, von der sie selbst nicht mehr betroffen sind. Eine Absenkung des Rentenniveaus ist hingegen vor allem in den mittleren Altersgruppen überdurchschnittlich populär. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Erhöhung der Rentenbeiträge über alle Altersgruppen hinweg mehrheitlich Unterstützung erfährt.

Offenbar folgen die rentenpolitischen Präferenzen nicht primär einem kurzfristigen, aus dem aktuellen Status im Erwerbsleben bzw. der Zugehörigkeit zu einer bestimmten wohlfahrtsstaatlichen Generation gespeisten Nutzenkalkül. Vielmehr beeinflussen aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen und möglicherweise auch Solidaritätsnormen die entsprechenden Einstellungen. Zudem dürften Befragte in ihren Bewertungen immer auch Veränderungen im Lebenslauf reflektieren etwa nach dem Motto „Jeder war einmal jung“ oder „Jeder wird einmal von der Rente/Pension leben“.

Neben der Finanzierung des Rentensystems sind im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2010 weitere, mutmaßlich von der Zugehörigkeit zu einer wohlfahrtsstaatlichen Generation unabhängige Einstellungen zur Rente erhoben worden: zur Verantwortung des Einzelnen für seine eigene Altersvorsorge, zur Bewertung einer Grundrente und zur Kopplung der Rentenhöhe an die Höhe des Einkommens. Während eine übergroße Mehrheit der Befragten die Auffassung vertritt, dass jeder selbst für sein Alter sorgen solle, damit er später niemandem zur Last falle, gehen die Meinungen bezüglich der beiden anderen Themen auseinander. In zwei gleich große Gruppen gespalten sind die Thüringer in der Frage, ob es ausreiche, dass die Rente den Grundbedarf decke. Die Verknüpfung von Einkommens- und Rentenhöhe hält eine knappe Mehrheit für gerecht, eine starke Minderheit von über 40 Prozent der Befragten sieht dies anders. Wie sich die Befragten positionieren, hängt in erster Linie mit ihrem sozioökonomischen Status und der wahrgenommene Benachteiligung zusammen; das Alter hat keinen nennenswerten Einfluss. Insbesondere die Kopplung des Rentenniveaus an das Einkommen wird in dem Maße als ungerecht empfunden, wie die Befragten ihre eigene finanzielle Lage als schlecht empfinden, sich durch Westdeutsche benachteiligt sehen und meinen, ihnen werde der ihnen zustehende Anteil vorenthalten.

Wenn die Einstellungen zur Rente und selbst die zur zukünftigen Finanzierung der Rentenversicherung nun kaum mit generationenspezifischen Interessenlagen verknüpft sind, ist die Generationenzugehörigkeit zumindest dann von maßgeblicher Bedeutung, wenn es um die Berücksichtigung von Kindern bei der Rente geht? Eine solche Forderung wird wie schon in vorausgegangenen Befragungen²⁰ von der Mehrheit der Befragten unterstützt. Dabei scheinen generationenspezifische Präferenzen zu bestehen: Befragte unter 30 Jahren sprechen sich deutlich gegen die Berücksichtigung der Kinder bei der Rente aus; bei den Älteren wird die Forderung von mehr als 60 Prozent unterstützt. Allerdings sind die Unterschiede zwischen Kinderlosen und Befragten mit Kindern noch deutlicher ausgeprägt: Wer Kinder hat – und zwar unabhängig davon, ob diese noch im Haushalt leben oder nicht –, spricht sich mit annähernd doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit für höhere Rentenbeiträge Kinderloser aus, als die betroffenen Kinderlosen. Die Konfliktlinie verläuft folglich nicht zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Generationen, sondern nach dem Familienstatus, der sich zudem im Lebenslauf noch verändern kann.

20 Die Frage wurde bereits in den Jahren 2004, 2006 und 2008 gestellt, wobei zustimmende Äußerungen jeweils danach unterschieden wurden, ob die Berücksichtigung der Kinder durch höhere Rentenbeiträge oder niedrigere Rentenauszahlungen für Kinderlose umgesetzt werden sollte. 2010 wurde nur nach höheren Rentenbeiträgen für Kinderlose gefragt.

Zu fragen ist, ob sich diese Konfliktmuster auch bei der Bewertung aktueller familienpolitischer Maßnahmen zeigen bzw. ob in der Familienpolitik unterschiedliche Perspektiven und Präferenzen der Generationen zum Tragen kommen. Geht es zunächst ganz allgemein darum, ob Kleinkinder zuhause von den Eltern erzogen werden, tagsüber eine Kindertagesstätte besuchen oder während des Tags je die halbe Zeit von den Eltern und in der Krippe bzw. Kita betreut werden sollten,²¹ sind 2007 deutliche Alterseffekte im Antwortverhalten sichtbar geworden. Diese finden sich auch 2010 bestätigt: Während sich die jüngsten Befragten (im Alter zwischen 18 und 24 Jahren) fast unisono für eine Aufteilung der Erziehung zwischen Eltern und Betreuungseinrichtung aussprechen, sieht fast die Hälfte der Befragten ab 60 Jahren die Kleinkinder am besten in Krippe und Kita aufgehoben. Gegenüber der Befragung von 2007 haben sich die Unterschiede zwischen den Altersgruppen noch verstärkt.

Insgesamt spricht sich die Mehrheit der Befragten im Interesse der Kleinkinder für ein kombiniertes Betreuungsmodell aus. Nur eine kleine Minderheit präferiert eine Erziehung ausschließlich durch die Eltern. Die Präferenzen von Frauen und Männern unterscheiden sich ebenso wenig voneinander wie die von Befragten, die aktuell Kinder erziehen, und denjenigen, die nicht mit minderjährigen Kindern zusammenleben. Wenn in dieser Frage erhebliche Einstellungsunterschiede ausschließlich zwischen den Altersgruppen bestehen, dann liegt es nahe, diese mit den eigenen Sozialisationserfahrungen in Verbindung zu bringen. Für Befragte, die ihre Kindheit in der DDR erlebt haben, war die ganztägige Betreuung in staatlichen Betreuungseinrichtungen Normalität. Diese Erfahrung dürfte auch – unabhängig von der DDR-Bewertung und den Urteilen über die Einmischung des (realsozialistischen) Staates in Erziehungsfragen²² – das Urteil darüber prägen, welche Betreuungsform für Kleinkinder am günstigsten ist.

Abseits der Präferenzen bezüglich der Kleinkinderbetreuung sind die Befragten gebeten worden, sich zu vier in der aktuellen Debatte vorgeschlagenen familien- und bildungspolitischen Maßnahmen zu positionieren. Zwei dieser Maßnahmen – ein kostenloses Mittagessen für (bedürftige) Kinderkatenkinder und Schüler und der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag des Kindes – sind auch in Thüringen wiederholt diskutiert und als Ziele im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Landesregierung verankert worden.²³ Die beiden anderen Maßnahmen, die eher in einem bundespolitischen bzw. einem allgemeinen pädagogischen Kontext zu sehen sind, zeichnen sich durch einen starken Bezug zum Geschlechterverhältnis aus: die Forderungen nach einem höheren Männeranteil beim Erziehungspersonal in Horten und Grundschulen und nach einer Kopplung des Elterngelds an die zeitweise Inanspruchnahme durch den Vater (zu den Item-Formulierungen siehe die Erklärung unterhalb von Tab. 5).

Ungeachtet des in der Frage formulierten Verweises auf die finanziellen Implikationen finden die Forderungen nach einem kostenfreien Mittagessen in Kindergärten und Schulen (und dies, obwohl diese Leistung explizit nicht auf die Bedürftigen eingegrenzt worden ist) sowie nach

21 Die Frage war folgendermaßen formuliert: „Was meinen Sie ist für das Wohl eines Kleinkindes besser: wenn es zu Hause von den Eltern erzogen wird ODER wenn es tagsüber in einer Kindertageseinrichtung erzogen wird ODER eine Kombination aus halbtags bei den Eltern, halbtags in der Kindertageseinrichtung?“ Auf etwaige Nachfrage hin sollten die Interviewer anmerken, dass Kinder im Alter zwischen zwei und sechs Jahren gemeint sind.

22 Zwischen diesen Bewertungen und dem präferierten Erziehungsmodell für Kleinkinder gibt es keinen Zusammenhang.

23 Die Einführung des Betreuungsanspruchs ist in § 2 des geänderten Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes vorgesehen, das der Thüringer Landtag am 29. April 2010 in zweiter Lesung verabschiedet hat.

dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag des Kindes massive Unterstützung unter den Thüringern. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten misst diesen Maßnahmen auf einer von 0 („Umsetzung unwichtig“) bis 10 („Umsetzung außerordentlich wichtig“) reichenden Skala die höchste Priorität bei. Die Mittelwerte liegen beim Rechtsanspruch mit 8,5 Punkten noch höher als beim kostenlosen Mittagessen mit 8,1 Punkten (Tab. 5). Beide Forderungen sind jedoch derart populär, dass hier Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen kaum ins Gewicht fallen.

Tab. 5: *Bewertung familien- und bildungspolitischer Maßnahmen nach Alter, Geschlecht und minderjährigen Kindern im Haushalt*
(Mittelwerte auf einer Skala von 0 bis 10 – siehe Wortlaut der Items)

		Mittagessen	Rechtsanspruch	Elterngeld	Mehr Männer
INSGESAMT		8,1	8,5	6,0	6,1
Alter	18-24	8,2	8,5	5,8	5,2
	25-34	7,8	8,8	6,1	5,7
	35-44	7,8	8,4	4,9	6,2
	45-59	8,3	8,6	6,1	6,3
	60+	8,3	8,4	6,6	6,3
Geschlecht	Frauen	8,1	8,5	6,3	6,6
	Männer	8,2	8,5	5,7	5,6
Minderjährige Kinder im Haushalt	Ja	7,9	8,4	5,5	6,1
	Nein	8,2	8,6	6,2	6,1

Wortlaut der Items:

Für wie wichtig halten Sie die folgenden Vorschläge zur Förderung von Familien – AUCH DANN, wenn für ihre Umsetzung an anderer Stelle Geld eingespart werden muss oder der Staat weitere Schulden aufnehmen muss. Bitte stufen Sie die Wichtigkeit der Umsetzung auf einer Skala von „0“ bis „10“ ein. „0“ bedeutet, dass die Umsetzung unwichtig ist, „10“ bedeutet, dass die Umsetzung außerordentlich wichtig ist. Wie ist das mit...

- In den Kindergärten und Schulen ein kostenloses **Mittagessen** nicht nur für Bedürftige, also für alle, anbieten
- Einen **Rechtsanspruch** auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Geburtstag des Kindes gewährleisten
- Das **Elterngeld** an die Bedingung knüpfen, dass sich auch der Vater eine Zeit lang zu Hause um das Kind kümmert
- **Mehr Männer** als Lehrer oder Erzieher in Kindergärten, Horten und Grundschulen beschäftigen

Bei den Maßnahmen zum Elterngeld und zum männlichen Erziehungspersonal sind hingegen sowohl im Vergleich der Altersgruppen als auch im Vergleich von Frauen und Männern

unterschiedliche Präferenzen zu erkennen.²⁴ Mit steigendem Alter erfahren die Forderungen tendenziell eine stärkere Unterstützung, wobei die kritische Position der 35-44-Jährigen beim Elterngeld auffällt. Offenkundig sind beide Maßnahmen, die der Intention nach auf ein stärkeres Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei den Erziehenden zielen, den Älteren wichtiger als den Jüngeren. Bei denjenigen, die aktuell Kinder erziehen, stößt die Kopplung des Elterngelds an das zeitweilige erzieherische Engagement des Vaters sogar auf überproportional starke Ablehnung. Im Geschlechtervergleich können die Frauen beiden Vorschlägen mehr abgewinnen als die Männer. Die Zustimmung zur Kopplung des Elterngelds an das Erziehungsengagement des Vaters hängt moderat mit einigen familien- und generationenbezogenen Faktoren zusammen: naheliegenderweise mit der emotionalen Nähe zum eigenen Vater, darüber hinaus auch mit der empfundenen Zugehörigkeit zur eigenen Generation.

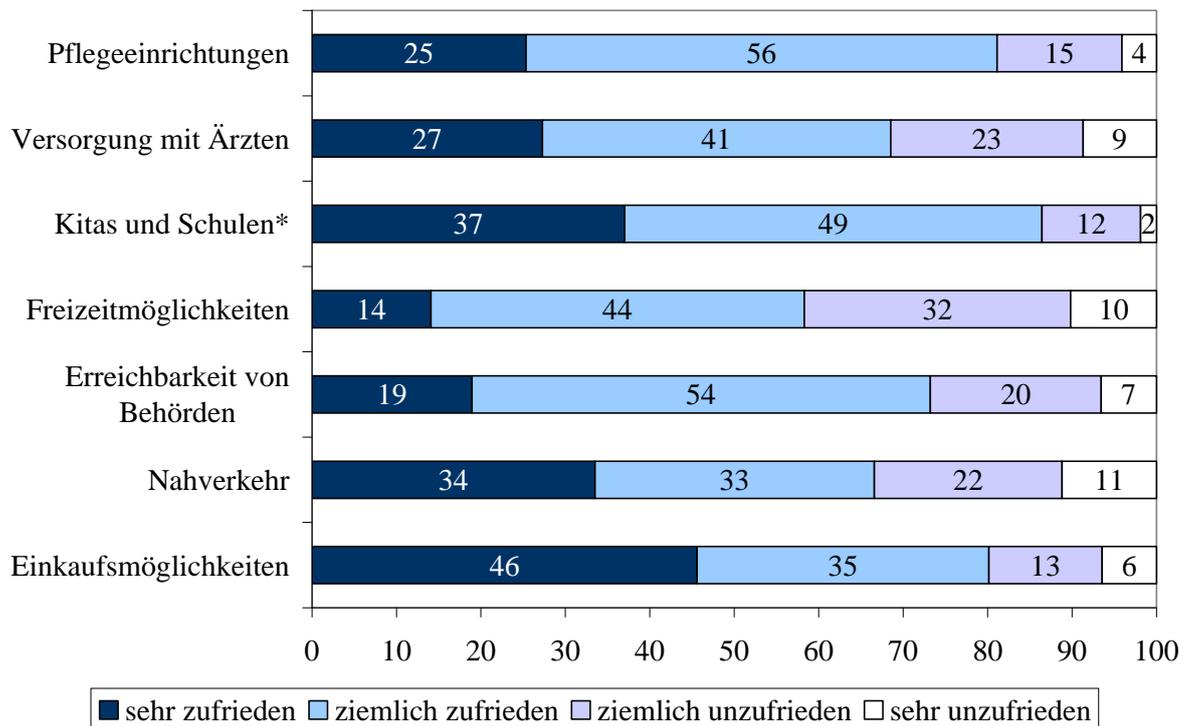
Insgesamt unterscheiden sich die familienpolitischen Positionen der (wohlfahrtsstaatlichen) Generationen nur teilweise und auch dann in aller Regel nicht gravierend voneinander. Dies entspricht im Kern den Befunden für die rentenpolitischen Streitfragen. Generell ist daher für die hier untersuchten Politikfelder und politischen Streitfragen eine allenfalls schwache Strukturierung durch unterschiedlich gelagerte – und auch entsprechend wahrgenommene – Interessen der Generationen erkennbar. Dies schließt jedoch keinesfalls aus, dass sich hinsichtlich der Gestaltung des Generationenverhältnisses oder im Blick auf konkrete, eher lokale Problemwahrnehmungen generationenspezifische Präferenzen herausbilden. Dem soll hier beispielhaft anhand der Zufriedenheit mit der Infrastruktur in der Wohngegend der Befragten nachgegangen werden.

Zu berücksichtigen sind dabei sowohl solche Infrastruktureinrichtungen, die von allen Altersgruppen gleichermaßen genutzt werden (z.B. Geschäfte), als auch solche, die nur für bestimmte Altersgruppen direkt relevant (z.B. Pflegeeinrichtungen, Schulen) sind bzw. für manche von größerer Relevanz sind als für andere (z.B. Arztpraxen). Entsprechend ist in Rechnung zu stellen, dass die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Befragten je nach Lebensalter unterschiedlich stark durch persönliche Betroffenheit und Erfahrungen geprägt sind. Ignoriert man zunächst diese altersgruppenspezifischen Besonderheiten, so ergibt sich ein insgesamt hohes Zufriedenheitsniveau in Thüringen, das allerdings für die einzelnen Infrastrukturangebote unterschiedlich ausfällt.

Besonders zufrieden zeigen sich die Befragten mit den Einkaufsmöglichkeiten im Freistaat sowie mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen (Abb. 18). Auf einen Unzufriedenen kommen hier vier bzw. sechs Befragte, die sich zufrieden äußern. Ähnlich sind die Relationen bei der Bewertung der Pflegeeinrichtungen, die interessanterweise auch von vielen Jüngeren vorgenommen wird. Wenig Grund zur Klage sehen die Befragten aber auch in anderen Bereichen: bei der Erreichbarkeit der Behörden (73% Zufriedene), der Ärztedichte (68%) und dem Nahverkehr (67%). Am kritischsten werden noch die Freizeitmöglichkeiten gesehen: Auch hier überwiegt die Zufriedenheit, doch zeigen sich immerhin ein Drittel unzufrieden und ein Zehntel sehr unzufrieden.

24 Es ist darauf hinzuweisen, dass Mittelwertunterschiede von einem halben Punkt durchweg statistisch signifikant sind; Mittelwertunterschiede ab einem Punkt können als starke Unterschiede gelten.

Abb. 18: *Zufriedenheit mit verschiedenen Infrastruktureinrichtungen (in Prozent)*



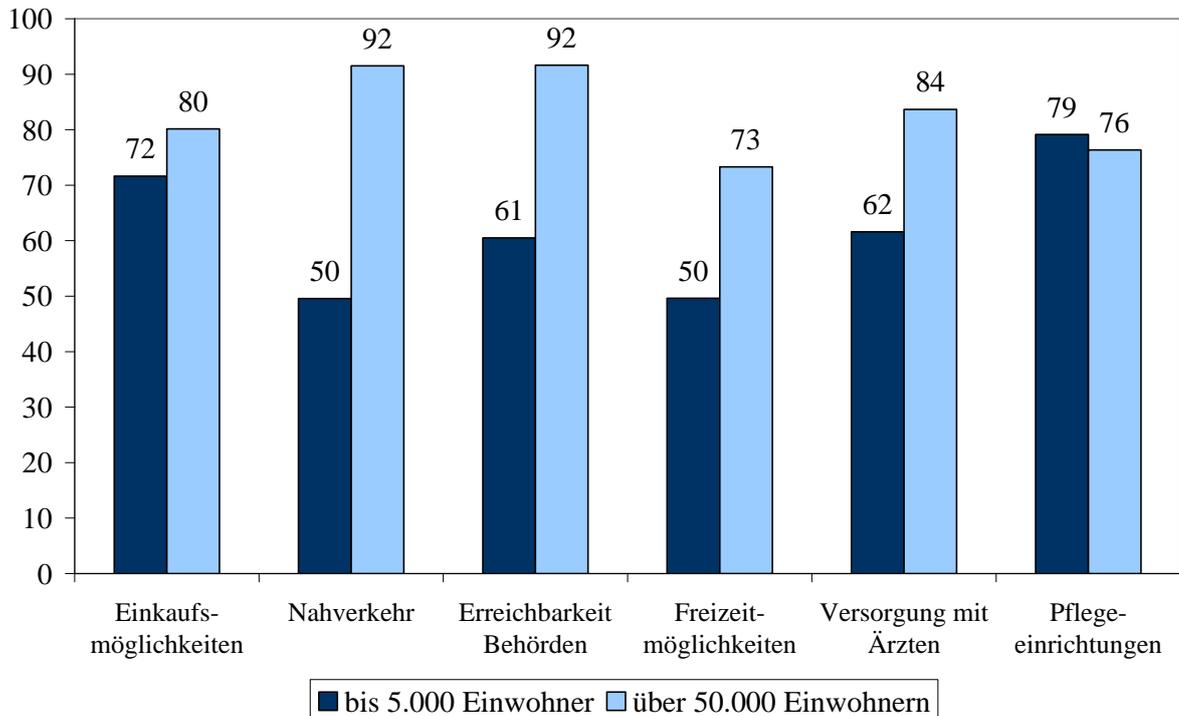
* Frage wurde nur an Befragte mit minderjährigen Kindern im Haushalt gestellt.

Während einzelne Infrastruktureinrichtungen von allen Altersgruppen in etwa gleich eingeschätzt werden, sind generell die Älteren im Schnitt zufriedener als die jüngeren und mittleren Altersgruppen. Dies gilt hinsichtlich der für die älteren Kohorten besonders relevanten gesundheitsbezogenen Infrastruktur, also der Versorgung mit Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen, aber auch bezüglich des Personennahverkehrs. Ein linearer Zusammenhang mit dem Alter findet sich für die Einschätzung der Freizeitmöglichkeiten: Mit ihnen sind die Thüringer umso zufriedener, je älter sie sind. So bekunden mehr als zwei Drittel der Befragten ab 60 Jahren ihre Zufriedenheit mit den Freizeitangeboten. Unzufrieden zeigt sich hingegen eine Mehrheit der Jüngeren (unter 35 Jahren). Diese unterschiedlichen Bewertungen dürften vorwiegend in den divergierenden Interessen und Erwartungen der Altersgruppen begründet liegen: Den Ansprüchen der Jüngeren an vielfältige und abwechslungsreiche Freizeitangebote scheint in Thüringen nur zum Teil entsprochen zu werden.

Die Zufriedenheit variiert dabei erheblich nach der Größe des Wohnorts. Während sich in den vier Städten Thüringens mit mehr als 50.000 Einwohnern (Erfurt, Jena, Gera und Weimar) drei von vier Befragten mit den Freizeitmöglichkeiten zufrieden zeigen, ist es in den kleinen Ortschaften (bis 5.000 Einwohnern) nur jeder Zweite (Abb. 19). Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich für die Bewertung der weiteren Infrastruktureinrichtungen: Mit steigender Einwohnerzahl erhöht sich die Zufriedenheit. Besonders deutlich klaffen die Zufriedenheitswerte bei der Einschätzung des Personennahverkehrs auseinander. Während die Befragten in den städtischen Zentren dem Öffentlichen Personennahverkehr nahezu einhellig ein positives Zeugnis ausstellen, ist es in den kleineren Gemeinden nicht einmal die Hälfte. Auch wenn nicht alle Bereiche der infrastrukturellen Ausstattung davon betroffen sind – die Einkaufsmöglichkeiten werden in den kleineren Gemeinden nur unwesentlich schlechter eingeschätzt, die Bewertungen der Pflegeeinrichtungen unterscheiden sich nicht –, so tritt doch hier ein

massives Stadt-Land-Gefälle zu Tage. Je bevölkerungsärmer und je ländlicher der Wohnort ist, desto schwächer ist die infrastrukturelle Versorgung in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens – in der Wahrnehmung der Thüringer, die aber in dieser Hinsicht die realiter vorhandenen Unterschiede weitgehend spiegeln dürften.

Abb. 19: *Mit Infrastruktureinrichtungen Zufriedene* nach Ortsgröße (in Prozent)*



* Die Kategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“ sind zusammengefasst.

Die Zufriedenheit mit der Infrastruktur insgesamt wird damit maßgeblich durch die Größe des Wohnorts bestimmt. Zwar können auch das Lebensalter sowie (das Fehlen von) Deprivationsempfindungen zu ihrer Erklärung beitragen, doch sind diese Faktoren von nachgeordneter Bedeutung. Selbst für die Bewertung der Freizeitmöglichkeiten, bei der in der bivariaten Betrachtung ein signifikanter Zusammenhang mit dem Alter festgestellt werden konnte, ist die Wohnortgröße (und darüber hinaus die persönliche finanzielle Situation der Befragten) wichtiger als das Lebensalter.

Hat bislang die Bewertung der bestehenden Infrastruktur und damit die Bewertung des Status quo im Vordergrund gestanden, so sollen hier abschließend für einen ausgewählten Lebensbereich, das Wohnen, die zukunftsgerichteten Präferenzen untersucht werden. Dabei wurden die Befragten gebeten, sechs verschiedene Wohnformen danach zu bewerten, ob diese für sie selbst im Alter in Frage kämen, sollten sie einmal nicht mehr in der Lage sein, alle Dinge selbst erledigen zu können.²⁵ Als mögliche Formen des Wohnens im Alter wurden die Be-

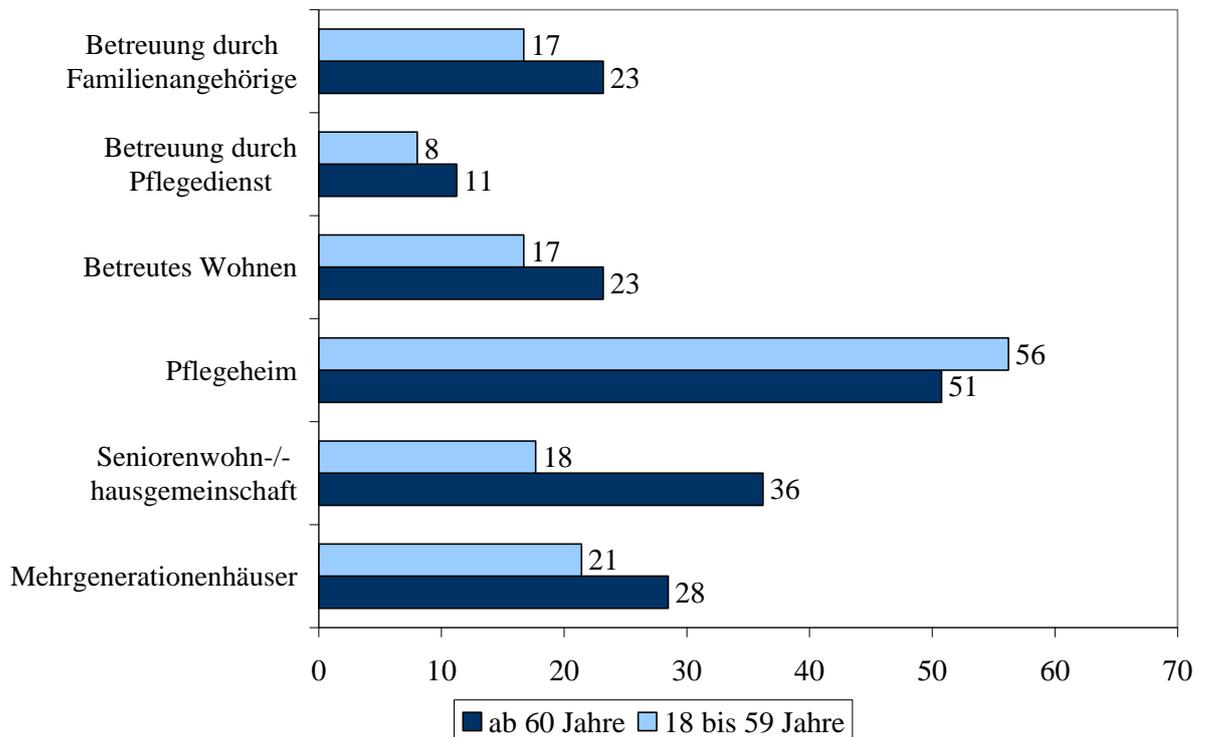
25 Die Frageformulierung lautete: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie ältere Menschen wohnen können, wenn sie nicht mehr alle Dinge selbst erledigen können. Ich nenne Ihnen jetzt einige dieser Möglichkeiten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie für sich selbst diese Möglichkeiten des Wohnens für

betreuung durch Familienangehörige oder einen Pflegedienst in der eigenen Wohnung, das betreute Wohnen in einer Einrichtung, im Pflegeheim, in einer Seniorenhausgemeinschaft oder in einem Mehrgenerationenhaus genannt.

Grundsätzlich sind fast alle dieser Wohnformen für die Mehrheit der Befragten mindestens akzeptabel. Erwartungsgemäß wird am häufigsten die Betreuung durch Familienangehörige angestrebt (48%). Allerdings erscheint einem erheblichen Teil der Befragten auch das Wohnen in Mehrgenerationenhäusern (38%), die Betreuung durch einen ambulanten Pflegedienst in der eigenen Wohnung (33%) und das betreute Wohnen in einer Einrichtung wünschenswert (31%). Auf deutliche Ablehnung stößt bei den Befragten allein die Unterbringung in einem Pflegeheim: Mehr als die Hälfte meint, diese Option komme für sie selbst nicht in Frage. Welche Wohnform im Alter bevorzugt wird, ist weitgehend unabhängig von der Größe des Wohnorts. Zwar findet sich in kleineren Gemeinden eine stärkere Orientierung auf die Familie, doch sind die Unterschiede selbst zu den größeren Städten eher gering.

Starke Gegensätze hinsichtlich der präferierten Wohnform im Alter sind auch zwischen den Altersgruppen nicht zu erkennen. Allerdings lehnt die älteste Kohorte fast alle Wohnformen häufiger für sich selbst ab, als dies bei Befragten der Fall ist, die das sechste Lebensjahrzehnt noch nicht vollendet haben (Abb. 20). Vermutlich haben diejenigen, die eine Entscheidung über das Wohnen im Alter bereits getroffen haben oder denen eine solche Entscheidung in absehbarer Zeit abverlangt wird, klarere Vorstellungen davon, was bestimmte Wohnformen im Alter realiter bedeuten – und lehnen sie deswegen ab. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied bei den Mehrgenerationenhäusern und den Seniorenwohngemeinschaften bzw. Seniorenhausgemeinschaften. Diese klingen in den Ohren der Befragten unter 60 Jahren offenbar attraktiver, als sie denjenigen erscheinen, die am ehesten betroffen sind, denn die Befragten ab 70 Jahren äußern sich besonders ablehnend. Allein die Unterbringung in einem Pflegeheim wird von der ältesten Kohorte seltener abgelehnt als von der Vergleichsgruppe. Dies könnte schlicht einer realistischeren Einschätzung geschuldet sein: der Erkenntnis etwa, dass sich je nach dem eigenen Gesundheitszustand die Unterbringung im Pflegeheim kaum vermeiden lässt. Dafür spricht auch, dass die Bewertung einer Unterbringung im Pflegeheim völlig unabhängig davon ist, wie die Versorgung mit Pflegeheimen eingeschätzt wird.

Abb. 20: *Ablehnung von Wohnformen im Alter*: Älteste Kohorte und Jüngere im Vergleich*
(in Prozent)



* Antwort: „kommt nicht in Frage“ (Fragenformulierung vgl. Fn. 25)

Zumindest für eine der Wohnformen, die Betreuung durch Familienangehörige in der eigenen Wohnung, erscheinen Zusammenhänge mit der innerfamiliären Solidarität plausibel. Der Wunsch nach einer Betreuung durch Angehörige dürfte umso stärker ausgeprägt sein,

- je größer die emotionale Nähe zu den Kindern bzw. Eltern ist,
- je reger der Kontakt zu den außerhalb des Haushalts lebenden Kinder ist,
- je ausgeprägter die funktionale Solidarität bzw. die Bereitschaft dazu ausgeprägt ist.

Tatsächlich finden sich alle diese Annahmen bestätigt: So ist der Wunsch nach einer Betreuung durch Familienangehörige in dem Maße stärker ausgeprägt, wie die Beziehung zu Mutter und Vater enger werden. Der stärkste Zusammenhang besteht aber mit der assoziativen Solidarität. Befragte, die ihre außerhalb des eigenen Haushalts lebenden Kinder täglich sehen, wünschen zu etwa zwei Dritteln, bei Bedürftigkeit von Angehörigen in der eigenen Wohnung betreut zu werden; nur für acht Prozent kommt dies nicht in Frage. Bei den Befragten, die höchstens mehrmals pro Jahr Kontakt mit ihren Kindern haben, ergibt sich ein ganz anderes Bild: 37 Prozent, die eine Betreuung durch Familienangehörige wünschen, stehen fast 30 Prozent gegenüber, die genau dies für sich ausschließen. Ein starker Zusammenhang besteht erwartungsgemäß zwischen der gewünschten Betreuung durch einen Familienangehörigen und der Erwartung, von den eigenen Kindern im Alter gepflegt zu werden.

5. Zwischenresümee

Den im Schwerpunktteil des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS durchgeführten Analysen sind einleitend drei unterschiedliche, einander ergänzende Lesarten von Generationen vorangestellt worden: die der familialen Generationenbeziehungen, der wohlfahrtsstaatlichen Generationen und des in gemeinsam erlebten und prägenden Schlüsselereignissen begründeten Generationenzusammenhalts. Dieser letztere Generationenbegriff, der auf die systematischen Überlegungen Karl Mannheims (1928) zurückgeht, ist nicht nur besonders umfassend und anspruchsvoll, sondern er zielt auch und gerade auf die über die Generationenzugehörigkeit vermittelte Bewusstseinsbildung. Tatsächlich konnte gezeigt werden, dass die Generationenzugehörigkeit von einer deutlichen Mehrheit der Thüringer als subjektiv relevant empfunden wird.

Darüber hinaus sehen viele Befragte nicht nur sich selbst durch ihre Zugehörigkeit zur jeweiligen Generation geprägt; sie gehen darüber hinaus auch von einer kollektiven Prägekraft der Generation aus – und dies desto mehr, je stärker sie auch die persönliche Prägung empfinden. Im Schnitt wird die Generationszugehörigkeit sogar für wichtiger befunden als das Geschlecht, wenngleich ihre Bedeutung nicht an die heranreicht, die der sozialen Herkunft zugeschrieben wird. Schließlich können auch die mitunter deutlichen Unterschiede in den Erziehungsvorstellungen der Befragten und ihrer Eltern als ein Hinweis auf die Fruchtbarkeit eines umfassenden Generationenverständnisses verstanden werden.

Konstitutiv für einen Generationenzusammenhalt im Sinne Mannheims wären jedoch integrierende Wahrnehmungsmuster und Einstellungen einer Generation, die über geteilte Positionen in Erziehungsfragen und allgemeinen Wertorientierungen hinaus gehen. Faktisch wirkt sich beispielsweise das subjektive Empfinden der Zugehörigkeit zur eigenen Generation – als Anhaltspunkt für das Bestehen im Zuge historischer Schlüsselerlebnisse konstituierter Generationen – kaum auf Einstellungen des Generationenverhältnisses und der Generationenpolitik aus. Folglich muss – nicht nur aus den eingangs bereits genannten methodischen Gründen (wie der Erfordernis von Panelbefragungen usw.) – offen bleiben, inwiefern für Thüringen von einem Generationenzusammenhalt sinnvollerweise gesprochen werden kann.

Klare Aussagen sind hingegen zu den Generationen im Sinne der familialen Genealogie, also über die Generationenbeziehungen möglich. Dabei weisen die Befunde zur affektiven, assoziativen und funktionalen Solidarität alle in die gleiche Richtung: Innerfamiliär bestehen starke generationenübergreifende Bindungen, die sich in emotionaler Nähe, einer hohen (freilich mit der räumlichen Distanz variierenden) Kontaktdichte und handfesten intergenerationalen Hilfeleistungen bis hin zur häuslichen Pflege niederschlagen. Auch wenn die Selbstauskünfte der Befragten wegen der Neigung zu sozial erwünschtem Antwortverhalten gerade bei dem stark emotional besetzten Thema der Familie eine vorsichtige Interpretation verlangen, besteht kein ernstlicher Zweifel an einer stark entwickelten innerfamiliären Solidarität zwischen den Generationen.

Drei Aspekte verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit: Erstens schließt die familiäre Solidarität sowohl nicht benachbarte Generationen (Großeltern- und Enkelgeneration) als auch – in abgeschwächter Form – andere Familienangehörige als die eigenen Kinder ein. Zweitens hängen die einzelnen Formen der Solidarität – unter der Voraussetzung einer vorhandenen emotionalen Nähe – eher schwach miteinander zusammen, sind also weitgehend unabhängig voneinander. Drittens kontrastiert die vielfältig praktizierte Solidarität mit einigen der in der amtlichen Statistik dokumentierten Trends in den Wohn- und Familienformen (siehe oben Kap. III) bzw. präziser: Sie steht im Kontrast zu einer Interpretation, die etwa die

steigende Zahl von Einpersonenhaushalten voreilig als Zeichen sozialer und familiärer Desintegration interpretiert. Zwar sollte die Familie als Quelle von Stabilität und Zusammenhalt nicht idealisiert werden; dagegen sprechen etwa einzelne in den Daten ablesbare Hinweise auf ambivalente Erfahrungen. Jedoch finden sich keine Aussagen der Befragten, die auf eine Entsolidarisierung der Familienbeziehungen schließen ließen.

Häufige Kontakte und eine starke Intensität der Beziehungen zwischen den Generationen sind jedoch vor allem für den familiären Bereich charakteristisch. Außerhalb der Familie sind die intergenerationalen Kontakte weniger ausgeprägt, was vor allem für die Freizeit gilt, die die Befragten überwiegend mit Altersgleichen verbringen. Eine negative Wirkung auf die wechselseitigen Wahrnehmungen der Generationen hat diese geringe Kontakthäufigkeit jedoch nicht. Vielmehr unterscheiden sich die Bewertungen des Generationenverhältnisses weder nach dem außerfamiliären Kontakt zu anderen Generationen noch nach dem Ausmaß der innerfamiliären Solidarität.

Entsprechend sind auch die Einstellungen zu Themen, die einen Bezug zu den wohlfahrtsstaatlichen Generationen – der dritten Lesart des Generationenbegriffs – aufweisen (wie der Zugang zum Arbeitsmarkt oder die Finanzierung des Rentensystems), nicht durch inner- oder außerfamiliäre Kontakte oder die Bereitschaft zu Unterstützungsleistungen für Kinder oder Eltern bestimmt. Generell scheinen die verschiedenen Dimensionen des Generationenbegriffs im Bewusstsein der Befragten weitgehend voneinander entkoppelt zu sein: familiäre Generationenbeziehungen strahlen beispielsweise nicht auf die Perzeption des Generationenverhältnisses aus. Darüber hinaus fällt auf, dass sich die Befragten in ihren Präferenzen zur Generationenpolitik wenig und nur punktuell von ihren durch die Zugehörigkeit zu einer wohlfahrtsstaatlichen Generation bestimmten Interessenlagen leiten lassen. Zwar bestehen bezüglich einzelner sozialpolitischer Maßnahmen Einstellungsunterschiede zwischen den Generationen, doch sind diese überwiegend gering ausgeprägt. Die in Medienberichten immer wieder anzutreffende Charakterisierung der Interaktion zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Generationen als eines Nullsummenspiels findet in den Wahrnehmungen und Präferenzen der Befragten in aller Regel keine Entsprechung.

Für die Bewertung sozialpolitischer Aspekte der Generationenpolitik ist oftmals weniger die Generationenzugehörigkeit maßgeblich als die soziale Stellung des Befragten. Damit korrespondieren auch die Wahrnehmungen der Thüringer, attestieren diese doch im Schnitt der sozialen Herkunft im Vergleich zu Generation, Geschlecht und regionaler Herkunft die höchste Prägekraft. Eine offene Frage ist, inwieweit die entsprechenden Bewertungen mit politischen Einstellungen einergehen.

V. 20 Jahre nach dem Mauerfall: Wahrnehmungen der Demokratie

2010 jährt sich die deutsche Wiedervereinigung zum zwanzigsten Mal. Dieses Jubiläum gibt Anlass, auf die Entwicklung der Demokratie in Thüringen zurückzublicken. Mit Hilfe der Daten des THÜRINGEN-MONITORS, die seit 2000 regelmäßig erhoben werden, kann eine Bilanz gezogen werden über zehn Jahre demokratischer Entwicklung im Freistaat. Wie stark ist die Demokratie in der politischen Kultur Thüringens verwurzelt? Haben sich mit zunehmender Dauer des Bestehens demokratischer Strukturen auch ihre mentalen Grundlagen gefestigt? Sind in Thüringen im Jahr 2010 demokratische Einstellungen stärker verbreitet als noch vor zehn Jahren?

Allerdings gibt es auch Anlass, eine gegenläufige Entwicklung nicht auszuschließen. Wie sind etwa die häufig konstatierte Parteien- und Politikverdrossenheit und die auch in Thüringen sinkende Wahlbeteiligung zu bewerten? Deuten sie nicht darauf hin, dass mit der Gewöhnung an das demokratische System und mit der Erfahrung von Defiziten in der Alltagspraxis die anfängliche Anziehungs- und Überzeugungskraft demokratischer Prinzipien und Verhaltensweisen nachlässt? Hat also auf Grund enttäuschter Erwartungen eher ein schleichender Erosionsprozess als eine stetige Festigung demokratischer Überzeugungen und Praktiken stattgefunden?

Damit ist die Perspektive dieses Kapitels umrissen: Im zwanzigsten Jahr der Wiedervereinigung sind im zehnten THÜRINGEN-MONITOR die empirischen Befunde auf Anzeichen für Stabilität oder für Instabilität in den Einstellungen der Thüringer gegenüber dem demokratischen System zu prüfen (Almond/Verba 1963: 13). Dabei sind nicht nur Einstellungen sondern auch von den Befragten berichtete Verhaltensweisen zu analysieren (Fuchs 2002: 37). Wird die Demokratie mittlerweile als Selbstverständlichkeit betrachtet? Inwieweit sehen es die Menschen in Thüringen als Pflicht an, inwieweit als Bedürfnis, sich im demokratischen Gemeinwesen einzubringen und an seiner Gestaltung mitzuwirken?

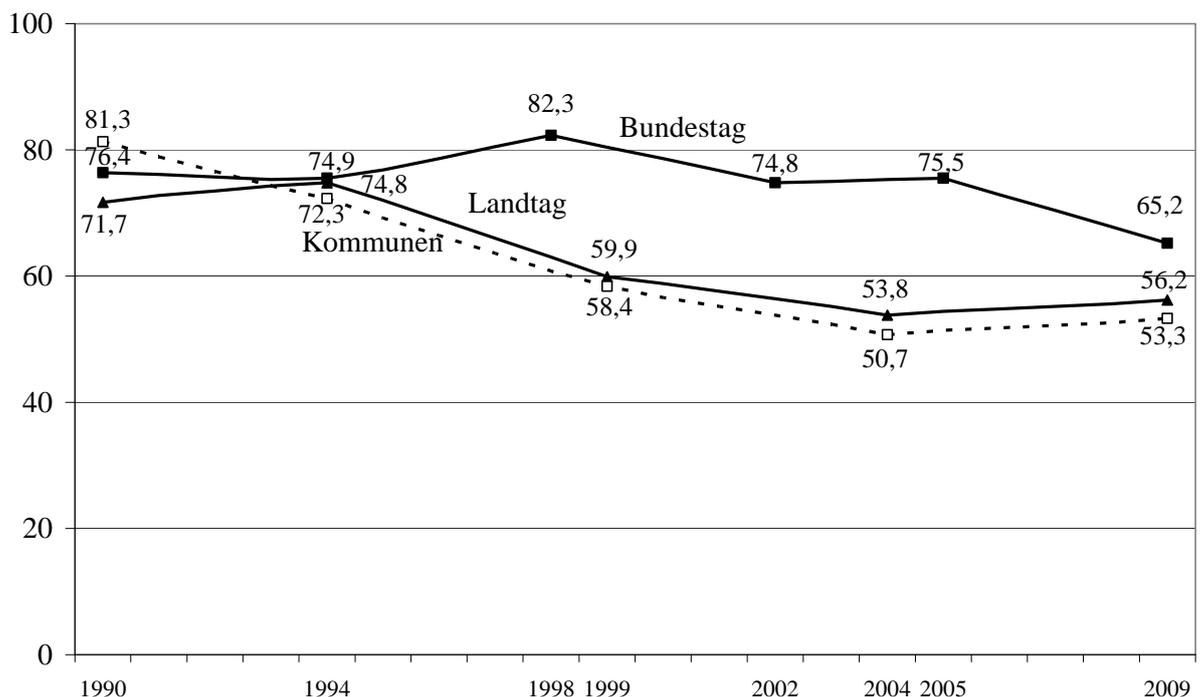
1. Politische Orientierungen: Demokratie in den Mühen der Ebene

1.1. Stellenwert von Politik

Nicht ohne Stolz wurde im Jahr 2009 in Weimar der Verabschiedung der Verfassung der ersten deutschen Republik vor 90 Jahren gedacht. Gleichwohl ist das Schicksal der nach dem Ort der Verfassungsgebung genannten Weimarer Republik für die Nachgeborenen auch eine Mahnung. Das Scheitern der Weimarer Republik erinnert daran, dass Verfassungen allein den Bestand demokratischer Institutionen nicht zu garantieren vermögen, dass sie in der Gesinnung und im Verhalten ihrer Bürger verankert sein müssen. Demokratien brauchen Demokraten (Fuchs/Roller 2004: 31). Gegenüber Bürgern aller anderen politischen Ordnungen zeichnen sich Demokraten dadurch aus, dass sie Politik als ihre eigene Angelegenheit betrachten, sie ernst nehmen und ihr einen wichtigen Platz in ihrem Leben einräumen. Wie steht es im Jahr 2010 in Thüringen mit einer solchen Haltung gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten?

Wenige Monate nach der langen Serie der Wahlen des Jahres 2009 (beginnend mit der Wahl der Gemeindevertretungen und des Europäischen Parlaments am 7. Juni über die Landtagswahl am 30. August bis zur Bundestagswahl am 27. September) liegt es nahe, den Blick auf die Wahlbeteiligung als derjenigen Form politischer Teilhabe zu richten, die allen Bürgern rechtlich garantiert und vergleichsweise leicht zugänglich ist. Was sich dabei zeigt, (Abb. 21) sind – verglichen mit den Ausgangswerten von 1990 – für das Wahljahr 2009 sehr niedrige Wahlbeteiligungsraten zwischen 53 und 65 Prozent. Zwar werden 2009 bei den Wahlen zum Bundestag (65,2 Prozent) und zum Europäischen Parlament (53,0 Prozent) bisherige Tiefpunkte erreicht, doch sind die Entwicklung auf den einzelnen Ebenen unterschiedlich. Bei den Wahlen zum Europaparlament, zum Landtag und zu den Kommunalvertretungen ist in den zwei Jahrzehnten seit 1990 ein Trend deutlich rückläufiger Wahlbeteiligung unverkennbar. Dagegen wird die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen offensichtlich stark von der spezifischen Entscheidungssituation der jeweiligen Wahl bestimmt, sodass die Herausforderung des langjährigen Kanzlers Helmut Kohl durch Gerhard Schröder 1998 zu einem sprunghaften Anstieg der Wahlbeteiligung und umgekehrt die Entdramatisierung des politischen Wettbewerbs durch die Kanzlerin einer großen Koalition 2009 zu einem drastischen Absinken der Wahlbeteiligung um über 10 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorwahl führte.

Abb. 21: *Wahlbeteiligung in Thüringen 1990-2009*
(in Prozent)



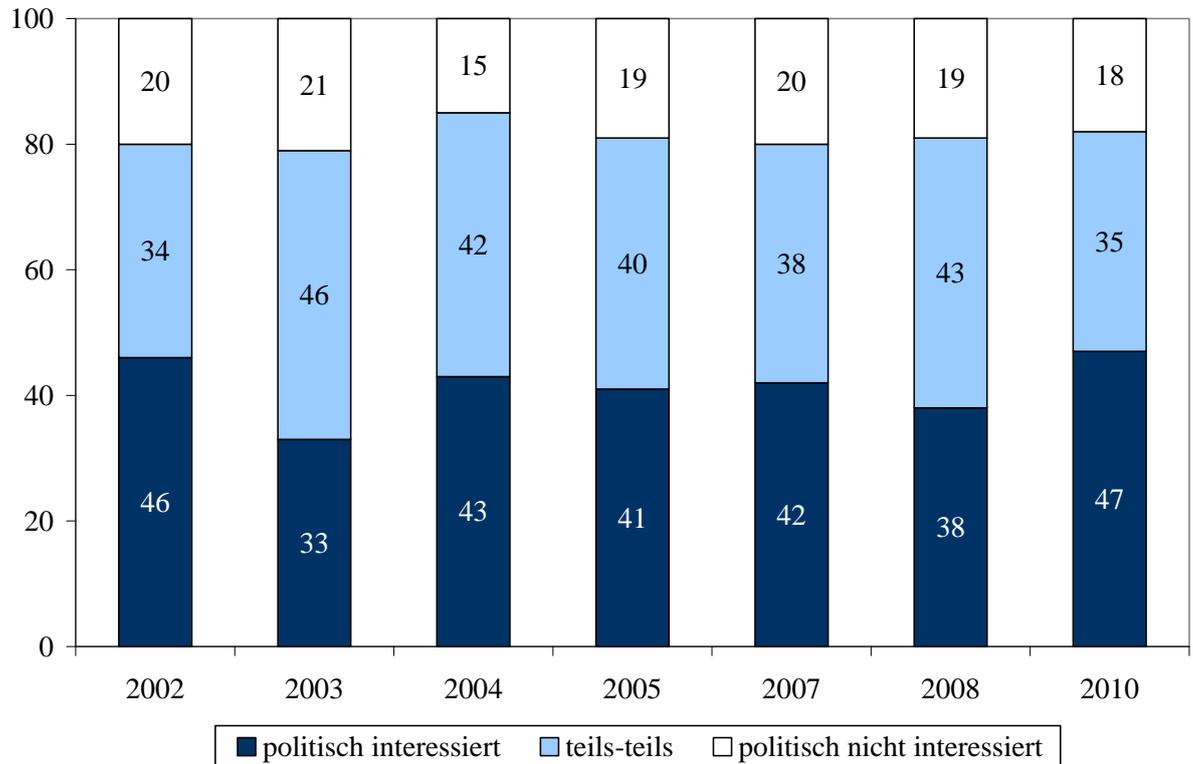
Ist die alles in allem sinkende Wahlbeteiligung in Thüringen eher als ein Symptom der Krise der Demokratie oder aber als ein Anzeichen der Normalisierung nach Jahrzehnten der Zwangspolisierung (mit Wahlbeteiligungsraten nahe 100 Prozent) zu bewerten? Eine Antwort auf diese Frage ist deshalb schwierig, weil abstrakt weder eine Höchst- noch eine Mindestmarke der einer „gesunden“ Demokratie angemessenen Wahlbeteiligung definierbar ist: Eine hohe Beteiligung steht ebenso wenig notwendig für „Gesundheit“, wie eine niedrige Beteiligung notwendig für „Krankheit“ steht (Korte 2003: 100). Denn dass sich an der

Reichstagswahl von 1930 erstmals mehr als 80 Prozent und an der letzten von 1933 knapp 90 Prozent beteiligten, war nicht ein Zeichen der Blüte sondern eines der Krise der Weimarer Republik. Dass sich 94,5 Prozent der Thüringer an der Volkskammerwahl vom März 1990 beteiligten, war einer einmaligen historischen Situation geschuldet und kann kein sinnvoller Maßstab für die folgenden Wahlen sein. Und dass in der Schweiz die Beteiligung an den Wahlen zur ersten Kammer des Parlaments, dem Nationalrat, 1979 erstmals unter 50 Prozent gefallen ist und seither zwischen 42 und 49 Prozent schwankt, muss nicht bedeuten, dass eine der ältesten Demokratien Europas sich auf dem Weg in den Untergang befindet.

In Thüringen deutet einiges darauf hin, dass neben der Entscheidung für Kandidaten und Parteien auch die Beteiligung an einer Wahl überhaupt zunehmend Gegenstand einer Entscheidung wird, für die es gute Gründe geben muss: Die Thüringer unterscheiden klar zwischen den Ebenen, halten Entscheidungen im Bund für wichtiger als im Land, in den Kommunen und in Europa und beteiligen sich je nach dem Gewicht des Einsatzes, um den es bei jeder einzelnen Wahl geht. Zwar halten es 83 Prozent der Thüringer für die Pflicht eines jeden Bürgers in der Demokratie, regelmäßig zur Wahl zu gehen, doch behalten sie sich in ihrer Mehrheit die Entscheidung darüber vor, ob sie im konkreten Fall dieser Norm folgen oder nicht. Ob eine sinkende Wahlbeteiligung mit einem solchen demokratischen Reifungsprozess einhergeht oder ob in ihr eher politische Apathie und Verdrossenheit zum Ausdruck kommen, ließe sich nur zuverlässig durch eine Detailuntersuchung entscheiden, die die Möglichkeiten des THÜRINGEN-MONITORS übersteigt.

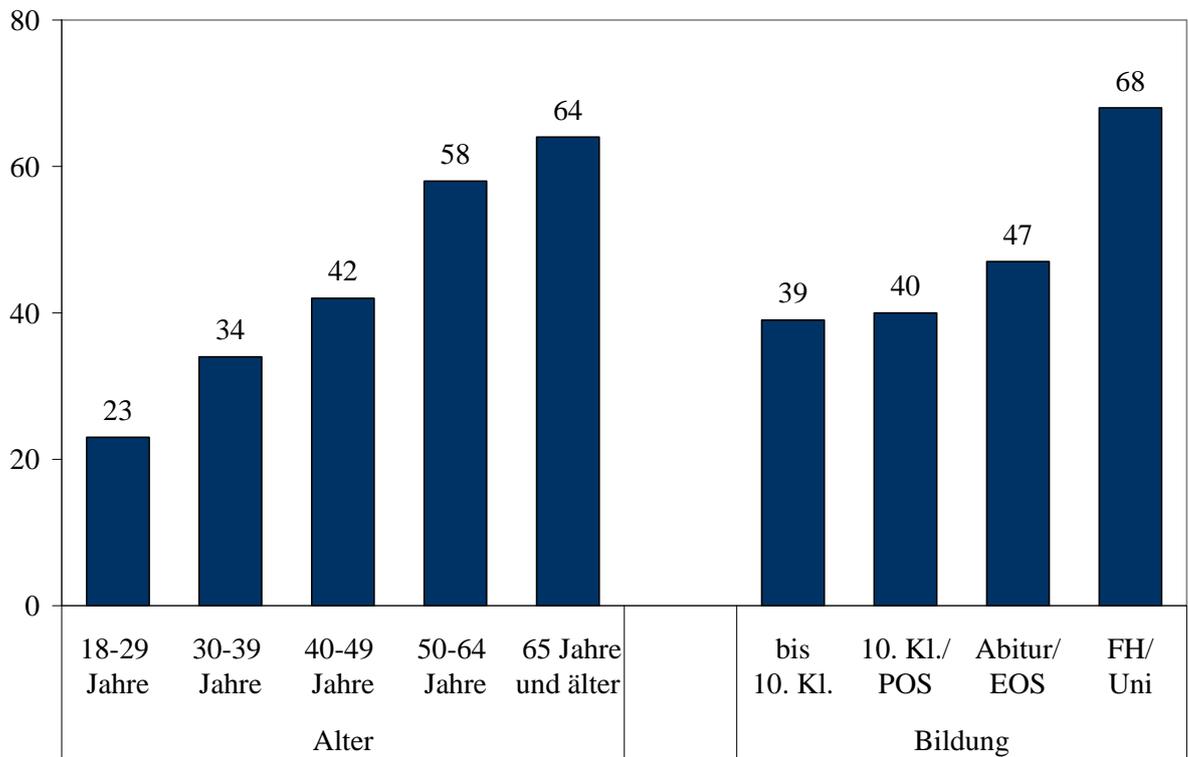
Ein wichtiger Indikator für den Stellenwert, den die Politik im Leben des Einzelnen einnimmt, ist das Interesse an Politik. Auch 2010 ist das Gesamtniveau des politischen Interesses hoch: mit 47 Prozent bekundet fast die Hälfte der Thüringer ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik, ein gutes Drittes mittleres Interesse; nur knapp ein Fünftel ist wenig oder gar nicht interessiert. Im Zeitvergleich (Abb. 22) zeigt sich, dass 2010 der Anteil der stark Interessierten gegenüber den Vorjahren noch deutlich zugenommen hat, was auch auf die politische Mobilisierung im Wahljahr 2009 zurückgehen könnte.

Abb. 22: *Politisches Interesse 2002-2010*
(in Prozent)



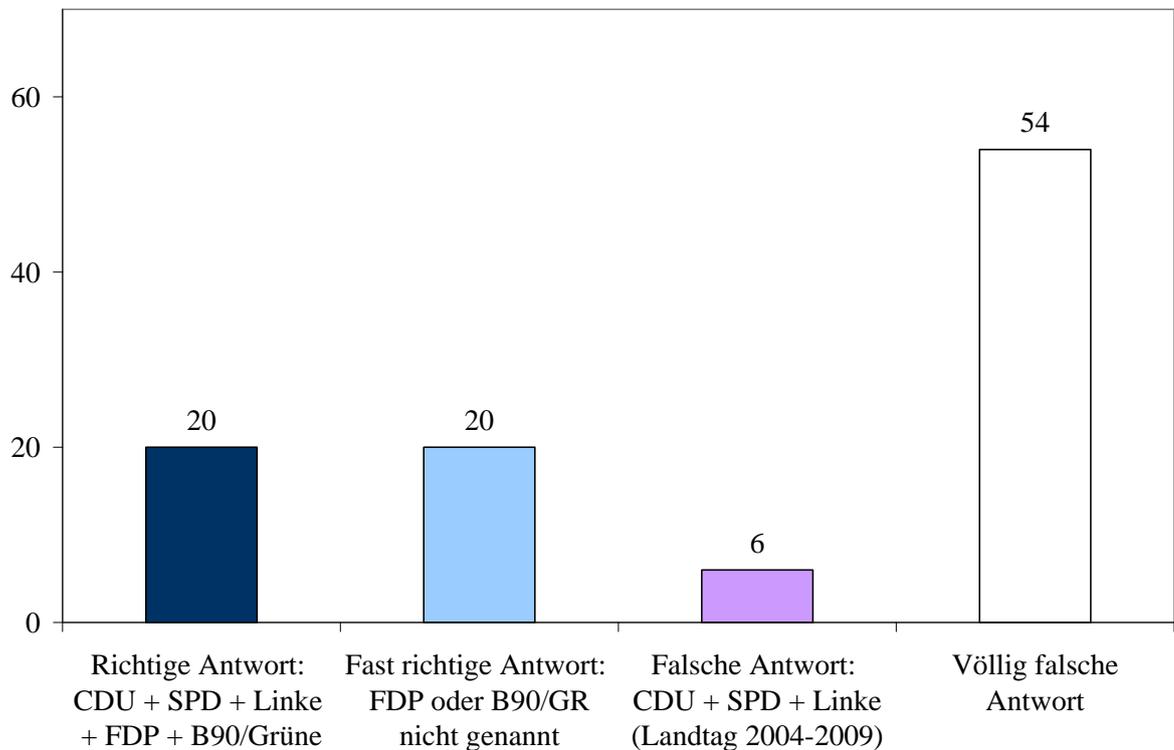
Politisches Interesse ist in der Bevölkerung nicht gleich verteilt. Mit steigendem Alter nimmt politisches Interesse linear zu (Abb. 23): Weniger als ein Viertel der unter 30-Jährigen, aber knapp zwei Drittel der Befragten, die 65 Jahre alt oder älter sind, bekunden starkes politisches Interesse. Dieser Befund erscheint einerseits angesichts mit dem Alter zunehmender politischer Erfahrungen plausibel, andererseits mit Blick auf mit den Lebensphasen wechselnde Disponibilität für Politik wenig veränderbar. Dass politisches Interesse jedoch auch abhängig vom erreichten Bildungsabschluss ist (Abb. 23), stellt eine Herausforderung an die Bildungspolitik dar. Die Kluft zwischen knapp zwei Fünftel politisch Interessierten bei den Befragten ohne Abitur und mehr als zwei Drittel bei den Hochschulabsolventen ließe sich durch politische Bildung womöglich verkleinern (Patzelt 2004: 113).

Abb. 23: *Starkes politisches Interesse nach Alter und Bildung 2010*
(in Prozent)



Demokratisches politisches Engagement setzt nicht allein Interesse an Politik voraus sondern auch Kenntnisse über politische Situationen, Prozesse und Akteure. Für den THÜRINGEN-MONITOR 2010 erschien es naheliegend, als Gegenstand eines politischen „Wissenstests“ das Ergebnis der Landtagswahl 2009 auszuwählen, die zum Zeitpunkt der Befragung erst wenige Monate zurücklag. Zudem hatte es bei diesem zentralen Ereignis der Landespolitik vom tragischen Unfall des Ministerpräsidenten am ersten Tag des Wahljahres bis schließlich zur langwierigen Koalitionsbildung im September und Oktober nicht an dramatischen Entwicklungen und entsprechender Medienaufmerksamkeit gefehlt. Die Befragten wurden gebeten, die nach der Landtagswahl 2009 im Thüringer Landtag vertretenen Parteien zu nennen. Das Ergebnis ist ernüchternd (Abb. 24): Nur jeder fünfte Thüringer war in der Lage, die fünf Parteien zu nennen, die nun – wie bereits in der Legislaturperiode zwischen 1990 und 1994 – wieder im Thüringer Landtag waren: CDU, Linke, SPD, FDP und Bündnis90/Grüne. Ein weiteres Fünftel nannte immerhin vier der fünf Parteien. Für sechs Prozent war es beim alten Drei-Parteien-Landtag geblieben und über die Hälfte war noch weniger orientiert. Selbst die sehr stark politisch Interessierten waren bei diesem Wissenstest in ihrer Mehrheit überfordert: Nur 35 Prozent gaben die richtige, weitere 24 Prozent nannten immerhin vier der fünf Landtagsfraktionen.

Abb. 24: *Politisches Wissen: Der neue Fünf-Parteien-Landtag (in Prozent)*



Betrachtet man die Parteien einzeln, so zeigen sich auch hier erhebliche Wissensdefizite (Tab. 6). Zwar wissen mehr als vier von fünf Befragten, dass die CDU und die SPD im Thüringer Landtag vertreten sind. Aber nicht einmal drei von fünf Befragten sehen die Linke und weniger als die Hälfte sehen die FDP oder Bündnis90/Die Grünen im Landtag. Erwartungsgemäß wissen die jeweiligen Parteianhänger (wenn auch nicht ausnahmslos) über ihre eigene Partei besser Bescheid als diejenigen, die einer anderen oder keiner Partei zuneigen. Trotzdem ist es fast 40 Prozent der Anhänger von FDP und von Bündnis90/Die Grünen entgangen, dass ihre Partei 2009 wieder in den Thüringer Landtag eingezogen ist.

Tab. 6: Politisches Wissen: Die Parteien im Thüringer Landtag (in Prozent)

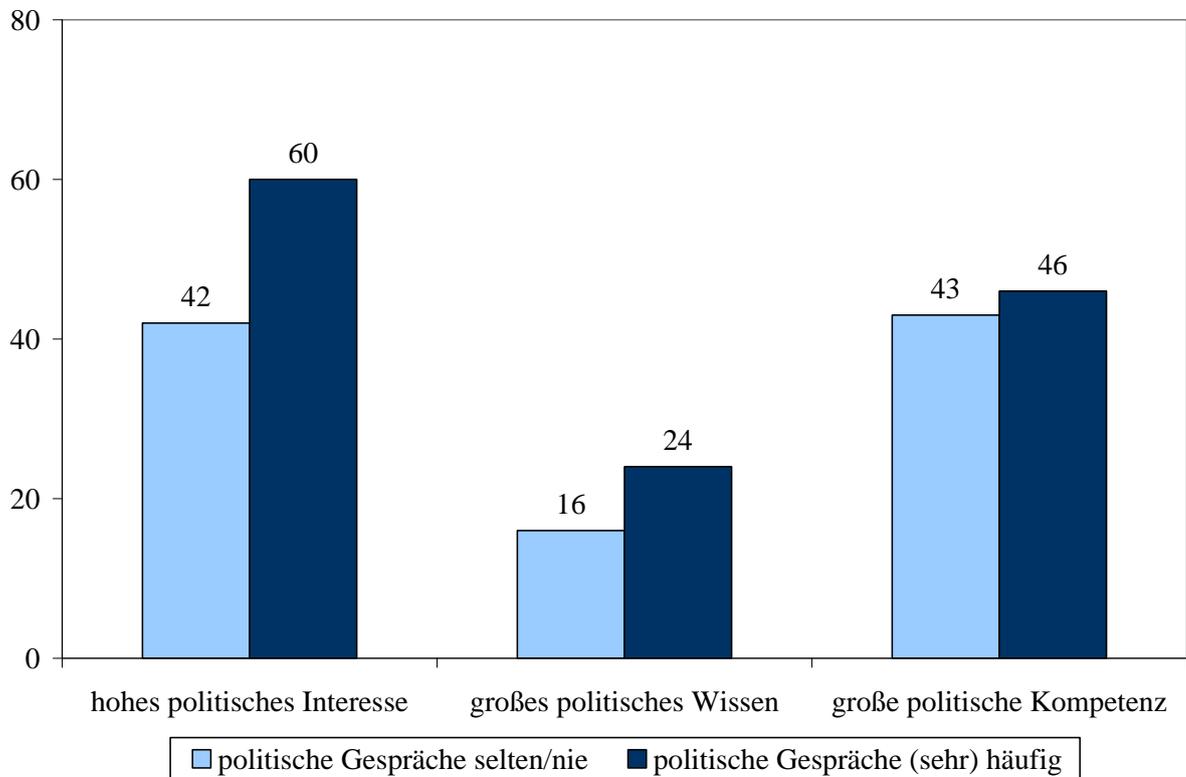
„Die Partei ... ist im Thüringer Landtag vertreten“	Alle Befragten	Befragte ohne Parteineigung	Anhänger der Partei
CDU	87	81	92
Linke	58	51	80
SPD	81	74	86
FDP	48	42	62
Bündnis90/Die Grünen	46	40	62

Lesehilfe: 92 Prozent der CDU-Anhänger geben an, dass die CDU im Thüringer Landtag vertreten ist.

Für eine aktive Bürgerrolle braucht es neben Interesse an Politik und politischen Kenntnissen auch die Überzeugung, in der Politik etwas ausrichten zu können, nicht zuletzt auch Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben. Eine solche subjektive politische Kompetenz bekunden gut zwei Fünftel der Befragten; sie geht vielfach mit politischem Interesse und politischem Wissen einher. Je politisch interessierter die Befragten und je besser ihre Kenntnisse sind, desto kompetenter fühlen sie sich auch.

Was für das politische Interesse gilt, lässt sich auch für politisches Wissen und die subjektive politische Kompetenz, und somit für sämtliche hier betrachtete Voraussetzungen einer aktiven Bürgerrolle nachweisen. Sie alle sind in erheblichem Maße von Art und Umfang der formalen Bildung abhängig. Neben dem öffentlichen Bildungssystem darf jedoch eine weitere wichtige Instanz der politischen Sozialisation nicht außer Betracht bleiben: das Elternhaus. Ob Politik bereits im Elternhaus eine Rolle gespielt hat, erweist sich als wichtig für die politische Sensibilisierung der Kinder (Abb. 25). Wer schon im Elternhaus häufig politische Gespräche erlebt hat, hat eine deutliche größere Chance, dass sein politisches Interesse geweckt wird und er politische Kenntnisse erwerben kann. Dagegen bleibt der Einfluss des Elternhauses auf die subjektive politische Kompetenz, die Überzeugung, politischen Einfluss nehmen zu können, gering.

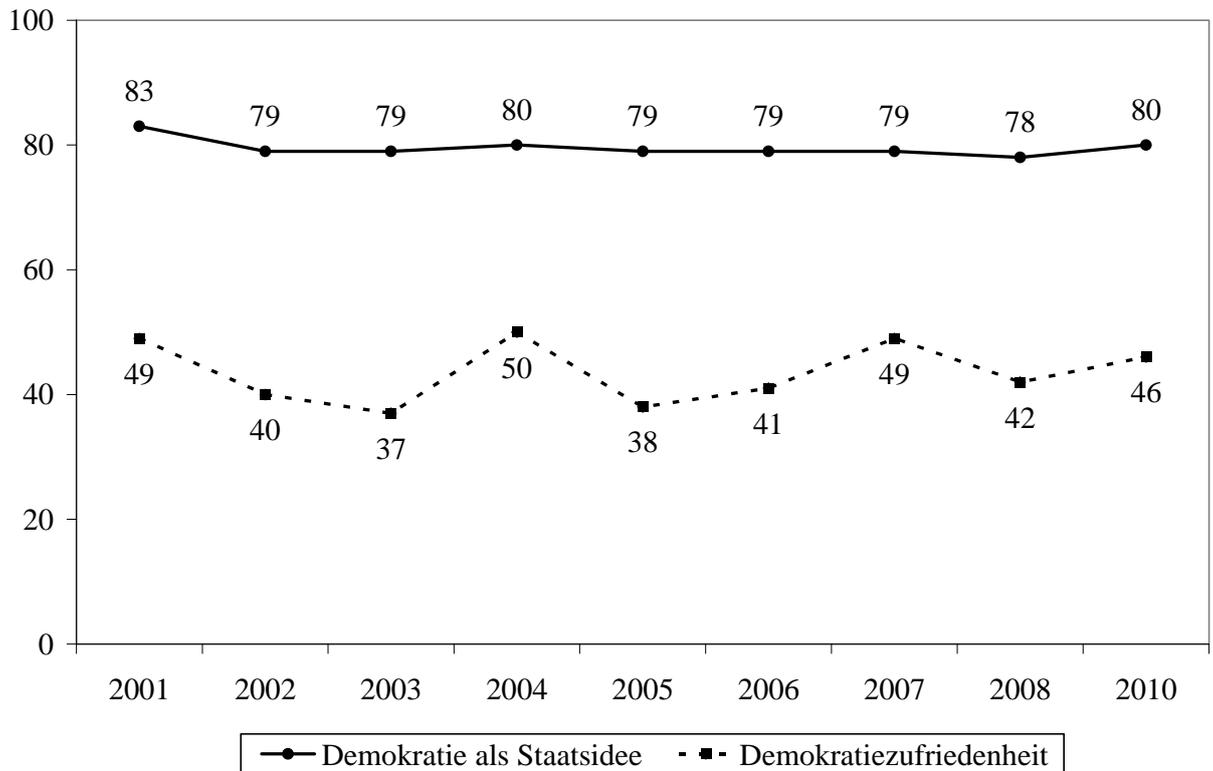
Abb. 25: *Politisches Interesse, Wissen und Kompetenz nach Häufigkeit politischer Gespräche im Elternhaus*
(in Prozent)



1.2. Bewertung der Demokratie als Idee und Praxis

Sind politisches Interesse, politisches Wissen und die Überzeugung, politisch etwas bewegen zu können, notwendige Bedingungen für demokratisches Handeln, so erhält dieses seinen Rahmen und seine Richtung erst durch Einstellungen gegenüber der Demokratie als politischer Ordnung. Demokratie ist als Ordnungsprinzip des politischen Systems auf die Unterstützung durch die Bürger angewiesen. Soll beurteilt werden, ob eine solche Unterstützung gegeben ist, genügt es noch nicht, allein das Ausmaß der grundsätzlichen Bejahung demokratischer Werte und der diese Werte realisierenden Strukturen zu erfassen. Über die Einstellung zu den Prinzipien hinaus muss die Bewertung der Performanz des demokratischen Systems in den Blick genommen werden. Diese beiden Ebenen der Demokratieunterstützung sind seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS erfasst worden: die Bindung an die demokratischen Werte und Prinzipien mit der Stellungnahme zu der Aussage, dass die „Demokratie die beste Staatsform“ ist, die Ebene der Performanz mit der Antwort auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“.

Abb. 26: *Demokratieunterstützung nach Ebenen 2001-2010*
(in Prozent)



Auf beiden Ebenen der Demokratieunterstützung sind für 2010 gestiegene Werte zu verzeichnen (Abb. 26). 80 Prozent (gegenüber 78 Prozent bei der vorangegangenen Erhebung) der Thüringer halten die Demokratie für die beste Staatsidee, jedoch mit 46 Prozent (zuvor 42 Prozent) sind nur weniger als die Hälfte der Thüringer mit der Praxis der Demokratie zufrieden. Damit werden im Jahr 2010 zwei zentrale Befunde aus den früheren Jahren bestätigt. Erstens zeigt sich ein weiteres Mal die erheblich Diskrepanz zwischen den beiden Ebenen: Erfreut sich die Demokratie als Wertordnung und Verfassungskonzept einer sehr breiten Zustimmung in Thüringen, so wird deren Umsetzung in der Praxis weithin als unbefriedigend empfunden. Zweitens zeigt der Zeitvergleich, dass die Bejahung der Demokratie als Staatsidee und die Bewertung der demokratischen Performanz nicht nur im Niveau beträchtlich voneinander abweichen, sondern auch in der Art ihrer Veränderung. Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie zeichnet sich durch große Stabilität aus, sie schwankt von Jahr zu Jahr um in der Regel nicht mehr als zwei Prozentpunkte. Dagegen variiert die Zufriedenheit mit der Demokratie im Zeitverlauf erheblich. In Reaktion auf aktuelle politische und ökonomische Entwicklungen sind bislang Schwankungen um bis zu 13 Prozent aufgetreten. Zwar können Ursachen für Veränderungen der Demokratiezufriedenheit nicht der Bundes- oder der Landesebene zugerechnet werden. Dennoch kann die 2010 um vier Prozent günstigere Bewertung der demokratischen Praxis gerade vor dem Hintergrund der andauernden internationalen Wirtschaftskrise als positives Zeichen gesehen werden.

Um das Gesamtbild zu verdeutlichen und über die Zeit vergleichbar zu machen, können wie in den Vorjahren Typen demokratiebezogener Einstellungen gebildet werden. Diejenigen, die die Demokratie im Grundsatz bejahen, können – je nachdem, wie sie ihre Praxis bewerten – in „zufriedene Demokraten“ und „unzufriedene Demokraten“ unterschieden werden. Die Gruppe derjenigen, die hingegen die Demokratie als Staatsidee grundsätzlich ablehnen, lässt

sich danach weiter unterteilen, welche Position sie zur Diktatur einnehmen. Wer von den Verächtern der Demokratie so weit geht, auch eine Diktatur zu bejahen, kann als „Antidemokrat“ gelten, wer von ihnen diese Konsequenz nicht zieht, der bloße Demokratieskeptiker also, kann immerhin als „Nichtdemokrat“ bezeichnet werden.

Tab. 7: *Typen demokratiebezogener Einstellungen (Haupttypen) 2001-2010 (in Prozent)*

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2010
Zufriedene Demokraten	45	38	34	48	36	39	47	39	43
Unzufriedene Demokraten	38	43	45	34	44	41	33	39	36
Demokratieskeptiker	13	13	13	11	11	13	15	15	15
Antidemokraten	4	6	8	7	9	7	5	7	6

Betrachtet man die Verteilung auf die solchermaßen gebildeten Typen im Zeitverlauf (Tab. 7), so wird deutlich, dass die unter dem Gesichtspunkt der Systemstabilität problematischste Gruppe der „Antidemokraten“ stets eine Minderheit von weniger als einem Zehntel geblieben ist; 2010 ist ihr Anteil auf sechs Prozent zurückgegangen. Der Anteil der „Nichtdemokraten“ ist in den letzten Jahren stabil geblieben und beläuft sich auf 15 Prozent. Innerhalb der die Demokratie grundsätzlich Bejahenden hat sich die Relation zwischen den „unzufriedenen“ und den „zufriedenen Demokraten“ verschoben, die 2010 mit 43 Prozent die größte Gruppe ausmachen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass darüber hinaus ein Unsicherheitsfaktor an Bedeutung verloren hat. Der Anteil von insofern „inkonsequenten Demokraten“, als diese trotz ihrer grundsätzlichen Bejahung der Demokratie unter bestimmten Umständen eine Diktatur begrüßen würden, ist 2010 gegenüber den Vorjahren rückläufig. Nimmt man diese Befunde zusammen, so ergibt sich das Gesamtbild einer Konsolidierung der demokratiebezogenen Einstellungen auf hohem Niveau.

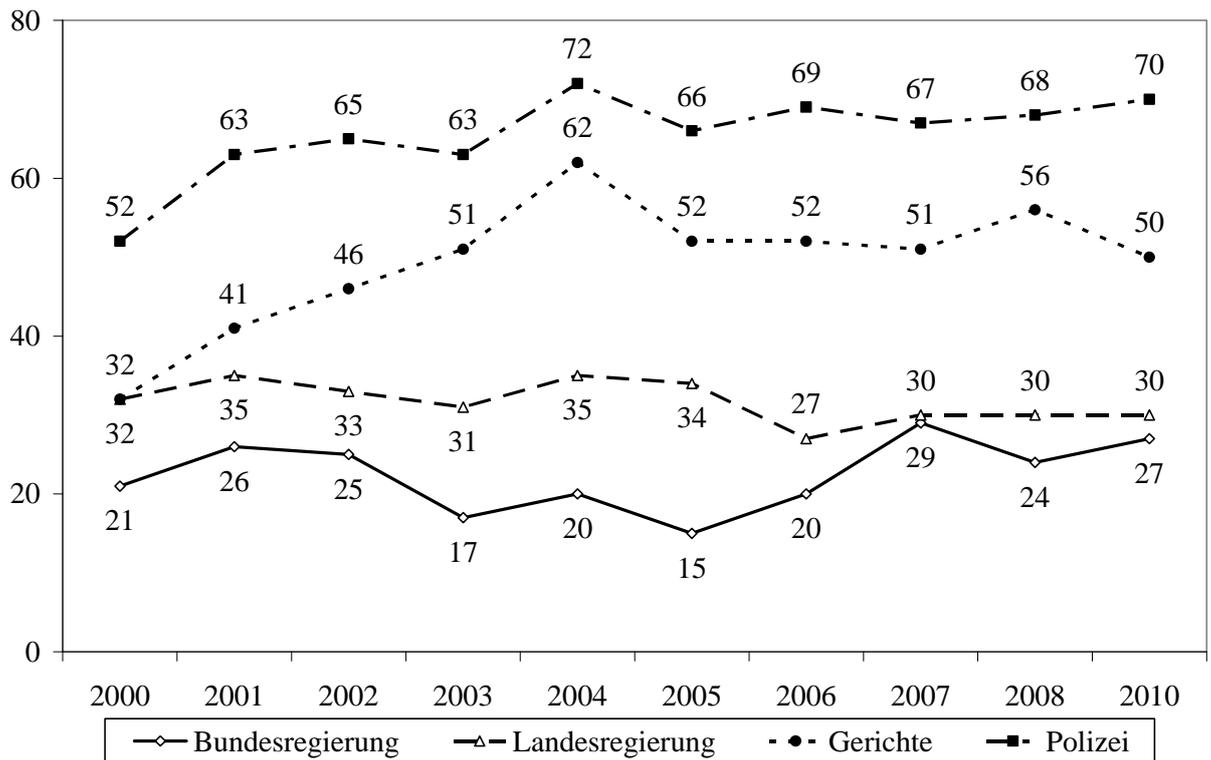
1.3. Institutionenvertrauen

Die bislang betrachteten Bewertungen der demokratischen Idee und der der demokratischen Performanz stellen sehr generelle Einstellungen dar. Sie erlauben weder eine Unterscheidung nach den Ebenen des politischen Systems noch nach den Funktionen seiner Strukturelemente. Eine solche Differenzierung wird möglich, wenn Einstellungen gegenüber einzelnen Institutionen ergänzend in die Analyse einbezogen werden. Als in diesem Zusammenhang geeigneter Indikator hat sich in der Demokratieforschung das Institutionenvertrauen erwiesen. Denn um die ihnen übertragenen Funktionen zu erfüllen, sind gerade in einer demokratischen Ordnung die einzelnen Institutionen wie auch die Amtsträger selbst auf ein Minimum an Vertrauen angewiesen. Legitimität und die Akzeptanz von Entscheidungen, auch wenn diesen gegenüber inhaltliche Vorbehalte bestehen, setzen Vertrauen voraus.

Dieser Überlegung entsprechend, dass nämlich das Institutionenvertrauen als Indikator für die Akzeptanz eines demokratischen Systems anzusehen ist, hat der THÜRINGEN-MONITOR seit Beginn seiner Erhebungen ein mehr oder minder großes Spektrum von Institutionen in seine

Analysen einbezogen. Während in früheren Jahren (2003, 2006, 2007) je nach Themenschwerpunkt auch kommunale Organe und Bildungseinrichtungen betrachtet worden sind, wurden in der vorliegenden Untersuchung lediglich Daten für sechs Institutionen erhoben: Bundestag, Bundesregierung, Landtag, Landesregierung, Gerichte und Polizei. Für vier von ihnen liegen kontinuierliche Ergebnisse über zehn Jahre vor (Abb. 27).

Abb. 27: *Vertrauen auf Institutionen 2000-2010*
(kumulierte Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend")



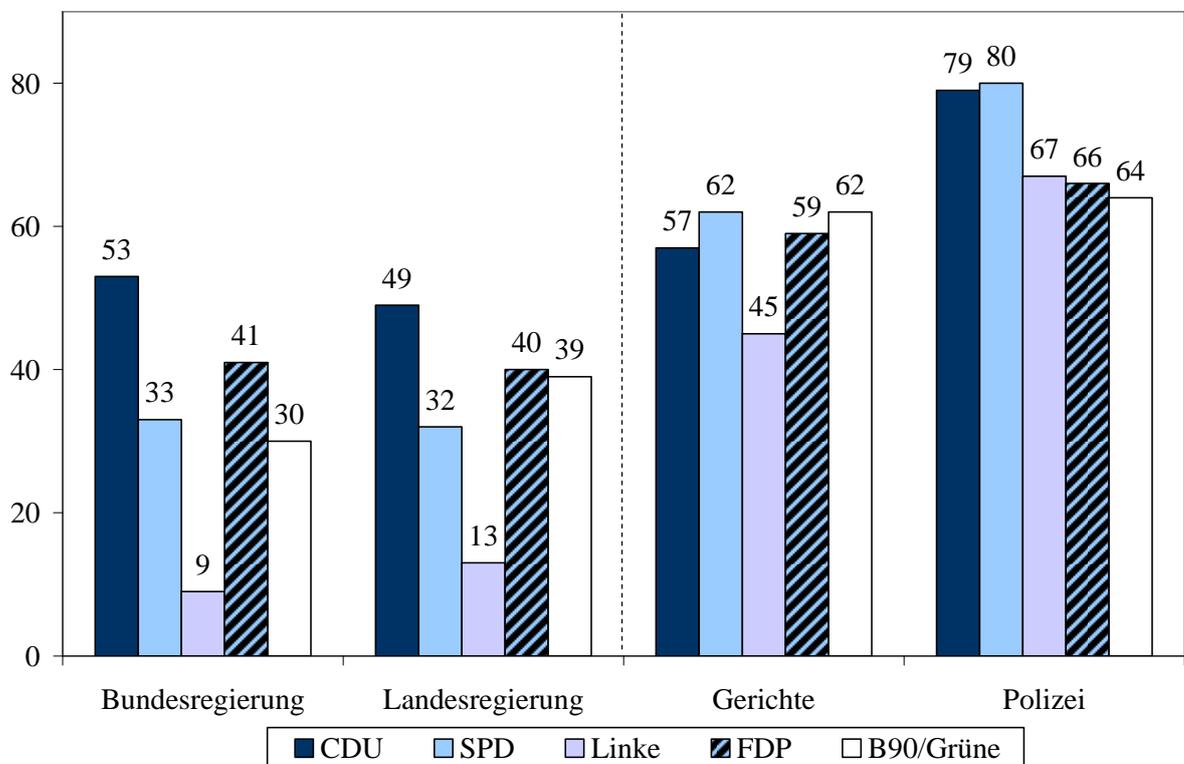
Gegenüber der Voruntersuchung von 2008 haben sich die Werte bei drei Institutionen verändert. Das Vertrauen auf die Polizei hat zugenommen, das in die Gerichte ist gesunken. Die Bundesregierung hat nach dem Koalitionswechsel in Berlin Vertrauen hinzugewinnen können, während in Erfurt der neuen Regierung das gleiche Vertrauen entgegengebracht wird wie der Vorgängerregierung. Insgesamt bestätigt sich somit 2010 das Muster der Vorjahre: Die große Kluft im Vertrauensniveau zwischen einerseits den Regierungen im Bund und in Thüringen, die das Vertrauen von weniger als einem Drittel der Thüringer genießen, und andererseits den Gerichten und der Polizei, denen zwischen der Hälfte und drei Viertel der Thüringer Vertrauen entgegen bringen. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass diese Schere sich erst im vergangenen Jahrzehnt geöffnet hat. Während Polizei und Gericht an Vertrauen gewonnen haben, blieb das Vertrauen in die Regierungen auf eine Minderheit begrenzt. In dieses Bild passt, dass der Bundestag (31% Vertrauen) und der Thüringer Landtag (33% Vertrauen)²⁶ mit der Bundesregierung und der Thüringer Landesregierung am unteren Ende der Vertrauensskala rangieren. Das bedeutet nichts anderes, als dass nun mit der Polizei und den Gerichten die ausführenden und die der Politik entzogenen Institutionen ungleich mehr Vertrauen

26 Die Werte für den Bundestag und den Thüringer Landtag sind in der Tabelle nicht ausgewiesen.

genießen als diejenigen, denen es obliegt, in kontroversen Streitfragen Lösungen zu finden und politische Entscheidungen zu treffen. Politikferne und rechtsstaatliche Implementationsinstitutionen stehen somit bei den Thüringern in wesentlich höherem Kurs als die politiknahen parteienstaatlichen Institutionen, die mit Konflikten und Parteienhader in Verbindung gebracht werden.

Nun lässt sich argumentieren, das vergleichsweise begrenzte Vertrauen auf die Regierungen entspreche exakt der Funktionslogik parlamentarischer Systeme, in denen stets jeweils die parlamentarische Mehrheit repräsentierende Parteiregierungen ein Mandat auf Zeit ausüben und naturgemäß das Vertrauen nur eines Teils der Bürger, nämlich der jeweiligen Parteianhänger genießen. Betrachtet man das der Bundes- und der Thüringer Landesregierung entgegengebrachte Vertrauen differenziert nach Parteineigung der Befragten, so findet diese Annahme eine weitgehende Bestätigung (Abb. 28). In der Tat setzen die Anhänger der sowohl im Bund als auch in Thüringen in der Regierung führenden CDU das größte Vertrauen in beide Regierungen. Ebenso entspricht das weit unterdurchschnittliche Regierungstrauen der Anhänger der auf beiden Ebenen in der Opposition befindlichen Linken den Erwartungen. Dagegen würde bei SPD- und FDP-Anhängern ein zwischen Bund und Land unterscheidendes Vertrauensniveau eher der jeweiligen Rolle als Regierungs- oder Oppositionspartei entsprechen. Die geringen Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien im Vertrauen auf die Gerichte und die Polizei schließlich passen als Kontrast gut zur Annahme einer parteienstaatlichen Logik des Regierungstrauens.

Abb. 28: *Vertrauen auf Institutionen nach Parteineigung (in Prozent)*

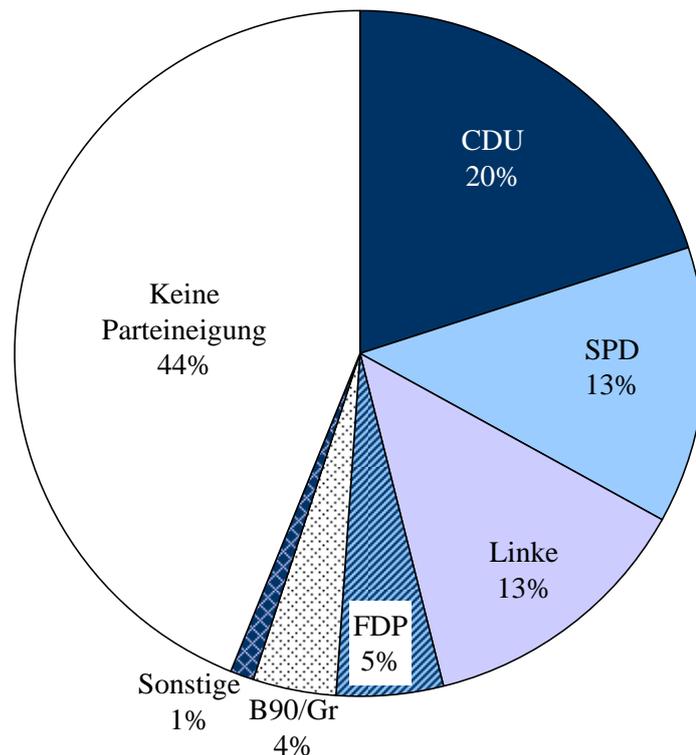


In der Konsequenz dieser Logik liegt es, dass sie sehr wohl für die Regierungen, nicht hingegen für die Parlamente als Ganze gilt. Dies lässt nicht nur ein insgesamt deutlich höheres Niveau an Vertrauen auf die Parlamente als auf die Regierungen erwarten, sondern auch eine Einebnung der Unterschiede zwischen den Parteien. Genau dies ist jedoch nicht der Fall. Sowohl Niveau als auch Muster des nach Parteineigung differenziertem Vertrauens, das den Parlamenten als Ganzen entgegengebracht wird, ähneln sehr stark dem gegenüber den Regierungen. Dies legt den Schluss nahe, dass das im Vergleich zu den politikfernen Implementationsinstitutionen deutlich geringere Vertrauen, welches nicht nur den Regierungen sondern gerade auch den Parlamenten entgegengebracht wird, seine Wurzel in einem obrigkeitsstaatlich geprägten Demokratieverständnis hat (Patzelt 2004: 107), in dem staatliche Leistungen vor der Vertretung von Interessen und der Austragung von Konflikten rangieren.

1.4. Die Parteien: Skepsis und Bindung

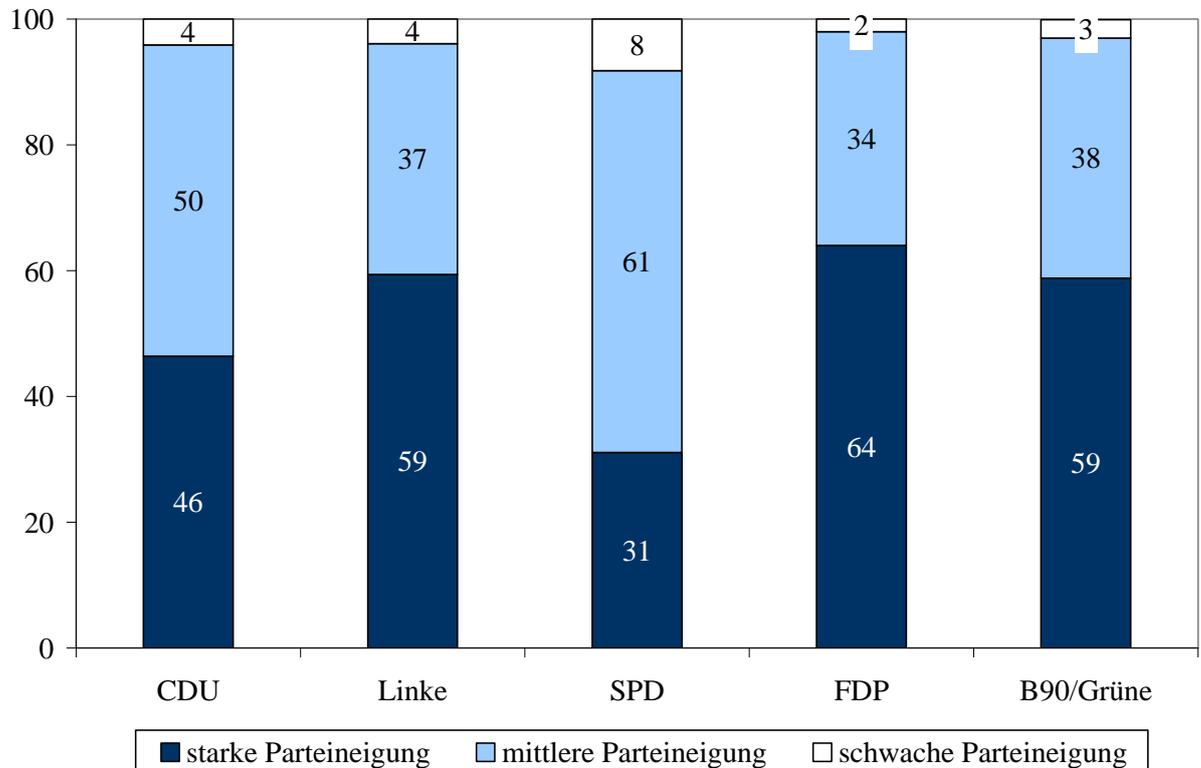
Diese Befunde legen es nahe, nicht allein die Bewertung von Regierungen, Parlamenten und Implementationsinstitutionen zu betrachten, sondern auch die der Schlüsselinstitutionen parlamentarischer Demokratien, der politischen Parteien. Sie sind unverzichtbar, soll eine parlamentarische Demokratie in der von der Verfassung normierten Weise funktionieren können. Deshalb sind ihre Aufgaben, ihre innere Ordnung und ihre Stellung verfassungsrechtlich fixiert: Sie haben den hervorgehobenen Status von „Verfassungsorganen“. Gleichwohl ist die Rolle der Parteien und ihres Personals im deutschen „Parteienstaat“ (vgl. etwa Decker 2007: 20) in der Öffentlichkeit wie in der wissenschaftlichen Diskussion seit langem umstritten.

Das Vertrauen auf die Parteien ist in der vorliegenden Untersuchung nicht analog zum Vertrauen auf die übrigen Institutionen eigens erhoben worden. Dies ist letztmalig im THÜRINGEN-MONITOR 2003 geschehen. Die Parteien haben dabei sehr schlecht abgeschnitten; lediglich neun Prozent der Thüringer brachten ihnen Vertrauen entgegen. Sie rangierten damit weit hinter Polizei, Bundeswehr, Gewerkschaften, Thüringer Behörden und Schulen, Regierungen und Parlamenten. Dass das allgemeine Bild der Parteien in Thüringen nach wie vor eher negativ ist, zeigt sich bei der diesjährigen Erhebung. Knapp 70 Prozent der Thüringer sind 2010 der Meinung, die Parteien seien nur an den Stimmen der Wähler, nicht aber an deren Ansichten interessiert. Dass dieser Anteil etwas niedriger ist als in den Vorjahren, ändert nichts an dem dominanten parteienskeptischen Klima (vgl. etwa Westle/Niedermayer 2009: 11).

Abb. 29: Parteinäigung 2010

In dieses Bild einer weit verbreiteten Parteinäigung fügt sich die geringe Mitgliederzahl der Thüringer Parteien ein. Mit ca. 25.000 macht die Gesamtmitgliederzahl aller Parteien zusammengenommen etwas mehr als ein Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung Thüringens aus (Schmitt/Oppelland 2008: 478). Ähnlich wie in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern liegt so die Organisationsdichte der Thüringer CDU bei gut der Hälfte, die der SPD bei einem Viertel des westdeutschen Durchschnittswerts (Niedermayer 2009: 375). Die niedrige Organisationsdichte ist somit keine Thüringer Besonderheit, sondern eine Gemeinsamkeit der ostdeutschen Länder im Kontrast zu den westdeutschen. Seit 1989 hat in Ostdeutschland ein Rückgang der Parteinäigung stattgefunden: bei der Thüringer CDU von 30.000 (1990) auf 12.000 Mitgliedern (2008), bei der ehemaligen Staatspartei PDS/SED/Linke von 262.000 im Herbst 1989 allein in den Bezirken Erfurt und Gera auf thüringenweit 7.000 im Jahr 2009. Dies ist, ebenso wie der Rückzug aus der aufgezwungenen Mitgliedschaft in einer Vielzahl von Massenorganisationen, als Reaktion auf die Zwangspolitisation in der DDR-Zeit und als Zeichen der Normalisierung zu sehen. 2010 gibt fast jeder zehnte Thüringer an, bereits in einer Partei mitgearbeitet zu haben. In den älteren Jahrgängen dürfte ein Großteil von ihnen Mitglied in einer Blockpartei gewesen sein. Beachtlich ist, dass 2010 immerhin 16 Prozent der Befragten die Bereitschaft bekunden, sich in einer Partei zu engagieren. Hier liegt offensichtlich noch unausgeschöpftes Potenzial brach.

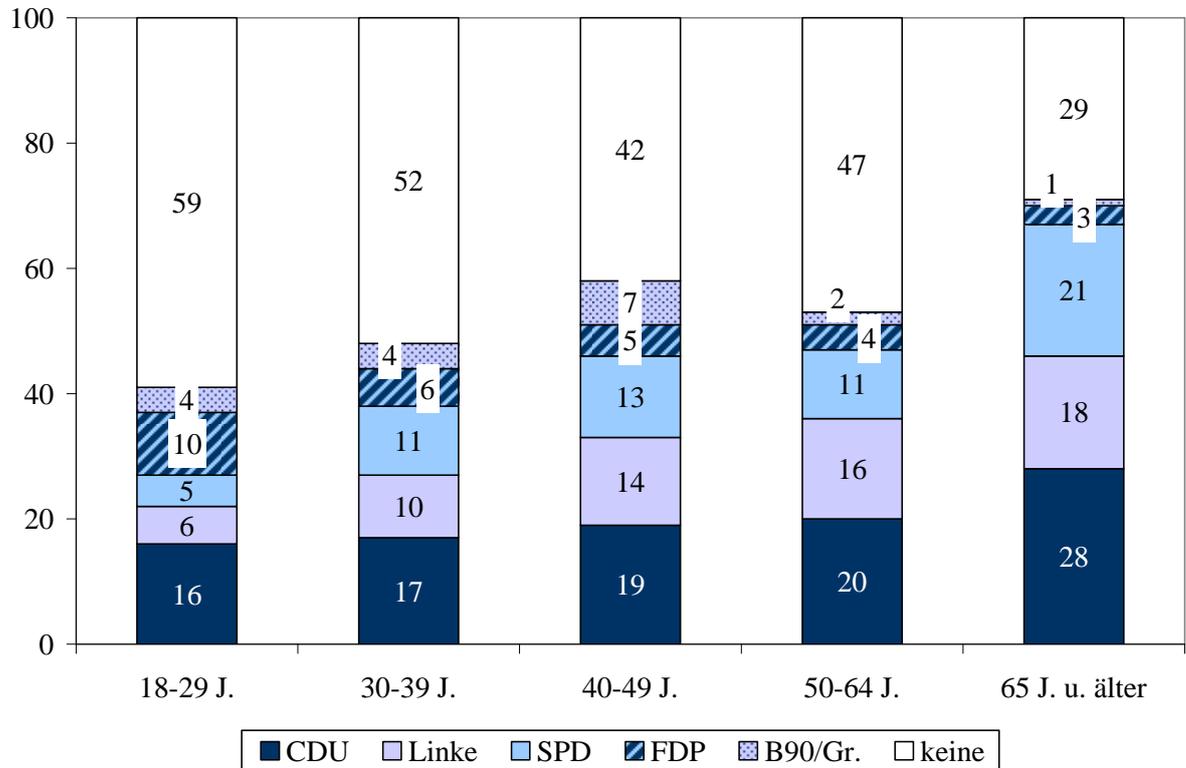
Abb. 30: *Stärke der Parteineigung nach Parteien*
(in Prozent)



Die Vorstellung einer flächendeckenden Parteienaversion wird des weiteren dadurch relativiert, dass ein Großteil derjenigen, die ein negatives Parteienbild haben („die Parteien interessieren sich nur für die Stimmen, nicht für die Ansichten“), persönlich sehr wohl einer Partei zuneigen: 2010 ist dies mit 56 Prozent die Mehrzahl der Thüringer (Abb. 29). Unter ihnen überwiegen die mit einer starken Neigung zu ihrer Partei bei den Anhängern der Linken, der FDP und von Bündnis90/Die Grünen jeweils deutlich. Lediglich bei der SPD und der CDU sind sie in der Minderheit (Abb. 30) (Lösche 2009: 6-8). Es ist somit festzuhalten: Bei aller Skepsis gegenüber den Parteien als „Abstraktum“ – die Mehrheit der Thüringer fühlt sich einer konkreten Partei verbunden. Dieser Anteil ist noch um einiges höher, wenn statt nach der Neigung zu einer Partei nach der Sympathie für die einzelnen Parteien gefragt wird: 2008 fanden 86 Prozent der Thüringer mindestens eine Partei sympathisch.

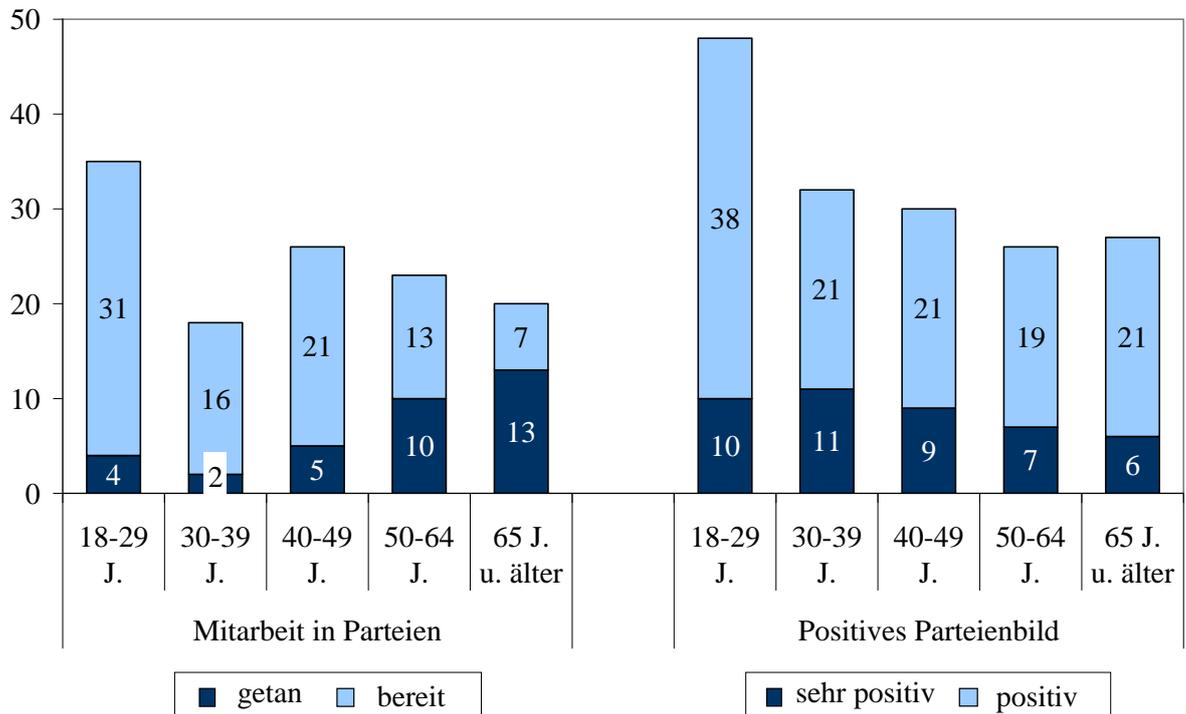
Insgesamt ergibt sich auch 2010 ein widersprüchliches Bild des Verhältnisses der Thüringer zu den politischen Parteien: Einerseits eine zwar gegenüber den Vorjahren etwas abgeschwächte, aber dennoch bei der weit überwiegenden Mehrheit verbreitete Skepsis gegenüber den Parteien als abstrakter Institution, andererseits aber durchaus Bindungen der Mehrheit an eine der konkreten Parteien und noch unausgeschöpftes Potential für parteipolitisches Engagement.

Abb. 31: *Parteieneigung nach Alter 2010*
(in Prozent)



Mit Blick auf das Schwerpunktthema „Generationenbeziehungen“ des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS stellt sich die Frage, ob sich die Altersgruppen in ihrer Haltung zu den Parteien gleichen oder aber unterscheiden. In der Tat zeigen sich bei allen hier untersuchten Aspekten signifikante Alterseffekte. Die Parteieneigung steigt mit zunehmendem Alter deutlich an (Abb. 31). Die 18-29-Jährigen neigen zu 41 Prozent, die Befragten im Rentenalter dagegen zu 71 Prozent einer Partei zu. Die älteste Gruppe hatte durch eine jahrzehntelange Erfahrung mit sehr wechselhaften politischen Situationen die Gelegenheit, eine Bindung an eine der Parteien aufzubauen, was bei der jüngsten Alterskohorte naturgemäß nicht der Fall war. Hinsichtlich der Richtung der Parteieneigung in den einzelnen Altersstufen fällt auf, dass die Anhänger der CDU überall die mit Abstand stärkste Gruppe darstellen. Die Linke und die SPD sind unter den älteren Kohorten überproportional vertreten, während die FDP ihren stärksten Rückhalt in der jüngsten und Bündnis90/Die Grünen in den mittleren Jahrgängen haben.

Abb. 32: *Mitarbeit in Parteien und positives Parteienbild nach Alter 2010*
(in Prozent)



Gliedert man die Mitarbeit in den Parteien nach dem Alter auf, so zeigen sich gegenläufige Zusammenhänge (Abb. 32). Der Anteil derjenigen, die bereits in einer Partei mitgearbeitet haben, ist unter den Jüngeren gering und steigt mit dem Alter deutlich an, wobei die hohe Zahl der Parteimitglieder in der DDR-Zeit zu Buche schlagen dürfte. Dagegen ist die Bereitschaft, sich in einer Partei zu engagieren, in keiner Altersgruppe so ausgeprägt wie in der jüngsten. Flankiert wird die höhere Bereitschaft zu politischem Engagement der Jüngeren durch ihr positives Parteienbild: Fast die Hälfte unter ihnen lehnt die Aussage ab, dass es den Parteien nur um die Stimmen geht. Insgesamt gesehen zeichnet sich somit die jüngere Generation im Thüringen im Vergleich zur älteren in drei Hinsichten durch größere Offenheit aus: Erstens ist ihr abstraktes Parteienbild weit weniger von Misstrauen geprägt, zweitens ist ihre Bereitschaft zu politischem Engagement deutlich größer, und drittens ist die parteipolitische Richtung ihres Engagements bei den meisten noch nicht festgelegt.

Eine Bilanz der Befunde zu den auf die Demokratie bezogenen Orientierungen fällt sehr gemischt aus. Zwar wird die Demokratie als Prinzip konstant von einer breiten Mehrheit der Thüringer unterstützt, ist die (mäßige) Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie angesichts der wirtschaftlichen Krise nicht nur nicht eingebrochen, sondern im Berichtsjahr sogar leicht angestiegen, haben die exekutiven und rechtsstaatlichen Institutionen ein inzwischen beträchtliches Vertrauenskapital akkumuliert und bekundet fast die Hälfte der Thüringer großes und ein weiteres Drittel mittleres politisches Interesse. Auch hindert die verbreitete Skepsis gegenüber den Parteien allgemein die Mehrheit der Thüringer nicht an einer Neigung zu einzelnen konkreten Parteien.

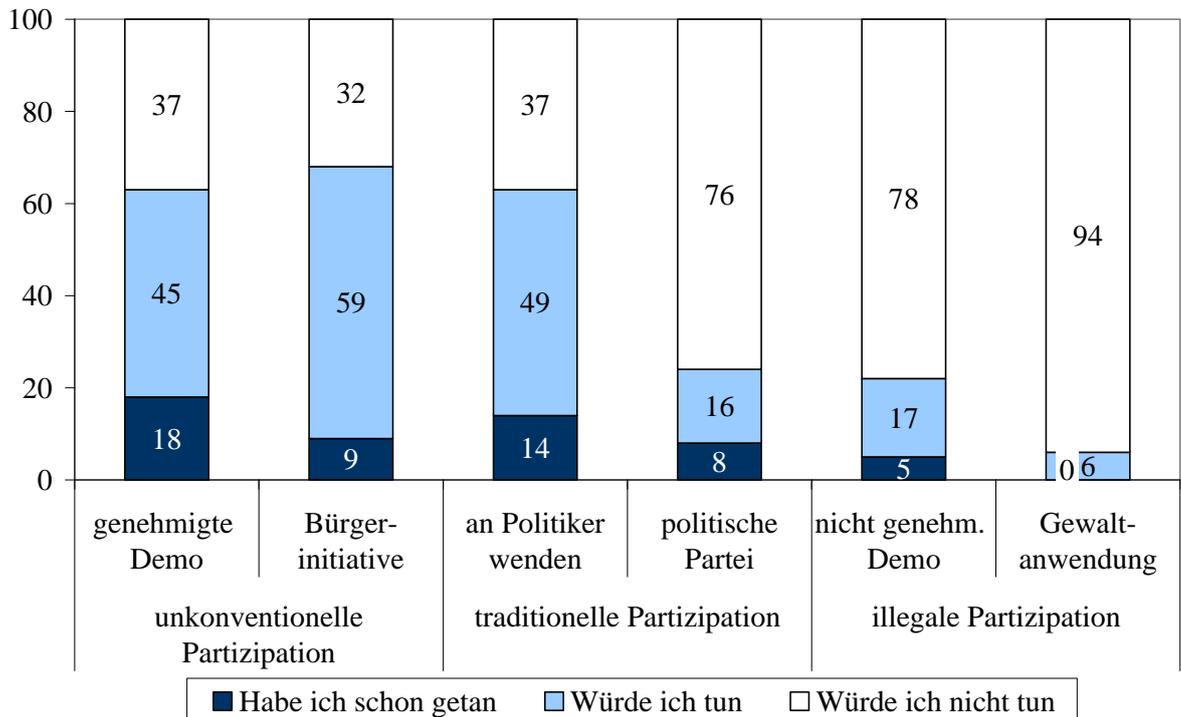
Jedoch stagniert 20 Jahre nach der friedlichen Revolution das Vertrauen der Thüringer auf die wichtigsten Arenen politischer Konfliktaustragung und Entscheidung, die Parlamente, auf niedrigem Niveau. Und die erschreckende Unkenntnis, die bei vielen Thüringern hinsichtlich des zentralen landespolitischen Ereignisses des letzten Jahres, der Ergebnisse der Landtags-

wahl, zutage tritt, erweist die Bekundungen politischen Interesses weithin als Lippenbekenntnisse ohne praktische Folgen. Demokratie erscheint als Selbstverständlichkeit, die keiner besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Hier zeigt sich, wie schwer es im politischen Alltag fällt, die elementaren Kenntnisse, Fähigkeiten und Überzeugungen zu erwerben, die eine aktive Rolle als Bürger erst ermöglichen. Zwei Jahrzehnte seit der Installierung demokratischer Institutionen und demokratischer Verfahren ist Thüringen mitten in den Mühen der Ebene.

2. Demokratische Teilhabe: das politische Engagement

Die Demokratie ist insofern eine anspruchsvolle Staatsform, als sie nicht allein ein ihr angemessenes Bewusstsein verlangt, sondern erst dann verwirklicht ist, wenn ihre Bürger sich an der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten aktiv beteiligen. Daher ist der Blick über die Einstellungen, also die Verhaltensdispositionen hinaus, die im Zentrum der bisherigen Ausführungen standen, auf das politische Verhalten selbst zu richten. Über das (mutmaßlich) tatsächliche politische Verhalten – soweit es sich in Umfragen ermitteln lässt – gibt das von den Befragten berichtete politische Engagement Auskunft. Wie beim Engagement in politischen Parteien, das bereits angesprochen wurde, sind die Thüringer 2010 gefragt worden, ob sie weitere Formen politischer Aktivitäten schon einmal ausgeübt haben, ob sie sich dies für die Zukunft vorstellen können bzw. dergleichen für die Zukunft ausschließen. Dabei wurden wie in den früheren Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS drei Arten politischer Partizipation erfasst: „traditionelle“ Partizipationskanäle (Parteimitgliedschaft, Kontaktaufnahme zu Politikern), „unkonventionelle“ Beteiligungsformen (Teilnahme an Demonstrationen, Mitarbeit in Bürgerbewegungen) und illegale Aktionsformen (Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen, Einsatz von Gewalt für politische Ziele).

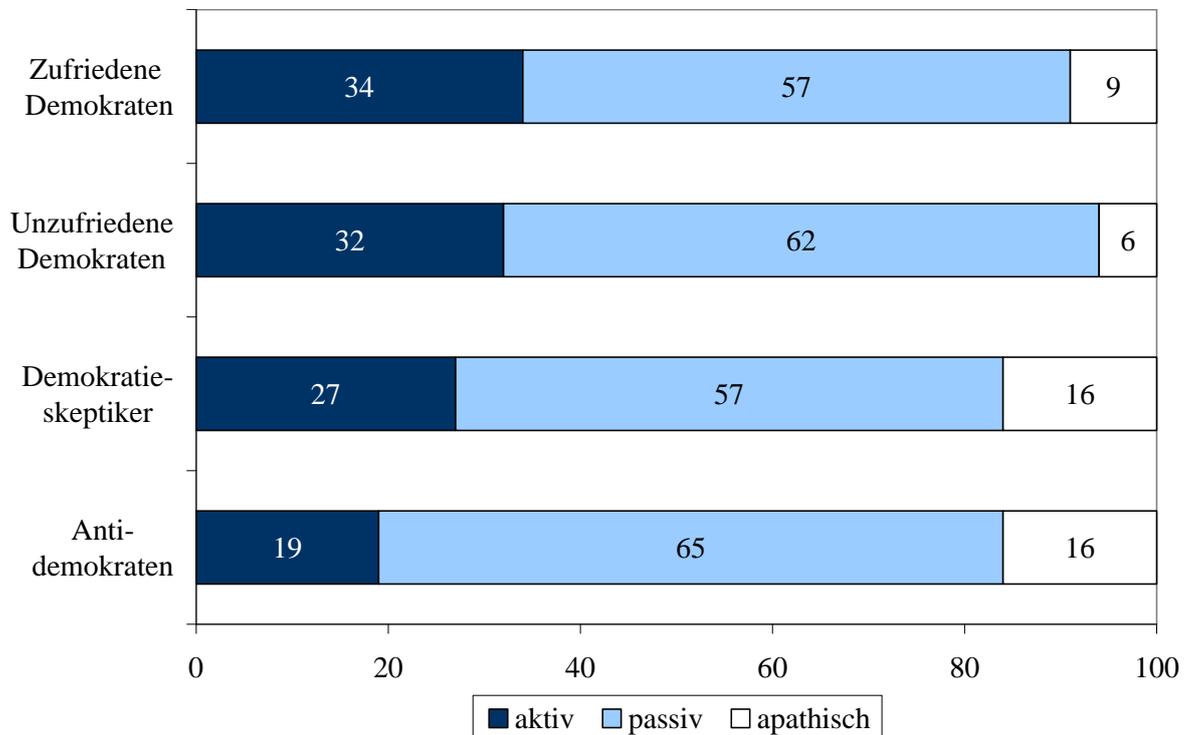
Abb. 33: *Formen politischer Partizipation 2010*
(in Prozent)



Vergleicht man diese Arten politischer Partizipation miteinander (Abb. 33), so wird als erstes deutlich, dass illegales politisches Handeln nur von einer Minderheit, und auch dann lediglich als Option in Erwägung gezogen wird. Weiterhin werden unkonventionelle Formen politischer Partizipation häufiger praktiziert als konventionelle; fast zwei Drittel der Thüringer haben dies bereits getan oder können sich das vorstellen. Und schließlich fällt auf, dass sporadische Formen des Engagements (wie Demonstrationen oder die Kontaktaufnahme mit Politikern) wesentlich attraktiver sind als solche, die eine dauerhafte Mitarbeit verlangen (wie das Engagement in einer Partei oder in einer Bürgerinitiative). Diese Feststellung wird durch einen weiteren Befund bestätigt: 2010 wurde zusätzlich zu den sechs genannten Partizipationsformen nach der Beteiligung an einer sehr niedrigschwelligen Beteiligungsform gefragt, die in der Praxis der direktdemokratischen Verfahren auf Landes- und Kommunalebene an Bedeutung gewinnt: der Teilnahme an einer Unterschriftensammlung. 40 Prozent der Befragten gaben an, sich bereits an einer solchen Aktion beteiligt zu haben, 50 Prozent können sich das für die Zukunft vorstellen – die höchsten Anteile im Vergleich sämtlicher Beteiligungsformen.

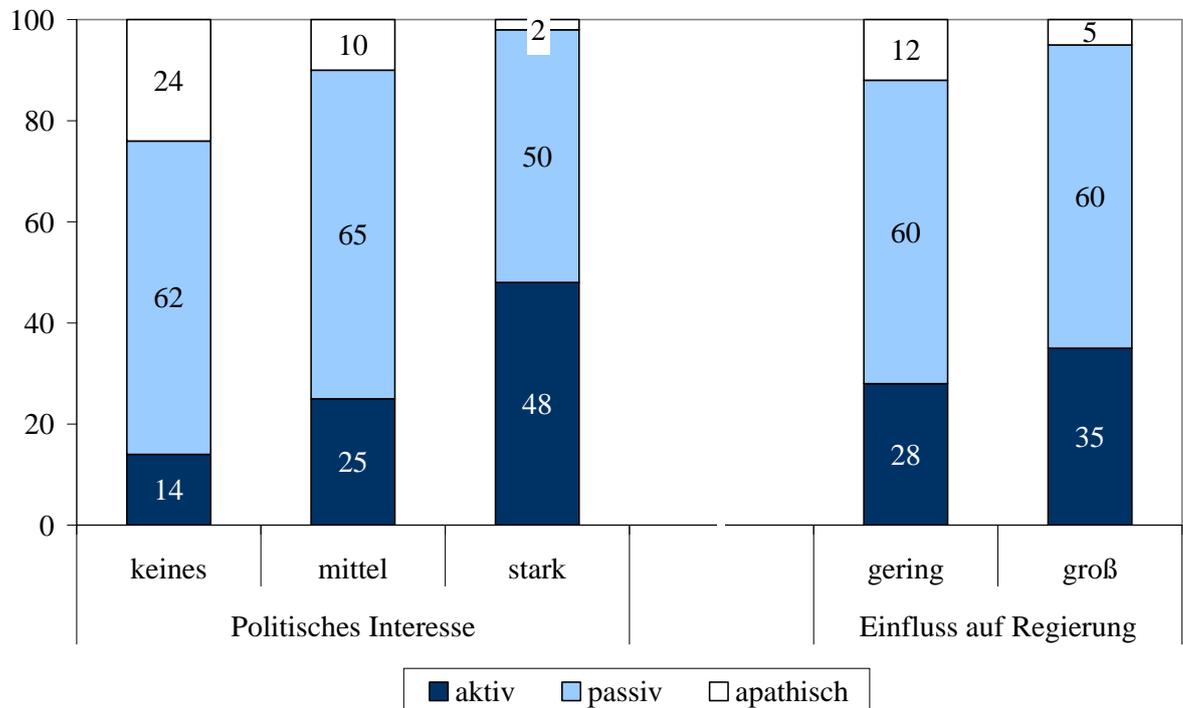
Betrachtet man die in Abbildung 33 aufgeführten legalen (traditionellen und unkonventionellen) Formen der politischen Partizipation im Zusammenhang, so ergibt sich, dass etwa jeder Fünfte sich an einer dieser Aktivitäten und jeder Achte sich an zwei oder mehr beteiligt hat; bislang nicht betätigt haben sich etwa zwei Drittel. Bezieht man neben den „Aktiven“, die bereits mindestens eine Form praktiziert haben (ca. ein Drittel), darüber hinaus die Bereitschaft zu zukünftigem Engagement mit ein, so lassen sich zwei weitere Typen legaler politischer Beteiligung unterscheiden: die „Passiven“, die sich mindestens eine Beteiligungsform für die Zukunft vorstellen können (59 Prozent) und die „Apathischen“, die sich weder in der Vergangenheit politisch betätigt haben, noch derartiges zukünftig tun wollen (10 Prozent).

Abb. 34: *Intensität legaler politischer Partizipation nach Typen demokratiebezogener Einstellungen 2010*
(in Prozent)



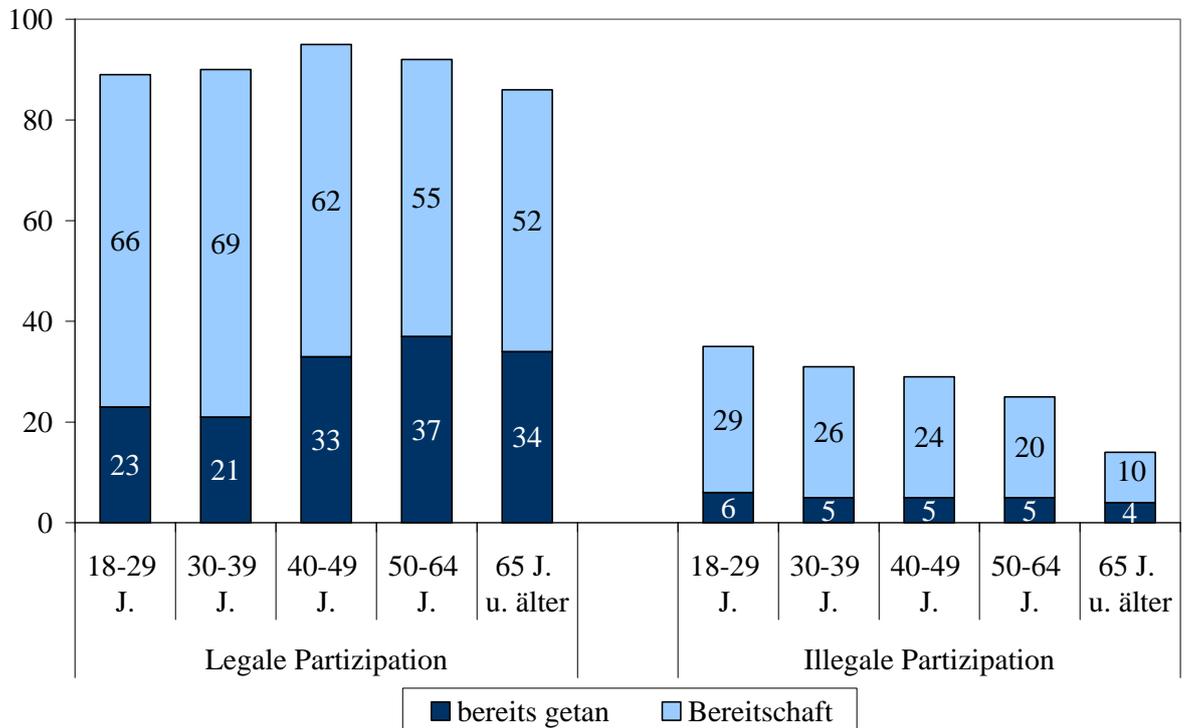
Wie hängen Formen und Intensität politischer Beteiligung mit Einstellungen zur Demokratie zusammen? Fördert Demokratiezufriedenheit politische Partizipation? Geht eine grundsätzlich positive Einstellung zur Demokratie mit höherer politischer Aktivität einher oder sind die Verächter der Demokratie aktiver als ihre Anhänger? Ein Blick auf die legale politische Partizipation (Abb. 34) zeigt zunächst, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie kaum einen Unterschied macht. „Zufriedene Demokraten“ sind ein wenig aktiver als „unzufriedene Demokraten“, haben dafür aber einen leicht höheren Anteil an „Apathischen“. Dagegen erweisen sich diejenigen, die die Demokratie grundsätzlich ablehnen, als deutlich weniger aktiv als deren Anhänger; wobei dies für die „Antidemokraten“, die ausdrücklich eine Diktatur befürworten, in noch einmal stärkerem Maße gilt als für die „Demokratieskeptiker“. So beruhigend es nun sein mag, dass nicht- oder antidemokratische Einstellungen im Bereich der legalen Partizipation nur vergleichsweise selten in entsprechendes Handeln, also in eine antidemokratische Mobilisierung münden, so muss doch ergänzend ein Blick auf die beiden Formen illegaler Partizipation gerichtet werden, da frühere Erhebungen gezeigt haben, dass Distanz zur Demokratie mit höherer Gewaltbereitschaft einhergeht (vgl. beispielhaft TM 2008: 76). Für 2010 bestätigen sich diese Befunde nicht: Wer die Demokratie ablehnt und einer Diktatur das Wort redet, ist weder überdurchschnittlich gewaltbereit noch stärker geneigt, sich an nicht genehmigten Demonstrationen zu beteiligen.

Abb. 35: *Intensität legaler politischer Partizipation nach politischem Interesse und Beeinflussbarkeit von Regierungshandeln 2010*
(in Prozent)



Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Intensität legaler politischer Partizipation und wichtigen Bedingungen politischen Handelns wie dem politischen Interesse oder subjektiver Kompetenz? Wie Abbildung 35 zeigt, hängen politisches Interesse und die Intensität legaler Beteiligung eng zusammen. Unter den politisch Desinteressierten ist nur weniger als jeder Siebte auch politisch aktiv, unter den stark Interessierten sind es fast die Hälfte, also viereinhalb Mal so viele. Der Zusammenhang zwischen subjektiver politischer Kompetenz und der Intensität politischer Beteiligung ist dagegen nur schwach (Abb. 35). Der Eindruck, nur wenig politischen Einfluss ausüben zu können, hält offensichtlich nicht von politischer Aktivität ab. Allerdings muss die Kausalrichtung der aufgezeigten statistischen Zusammenhänge offen bleiben. Anzunehmen ist, dass vornehmlich politisches Interesse und (in geringem Maße) subjektive Kompetenz politische Aktivität ermöglichen und fördern. Dem Sprichwort folgend, wonach der Appetit beim Essen kommt, ist auch das Umgekehrte jedoch nicht auszuschließen. Vermutlich sind beide Kausalrichtungen wirksam, findet ein Prozess wechselseitiger Verstärkung statt.

Abb. 36: *Legale und illegale politische Partizipation nach Alter 2010*
(in Prozent)



Abschließend ist zu fragen, ob die Alterseffekte, die beim Engagement in einer politischen Partei zutage getreten sind, auch generell für die anderen Formen politischer Partizipation gelten. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zwischen legaler und illegaler Partizipation zu unterscheiden (Abb. 36). Bei der legalen Partizipation generell zeigt sich das gleiche Muster wie beim Engagement in einer Partei: Mit steigendem Alter nimmt der Anteil derjenigen zu, die bereits mindestens in einer der vier Formen einmal politisch aktiv geworden sind. Umgekehrt ist die Bereitschaft zu zukünftiger Partizipation in den jüngsten Alterskohorten am größten. Hinsichtlich der Bereitschaft gilt das Gleiche auch für die beiden Formen illegaler Partizipation (Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, Einsatz von Gewalt), auch hier sind die Jüngeren deutlich aufgeschlossener. Wenn überhaupt, so berichten die Jüngeren aber auch etwas häufiger, bereits an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben.

Insgesamt lassen sich die Befunde zur politischen Beteiligung in drei Punkten resümieren: Erstens ist das Niveau der bisher praktizierten legalen politischen Partizipation auf ein knappes Drittel der Thüringer begrenzt; illegale Partizipation bekundet nur eine kleine Minderheit. Zweitens ist nur eine Minderheit von etwa einem Zehntel als politisch apathisch einzustufen; die Mehrheit der Thüringer ist bislang passiv, aber zum politischen Engagement bereit. Dementsprechend sind niedrigschwellige Partizipationsformen vergleichsweise attraktiv. Drittens ist die Bereitschaft zu legalem politischem Engagement (begrenzt auch zu illegalem) in den jüngeren Altersgruppen am größten. Dies betrifft alle Formen der Partizipation einschließlich der Mitarbeit in politischen Parteien.

3. Rechtsextreme Orientierungen und ihre Determinanten

Wenn auch die Thüringer das Agieren der Parteien und das Handeln der parteinahen Institutionen Parlament und Regierung mit Skepsis betrachten (siehe oben Kap. V.1.2), so haben sie doch bislang neben den im Landtag vertretenen Parteien keine attraktive Alternative gesehen. Die Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums hatten jedenfalls keine besondere Anziehungskraft. Bei den Wahlen auf allen Ebenen des politischen Systems 2009 sind sie durchweg hinter ihren eigenen Erwartungen zurückgeblieben: Bei der Kommunalwahl am 7. Juni errang die NPD nur 23 von insgesamt über 10.000 Mandaten, die zu vergeben waren. Und auch dieser kleine Erfolg der NPD wäre ohne die Abschaffung der Fünfprozenthürde für die Kommunalwahl nicht möglich gewesen. Bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl erreichten die Republikaner und die DVU gemeinsam nur 3,0 Prozent.

Als Rückenwind für die Landtagswahl am 30. August taugten diese Ergebnisse aber nicht, denn die NPD verfehlte mit 4,3 Prozent den Einzug in den Thüringer Landtag erneut. Die Republikaner erhielten 0,4 Prozent. Damit ist Thüringen das einzige der ostdeutschen Bundesländer, in dem seit der friedlichen Revolution 1989/90 niemals eine rechtsextreme Partei in den Landtag gewählt wurde. Bei der Bundestagswahl am 27. September blieben die rechtsextremen Parteien noch unter ihrem Landtagsergebnis (NPD 3,2 Prozent, Republikaner 0,4 Prozent). Allerdings gaben bei den Landtagswahlen 2004 gut 35.000 und 2009 knapp 50.000 Thüringer ihre Stimme einer rechtsextremen Partei; bei der Bundestagswahl 2004 waren es sogar knapp 63.000, das bisherige Maximum. Wenngleich ein Teil dieser Wähler sein Kreuz bei rechtsextremen Parteien nicht aus Überzeugung sondern aus Protest machte, so stellt doch der Personenkreis mit rechtsextremen Einstellungen das wichtigste Wählerpotential rechtsextremer Parteien dar. Sein Umfang übertrifft den der Wählerschaft dieser Parteien um ein Vielfaches.

Beim Blick auf die Dimensionen und Statements, mit denen im THÜRINGEN-MONITOR die rechtsextremen Einstellungen untersucht werden, wird deutlich, dass Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus in Thüringen nach wie vor weit verbreitet sind. Das harte und energische Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland wird sogar von mehr als der Hälfte der Befragten unterstützt (Tab. 8). Sozialdarwinistische Äußerungen werden von einem Fünftel bzw. einem Viertel der Bevölkerung befürwortet, die Verharmlosung des Nationalsozialismus, die Unterstützung einer nationalen Diktatur und der Antisemitismus werden von neun bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung vertreten.

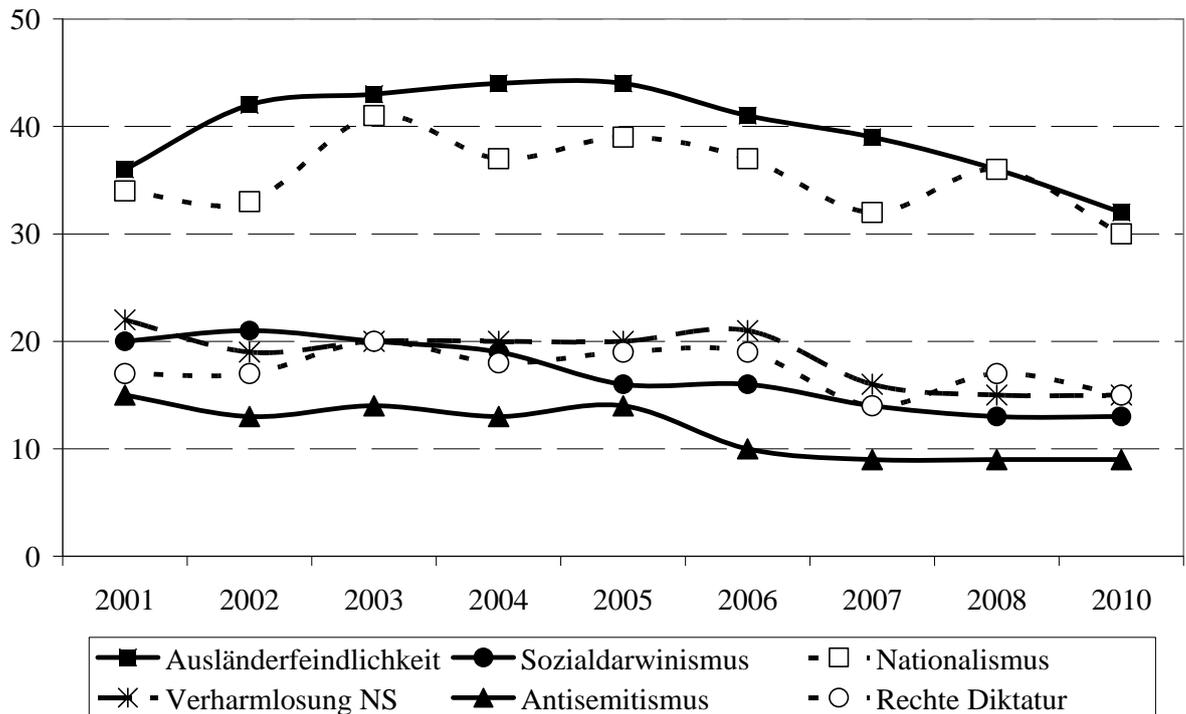
Vergleicht man die Zahlen mit den Erhebungen der Vorjahre, so zeigt sich ein deutlich aufgehelltes Bild. Sämtliche Zustimmungsraten des Jahres 2010 liegen unter dem langjährigen Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2008. Die Tendenz des leichten Rückgangs der rechtsextremen Einstellungen in den letzten Jahren hat sich 2010 fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr sind fast alle Werte leicht zurückgegangen; einzige Ausnahme sind die beiden Statements zum Sozialdarwinismus, bei denen ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist. Bei diesen beiden Fragen wurden im Vorjahr die bisherigen Tiefststände erreicht. Bei den übrigen Fragen liegt die Zustimmungsraten in 2010 (nahe) beim Tiefstpunkt des gesamten Beobachtungszeitraums. Von ihren Höchstständen haben sich die Zustimmungsraten im Schnitt um knapp ein Drittel entfernt, allerdings unterschiedlich stark bei den einzelnen Statements und Dimensionen.

Tab. 8: *Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items 2010 im Vergleich*

Dimensionen und Statements	Zustimmung 2010	Ø Zustimmung (2001- 2008)	Mini- mum Zustim- mung (2001-	Maxi- mum Zustim- mung (2001-
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	47	54	47	60
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	40	51	40	58
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	17	23	17	28
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	28	31	24	35
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	20	23	18	29
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	51	60	51	66
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	31	33	29	38
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	15	19	15	22
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	9	12	9	15
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	15	18	14	20

Die Schwankungen bei den Einstellungen im Beobachtungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS betreffen nicht alle Dimensionen gleichermaßen (Abb. 37). Die Ausländerfeindlichkeit, mit drei Statements stärkste Dimension in der Rechtsextremismus-Skala, hat im Beobachtungszeitraum zunächst deutlich zugenommen, erreichte ihren Höhepunkt Mitte der 2000er Jahre und nimmt seit 2006 kontinuierlich ab.

Abb. 37: *Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus im Zeitverlauf (in Prozent)*

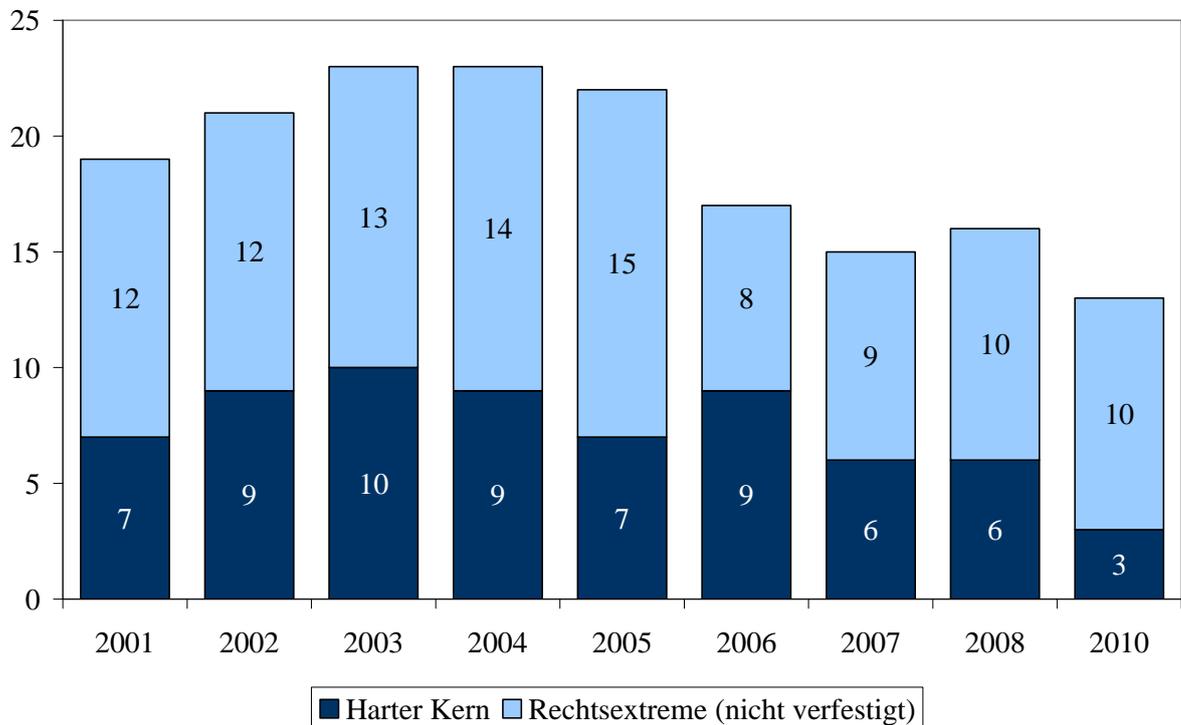


Eine ähnliche Entwicklung ist beim Nationalismus zu verzeichnen. Allerdings ist er starken Schwankungen unterworfen, was sicherlich teils durch die verwendeten „weichen“ Items erklärt werden kann. Der steile Anstieg 2003 könnte nicht zuletzt dem Beginn des Irak-Krieges geschuldet sein, bei dem das Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland in der verweigerten Beteiligung deutscher Soldaten bestand und breite Unterstützung in der Bevölkerung erfuhr. Die Parallelität der Kurven für den Nationalismus und die Befürwortung einer rechten Diktatur zeigt aber, dass auch „echter“ Nationalismus gemessen wurde. Bei den übrigen drei Einstellungsdimensionen ist ein langsamer, aber deutlicher und kontinuierlicher Rückgang seit 2001 zu beobachten, bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus von 22 auf 15 Prozent, beim Sozialdarwinismus von 20 auf 13 Prozent und beim Antisemitismus von 15 auf 9 Prozent. Möglicherweise verschwinden Teile dieses mit dem „Dritten Reich“ verbundenen Gedankenguts mit dem Ableben der Zeitgenossen.

Addiert man die Aussagen zu den zehn Statements zur Rechtsextremismus-Skala²⁷, so zeigt sich ein deutlicher Rückgang des Anteils Rechtsextremer im Vergleich zum Höchststand von 23 Prozent in den Jahren 2003/2004 (Abb. 38). Der Anteil rechtsextrem Eingestellter beträgt aktuell 13 Prozent; bei drei Prozent der Befragten kann von einem festen Überzeugungssystem ausgegangen werden („harter Kern“).

27 Wie in allen Vorjahren wird die Rechtsextremismus-Skala gebildet, indem die starke Ablehnung eines Statements mit 1 vercodet wird, die moderate Ablehnung mit 2, die moderate Zustimmung mit 3 und die starke Zustimmung mit 4. Addiert man diese Werte, so können die Befragten Werte zwischen 10 und 40 auf der Rechtsextremismus-Skala erreichen. Befragte mit Werten über 25 (Skalenmittelpunkt) gelten als rechtsextrem, Befragte mit Werten ab 30 Punkten zählen zum harten Kern.

Abb. 38: *Rechtsextremismus im Zeitverlauf (2001-2010): Harter Kern und Befragte mit nicht verfestigten rechtsextremen Einstellungen*
(in Prozent)



Der Rückgang der Rechtsextremen im Vergleich zum Vorjahr geht auf die Halbierung des harten Kerns zurück. Auch im Vergleich mit den Höchstständen 2003 und 2004 ist vor allem der harte Kern rechtsextrem Eingestellter deutlich geschrumpft. Die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen zeigte im Beobachtungszeitraum zunächst einen Anstieg von 2001 bis 2004 und seither einen fast kontinuierlichen Rückgang.²⁸ Diese Entwicklung gilt gleichermaßen für die Rechtsextremen insgesamt wie für den harten Kern.

Interessanterweise verhält es sich mit den politisch motivierten Straftaten aus dem rechtsextremen Umfeld genau umgekehrt. Der Thüringer Verfassungsschutz registrierte im Jahr 2004 591 „Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Gewalt – Rechts“ (Thüringer Innenministerium 2005: 123). Im Jahr 2001 waren es noch 1.313 Straftaten (2002: 913; 2003: 774) gewesen. Seit 2004 stieg deren Anzahl wieder kontinuierlich an auf mittlerweile 1.213 im Jahr 2009 (Thüringer Innenministerium 2009: 3).²⁹ Das Jahr 2004 ist im Rückblick gleichzeitig der Höhepunkt der rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung und der Tiefpunkt der rechtsextrem motivierten Straftaten. Das verdeutlicht einmal mehr, dass die Einstellungen in der Bevölkerung und das Verhalten der rechtsextremen Szene unterschiedliche, wenig zusammenhängende Dinge sind.

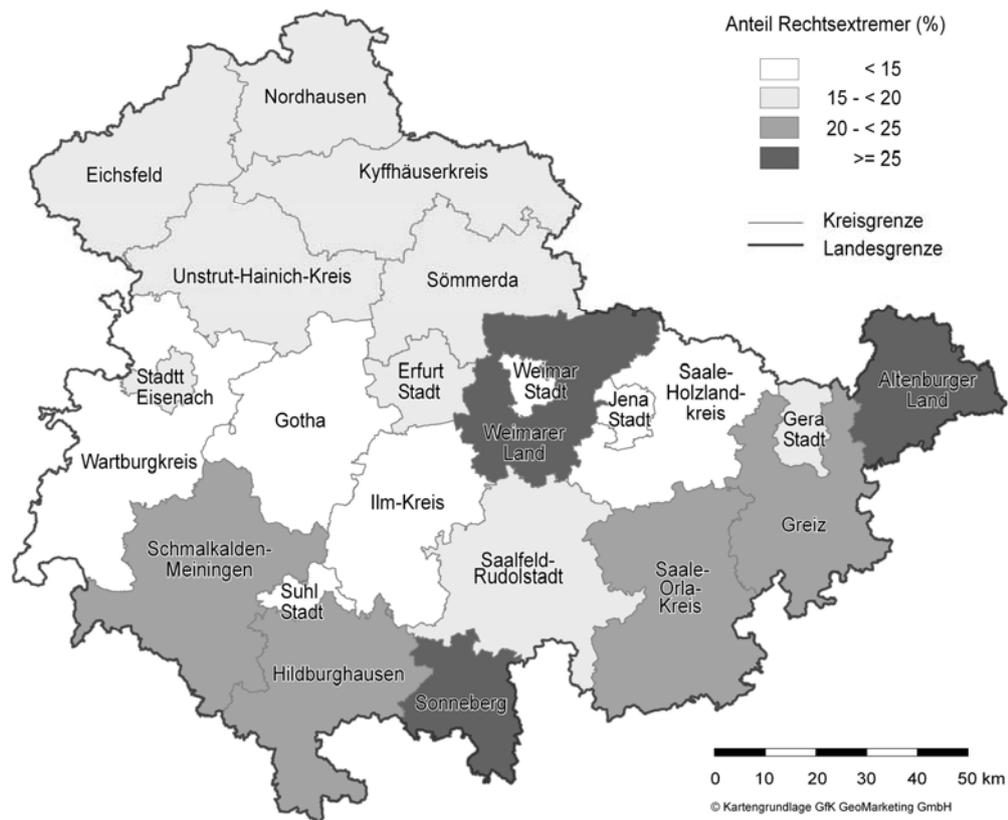
Wenn man die Daten aller THÜRINGEN-MONITORE kombiniert, erlaubt die Fallzahl den Blick auf die regionale Verteilung des Rechtsextremismus innerhalb Thüringens auf der Ebene der

28 Sehr ähnliche Ergebnisse für die Fremdenfeindlichkeit im Zeitverlauf in Gesamtdeutschland liefert eine Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Vgl. Heitmeyer 2010.

29 Der starke Anstieg zwischen 2007 und 2008 von 753 auf 1163 Straftaten ist größtenteils einer Veränderung der statistischen Erfassung geschuldet. Sogenannte Propagandadelikte von Unbekannten werden seither dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet. Vgl. Thüringer Innenministerium 2009, S. 62f.

Kreise.³⁰ Rechtsextremismus scheint regional am ehesten mit dem Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie zusammenzuhängen: Dort wo Thüringen am wenigsten ländlich ist, ist auch der Rechtsextremismus weniger stark (Abb. 39). Das sind die größeren Städte Thüringens, aber auch die Landkreise mit Nähe zur Hauptverkehrsader Autobahn A4. Im Norden Thüringens findet sich nur durchschnittlich fruchtbarer Boden für rechtsextremes Gedankengut, in den Kreisen an den südlichen und östlichen Rändern sind Rechtsextreme überdurchschnittlich häufig vertreten.

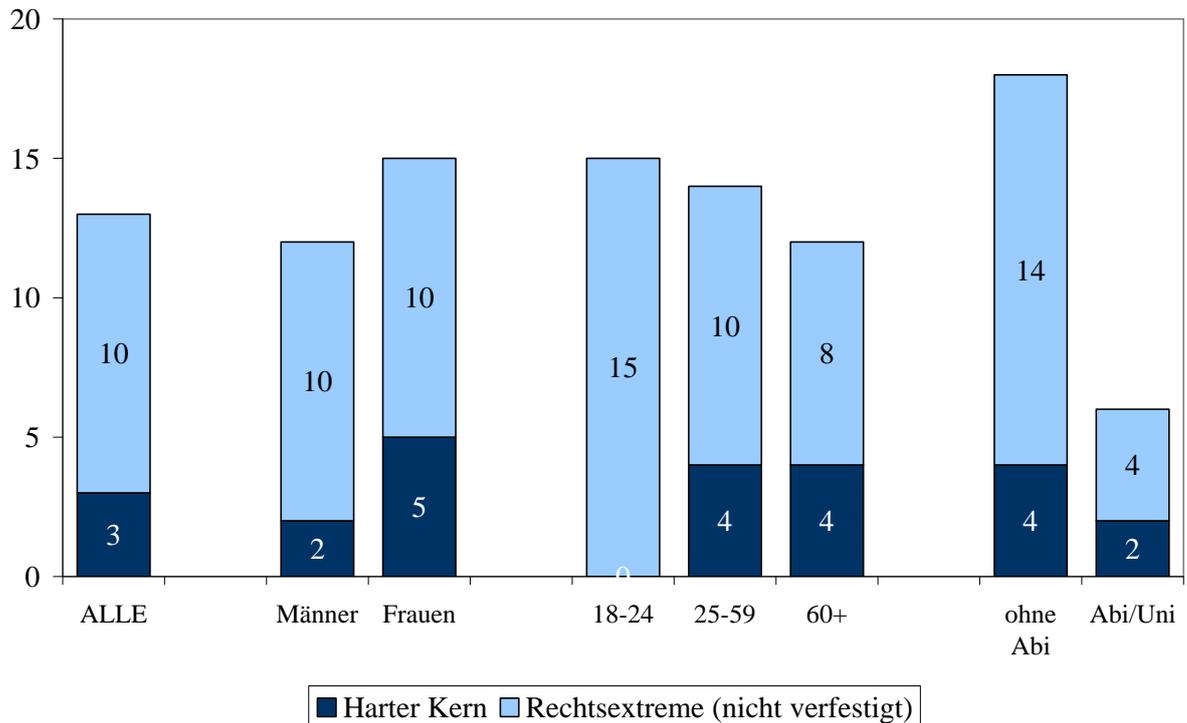
Abb. 39: *Rechtsextremismus in den Thüringer Regionen (in Prozent)*



Die Verteilung in den Thüringer Kreisen korrespondiert mit den wiederkehrenden Ergebnissen, dass der Rechtsextremismus auf dem Land und in den kleinen Städten Thüringens verbreiteter ist als in den größeren Städten. Das trifft außerdem auch für die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien zu (vgl. Patz/Oppelland 2008: 464). Bewegung gibt es 2010 in der sozialstrukturellen Verankerung rechtsextremer Einstellungen: Während sich in den Vorjahren bei den älteren Befragten über 60 Jahre überdurchschnittlich viele Rechtsextreme fanden, ist diese Gruppe in diesem Jahr nicht mehr auffällig. Wie bereits zu Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 neigen Frauen 2010 etwas stärker zu rechtsextremem Gedankengut als Männer (Abb. 40).

30 Angaben zum Landkreis bzw. zur kreisfreien Stadt, in dem bzw. der die Befragten wohnen, stehen für die Jahre 2002, 2005, 2006, 2008 und 2010 zur Verfügung.

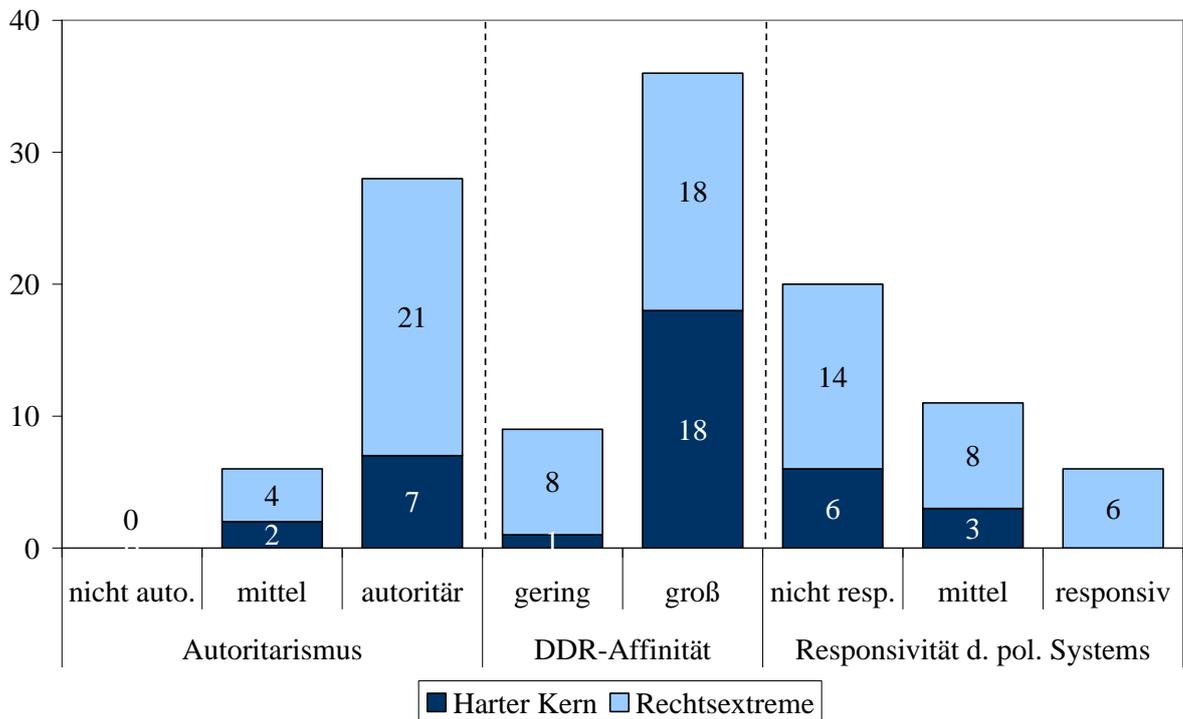
Abb. 40: *Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung*
(in Prozent)



Stabil über die Jahre in Thüringen und auch in allen vergleichbaren Untersuchungen in Deutschland zeigt sich der große Einfluss der Bildung auf rechtsextreme Einstellungen (vgl. etwa Decker/Brähler 2006: 47f.; Rippl 2002). Der Anteil Rechtsextremer ist unter den Befragten ohne bzw. mit maximal mittlerem Bildungsabschluss dreimal so groß wie unter Befragten mit Abitur bzw. Hochschulabschluss. Schließlich ist unter den Befragten, die ihren Arbeitsplatz als gefährdet ansehen, der Anteil Rechtsextremer gut dreimal so hoch wie unter denen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten.

Zur Erklärung der Entstehung von rechtsextremen Einstellungen können die sozialstrukturellen Faktoren wenig beitragen, wenn man von der Bildung absieht. In der Vergangenheit zeigten sich die Persönlichkeit des Befragten sowie seine Einschätzungen des demokratischen politischen Systems und der DDR als wichtige Erklärungsgrößen. Den entscheidenden Einfluss auf die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen hat die Persönlichkeitsstruktur der Befragten (Abb. 41). Bei ausgeprägten autoritären Einstellungen zeigt jeder Vierte auch die Neigung zu rechtsextremen Einstellungen, während die Nicht-Autoritären „immun“ dagegen sind. Autoritarismus geht wiederum häufig mit niedriger Bildung einher. Bildung ist demnach ein wichtiger Schlüssel zu rechtsextremen Einstellungen.

Abb. 41: *Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Affinität und Bewertung der Responsivität des politischen Systems*
(in Prozent)



Hinzu kommen Einschätzungen des demokratischen politischen Systems: Wird es negativ bewertet, bekommen Parteien und Politiker schlechte Noten, hat man den Eindruck, nichts verändern zu können und keinen Einfluss zu haben, dann werden Systemalternativen interessant. Diese Alternative kann eine „nationale Diktatur“ oder auch ein sozialistisches System sein. Bei denselben Personen können beide Systemalternativen zugleich attraktiv sein. So finden sich unter den Befragten mit einer positiven Bewertung der DDR deutlich mehr Rechtsextreme als unter Befragten ohne positive DDR-Bewertung. Von denen, die zur sozialistischen Ordnung zurückkehren möchten, sind knapp 40 Prozent als rechtsextrem einzustufen. Zu diesem Befund passt der Zusammenhang rechtsextremer Positionen mit der Bewertung der deutschen Einheit, die das demokratische System mitgebracht hat: Bei denjenigen, für die die Einheit mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat, ist nur jeder Zehnte rechtsextrem eingestellt im Vergleich zu jedem Vierten bei denen, die für sich mehr Nachteile sehen.

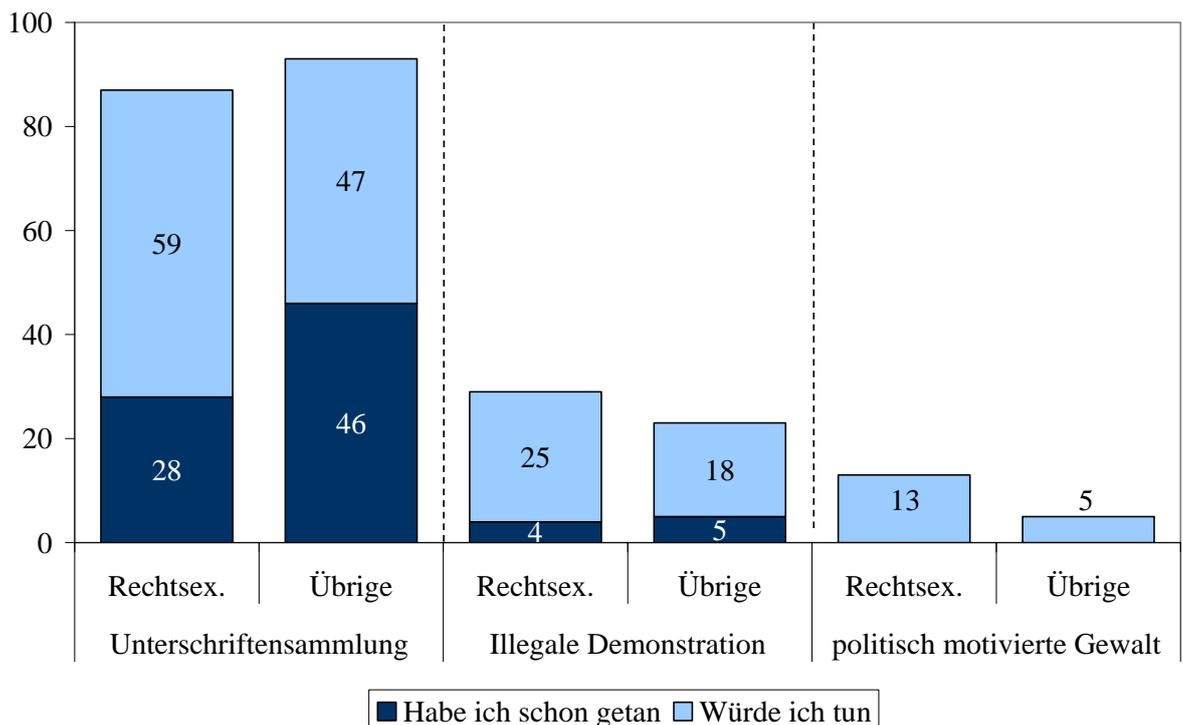
Berücksichtigt man alle genannten Faktoren gleichzeitig in einem statistischen Erklärungsmodell, so erklärt wie in den Vorjahren der Autoritarismus die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen am besten. Schon an zweiter Stelle folgt die Affinität zur DDR bzw. zum sozialistischen System, dicht gefolgt von der Wahrnehmung mangelnder Responsivität des demokratischen Systems. Die Persönlichkeit des Befragten ist somit wichtiger als dessen Einschätzung des politischen Systems und seiner Alternativen. Der Faktor Bildung trägt trotz der Nähe zum Autoritarismus eigenständig zur Erklärung des Rechtsextremismus bei. Den geringsten Anteil der genannten Faktoren hat die Bewertung der wirtschaftlichen Lage bzw. das Benachteiligungsgefühl.³¹

31 In der multiplen Regressionsanalyse erklären die genannten Variablen 49,6 Prozent der Varianz der Rechtsextremismus-Skala (korrigiertes R-Quadrat), was einer sehr hohen Erklärungskraft entspricht.

Neben Veränderungen, Strukturmustern und Erklärungsfaktoren der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist die Frage nach deren Verhaltensrelevanz von besonderem Interesse. Nimmt man zunächst das Wahlverhalten in den Blick, so zeigt sich, dass Einstellungen sich keineswegs eins zu eins in ein ihnen entsprechendes Verhalten umsetzen. Zwar haben Rechtsextreme und unter ihnen insbesondere die, die zum harten Kern gezählt werden müssen, eine weit überdurchschnittliche Affinität zu rechtsextremen Parteien. Aber selbst letztere würden nicht vollzählig die NPD, die DVU oder die Republikaner wählen, sondern ihre Stimmen auch anderen Parteien geben. Insgesamt würde die Mehrheit aller Rechtsextremen eine der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien wählen.

Daneben sticht ein zweiter Befund hervor: Rechtsextreme sind nicht etwa politisch besonders aktiv, sondern im Gegenteil eher lethargisch: Sie geben überdurchschnittlich oft an, sich an vergangenen Wahlen nicht beteiligt zu haben bzw. der Wahlurne fernbleiben zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären. Diese geringe Beteiligung an Wahlen findet ihre Entsprechung auch bei sonstigen Formen der legalen politischen Partizipation (Abb. 42).

Abb. 42: *Rechtsextremismus und Bereitschaft zu legaler und illegaler politischer Partizipation sowie zu politisch motivierter Gewalt*
(in Prozent, Rest zu 100: keine Bereitschaft)



Generell ist die Bereitschaft zu legaler politischer Partizipation in der nicht rechtsextremen Bevölkerung etwa doppelt so groß wie bei den Rechtsextremen, die häufiger jegliche Beteiligung verweigern. Rechtsextreme würden sich seltener an einen Politiker wenden, seltener in einer Bürgerinitiative mitarbeiten oder an einer genehmigten Demonstration teilnehmen. Ein typisches Muster zeigt sich bei der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung: Rechtsextreme haben sich bisher seltener an Unterschriftensammlungen beteiligt und sind dazu auch weniger bereit.

Umgekehrt ist das Verhältnis bei illegaler Partizipation. Rechtsextreme zeigen eine höhere Bereitschaft zur Teilnahme an nicht genehmigten, illegalen Demonstrationen und offenbaren

deutlich häufiger die Neigung, ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Allerdings ist der Anteil der notfalls auch zur Gewaltanwendung Bereiten mit 13 Prozent vergleichsweise niedrig. Damit ist der Zusammenhang von Rechtsextremismus und Gewalt 2010 so schwach wie nie zuvor in einem THÜRINGEN-MONITOR. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2008 gaben 18 Prozent der Rechtsextremen eine Bereitschaft zur politisch motivierten Gewalt an, im Jahr 2008 waren es 21 Prozent.

Nimmt man diese Befunde zusammen, so scheint ein größerer Teil der Rechtsextremen noch an demokratischen und gewaltlosen Formen der Partizipation interessiert und mit demokratischen Mitteln erreichbar zu sein. Die Entwicklung seit 2004 gibt Anlass zu der Hoffnung, dass das demokratische Fundament an Stabilität gewinnt. Denn zumindest die Einstellungen, die der Bedrohung des demokratischen Systems von rechtsaußen Vorschub leisten, sind auf dem Rückzug.

VI. Fazit

Das Menschheitsthema des Verhältnisses zwischen den Generationen – schon Sokrates klagte über die Jugend, die keinen Respekt vor älteren Menschen habe – hat in jüngerer Zeit eine Dramatisierung erfahren. Vom „Aufstand der Jungen“ gegen eine „Diktatur der Senioren“ ist die Rede, von einem „Krieg der Generationen“. Hintergrund ist ein demografischer Wandel, der tief greifende soziale und kulturelle Veränderungen nach sich zieht und insbesondere die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Infrastruktureinrichtungen vor neue Herausforderungen stellt.

In Thüringen wie in den übrigen ostdeutschen Bundesländern waren die demografischen Umbrüche im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesse in den zwei Jahrzehnten nach der deutschen Vereinigung besonders einschneidend. Der beispiellose Rückgang der Geburtenzahl, die massive Abwanderung und der seit Ende der 1990er Jahre negative Wanderungssaldo in Thüringen haben einerseits zu einem Bevölkerungsrückgang, andererseits zu einem tief greifenden Wandel der Bevölkerungsstruktur geführt. Zugleich haben sich die Lebensformen im Freistaat seit dem Fall der Mauer erheblich verändert: Der Anteil der Alleinlebenden hat sich seit 1991 kontinuierlich erhöht; die Zahl der Haushalte mit vier und mehr Personen nahm ebenso kontinuierlich ab. Zugleich ist im Zuge wachsender Mobilität die multilokale Familie für viele Thüringer und Thüringerinnen zur Alltagsrealität geworden. Unter den veränderten Verhältnissen wird der „Bund fürs Leben“ immer später geschlossen und auch das Lebensalter der Eltern bei der Geburt des ersten Kindes hat sich seit der deutschen Vereinigung kontinuierlich erhöht.

Mit dem demografischen Wandel, der Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der Pluralisierung der Familien- und Lebensformen haben sich die strukturellen Rahmenbedingungen für die Beziehungen und das Verhältnis der Generationen binnen zwei Jahrzehnten nachhaltig verändert. Jüngere wie Ältere sehen sich damit neuen Herausforderungen ausgesetzt und mit einem erhöhten Gestaltungsbedarf konfrontiert. Wie gehen die Thüringer 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung mit diesen Herausforderungen um? Wie eng sind die Beziehungen zwischen den Generationen? Haben sie den Charakter von Konflikten angenommen? Sucht man Antworten auf diese Fragen, so ist – wie bereits im Titel des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS – zwischen den Generationenbeziehungen, also den Interaktionen innerhalb des Sozialsystems Familie, und dem Verhältnis der Generationen in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens zu unterscheiden.

Für die Generationenbeziehungen ist eine (weiterhin) starke Solidarität zwischen den Generationen in den Thüringer Familien zu konstatieren. Die emotionale Verbundenheit ist hoch und der Kontakt eng – und dies auch nachdem die erwachsenen Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben. Die Solidarität drückt sich neben häufigen Telefonaten – und je nach räumlicher Distanz – regem Besuchskontakt nicht zuletzt in einem hohen Maß an finanziellen und immateriellen Unterstützungsleistungen zwischen den Generationen aus. Diese schließen für die Hilfeleistenden so belastende Formen wie die Pflege von Familienangehörigen ein. Immerhin mehr als ein Drittel der Befragten hat zum Zeitpunkt der Befragung oder zuvor einen Angehörigen gepflegt; eine breite Mehrheit erklärte sich perspektivisch dazu bereit. Hervorzuheben ist, dass emotionale Bindung, Kontakte und Hilfeleistungen auch nicht benachbarte Generationen, also Enkel und Großeltern, abgeschwächt auch andere Angehörige einschließen.

Selbst wenn in Rechnung zu stellen ist, dass das Antwortverhalten auch durch Effekte der sozialen Erwünschtheit bestimmt ist, hat die Familie ihre hervorgehobene Stellung als sozialer Ort der generationenübergreifenden Beziehungen nicht eingebüßt, sondern erfüllt weiterhin zentrale Aufgaben wie die Sozialisation und die gesellschaftliche Integration. Trotz der Pluralisierung der Lebens- und Wohnformen und ungeachtet der Ausgliederung einer Vielzahl von Funktionen aus der Familie (Bildung, Alterssicherung etc.), ist sie Quelle vielfältiger Solidaritätsleistungen. Dabei sind bestimmte Hilfeleistungen, wie etwa die finanzielle Unterstützung der Kinder bzw. Enkel durch die (Groß-) Eltern, durch die sozialen Sicherungssysteme zuerst ermöglicht worden. Trotz der Akzeptanz von Reziprozitätsnormen konnten deutliche Hinweise auf eine leichte Asymmetrie in der Beziehung zwischen Eltern und Kindern gefunden werden: Eltern sind ihren Kindern emotional stärker verbunden als umgekehrt – und sie leisten auch in fortgeschrittenem Lebensalter im Schnitt mehr Unterstützungsleistungen als sie erhalten.

Anders als innerhalb der Familien lassen sich im Verhältnis der Generationen durchaus Anhaltspunkte für eine Distanznahme finden. Dies gilt zumindest für die Freizeit, die insbesondere die Jüngeren bevorzugt (nur) mit Gleichaltrigen verbringen. Auch in Vereinen und Verbänden ist der intergenerationale Kontakt eher begrenzt. Intergenerationale Kontakt werden sehr stark im familiären Bereich, aber auch im Freundeskreis erlebt, während sie im öffentlichen Raum eher sporadisch eingegangen werden. Dies mag erklären, weshalb die Einstellungen zu den innerfamiliären Generationenbeziehungen in kaum einem Zusammenhang mit den Wahrnehmungen des Generationenverhältnisses stehen. Auf die allgemeine Frage hin nach dem Verhältnis von Jung und Alt in Deutschland sind die Thüringer eher gespalten: die Älteren schätzen sie dabei positiver ein als die Jüngeren.

Diese Einschätzung lässt sich als Hinweis auf die unterschiedlichen Interessenlagen der wohlfahrtsstaatlichen Generationen im Zuge der Reform der sozialen Sicherungssysteme verstehen. Die über alle Generationen hinweg geteilte Meinung, dass die Jüngeren in Zukunft nicht mehr bereit sein werden, die finanziellen Lasten zu tragen, wäre demnach ein Warnsignal, dass sich am Horizont die Aufkündigung des „Generationenvertrags“ andeutet. Faktisch wird diese Lesart durch die Einstellungen der Befragten zu sozialpolitischen Reformen und speziell zur Rentenpolitik jedoch nicht gestützt. Die Policy-Präferenzen der Generationen reflektieren überwiegend nicht die Interessen, die auf Grund ihrer Stellung im bundesdeutschen Wohlfahrtsregime zu erwarten wären. Vielmehr überwiegen zwischen der jüngeren und der älteren Generation die gemeinsamen Positionen zur Renten- und auch Familienpolitik. Es zeigen sich auch keine substanziellen Repräsentationsdefizite, die altersspezifisch wären. Das Verhältnis von Jung und Alt empfinden die Beteiligten offensichtlich gerade nicht als jenes Nullsummenspiel, als das es in den Medien wiederholt dargestellt wird. Von einem „Krieg der Generationen“ kann daher mitnichten die Rede sein und massive intergenerationale Konfrontationen sind auch für die nähere Zukunft nicht zu erwarten (so auch Blome/Keck/Alber 2008: 363).

Angesichts dessen, dass die Thüringer kaum Konflikte und Trennendes zwischen den Generationen wahrnehmen, überrascht ihr ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Generation, das sich über alle Altersgruppen hinweg zeigt. Es verbindet sich mit einer Abgrenzung gegenüber früheren und nachfolgenden Generationen, vor allem aber gegenüber den Altersgleichen in Westdeutschland. Im Vergleich zu diesen meinen die meisten Thüringer, es schwerer gehabt zu haben. Erkennbare Konsequenzen hat diese Form der Generationenidentität jedoch allein bei den allgemeinen Wertorientierungen und den präferierten Erziehungszielen, die bei den Jüngeren deutlich in Richtung von Selbstentfaltungswerten verschoben sind. Weiter gehende Gemeinsamkeiten in den Orientierungen und Verhaltensdispositionen, wie sie für die Generationeneinheit im Sinne Mannheims

konstitutiv wären, werden jedoch durch die Generationenzugehörigkeit offenkundig nicht begründet. Ebenso wenig führt die Zugehörigkeit zu einer wohlfahrtsstaatlichen Generation zu übereinstimmenden Präferenzen in sozialpolitischen Fragen. Damit aber verlieren etwaige generationenbezogene Konfliktlagen ihre Brisanz.

Schließlich ergibt sich aus diesen Befunden zugleich, dass aktuell in Thüringen keine „politische Generation“ auszumachen ist. Für die vermeintliche „89er-Generation“ hat das Leben im vereinten Deutschland viel zu unterschiedliche Optionen bereit gehalten, als dass sich über ein vages Bekenntnis zur eigenen Generation hinaus Prägungen hätten herausbilden können, die zu einer Generationeneinheit führen. Für die politischen Einstellungen gilt, dass sie zwar verschiedentlich nach dem Alter und der Generationenzugehörigkeit variieren (z.B. das politische Interesse und die Partizipation), aber in mindestens gleichem Maße durch andere Faktoren bestimmt sind, beispielsweise durch die sozioökonomische Lage oder Deprivationserfahrungen. Genau dies entspricht auch den Wahrnehmungen der Befragten, die zwar von einer prägenden Wirkung der Generationenzugehörigkeit ausgehen, die soziale Herkunft jedoch als wichtiger einstufen.

Wie aber halten es die Thüringer jedweden Alters mit der Demokratie? Im 20. Jahr nach der Wiedervereinigung stellt sich konkret die Frage, inwieweit die damals etablierten demokratischen Institutionen und demokratischen Verfahren in Thüringen Wurzeln geschlagen haben. Rückblickend können eine Reihe positiver Feststellungen getroffen werden. Die Demokratie findet in Thüringen breite Akzeptanz. Vier von fünf Thüringern bejahen die Demokratie als Wertordnung und Verfassungskonzept. Ein harter Kern konsequenter Antidemokraten, die die Demokratie grundsätzlich ablehnen und stattdessen eine Diktatur wünschen, macht nur eine kleine Minderheit aus, 2010 sind es sechs Prozent. Von großer Bedeutung ist, dass der Grad der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis (2010: 46 Prozent), der deutlich geringer ist als die Zustimmung zur Demokratie als Idee und der von Jahr zu Jahr je nach politischer und wirtschaftlicher Lage schwankt, die grundsätzliche Bejahung der Demokratie nicht beeinträchtigt. Letztere war im vergangenen Jahrzehnt sehr stabil.

Positiv zu veranschlagen ist auch das Niveau des politischen Interesses, das 2010 den bislang höchsten Wert im Untersuchungszeitraum erreicht hat: Knapp die Hälfte der Thüringer bekunden starkes oder sehr starkes Interesse für Politik, gut ein Drittel mittleres Interesse und nur knapp ein Fünftel wenig oder keines. Auf eher bescheidenem Niveau stagniert dagegen die politische Beteiligung. Ein knappes Drittel der Thüringer hat sich bislang an traditionellen Formen politischer Aktivität (Mitarbeit in einer Partei, Kontaktaufnahme zu Abgeordneten) oder weniger konventionellen Partizipationsformen (Demonstrationen, Bürgerinitiativen) beteiligt. Da sich allerdings die große Mehrheit für die Zukunft eine politische Beteiligung vorstellen kann, ist nur eine Minderheit von etwa einem Zehntel den politisch Apathischen zuzurechnen.

Eine erfreuliche Entwicklung zeichnet sich ab in einem Bereich, dem der THÜRINGEN-MONITOR seit jeher besondere Aufmerksamkeit widmet: dem Rechtsextremismus. Einerseits konnten die rechtsextremen Parteien bei den Wahlen des Jahres 2009 keine durchschlagenden Erfolge erzielen. Bei der Kommunalwahl erreichte die NPD trotz Abschaffung der Fünfprozentklausel nur 23 von insgesamt über 10.000 Mandaten, bei der Landtagswahl verfehlte sie mit 4,3 Prozent der Landesstimmen erneut den Einzug in den Landtag. Damit bleibt Thüringen das einzige der ostdeutschen Länder, in dem seit der friedlichen Revolution niemals eine rechtsextreme Partei in den Landtag gewählt wurde. Rückläufig ist andererseits die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen. Einem seit 2004 erkennbaren Trend folgend ging 2010 der Anteil rechtsextrem Eingestellter auf 13 Prozent (2008: 16 Pro-

zent) zurück, der harte Kern von Personen mit konsistenten rechtsextremen Einstellungen hat sich von sechs auf drei Prozent halbiert. Der Rückgang seit Mitte des Jahrzehnts gilt für alle Einzeldimensionen des Rechtsextremismus. Eine „Entwarnung“ ist jedoch schon allein deshalb nicht angezeigt, weil etwa ausländergefeindliche Einstellungen nach wie vor bei gut einem Viertel der Thüringer anzutreffen sind.

Gegenüber diesen insgesamt positiven Entwicklungslinien der Konsolidierung der Demokratie in Thüringen ist auf einige Problemfelder hinzuweisen. Eine erste Schwachstelle demokratischer politischer Kultur zeigt sich bei der Entwicklung des Institutionenvertrauens. Denn die 1990 etablierten Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates haben seither nicht in gleichem Maße das Vertrauen der Bürger gewinnen können. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich hier eine Schere geöffnet. Das Vertrauen einer Mehrheit der Bevölkerung gewinnen konnten die der Politik ferneren ausführenden und rechtsstaatlichen Institutionen wie Gericht, Polizei, Bildungseinrichtungen und Behörden; dagegen blieb das Vertrauen, das dem Landtag, der Landesregierung und vor allem den Parteien (trotz verbreiteter Bindung an einzelne Parteien) entgegengebracht wird, auf eine Minderheit beschränkt. Hier werden Spuren eines obrigkeitstaatlich geprägten Demokratieverständnisses sichtbar, das die staatlichen Institutionen vornehmlich an den von ihnen erbrachten Leistungen misst, der Vertretung von Interessen misstraut und die Austragung von Konflikten scheut (vgl. bereits die Befunde des TM 2003: 40-50). Vielen scheint der pluralistische Parteienstaat im Grund fremd geblieben zu sein.

Wer der Vertretung von Interessen misstraut und die Austragung von Konflikten scheut, der hat wenig Grund, die Mühe politischer Aktivität auf sich zu nehmen. In Defiziten der politischen Beteiligung liegt daher die zweite Schwachstelle demokratischer politischer Kultur in Thüringen. Hier sind zwei Befunde des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS einschlägig. Zum ersten die Wahlbeteiligung des Wahljahrs 2009, in dem bei der Wahl zum Bundestag mit 65 Prozent und bei der Wahl zum Europäischen Parlament mit 53 Prozent Tiefpunkte erreicht wurden. Die Beteiligung an der Landtagswahl lag mit 56 Prozent nur wenig über dem bisherigen Tiefpunkt von 2004. Nun zeigt eine nähere Analyse, dass es gute Gründe für die Annahme gibt, nicht allein die Entscheidung für Parteien und Kandidaten werde bewusst getroffen, sondern auch die Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder nicht – je nach der Attraktivität der Alternativen, die der Stimmzettel jeweils bietet. Aber selbst wenn diese Annahme zutrifft, so gilt sie nur für einen Teil der Nichtwähler und es bleibt das Faktum, dass zwischen einem Drittel und der Hälfte der Wahlberechtigten die wichtigsten, den Bürgern rechtlich garantierten (und wenig aufwendigen) Gelegenheiten zur Mitentscheidung nicht in Anspruch nehmen.

Der zweite einschlägige Befund betrifft die Landtagswahl von 2009: Nur einer von fünf Thüringern vermag in der Befragung des THÜRINGEN-MONITORS das Ergebnis wiederzugeben und diejenigen Parteien zu nennen, die im Thüringer Landtag vertreten sind. Wenn wenige Monate nach der Landtagswahl, der wichtigsten landespolitischen Weichenstellung, nach einem Jahr dramatischer Entwicklungen und entsprechender Medienaufmerksamkeit, elementare Fakten wie die, ob eine bestimmte Partei im Landtag vertreten ist oder nicht, selbst deren Anhängern nicht bekannt sind, dann bedeutet das: 20 Jahre nach der Installierung demokratischer Institutionen ist ihre Existenz für viele so selbstverständlich geworden, dass ihnen keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. In dieses Bild beschaulicher Selbstgenügsamkeit passt der Befund, dass die Thüringer zu großen Teilen der Meinung zuneigen, Thüringen sei von der globalen Wirtschaftskrise kaum betroffen. Der Freistaat scheint noch einmal davongekommen und der Seelenfrieden gerettet zu sein.

Im Jahr 2010 steckt die Konsolidierung der Demokratie in Thüringen also in „den Mühen der Ebene“ (B. Brecht). Es zeigt sich, wie schwer es im politischen Alltag fällt, ein Interesse an politischer Beteiligung zu entwickeln, das Vertrauen zu fassen, damit etwas erreichen zu können, und die Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, um die eigenen Angelegenheiten voranzubringen. Der THÜRINGEN-MONITOR kann einige Ansatzpunkte aufzeigen, die Schaffung solcher Voraussetzungen einer aktiven Bürgerrolle zu fördern. Erstens ist hervorzuheben, dass die Aufgeschlossenheit für Politik beträchtlich ist. Das zeigt sich nicht zuletzt an der breit bekundeten Bereitschaft zu politischem Engagement. Dies gilt in erster Linie für niedrigschwellige Angebote; aber selbst bei Aktivitäten, die dauerhaftes Engagement erfordern, wie die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einer Partei, ist ein großes unausgeschöpftes Potenzial vorhanden. Zweitens ist die jüngste Altersgruppe für politisches Engagement am aufgeschlossensten. Und da das Niveau der genossenen Bildung derjenige Faktor ist, der den engsten Zusammenhang mit politischem Engagement und Interesse aufweist, liegt es auf der Hand, hier eine vorrangige Aufgabe der politischen Bildung in den Schulen zu sehen.

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, allein dem Bildungssystem die Verantwortung für die Vermittlung der Welt der Politik zu übertragen. Denn auch in diesem Jahr hat sich der Befund bestätigt, dass nicht allein das Niveau der Bildungsabschlüsse für politisches Interesse und Engagement von Bedeutung ist, sondern auch das Maß, in dem Politik in den jeweiligen Elternhäusern ein wichtiges Thema war. Vieles spricht deshalb dafür, das immense „soziale Kapital“, das im Schwerpunktteil des vorliegenden THÜRINGEN-MONITORS in den Thüringer Familien sichtbar wurde, auch für die politische Bildung zu nutzen und die Familien für diese Aufgabe zu stärken. Wie der Herbst des Jahres 1989 zeigte, kam der Ruf nach Demokratie weniger aus den Schulen als aus der privaten Sphäre.

Literatur

- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*, Reading.
- Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- Abländer, Michael S. / Suchanek, Andreas / Ulshöfer, Gotlind (Hrsg.) (2009): *Generationengerechtigkeit als Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft*, München.
- Bengtson, Vern L. / Roberts, Robert E.L. (1991): *Intergenerational Solidarity in Aging Families. An Example of Formal Theory Construction*, in: *Journal of Marriage and the Family* 53, S. 856-870.
- Bertram, Hans (2000): *Die verborgenen familiären Beziehungen in Deutschland: Die multi-lokale Mehrgenerationenfamilie*, in: Kohli, Martin / Szydlik, Marc (Hrsg.) (2000): *Generationen in Familie und Gesellschaft*, Opladen, S. 97-121.
- Blome, Agnes / Keck, Wolfgang / Alba, Jens (2008): *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich*, Wiesbaden.
- Borchers, A. (1997): *Die Sandwich-Generation. Ihre zeitlichen und finanziellen Leistungen und Belastungen*, Frankfurt a.M.
- Bräuninger, Bettina / Lange, Andreas / Lüscher, Kurt (1998): *„Altenlast“ und „Krieg zwischen den Generationen“? Generationenbeziehungen in aktuellen Sachbuchtexten*, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 23, S. 3-17.
- Brandt, Martina (2009): *Hilfe zwischen Generationen: Ein europäischer Vergleich*, Wiesbaden.
- Coupland, D. (1998): *Generation X. Tales for an Accelerated Culture*, London.
- Decker, Frank (2007): *Parteiendemokratie im Wandel*, in: ders. / Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden, S. 19-61.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2007): *Altersstudie Thüringen. Einstellungen und Erwartungen älterer Menschen*, Jena.
- Filipp, Sigrun-Heide / Mayer, Anne-Kathrin (2007): *Beziehungen zwischen den Generationen – Mythen im Spiegel der psychologischen Forschung*, in: von der Leyen, Ursula (Hrsg.): *Füreinander da sein, miteinander handeln: Warum die Generationen sich gegenseitig brauchen*, Freiburg, S. 43-68.
- Fuchs, Dieter (2002): *Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht*, in: ders. / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Bürger und Demokratie. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess (Festschrift für Hans-Dieter Klingemann)*, Wiesbaden, S. 27-49.

- Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (2004): Die Einstellung zur Demokratie in Deutschland, in: Breit, Gotthart (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Eine Einführung, 2. Aufl., Schwalbach i.T., S. 30-37.
- Gabriel, Oscar W. (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Gensicke, Thomas (1996): Modernisierung, Wertewandel und Mentalitätsentwicklung in der DDR. In: Bertram, Hans / Hradil, Stefan / Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen, S. 101-140.
- Gronemeyer, Reimer (2004): Kampf der Generationen, München.
- Gründinger, Wolfgang (2009): Aufstand der Jungen. Wie wir den Krieg der Generationen vermeiden können, München.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin.
- Höpflinger, François (2008): Einführung: Konzepte, Definitionen und Theorien, in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, François / Suter, Christian (Hrsg.): Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz, Zürich, S. 19-44.
- Hollstein, Bettina / Bria, Gina (1998): Reziprozität in Eltern-Kind-Beziehungen? Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz, in: Berliner Journal für Soziologie 8, S. 7-22.
- Hradil, Stefan (2002): Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen, in: Glatzer, Wolfgang / Habich, Roland / Mayer, Karl U. (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung (= FS Wolfgang Zapf), Opladen, S. 31-48.
- Infratest dimap (2007): Kleiner Generationensurvey Nordrhein-Westfalen, Berlin.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton.
- Institut für Demoskopie (2009): Generationen-Barometer 09. Pressemappe zur Pressekonferenz Generationen-Barometer 09, o.O. [Berlin].
- Klages, Helmut / Gensicke, Thomas (2006): Wertesynthese – funktional oder dysfunktional?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58, S. 332-351.
- Klein, Markus (1995): Wieviel Platz bleibt im Prokrustesbett? Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1973 und 1992 gemessen anhand des Inglehart-Index. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47, S. 207-230.
- Korte, Karl-Rudolf (2003): Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 4., überarb. u. aktual. Aufl., Bonn.
- Künemund, Harald / Szydlik, Marc (Hrsg.) (2009): Generationen. Multidisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden.
- Leisering, Lutz (2000): Wohlfahrtsstaatliche Generationen, in: Kohli, Martin / Szydlik, Marc (Hrsg.): Generationen in Familie und Gesellschaft, Opladen, S. 59-76.
- Lettke, Frank / Lüscher, Kurt (2002): Generationenambivalenz – ein Beitrag zum Verständnis von Familie heute, in: Soziale Welt 53, S. 437-465.

- Liebig, Stefan / Scheller, Percy (2007): Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Ein analytischer Orientierungsrahmen und einige empirische Befunde, in: Berliner Journal für Soziologie 17, S. 301-321.
- Lösche, Peter (2009): Ende der Volksparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51, S. 6-12.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Eine Einführung, Konstanz.
- Mannheim, Karl (1928): Das Problem der Generationen. In: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7, S. 157-185 und 309-330.
- Meulemann, Heiner (1996): Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim/ München.
- Niedermayer, Oskar (2009): Parteimitgliedschaften im Jahr 2008, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40, S. 370-382.
- Patz, Janine / Oppelland, Torsten (2008): Rechtsextreme Parteien: NPD, DVU und „Republikaner“, in: Schmitt, Karl / Oppelland, Torsten: Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf, S. 433-469.
- Patzelt, Werner J. (2004): Die Deutschen und ihre politischen Missverständnisse, in: Breit, Gotthart (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Eine Einführung, 2. Aufl., Schwalbach i.T., S. 89-116.
- Rippl, Susanne (2002): Bildung und Fremdenfeindlichkeit. Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, S. 135-146.
- Schmitt, Karl / Oppelland, Torsten (2008): Gelungene Konsolidierung? Parteien und Parteiensystem in Thüringen 1990-2007, in: dies. (Hrsg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf, S. 471-493.
- Stolz, Matthias (2005): Generation Praktikum, in: DIE ZEIT 14 vom 31.3.2005.
- Szydlik, Marc (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern, Opladen.
- Thüringer Innenministerium (Hrsg.) (2005): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2004, Erfurt.
- Thüringer Innenministerium (Hrsg.) (2009): Pressemappe Politisch motivierte Kriminalität im Freistaat Thüringen 2009, Erfurt.
- Tremmel, Jörg (2009): Welche Prinzipien der Generationengerechtigkeit würden Vertreter aller Generationen unter dem Rawls'schen Schleier der Unwissenheit festlegen?, in: Zeitschrift für philosophische Forschung 63, S. 201-234.
- van Deth, Jan W. (2001): Wertewandel im internationalen Vergleich. Ein deutscher Sonderweg?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29, S. 23-30.

Westle, Bettina / Niedermayer, Oskar (2009): Orientierungen gegenüber der Demokratie, in: Kühnel, Steffen / Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden, S. 11-29.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als Dicke, Klaus u. a. [2001]: Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt).

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft, Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/> abrufbar.

Anhang

Tabellarische Übersichten

- A 1 Leben in Thüringen: Ältere Menschen
- A 2 Leben in Thüringen: Jüngere Menschen
- A 3 Leben in Thüringen: Familien mit Kindern
- A 4 Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen
- A 5 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern
- A 6 Thüringen von weltweiter Wirtschaftskrise besonders stark betroffen
- A 7 Identifikation
- A 8 Wirtschaftliche Lage Thüringens
- A 9 Eigene finanzielle Situation
- A 10 Gerechter Anteil
- A 11 Wertorientierungen
- A 12 Räumliche Nähe zu Kindern
- A 13 Treffen mit Kindern
- A 14 Treffen mit Angehörigen, die nicht im Haushalt leben
- A 15 Telefonischer Kontakt mit Kindern
- A 16 Telefonischer Kontakt mit Angehörigen
- A 17 Pflege von Angehörigen
- A 18 Unterstützung der Kinder
- A 19 Unterstützung der Eltern
- A 20 Unterstützung der Enkel
- A 21 Partner teilen sich Aufgaben der Kindererziehung
- A 22 Vergleich mit der Generation der Eltern
- A 23 Vergleich mit der Generation der Kinder
- A 24 Vergleich mit gleicher Generation in Westdeutschland
- A 25 Vergleich mit gleicher Generation in Westdeutschland nach 1989
- A 26 Verhältnis von Jung und Alt
- A 27 Ältere kümmern sich zu wenig um Zukunft der Jüngeren

- A 28 Heutige Jugend zu sehr auf sich konzentriert
- A 29 Ältere sollten Arbeitsplätze für Jüngere freimachen
- A 30 Jüngere Generation wird finanzielle Last nicht mehr tragen
- A 31 Ältere haben Umwelt vernachlässigt
- A 32 Eigene Generation in politischen Ämtern nicht genug vertreten
- A 33 Am liebsten mit Menschen des eigenen Alters zusammen
- A 34 Erwartung, dass Kinder mich im Alter pflegen
- A 35 Pflege der Eltern, wenn diese hilfebedürftig sind
- A 36 Befürchtung, in Zukunft von der Rente nicht leben zu können
- A 37 Berücksichtigung generationspezifischer Interessen
- A 38 Zukünftige Finanzierung des Rentensystems
- A 39 Kinderzahl und Rente
- A 40 Rente und Demografie: Jeder sollte selbst für sein Alter vorsorgen
- A 41 Rente und Demografie: Abdeckung Grundbedarf durch gesetzliche Rente ist ausreichend
- A 42 Rente und Demografie: Höhere Rente für Leute mit höherem Einkommen
- A 43 Zufriedenheit mit Infrastruktur: Einkaufsmöglichkeiten
- A 44 Zufriedenheit mit Infrastruktur: öffentlicher Nahverkehr
- A 45 Zufriedenheit mit Infrastruktur: Versorgung mit Ärzten
- A 46 Zufriedenheit mit Infrastruktur: Versorgung mit Pflegeeinrichtungen
- A 47 Zufriedenheit mit Infrastruktur: Freizeitmöglichkeiten
- A 48 Zufriedenheit mit Infrastruktur: Erreichbarkeit von Behörden
- A 49 Zufriedenheit mit Infrastruktur: Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen
- A 50 Optionen Kinderbetreuung
- A 51 Interesse an Politik
- A 52 Gespräche über Politik im Elternhaus
- A 53 Demokratiezufriedenheit
- A 54 Demokratie als Staatsidee
- A 55 Institutionenvertrauen: Bundesregierung
- A 56 Institutionenvertrauen: Landesregierung
- A 57 Institutionenvertrauen: Deutscher Bundestag

- A 58 Institutionenvertrauen: Thüringer Landtag
- A 59 Institutionenvertrauen: Gerichte
- A 60 Institutionenvertrauen: Polizei
- A 61 Wahlbeteiligung Pflicht eines jeden Bürgers
- A 62 Fehlender Einfluss auf Regierung
- A 63 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 64 Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
- A 65 Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen
- A 66 Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten
- A 67 Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 68 Politische Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 69 Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 70 Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt
- A 71 Ehrenamt
- A 72 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 73 In der DDR hat sich Staat zu sehr in Erziehung eingemischt
- A 74 Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
- A 75 Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren
- A 76 Bewertung der deutschen Einheit
- A 77 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
- A 78 Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet
- A 79 Deutschland braucht hartes Durchsetzen gegenüber Ausland
- A 80 Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform
- A 81 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- A 82 Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten
- A 83 Wir brauchen eine starke Hand
- A 84 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 85 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 86 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 87 Juden passen nicht so recht zu uns
- A 88 Der Stärkere sollte sich durchsetzen

Tabelle A1

Leben in Thüringen: Ältere Menschen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	schlecht	weniger gut	teils, teils	gut	sehr gut	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	3	11	35	45	5	1
Geschlecht							
Männer	507	4	11	32	47	5	1
Frauen	532	3	10	38	43	4	2
Alter							
18-24 Jahre	114	1	0	41	49	9	0
25-34 Jahre	121	3	14	38	38	6	1
35-44 Jahre	171	1	12	32	48	6	2
45-59 Jahre	287	5	8	34	46	4	2
60 Jahre und älter	346	4	15	34	44	2	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	3	15	39	39	2	2
10. Klasse	482	4	12	34	45	3	1
Abitur	101	3	6	33	49	8	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	2	6	34	50	8	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	3	10	33	47	5	1
in Ausbildung	79	0	0	38	52	10	0
arbeitslos	54	5	15	51	28	2	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	4	15	35	43	2	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	3	15	34	42	3	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	4	8	33	50	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	2	7	37	41	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	5	10	29	49	5	1
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	4	11	35	45	5	1
evangelisch	244	2	9	36	48	4	1
katholisch	111	2	17	30	43	4	5

Was meinen Sie: Wie gut können ältere Menschen in Thüringen alles in allem gesehen leben?

Tabelle A2

Leben in Thüringen: Jüngere Menschen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	schlecht	weniger gut	teils, teils	gut	sehr gut	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	8	23	35	30	2	2
Geschlecht							
Männer	507	8	24	32	33	2	1
Frauen	532	9	22	38	27	2	2
Alter							
18-24 Jahre	114	7	19	27	43	4	0
25-34 Jahre	121	8	26	39	25	2	0
35-44 Jahre	171	4	21	34	36	6	0
45-59 Jahre	287	11	23	37	27	1	1
60 Jahre und älter	346	9	24	36	27	1	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	13	24	31	28	0	4
10. Klasse	482	7	24	38	29	3	0
Abitur	101	6	21	34	35	4	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	9	20	34	33	2	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	7	22	35	33	3	1
in Ausbildung	79	0	22	29	44	5	0
arbeitslos	54	19	26	48	7	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	10	25	34	27	1	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	6	28	33	31	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	19	37	34	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	8	18	37	37	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	8	20	31	32	8	1
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	10	23	35	28	3	2
evangelisch	244	5	22	37	33	1	1
katholisch	111	5	19	32	40	2	1

Was meinen Sie: Wie gut können jüngere Menschen in Thüringen alles in allem gesehen leben?

Tabelle A3

Leben in Thüringen: Familien mit Kindern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	schlecht	weniger gut	teils, teils	gut	sehr gut	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	6	18	34	37	3	3
Geschlecht							
Männer	507	5	18	33	38	4	2
Frauen	532	6	17	35	37	2	3
Alter							
18-24 Jahre	114	6	11	17	54	12	0
25-34 Jahre	121	4	22	34	33	7	1
35-44 Jahre	171	3	20	33	43	1	0
45-59 Jahre	287	6	16	36	37	2	3
60 Jahre und älter	346	6	19	39	30	1	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	7	20	36	31	2	4
10. Klasse	482	6	20	35	35	2	2
Abitur	101	2	11	27	51	7	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	6	14	34	40	3	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	5	18	33	40	2	1
in Ausbildung	79	2	6	8	66	17	0
arbeitslos	54	12	17	49	18	0	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	20	38	29	1	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	5	17	38	39	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	4	22	31	40	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	3	12	36	45	5	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	8	17	29	42	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	6	19	34	35	3	3
evangelisch	244	5	17	33	41	1	3
katholisch	111	4	13	36	39	6	2

Was meinen Sie: Wie gut können Familien mit Kindern in Thüringen alles in allem gesehen leben?

Tabelle A4

**Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern
nicht zu scheuen.**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne weitgehend ab	stimme teilweise zu	stimme weitgehend zu	stimme völlig zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	3	8	22	33	32	3
Geschlecht							
Männer	507	4	10	23	32	29	2
Frauen	532	2	5	21	34	35	3
Alter							
18-24 Jahre	114	0	14	16	36	31	4
25-34 Jahre	121	2	8	26	30	30	4
35-44 Jahre	171	2	5	22	35	34	3
45-59 Jahre	287	5	7	28	30	29	1
60 Jahre und älter	346	3	8	18	34	35	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	2	12	18	29	34	4
10. Klasse	482	3	6	22	30	36	2
Abitur	101	1	6	25	40	27	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	4	7	24	38	25	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	4	6	24	32	31	2
in Ausbildung	79	0	12	25	23	36	4
arbeitslos	54	0	10	24	30	36	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	3	8	19	33	35	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	6	7	28	30	24	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	3	5	25	34	31	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	12	18	39	28	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	4	4	21	25	43	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	3	9	22	31	33	2
evangelisch	244	3	5	23	37	30	2
katholisch	111	0	7	20	35	34	4

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A5

Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne weitgehend ab	stimme teilweise zu	stimme weitgehend zu	stimme völlig zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	6	18	30	24	14	8
Geschlecht							
Männer	507	4	19	32	24	15	7
Frauen	532	8	18	27	24	14	9
Alter							
18-24 Jahre	114	4	16	27	27	16	8
25-34 Jahre	121	10	16	28	22	17	7
35-44 Jahre	171	8	17	32	23	14	5
45-59 Jahre	287	6	19	31	25	11	9
60 Jahre und älter	346	4	19	28	23	16	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	7	20	26	19	15	13
10. Klasse	482	7	19	29	25	13	7
Abitur	101	3	15	37	24	19	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	4	16	30	27	15	8
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	7	17	30	27	13	7
in Ausbildung	79	2	8	32	27	21	9
arbeitslos	54	15	34	24	21	3	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	5	19	28	21	17	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	7	11	36	28	11	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	19	26	27	13	7
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	19	32	32	11	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	5	20	26	21	20	8
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	7	20	30	22	13	7
evangelisch	244	2	17	30	29	13	8
katholisch	111	4	14	23	25	22	11

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A6

Thüringen von weltweiter Wirtschaftskrise besonders stark betroffen.

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne weitgehend ab	stimme teilweise zu	stimme weitgehend zu	stimme völlig zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	9	28	35	12	7	8
Geschlecht							
Männer	507	10	33	31	13	6	7
Frauen	532	7	24	39	11	9	10
Alter							
18-24 Jahre	114	7	46	25	14	4	4
25-34 Jahre	121	8	26	39	10	6	11
35-44 Jahre	171	12	27	39	11	5	6
45-59 Jahre	287	8	27	37	12	7	8
60 Jahre und älter	346	8	24	33	13	10	11
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	7	22	29	17	11	14
10. Klasse	482	8	28	37	12	8	7
Abitur	101	11	34	35	9	4	8
(Fach-)Hochschulabschluss	244	11	32	37	9	5	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	9	30	38	11	5	7
in Ausbildung	79	10	40	25	16	2	6
arbeitslos	54	3	6	42	19	20	10
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	9	24	32	13	11	11
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	8	30	37	14	3	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	8	28	40	10	6	8
höh.-leit. Ang./Beamte	74	9	41	31	10	3	6
Landw./Selbst./Freiber.	68	16	31	37	7	4	6
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	9	26	35	13	8	9
evangelisch	244	8	31	39	10	5	7
katholisch	111	12	33	27	11	6	11

Von der weltweiten Wirtschaftskrise ist Thüringen besonders stark betroffen.

Tabelle A7

Identifikation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon/ w.n./ k. A.
Insgesamt	1039	48	13	28	8	2
Geschlecht						
Männer	507	45	14	29	10	3
Frauen	532	52	13	28	7	0
Alter						
18-24 Jahre	114	41	6	39	11	4
25-34 Jahre	121	46	9	29	15	1
35-44 Jahre	171	45	18	30	5	1
45-59 Jahre	287	49	17	25	8	2
60 Jahre und älter	346	52	12	27	7	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	52	7	28	11	2
10. Klasse	482	53	16	23	6	2
Abitur	101	38	11	41	9	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	39	15	34	11	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	48	15	27	8	1
in Ausbildung	79	36	1	44	14	5
arbeitslos	54	52	22	19	5	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	53	13	27	6	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	60	11	18	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	50	17	27	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	31	19	40	7	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	38	13	33	12	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	48	16	26	9	2
evangelisch	244	51	9	33	7	0
katholisch	111	47	7	35	9	2

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A8

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	schlecht	weniger gut	gut	sehr gut	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	9	52	38	0	1
Geschlecht						
Männer	507	8	52	39	0	1
Frauen	532	9	53	37	0	1
Alter						
18-24 Jahre	114	11	46	43	0	0
25-34 Jahre	121	13	47	35	3	2
35-44 Jahre	171	7	43	50	0	0
45-59 Jahre	287	11	57	32	0	0
60 Jahre und älter	346	6	56	36	0	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	13	54	32	0	1
10. Klasse	482	8	53	38	0	1
Abitur	101	8	50	40	2	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	7	50	41	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	8	49	42	1	0
in Ausbildung	79	11	43	47	0	0
arbeitslos	54	27	62	11	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	6	56	35	0	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	11	51	37	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	51	43	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	8	46	43	3	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	41	46	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	11	53	35	0	1
evangelisch	244	6	51	42	0	1
katholisch	111	3	47	48	0	2

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A9

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	schlecht	weniger gut	gut	sehr gut	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	10	28	56	5	0
Geschlecht						
Männer	507	10	27	57	6	0
Frauen	532	11	29	56	4	0
Alter						
18-24 Jahre	114	15	25	46	14	0
25-34 Jahre	121	17	27	50	5	0
35-44 Jahre	171	8	24	62	6	0
45-59 Jahre	287	12	27	56	4	1
60 Jahre und älter	346	6	32	60	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	12	37	47	5	0
10. Klasse	482	13	29	54	4	0
Abitur	101	7	23	59	10	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	4	21	68	6	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	6	24	63	7	0
in Ausbildung	79	16	28	44	13	0
arbeitslos	54	54	39	6	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	34	57	2	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	7	33	56	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	22	66	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	0	21	67	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	9	17	69	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	11	29	55	5	0
evangelisch	244	10	26	59	5	0
katholisch	111	6	28	61	4	1

Ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A10

Gerechter Anteil

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	12	46	39	1	2
Geschlecht						
Männer	507	12	47	39	0	1
Frauen	532	11	46	39	2	3
Alter						
18-24 Jahre	114	7	31	62	0	0
25-34 Jahre	121	6	52	41	1	1
35-44 Jahre	171	9	46	42	1	1
45-59 Jahre	287	19	44	33	1	3
60 Jahre und älter	346	10	52	34	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	9	41	45	1	4
10. Klasse	482	15	51	32	1	1
Abitur	101	11	40	46	2	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	8	45	45	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	11	48	39	1	2
in Ausbildung	79	7	22	69	0	1
arbeitslos	54	36	48	14	0	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	11	50	36	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	19	56	23	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	6	50	41	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	10	32	56	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	10	41	43	1	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	12	47	39	0	2
evangelisch	244	11	46	40	2	1
katholisch	111	13	44	36	2	5

Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A11

Wertorientierungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	das Leben genießen	Pflicht-bewusst sein	eigene Fähigkeiten entfalten	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	14	44	40	1
Geschlecht					
Männer	507	16	41	41	2
Frauen	532	13	47	39	1
Alter					
18-24 Jahre	114	20	26	52	1
25-34 Jahre	121	23	29	47	0
35-44 Jahre	171	15	34	47	4
45-59 Jahre	287	12	42	46	1
60 Jahre und älter	346	10	62	26	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	19	54	26	2
10. Klasse	482	15	47	37	2
Abitur	101	11	24	63	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	9	39	50	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	15	36	47	3
in Ausbildung	79	18	13	67	2
arbeitslos	54	16	49	35	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	12	61	26	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	19	40	40	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	15	38	45	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	9	25	63	3
Landw./Selbst./Freiber.	68	11	33	52	5
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	16	43	38	1
evangelisch	244	11	42	45	1
katholisch	111	8	53	39	0

Können Sie uns sagen, welcher der folgenden Werte in Ihrem Leben der wichtigste ist?

Tabelle A12

Räumliche Nähe zu Kindern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	im gleichen Haus	am gleichen Ort	max. 50km entfernt	50-200km entfernt	mehr als 200km entfernt	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	569	18	33	22	12	15	0
Geschlecht							
Männer	268	21	26	24	13	16	0
Frauen	301	17	39	19	11	14	0
Alter							
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	5	37	0	45	18	0	0
35-44 Jahre	35	53	8	22	12	2	4
45-59 Jahre	212	21	24	20	16	19	0
60 Jahre und älter	316	13	42	22	9	13	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	135	15	46	23	9	7	0
10. Klasse	232	21	29	24	13	13	0
Abitur	32	37	22	18	15	9	0
(Fach-)Hochschulabschluss	169	14	29	18	13	25	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	214	26	20	20	18	14	1
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	28	23	37	16	7	17	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	314	12	42	23	8	14	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	57	30	13	22	26	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	89	28	23	18	16	16	0
höh.-leit. Ang./Beamte	33	14	25	22	12	22	4
Landw./Selbst./Freiber.	33	26	22	19	20	13	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	370	20	33	20	12	15	0
evangelisch	128	15	29	29	10	16	0
katholisch	70	18	38	17	17	9	0

Wenn Sie an die räumliche Entfernung von Ihren Kindern denken, wie groß ist die Entfernung zu dem Kind, das Ihnen am nächsten wohnt?

Tabelle A13

Treffen mit Kindern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	selten oder nie	mehrmals pro Jahr	mehrmals pro Monat	mehrmals pro Woche	täglich	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	569	2	21	30	27	20	1
Geschlecht							
Männer	268	3	25	29	20	22	1
Frauen	301	2	17	30	33	18	0
Alter							
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	5	0	0	63	0	37	0
35-44 Jahre	35	0	11	35	16	37	0
45-59 Jahre	212	2	26	30	23	19	0
60 Jahre und älter	316	3	18	29	31	18	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	135	4	8	34	35	19	0
10. Klasse	232	1	21	29	28	21	0
Abitur	32	0	21	25	25	28	0
(Fach-)Hochschulabschluss	169	4	30	27	19	17	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	214	1	23	33	21	22	0
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	28	2	22	23	27	24	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	314	3	18	29	31	17	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	57	1	22	34	24	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	89	0	18	36	21	26	0
höh.-leit. Ang./Beamte	33	0	32	29	20	18	0
Landw./Selbst./Freiber.	33	3	32	28	14	23	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	370	2	20	32	26	20	1
evangelisch	128	5	23	29	25	18	0
katholisch	70	1	21	21	35	21	1

Wie oft treffen Sie sich mit Ihren Kindern?

Tabelle A14

Treffen mit Angehörigen, die nicht im Haushalt leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	selten oder nie	mehrmals pro Jahr	mehrmals pro Monat	mehrmals pro Woche	täglich	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	1039	9	28	31	24	6	1
Geschlecht							
Männer	507	10	28	32	21	7	2
Frauen	532	8	28	31	27	4	1
Alter							
18-24 Jahre	114	8	24	37	26	5	0
25-34 Jahre	121	7	18	24	43	8	1
35-44 Jahre	171	4	16	36	34	10	1
45-59 Jahre	287	8	33	32	20	6	0
60 Jahre und älter	346	14	35	29	15	3	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	13	27	36	17	5	2
10. Klasse	482	8	22	32	30	8	1
Abitur	101	7	33	33	20	6	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	9	41	26	20	3	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	5	26	33	28	6	0
in Ausbildung	79	13	30	28	24	5	0
arbeitslos	54	17	12	26	32	11	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	15	34	29	16	4	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	4	20	36	32	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	4	24	32	33	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	6	41	35	16	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	6	33	32	18	7	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	9	29	31	25	5	1
evangelisch	244	11	28	29	24	7	2
katholisch	111	6	27	42	17	7	1

Wie oft treffen Sie sich mit Angehörigen, die nicht in Ihrem Haushalt leben?

Tabelle A15

Telefonischer Kontakt mit Kindern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	selten oder nie	mehrmals pro Jahr	mehrmals pro Monat	mehrmals pro Woche	täglich	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	569	5	2	15	50	27	1
Geschlecht							
Männer	268	8	4	18	44	24	1
Frauen	301	3	0	11	56	29	2
Alter							
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	5	0	26	18	18	0	37
35-44 Jahre	35	10	0	9	45	27	9
45-59 Jahre	212	4	2	17	48	29	0
60 Jahre und älter	316	5	2	14	53	25	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	135	3	1	13	56	26	1
10. Klasse	232	5	2	12	49	29	1
Abitur	32	4	2	13	59	15	6
(Fach-)Hochschulabschluss	169	6	3	19	46	25	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	214	4	2	14	52	26	3
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	28	9	7	16	27	41	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	314	5	2	15	52	26	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	57	4	6	18	45	26	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	89	4	0	9	58	26	3
höh.-leit. Ang./Beamte	33	6	1	23	44	22	4
Landw./Selbst./Freiber.	33	7	0	8	57	25	4
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	370	5	2	15	48	28	3
evangelisch	128	4	2	15	54	24	1
katholisch	70	7	2	12	54	25	0

Wie oft haben Sie telefonischen Kontakt zu Ihren Kindern?

Tabelle A16

Telefonischer Kontakt mit Angehörigen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	selten oder nie	mehrmals pro Jahr	mehrmals pro Monat	mehrmals pro Woche	täglich	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	1039	8	8	33	39	10	1
Geschlecht							
Männer	507	10	11	35	36	6	1
Frauen	532	6	6	31	42	15	1
Alter							
18-24 Jahre	114	16	10	42	27	7	0
25-34 Jahre	121	5	7	24	44	20	0
35-44 Jahre	171	6	5	26	43	18	1
45-59 Jahre	287	8	10	34	40	8	0
60 Jahre und älter	346	7	8	36	39	7	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	13	6	32	38	9	2
10. Klasse	482	8	8	31	40	12	1
Abitur	101	5	9	44	38	5	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	6	10	34	39	10	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	6	8	30	42	13	1
in Ausbildung	79	23	14	35	23	5	0
arbeitslos	54	10	6	32	35	16	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	8	34	40	7	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	9	5	28	40	17	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	7	30	43	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	2	10	34	47	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	3	13	33	38	10	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	8	8	33	39	10	1
evangelisch	244	10	6	34	38	11	1
katholisch	111	4	11	31	38	12	2

Wie oft haben Sie telefonischen Kontakt mit Angehörigen, die nicht in Ihrem Haushalt leben?

Tabelle A17

Pflege von Angehörigen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja, in der Vergangenheit	ja, zur Zeit	keine Angabe
Insgesamt	1039	61	27	12	0
Geschlecht					
Männer	507	67	22	11	0
Frauen	532	55	31	13	0
Alter					
18-24 Jahre	114	78	14	8	0
25-34 Jahre	121	79	13	8	0
35-44 Jahre	171	73	16	11	1
45-59 Jahre	287	55	27	19	0
60 Jahre und älter	346	49	42	9	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	59	34	7	0
10. Klasse	482	62	25	14	0
Abitur	101	69	17	13	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	58	29	12	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	66	21	13	0
in Ausbildung	79	83	11	6	0
arbeitslos	54	53	26	21	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	49	41	10	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	64	20	17	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	66	21	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	69	22	9	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	69	23	7	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	63	26	11	0
evangelisch	244	56	31	12	0
katholisch	111	61	24	15	0

Pflegen oder betreuen Sie zur Zeit einen Angehörigen, der sich nicht mehr ganz alleine versorgen kann, oder haben Sie das in der Vergangenheit einmal getan?

Tabelle A18

Unterstützung der Kinder

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	Ja, beides	Ja, in anderer Form	Ja, finanziell	keine Angabe
Insgesamt	569	16	48	30	6	1
Geschlecht						
Männer	268	14	49	29	6	1
Frauen	301	18	47	30	5	1
Alter						
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	5	0	86	0	0	14
35-44 Jahre	35	0	73	22	4	0
45-59 Jahre	212	10	59	26	5	0
60 Jahre und älter	316	22	38	33	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	135	22	35	38	6	0
10. Klasse	232	15	53	28	3	0
Abitur	32	12	41	38	6	4
(Fach-)Hochschulabschluss	169	14	54	23	8	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	214	8	62	26	3	1
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	28	28	37	28	7	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	314	21	39	32	7	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	57	4	64	30	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	89	3	63	28	5	2
höh.-leit. Ang./Beamte	33	13	65	19	3	0
Landw./Selbst./Freiber.	33	22	59	18	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	370	17	52	26	4	1
evangelisch	128	17	38	38	5	1
katholisch	70	9	47	31	13	0

Unterstützen Sie Ihre Kinder regelmäßig, sei es finanziell oder in anderer Form?

Tabelle A19

Unterstützung der Eltern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Unterstützung der Eltern				
		nein	Ja, beides	Ja, in anderer Form	Ja, finanziell	keine Angabe
Insgesamt	714	58	8	30	0	5
Geschlecht						
Männer	345	62	9	23	1	5
Frauen	369	54	6	36	0	4
Alter						
18-24 Jahre	24	24	17	55	0	5
25-34 Jahre	82	36	14	46	0	3
35-44 Jahre	149	42	13	42	1	2
45-59 Jahre	221	54	6	36	1	4
60 Jahre und älter	238	81	3	8	0	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	111	76	1	13	0	10
10. Klasse	356	52	9	36	0	2
Abitur	66	41	10	43	1	5
(Fach-)Hochschulabschluss	180	62	8	24	0	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	402	46	11	39	1	4
in Ausbildung	15	16	17	68	0	0
arbeitslos	39	54	5	35	0	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	241	80	3	10	0	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	103	45	12	38	0	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	178	45	7	44	0	4
höh.-leit. Ang./Beamte	58	48	12	38	0	2
Landw./Selbst./Freiber.	61	51	17	26	3	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	474	59	8	29	0	4
evangelisch	155	54	10	34	0	2
katholisch	85	58	5	26	0	12

Unterstützen Sie Ihre Eltern regelmäßig, sei es finanziell oder in anderer Form?

Tabelle A20

Unterstützung der Enkel

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	Ja, beides	Ja, in anderer Form	Ja, finanziell	keine Angabe
Insgesamt	391	19	49	25	6	1
Geschlecht						
Männer	169	16	52	24	8	1
Frauen	222	21	46	27	5	1
Alter						
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	0	0	0	0	0	0
35-44 Jahre	2	37	0	63	0	0
45-59 Jahre	104	16	48	31	3	2
60 Jahre und älter	286	20	49	23	8	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	121	26	44	21	9	0
10. Klasse	134	19	48	29	1	2
Abitur	21	19	41	31	8	0
(Fach-)Hochschulabschluss	115	10	56	24	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	98	15	52	28	4	2
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	15	14	29	53	0	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	274	21	49	23	7	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	22	22	56	18	0	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	41	7	55	35	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	14	21	44	31	0	5
Landw./Selbst./Freiber.	19	20	53	15	11	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	250	22	49	24	4	1
evangelisch	86	15	45	30	9	2
katholisch	55	9	53	24	14	0

Unterstützen Sie Ihre Enkelkinder regelmäßig, sei es finanziell oder in anderer Form?

Tabelle A21

Partner teilen sich Aufgaben der Kindererziehung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	trifft gar nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	369	2	17	23	47	11
Geschlecht						
Männer	181	2	15	26	50	8
Frauen	188	3	19	21	44	13
Alter						
18-24 Jahre	4	0	0	0	100	0
25-34 Jahre	65	2	15	26	54	2
35-44 Jahre	125	3	20	28	47	2
45-59 Jahre	121	2	17	21	50	11
60 Jahre und älter	54	1	13	15	29	42
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	46	0	16	14	42	27
10. Klasse	217	3	18	22	50	7
Abitur	31	0	20	18	59	2
(Fach-)Hochschulabschluss	75	3	13	34	36	14
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	262	3	18	25	50	4
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	25	0	7	5	80	8
übrige Nicht-Erwerbstätige	70	2	13	22	26	37
Berufsgruppe						
Arbeiter	70	2	9	27	59	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	118	4	13	24	53	6
höh.-leit. Ang./Beamte	35	0	31	30	36	3
Landw./Selbst./Freiber.	38	4	36	22	34	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	243	2	15	23	49	10
evangelisch	80	4	22	18	49	7
katholisch	46	2	15	33	32	18

Im Folgenden einige Aussagen zum Leben in der Familie. Bitte sagen Sie uns doch, wie sehr diese Aussagen auf Ihre Familie zutreffen: Beide Partner teilen sich die Aufgaben der Kindererziehung gleichermaßen.

Tabelle A22

**Vergleich mit
der Generation der Eltern**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Nachteile	weder-noch	mehr Vorteile	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	13	8	78	1
Geschlecht					
Männer	507	12	9	79	0
Frauen	532	13	7	78	2
Alter					
18-24 Jahre	114	0	5	95	0
25-34 Jahre	121	7	10	81	2
35-44 Jahre	171	21	15	64	0
45-59 Jahre	287	18	4	76	2
60 Jahre und älter	346	11	7	81	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	10	10	77	4
10. Klasse	482	18	7	75	0
Abitur	101	6	7	86	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	8	7	83	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	14	9	76	1
in Ausbildung	79	1	5	94	0
arbeitslos	54	33	4	63	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	11	7	80	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	23	9	67	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	12	10	78	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	7	9	82	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	10	7	82	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	14	9	76	1
evangelisch	244	11	6	81	2
katholisch	111	8	2	88	2

Einmal unabhängig von Ihrer eigenen Zugehörigkeit: Glauben Sie, dass Ihre Generation im Vergleich zu anderen Generationen mehr Vorteile oder mehr Nachteile hat? Wie ist das im Vergleich zur Generation Ihrer Eltern bzw. zur vorausgehenden Generation?

Tabelle A23

**Vergleich mit
der Generation der Kinder**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Nachteile	weder-noch	mehr Vorteile	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	35	15	45	4
Geschlecht					
Männer	507	33	15	48	4
Frauen	532	37	15	43	5
Alter					
18-24 Jahre	114	26	17	54	3
25-34 Jahre	121	36	12	49	3
35-44 Jahre	171	38	18	37	8
45-59 Jahre	287	38	16	43	3
60 Jahre und älter	346	34	14	48	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	31	14	48	6
10. Klasse	482	40	14	42	3
Abitur	101	26	17	54	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	33	17	46	5
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	35	16	44	5
in Ausbildung	79	25	17	53	5
arbeitslos	54	48	7	43	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	35	13	47	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	41	6	50	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	36	16	44	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	31	25	39	5
Landw./Selbst./Freiber.	68	24	25	42	9
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	37	14	45	4
evangelisch	244	33	17	45	4
katholisch	111	32	14	50	4

Einmal unabhängig von Ihrer eigenen Zugehörigkeit: Glauben Sie, dass Ihre Generation im Vergleich zu anderen Generationen mehr Vorteile oder mehr Nachteile hat? Wie ist das im Vergleich zur Generation Ihrer Kinder bzw. zur nachfolgenden Generation?

Tabelle A24

Vergleich mit gleicher Generation in Westdeutschland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	leichter gehabt	kein Unterschied	schwerer gehabt	trifft nicht zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	858	18	27	49	1	5
Geschlecht						
Männer	409	18	27	49	1	4
Frauen	449	17	27	49	1	6
Alter						
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	53	27	29	34	3	7
35-44 Jahre	171	20	39	36	0	4
45-59 Jahre	287	17	31	44	2	6
60 Jahre und älter	346	16	18	61	1	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	154	20	16	57	3	4
10. Klasse	418	19	30	47	0	4
Abitur	53	15	36	39	0	11
(Fach-)Hochschulabschluss	233	13	29	49	2	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	442	20	34	38	1	6
in Ausbildung	2	0	46	0	0	54
arbeitslos	46	22	31	41	3	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	347	15	17	63	1	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	124	23	31	41	1	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	185	21	34	37	0	7
höh.-leit. Ang./Beamte	67	14	41	36	4	5
Landw./Selbst./Freiber.	64	16	34	39	0	12
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	546	22	29	43	0	6
evangelisch	212	10	29	54	2	5
katholisch	99	9	16	65	5	5

Und im Vergleich zu Westdeutschland: Glauben Sie, dass es Ihre Generation zu DDR-Zeiten schwerer gehabt hat als die Generation, die zu gleicher Zeit in Westdeutschland groß geworden ist?

Tabelle A25

Vergleich mit gleicher Generation in Westdeutschland nach 1989

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	leichter gehabt	kein Unterschied	schwerer gehabt	trifft nicht zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	5	26	64	1	2
Geschlecht						
Männer	507	4	28	65	1	2
Frauen	532	6	25	64	1	3
Alter						
18-24 Jahre	114	2	49	40	0	8
25-34 Jahre	121	10	39	46	5	1
35-44 Jahre	171	4	31	62	1	2
45-59 Jahre	287	3	21	74	1	2
60 Jahre und älter	346	7	17	72	1	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	5	30	58	2	5
10. Klasse	482	5	24	68	0	2
Abitur	101	7	36	51	2	4
(Fach-)Hochschulabschluss	244	5	22	68	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	5	26	66	1	2
in Ausbildung	79	5	48	36	2	8
arbeitslos	54	0	25	74	0	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	18	70	1	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	7	24	68	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	3	27	66	0	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	35	56	4	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	6	20	68	0	6
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	4	29	65	0	2
evangelisch	244	7	24	62	2	5
katholisch	111	7	18	68	4	3

Und wie ist das seit der Wende: Glauben Sie, dass es Ihre Generation nach der Wende schwerer gehabt hat als die gleiche Generation in Westdeutschland?

Tabelle A26

Verhältnis von Jung und Alt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	16	33	34	15	2
Geschlecht						
Männer	507	18	33	34	14	1
Frauen	532	15	34	34	16	2
Alter						
18-24 Jahre	114	37	34	19	10	0
25-34 Jahre	121	12	46	27	13	2
35-44 Jahre	171	14	37	41	7	1
45-59 Jahre	287	15	33	35	14	2
60 Jahre und älter	346	13	27	36	21	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	18	26	32	19	4
10. Klasse	482	16	33	34	15	1
Abitur	101	16	49	25	10	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	16	33	37	12	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	16	35	35	12	1
in Ausbildung	79	30	44	16	10	0
arbeitslos	54	10	32	34	23	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	13	28	35	20	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	15	36	31	13	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	17	34	36	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	14	43	37	5	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	18	29	41	11	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	18	32	32	16	2
evangelisch	244	13	36	37	13	1
katholisch	111	14	33	38	12	2

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Das Verhältnis von Jung und Alt in Deutschland ist gut.

Tabelle A27

Ältere kümmern sich zu wenig um Zukunft der Jüngeren

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	24	40	24	10	3
Geschlecht						
Männer	507	22	42	23	11	1
Frauen	532	25	38	24	9	4
Alter						
18-24 Jahre	114	18	49	29	4	0
25-34 Jahre	121	12	51	28	9	0
35-44 Jahre	171	21	37	25	14	3
45-59 Jahre	287	21	42	24	10	3
60 Jahre und älter	346	33	33	21	9	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	26	34	25	9	5
10. Klasse	482	24	40	23	12	1
Abitur	101	17	46	31	6	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	24	44	23	8	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	20	42	24	11	3
in Ausbildung	79	14	44	37	5	0
arbeitslos	54	22	42	22	12	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	32	35	21	8	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	18	39	25	15	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	22	42	26	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	22	53	16	8	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	39	24	14	9
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	23	39	25	10	2
evangelisch	244	22	45	21	9	1
katholisch	111	30	35	24	5	5

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die Älteren kümmern sich zu wenig um die Zukunft der Jüngeren.

Tabelle A28

Heutige Jugend zu sehr auf sich konzentriert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	6	19	38	35	2
Geschlecht						
Männer	507	6	19	39	34	2
Frauen	532	7	19	36	35	2
Alter						
18-24 Jahre	114	12	17	44	27	0
25-34 Jahre	121	3	11	41	45	0
35-44 Jahre	171	4	15	41	39	1
45-59 Jahre	287	7	22	40	28	3
60 Jahre und älter	346	6	22	30	37	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	6	13	29	48	5
10. Klasse	482	7	14	42	36	1
Abitur	101	7	23	42	26	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	5	33	35	25	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	6	18	41	33	1
in Ausbildung	79	14	15	45	26	0
arbeitslos	54	4	13	41	40	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	23	29	39	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	7	13	37	41	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	20	42	30	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	29	41	28	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	6	12	46	34	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	6	19	37	36	1
evangelisch	244	7	18	42	30	2
katholisch	111	5	21	34	36	4

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die heutige Jugend ist viel zu sehr auf sich selbst konzentriert.

Tabelle A29

Ältere sollten Arbeitsplätze für Jüngere freimachen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	29	31	24	13	3
Geschlecht						
Männer	507	33	32	23	10	3
Frauen	532	24	31	25	17	4
Alter						
18-24 Jahre	114	36	39	21	4	0
25-34 Jahre	121	24	34	26	15	1
35-44 Jahre	171	31	39	19	9	2
45-59 Jahre	287	30	33	25	9	3
60 Jahre und älter	346	26	22	26	22	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	24	20	27	23	6
10. Klasse	482	27	33	26	13	1
Abitur	101	39	36	13	7	4
(Fach-)Hochschulabschluss	244	32	36	21	9	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	30	35	23	8	3
in Ausbildung	79	37	36	24	3	0
arbeitslos	54	16	30	24	28	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	26	24	25	21	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	31	33	23	10	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	27	34	27	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	39	41	15	3	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	34	33	21	7	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	31	32	23	13	1
evangelisch	244	25	31	26	13	4
katholisch	111	20	26	27	17	10

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Ältere Menschen sollten ihre Arbeitsplätze für Jüngere freimachen.

Tabelle A30

Jüngere Generation wird finanzielle Last nicht mehr tragen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	9	16	38	33	5
Geschlecht						
Männer	507	13	16	35	35	2
Frauen	532	6	16	40	31	7
Alter						
18-24 Jahre	114	8	9	47	36	0
25-34 Jahre	121	4	22	46	27	1
35-44 Jahre	171	7	16	35	38	4
45-59 Jahre	287	9	15	39	31	6
60 Jahre und älter	346	12	17	32	32	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	10	10	38	32	10
10. Klasse	482	9	16	37	34	3
Abitur	101	4	18	43	31	4
(Fach-)Hochschulabschluss	244	10	19	37	31	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	8	16	40	33	4
in Ausbildung	79	7	9	52	31	0
arbeitslos	54	5	9	41	42	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	12	18	31	31	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	10	11	37	39	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	18	42	28	5
höh.-leit. Ang./Beamte	74	5	15	44	34	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	7	15	35	37	7
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	9	15	36	36	4
evangelisch	244	8	21	40	26	5
katholisch	111	13	10	43	26	9

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die jüngere Generation wird die finanzielle Last der Älteren in Zukunft nicht mehr tragen wollen.

Tabelle A31

Ältere haben Umwelt vernachlässigt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	21	27	32	17	3
Geschlecht						
Männer	507	20	24	35	18	2
Frauen	532	22	30	29	16	3
Alter						
18-24 Jahre	114	21	28	36	10	4
25-34 Jahre	121	15	39	35	8	3
35-44 Jahre	171	20	30	34	14	3
45-59 Jahre	287	18	26	32	21	3
60 Jahre und älter	346	27	22	28	20	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	31	27	24	11	6
10. Klasse	482	21	29	30	18	2
Abitur	101	12	28	46	12	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	18	22	36	20	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	18	28	35	17	2
in Ausbildung	79	16	32	46	3	4
arbeitslos	54	27	28	20	22	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	27	25	26	18	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	20	31	30	14	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	18	24	37	18	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	16	33	32	18	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	15	27	38	19	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	22	27	31	17	3
evangelisch	244	16	29	35	18	3
katholisch	111	31	23	28	12	5

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die Älteren haben auf Kosten der nachfolgenden Generation die Umwelt vernachlässigt.

Tabelle A32

**Eigene Generation in politischen Ämtern
nicht genug vertreten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	18	25	30	23	5
Geschlecht						
Männer	507	19	25	30	23	2
Frauen	532	16	25	31	22	6
Alter						
18-24 Jahre	114	1	14	46	39	0
25-34 Jahre	121	4	17	47	29	3
35-44 Jahre	171	15	25	33	21	4
45-59 Jahre	287	28	33	23	12	4
60 Jahre und älter	346	21	24	24	25	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	12	18	34	30	7
10. Klasse	482	16	23	32	25	4
Abitur	101	16	20	38	22	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	26	37	21	14	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	19	26	30	21	4
in Ausbildung	79	3	21	38	37	1
arbeitslos	54	10	31	41	16	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	21	23	26	24	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	17	20	33	26	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	17	27	31	21	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	22	35	23	17	3
Landw./Selbst./Freiber.	68	23	25	28	17	6
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	18	23	29	26	4
evangelisch	244	15	27	35	18	4
katholisch	111	18	29	31	16	6

Die folgenden Aussagen befassen sich mit dem Verhältnis von Jung und Alt. Bitte sagen Sie uns jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Meine Generation ist in politischen Ämtern nicht genug vertreten.

Tabelle A33

**Am liebsten mit Menschen
des eigenen Alters zusammen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	1039	14	34	31	19	1
Geschlecht						
Männer	507	13	33	32	21	2
Frauen	532	16	34	31	17	1
Alter						
18-24 Jahre	114	1	24	38	37	0
25-34 Jahre	121	3	38	39	20	0
35-44 Jahre	171	11	30	39	18	2
45-59 Jahre	287	17	38	28	12	3
60 Jahre und älter	346	22	34	25	18	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	15	25	28	30	2
10. Klasse	482	13	34	32	19	2
Abitur	101	10	33	38	18	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	18	41	31	10	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	13	38	31	17	2
in Ausbildung	79	1	26	37	36	0
arbeitslos	54	14	22	48	11	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	21	34	26	19	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	14	38	29	17	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	13	34	33	20	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	12	44	29	13	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	10	42	33	9	6
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	14	33	32	20	1
evangelisch	244	16	36	32	15	2
katholisch	111	12	35	31	20	2

*Jetzt noch einige Aussagen, die sich auf Ihre persönliche Situation beziehen. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.:
Ich bin am liebsten mit Menschen meines eigenen Alters zusammen.*

Tabelle A34

Erwartung, dass Kinder mich im Alter pflegen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	821	36	33	17	12	1
Geschlecht						
Männer	370	32	30	23	14	1
Frauen	452	40	36	13	9	1
Alter						
18-24 Jahre	6	60	40	0	0	0
25-34 Jahre	79	33	31	22	11	3
35-44 Jahre	148	35	34	20	10	2
45-59 Jahre	263	35	35	18	11	0
60 Jahre und älter	326	38	32	15	14	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	157	33	32	14	21	0
10. Klasse	399	38	31	20	10	1
Abitur	50	37	35	18	10	0
(Fach-)Hochschulabschluss	215	35	38	16	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	421	36	35	18	10	1
in Ausbildung	3	0	100	0	0	0
arbeitslos	43	24	33	29	11	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	333	39	31	15	14	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	106	34	35	18	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	190	38	33	18	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	32	42	17	8	1
Landw./Selbst./Freiber.	63	38	31	19	10	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	541	38	33	16	12	1
evangelisch	188	35	36	20	9	1
katholisch	92	32	29	21	16	2

*Jetzt noch einige Aussagen, die sich auf Ihre persönliche Situation beziehen. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.:
Ich erwarte von meinen Kindern, dass sie mich im Alter pflegen.*

Tabelle A35

Pflege der Eltern, wenn diese hilfebedürftig sind

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe	trifft nicht zu
Insgesamt	729	3	5	16	37	4	34
Geschlecht							
Männer	350	3	7	15	35	3	37
Frauen	378	3	4	18	39	5	32
Alter							
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	0	0	0	0	0	0	0
35-44 Jahre	95	3	8	25	53	5	6
45-59 Jahre	287	5	8	25	44	2	15
60 Jahre und älter	346	1	2	6	27	6	58
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	144	1	0	3	28	7	61
10. Klasse	338	5	5	19	46	3	23
Abitur	37	0	8	30	39	3	20
(Fach-)Hochschulabschluss	210	2	10	19	29	4	36
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	332	4	8	25	44	3	15
in Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0
arbeitslos	41	5	8	20	47	3	17
übrige Nicht-Erwerbstätige	340	2	3	7	28	5	55
Berufsgruppe							
Arbeiter	92	4	4	16	58	5	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	137	4	9	28	43	2	14
höh.-leit. Ang./Beamte	51	3	10	40	33	3	12
Landw./Selbst./Freiber.	49	6	9	22	34	4	25
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	462	4	6	16	40	3	31
evangelisch	180	0	6	15	33	7	39
katholisch	86	2	4	18	29	5	42

Jetzt noch einige Aussagen, die sich auf Ihre persönliche Situation beziehen. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Wenn meine Eltern alt und hilfebedürftig sind, werde ich versuchen, die Pflege zu übernehmen.

Tabelle A36

Befürchtung, in Zukunft von der Rente nicht leben zu können

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	w. n./k. A./trifft n. zu
Insgesamt	1039	14	18	21	45	2
Geschlecht						
Männer	507	15	19	20	44	3
Frauen	532	14	18	22	46	1
Alter						
18-24 Jahre	114	2	9	16	69	4
25-34 Jahre	121	3	6	22	68	1
35-44 Jahre	171	8	11	21	59	0
45-59 Jahre	287	10	22	23	43	1
60 Jahre und älter	346	29	25	21	23	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	17	16	16	48	3
10. Klasse	482	9	14	22	54	1
Abitur	101	7	19	20	50	4
(Fach-)Hochschulabschluss	244	25	29	23	22	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	9	17	23	48	2
in Ausbildung	79	3	11	17	65	4
arbeitslos	54	0	8	9	83	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	27	25	20	28	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	9	12	19	57	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	17	26	49	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	10	27	31	30	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	17	16	12	49	6
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	13	18	19	48	2
evangelisch	244	14	20	23	43	1
katholisch	111	20	18	31	29	2

Jetzt noch einige Aussagen, die sich auf Ihre persönliche Situation beziehen. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Ich befürchte, dass ich in Zukunft von meiner Rente nicht leben kann.

Tabelle A37

**Berücksichtigung generations-
spezifischer Interessen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	weder-noch	eher ältere Generation	beide Generationen gleich	eher jüngere Generation	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	10	19	56	12	3
Geschlecht						
Männer	507	11	22	54	11	2
Frauen	532	10	15	57	14	4
Alter						
18-24 Jahre	114	3	25	62	10	0
25-34 Jahre	121	9	20	55	12	4
35-44 Jahre	171	14	28	42	13	3
45-59 Jahre	287	13	23	49	11	4
60 Jahre und älter	346	9	7	66	14	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	5	12	65	14	3
10. Klasse	482	12	19	54	12	4
Abitur	101	12	26	50	11	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	11	21	53	12	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	12	24	48	12	3
in Ausbildung	79	5	21	61	14	0
arbeitslos	54	19	15	52	11	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	8	67	14	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	12	20	49	15	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	11	23	50	12	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	15	24	49	10	3
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	37	39	7	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	12	19	52	14	3
evangelisch	244	8	23	61	6	2
katholisch	111	4	8	64	16	8

Berücksichtigt die Politik heute eher die Interessen der jüngeren Generation oder eher die Interessen der älteren Generation oder berücksichtigt sie die Interessen beider Generationen gleichermaßen?

Tabelle A38

Zukünftige Finanzierung des Rentensystems

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Ver- ringerung Renten-höhe	Erhöhung RV- Beiträge	Anhebung Renten-alter	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	19	50	8	24
Geschlecht					
Männer	507	19	49	10	22
Frauen	532	18	50	6	26
Alter					
18-24 Jahre	114	27	50	13	11
25-34 Jahre	121	13	62	5	21
35-44 Jahre	171	24	46	5	25
45-59 Jahre	287	22	50	4	25
60 Jahre und älter	346	13	47	12	28
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	20	41	11	29
10. Klasse	482	20	52	4	23
Abitur	101	16	59	7	18
(Fach-)Hochschulabschluss	244	16	48	12	24
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	20	51	5	24
in Ausbildung	79	28	49	13	10
arbeitslos	54	9	60	3	28
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	16	46	10	28
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	22	50	6	23
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	19	54	4	24
höh.-leit. Ang./Beamte	74	17	61	4	18
Landw./Selbst./Freiber.	68	25	38	8	29
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	19	51	7	23
evangelisch	244	20	48	7	24
katholisch	111	12	43	12	33

Es gibt ja mehrere Möglichkeiten, wie der Staat die Finanzierung des Rentensystems in der Zukunft sicherstellen könnte. Wenn Sie wählen müssten, welche der folgenden Maßnahmen würden Sie bevorzugen?

Tabelle A39

Kinderzahl und Rente

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Kinder spielen keine Rolle	Höhere RV-Beiträge für Kinderlose	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	42	57	2
Geschlecht				
Männer	507	38	62	0
Frauen	532	46	52	2
Alter				
18-24 Jahre	114	61	39	0
25-34 Jahre	121	57	43	0
35-44 Jahre	171	38	61	1
45-59 Jahre	287	35	62	4
60 Jahre und älter	346	38	61	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	213	54	44	2
10. Klasse	482	43	56	0
Abitur	101	47	51	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	26	71	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	511	39	59	2
in Ausbildung	79	59	41	0
arbeitslos	54	58	40	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	39	59	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	138	50	48	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	40	59	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	29	69	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	24	71	5
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	684	46	53	2
evangelisch	244	33	66	2
katholisch	111	35	60	6

Es wird zur Zeit diskutiert, wie weit bei der Rente berücksichtigt werden soll, ob jemand Kinder hat oder nicht. Was meinen Sie: Sollten Kinderlose höhere Rentenbeiträge zahlen als Leute mit Kindern? Oder sollte es bei den Renten und Rentenbeiträgen keine Rolle spielen, ob jemand Kinder hat?

Tabelle A40

**Rente und Demografie:
Jeder sollte selbst für sein Alter vorsorgen.**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	9	18	39	33	1
Geschlecht						
Männer	507	12	18	37	32	0
Frauen	532	7	18	41	33	2
Alter						
18-24 Jahre	114	4	20	48	28	0
25-34 Jahre	121	8	17	42	32	0
35-44 Jahre	171	7	17	50	25	2
45-59 Jahre	287	10	21	36	32	0
60 Jahre und älter	346	12	16	33	38	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	13	18	29	40	1
10. Klasse	482	8	20	41	31	0
Abitur	101	9	18	45	27	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	8	15	42	33	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	9	17	42	31	0
in Ausbildung	79	0	21	50	29	0
arbeitslos	54	9	18	35	39	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	11	17	33	37	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	13	15	41	31	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	20	44	29	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	3	17	46	31	4
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	15	35	34	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	9	19	37	35	0
evangelisch	244	9	16	47	28	0
katholisch	111	12	20	39	28	2

Jetzt noch einige Aussagen, die man schon einmal gehört hat. Bitte sagen Sie mir wieder für jede Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Jeder sollte selbst so für sein Alter sorgen, dass er später niemandem zur Last fällt.

Tabelle A41

**Rente und Demografie:
Abdeckung Grundbedarf durch
gesetzliche Rente ist ausreichend**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	20	29	30	20	1
Geschlecht						
Männer	507	19	26	32	22	1
Frauen	532	21	30	28	19	2
Alter						
18-24 Jahre	114	10	30	40	20	0
25-34 Jahre	121	19	29	39	11	2
35-44 Jahre	171	20	33	33	13	1
45-59 Jahre	287	21	30	28	20	0
60 Jahre und älter	346	22	25	23	27	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	23	18	28	27	5
10. Klasse	482	23	31	31	15	0
Abitur	101	10	35	27	26	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	16	30	30	23	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	20	31	31	16	1
in Ausbildung	79	7	32	37	24	0
arbeitslos	54	36	14	37	12	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	20	26	24	28	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	25	36	24	13	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	20	30	33	16	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	32	36	17	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	15	25	35	24	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	19	30	29	20	2
evangelisch	244	23	28	30	18	1
katholisch	111	17	20	32	29	2

Jetzt noch einige Aussagen, die man schon einmal gehört hat. Bitte sagen Sie mir wieder für jede Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt.

Tabelle A42

Rente und Demografie: Höhere Rente für Leute mit höherem Einkommen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	20	22	31	25	2
Geschlecht						
Männer	507	20	22	32	24	2
Frauen	532	21	21	30	25	3
Alter						
18-24 Jahre	114	20	26	40	14	0
25-34 Jahre	121	13	18	37	31	1
35-44 Jahre	171	16	29	28	27	1
45-59 Jahre	287	21	21	30	25	2
60 Jahre und älter	346	25	18	29	25	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	31	20	25	22	3
10. Klasse	482	22	25	28	23	1
Abitur	101	8	19	38	32	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	14	16	40	28	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	16	22	32	28	1
in Ausbildung	79	15	32	41	12	0
arbeitslos	54	39	18	26	15	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	24	20	27	26	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	24	22	26	26	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	13	25	32	29	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	7	18	37	38	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	16	19	40	21	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	22	20	29	27	2
evangelisch	244	17	26	35	20	3
katholisch	111	19	19	34	24	3

Jetzt noch einige Aussagen, die man schon einmal gehört hat. Bitte sagen Sie mir wieder für jede Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Renten bekommen als andere.

Tabelle A43

**Zufriedenheit mit Infrastruktur:
Einkaufsmöglichkeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	1039	6	13	34	46	0	0
Geschlecht							
Männer	507	6	14	36	44	0	0
Frauen	532	7	12	33	47	0	0
Alter							
18-24 Jahre	114	7	16	41	36	0	0
25-34 Jahre	121	10	12	31	47	0	0
35-44 Jahre	171	5	14	38	42	0	1
45-59 Jahre	287	2	14	39	44	0	0
60 Jahre und älter	346	10	12	28	51	0	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	11	12	28	50	0	0
10. Klasse	482	7	14	35	44	0	0
Abitur	101	1	15	46	37	0	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	4	13	34	48	0	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	5	13	38	43	0	0
in Ausbildung	79	2	15	44	38	0	0
arbeitslos	54	6	12	43	39	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	9	14	28	50	0	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	4	17	38	41	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	13	35	46	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	14	47	35	0	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	8	9	37	47	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	6	13	34	47	0	0
evangelisch	244	8	17	37	39	0	0
katholisch	111	5	8	33	53	0	0

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit den Einkaufsmöglichkeiten?

Tabelle A44

Zufriedenheit mit Infrastruktur: öffentlicher Nahverkehr

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	1039	10	20	29	30	2	10
Geschlecht							
Männer	507	12	21	27	27	1	11
Frauen	532	7	18	31	32	2	10
Alter							
18-24 Jahre	114	6	29	22	41	0	2
25-34 Jahre	121	13	28	24	26	0	9
35-44 Jahre	171	9	20	30	25	3	12
45-59 Jahre	287	12	20	29	26	1	12
60 Jahre und älter	346	8	13	32	32	2	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	6	16	23	42	2	11
10. Klasse	482	12	21	31	24	1	11
Abitur	101	7	30	28	28	1	6
(Fach-)Hochschulabschluss	244	11	16	31	30	2	10
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	11	22	30	25	2	11
in Ausbildung	79	8	31	20	39	0	1
arbeitslos	54	8	21	31	29	5	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	9	14	32	32	2	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	11	21	31	25	1	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	11	24	28	25	1	11
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	22	36	21	2	7
Landw./Selbst./Freiber.	68	10	15	28	25	4	18
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	10	19	29	32	1	10
evangelisch	244	12	19	35	21	2	12
katholisch	111	5	24	20	36	2	13

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit dem öffentlichen Nahverkehr?

Tabelle A45

**Zufriedenheit mit Infrastruktur:
Versorgung mit Ärzten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	1039	9	23	41	27	0	0
Geschlecht							
Männer	507	9	22	44	25	0	1
Frauen	532	8	23	38	30	0	0
Alter							
18-24 Jahre	114	1	26	44	28	0	0
25-34 Jahre	121	6	23	42	28	1	0
35-44 Jahre	171	11	28	40	20	0	0
45-59 Jahre	287	13	24	41	21	0	1
60 Jahre und älter	346	7	17	40	36	0	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	6	16	38	40	0	0
10. Klasse	482	10	27	41	22	0	0
Abitur	101	4	27	43	25	0	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	9	17	44	27	1	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	11	25	42	22	0	1
in Ausbildung	79	0	25	43	32	0	0
arbeitslos	54	10	27	44	18	0	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	18	40	34	0	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	12	27	42	19	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	9	27	40	23	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	14	18	45	19	1	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	10	20	41	27	0	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	8	23	40	28	0	0
evangelisch	244	10	22	46	21	0	1
katholisch	111	6	22	39	33	0	1

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit der Versorgung durch Ärzte?

Tabelle A46

**Zufriedenheit mit Infrastruktur:
Versorgung mit Pflegeeinrichtungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	1039	3	12	43	20	9	13
Geschlecht							
Männer	507	3	11	43	19	9	15
Frauen	532	3	12	44	20	9	11
Alter							
18-24 Jahre	114	4	23	29	29	7	8
25-34 Jahre	121	5	12	46	18	4	15
35-44 Jahre	171	5	13	46	17	9	10
45-59 Jahre	287	4	12	48	16	7	14
60 Jahre und älter	346	1	7	42	22	12	15
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	2	12	33	28	11	14
10. Klasse	482	4	13	50	18	6	9
Abitur	101	4	14	37	17	8	21
(Fach-)Hochschulabschluss	244	2	8	43	18	12	17
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	4	12	47	16	8	13
in Ausbildung	79	2	23	23	34	5	13
arbeitslos	54	9	10	54	17	2	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	2	9	43	22	11	14
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	3	14	50	16	6	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	4	14	45	18	8	11
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	10	47	11	14	14
Landw./Selbst./Freiber.	68	4	4	45	19	8	21
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	3	13	40	20	9	14
evangelisch	244	3	10	49	17	8	14
katholisch	111	4	10	52	21	7	6

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit der Versorgung durch Pflegeeinrichtungen?

Tabelle A47

**Zufriedenheit mit Infrastruktur:
Freizeitmöglichkeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	1039	10	31	43	14	1	2
Geschlecht							
Männer	507	10	29	46	12	1	1
Frauen	532	10	32	40	15	1	3
Alter							
18-24 Jahre	114	15	37	30	17	0	0
25-34 Jahre	121	17	33	38	11	0	1
35-44 Jahre	171	7	35	46	11	0	0
45-59 Jahre	287	8	36	43	11	1	2
60 Jahre und älter	346	8	21	47	18	2	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	13	26	38	18	2	3
10. Klasse	482	10	34	44	10	0	1
Abitur	101	8	38	37	15	1	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	6	25	48	17	1	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	9	34	43	12	1	1
in Ausbildung	79	5	37	45	13	0	0
arbeitslos	54	28	26	34	12	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	25	45	16	2	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	6	38	46	7	1	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	11	35	40	13	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	10	32	44	12	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	7	21	47	21	3	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	11	30	42	14	0	2
evangelisch	244	9	33	41	13	2	2
katholisch	111	4	29	52	12	1	2

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit den Freizeitmöglichkeiten?

Tabelle A48

**Zufriedenheit mit Infrastruktur:
Erreichbarkeit von Behörden**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	1039	6	20	54	19	0	0
Geschlecht							
Männer	507	6	20	57	17	0	0
Frauen	532	6	20	52	21	0	1
Alter							
18-24 Jahre	114	4	18	61	17	0	0
25-34 Jahre	121	5	18	60	17	0	0
35-44 Jahre	171	9	26	46	19	0	1
45-59 Jahre	287	7	21	55	17	0	1
60 Jahre und älter	346	6	18	53	22	1	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	7	16	55	22	0	0
10. Klasse	482	8	25	52	14	0	1
Abitur	101	3	20	55	22	0	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	4	14	58	24	0	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	8	22	52	18	0	1
in Ausbildung	79	2	18	65	15	0	0
arbeitslos	54	10	21	56	12	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	6	19	53	21	1	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	8	27	48	16	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	23	53	17	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	9	14	58	19	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	5	16	53	24	0	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	6	19	55	19	0	1
evangelisch	244	8	26	49	17	0	0
katholisch	111	3	15	58	23	1	0

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen?

Tabelle A49

**Zufriedenheit mit Infrastruktur:
Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe	betrifft mich nicht
Insgesamt	303	2	11	48	36	1	2
Geschlecht							
Männer	135	1	12	55	27	0	4
Frauen	168	2	11	43	43	1	0
Alter							
18-24 Jahre	6	0	22	37	40	0	0
25-34 Jahre	77	3	9	47	41	0	0
35-44 Jahre	124	2	12	50	36	0	0
45-59 Jahre	69	1	15	49	33	0	3
60 Jahre und älter	27	0	5	45	31	6	13
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	32	0	12	34	54	0	0
10. Klasse	188	2	11	54	31	1	1
Abitur	24	8	17	33	42	0	0
(Fach-)Hochschulabschluss	59	1	9	45	39	0	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	226	2	13	50	35	0	1
in Ausbildung	3	0	0	66	34	0	0
arbeitslos	19	0	15	47	38	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	44	3	6	39	40	3	8
Berufsgruppe							
Arbeiter	55	0	14	46	40	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	108	1	13	52	32	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	27	7	11	44	39	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	36	2	11	52	35	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	206	1	13	46	38	0	2
evangelisch	68	4	7	56	29	0	3
katholisch	29	0	11	48	36	5	0

Wie zufrieden sind Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Wohngegend? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen?

Tabelle A50

Optionen Kinderbetreuung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Erziehung in einer Kita	Kombination 1/2 Tag Eltern 1/2 Tag Kita	Erziehung zu Hause durch die Eltern	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	35	58	6	1
Geschlecht					
Männer	507	35	59	5	1
Frauen	532	35	57	7	1
Alter					
18-24 Jahre	114	6	88	7	0
25-34 Jahre	121	29	68	1	2
35-44 Jahre	171	42	55	3	0
45-59 Jahre	287	35	58	6	0
60 Jahre und älter	346	44	47	8	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	36	52	10	1
10. Klasse	482	35	59	5	0
Abitur	101	22	74	4	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	40	55	4	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	36	60	3	1
in Ausbildung	79	10	83	5	1
arbeitslos	54	35	53	11	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	43	47	9	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	37	61	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	31	64	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	48	49	2	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	34	62	4	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	38	57	5	0
evangelisch	244	31	63	6	0
katholisch	111	30	56	12	2

Was meinen Sie ist für das Wohl eines Kleinkindes besser: wenn es zu Hause von den Eltern erzogen wird oder wenn es tagsüber in einer Kindertageseinrichtung erzogen wird oder eine Kombination aus halbtags bei den Eltern, halbtags in einer Kindertageseinrichtung?

Tabelle A51

Interesse an Politik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	überhaupt nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	7	12	35	30	17	0
Geschlecht							
Männer	507	4	9	31	34	22	0
Frauen	532	9	14	38	26	13	0
Alter							
18-24 Jahre	114	3	25	51	13	9	0
25-34 Jahre	121	21	23	35	19	3	0
35-44 Jahre	171	7	14	38	29	12	0
45-59 Jahre	287	5	7	36	35	17	0
60 Jahre und älter	346	4	7	26	34	28	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	14	13	35	24	14	0
10. Klasse	482	6	15	39	27	13	0
Abitur	101	3	11	39	32	15	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	2	4	25	39	29	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	7	12	38	29	14	0
in Ausbildung	79	2	23	40	26	10	0
arbeitslos	54	14	21	31	23	12	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	6	7	28	33	26	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	10	17	38	25	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	6	12	44	25	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	3	5	32	39	20	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	4	8	25	41	22	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	8	13	36	28	15	0
evangelisch	244	4	9	31	33	23	0
katholisch	111	6	8	34	35	18	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?

Tabelle A52

Gespräche über Politik im Elternhaus

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nie	selten	häufig	sehr häufig	trifft nicht zu/weiß nicht
Insgesamt	1039	5	39	39	14	2
Geschlecht						
Männer	507	3	39	41	15	2
Frauen	532	6	39	38	13	3
Alter						
18-24 Jahre	114	2	46	46	6	0
25-34 Jahre	121	5	55	30	7	4
35-44 Jahre	171	4	48	40	8	1
45-59 Jahre	287	4	35	42	18	1
60 Jahre und älter	346	7	31	37	19	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	7	40	38	9	6
10. Klasse	482	5	43	38	12	1
Abitur	101	2	40	43	13	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	4	31	41	21	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	4	41	40	14	1
in Ausbildung	79	2	48	45	6	0
arbeitslos	54	7	47	38	8	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	33	36	18	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	6	45	42	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	43	36	14	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	2	32	42	24	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	1	38	46	15	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	5	40	40	13	2
evangelisch	244	5	37	40	14	4
katholisch	111	5	39	36	19	1

Wie oft ist in Ihrem Elternhaus über Politik gesprochen worden? War das sehr häufig, häufig, selten oder nie der Fall?

Tabelle A53

Demokratiezufriedenheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	ziemlich unzufrieden	ziemlich zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	13	40	43	3	1
Geschlecht						
Männer	507	16	39	41	3	0
Frauen	532	11	40	44	2	2
Alter						
18-24 Jahre	114	9	39	48	4	0
25-34 Jahre	121	15	39	45	0	0
35-44 Jahre	171	11	37	50	2	1
45-59 Jahre	287	16	43	39	2	1
60 Jahre und älter	346	13	39	41	5	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	15	40	40	3	3
10. Klasse	482	15	43	39	2	1
Abitur	101	9	38	50	4	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	12	33	50	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	12	40	45	1	1
in Ausbildung	79	10	29	54	6	0
arbeitslos	54	27	45	28	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	14	40	39	5	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	14	51	33	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	11	39	47	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	12	26	58	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	15	32	51	2	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	16	43	38	1	1
evangelisch	244	9	37	48	5	0
katholisch	111	8	23	60	6	2

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A54

Demokratie als Staatsidee

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	5	15	57	20	3
Geschlecht						
Männer	507	4	12	59	23	2
Frauen	532	5	19	56	16	4
Alter						
18-24 Jahre	114	3	19	59	19	0
25-34 Jahre	121	11	20	50	16	3
35-44 Jahre	171	4	15	59	19	3
45-59 Jahre	287	5	12	63	18	4
60 Jahre und älter	346	4	16	55	23	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	7	22	50	15	6
10. Klasse	482	4	18	58	17	3
Abitur	101	6	11	57	27	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	2	7	63	26	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	4	13	61	19	3
in Ausbildung	79	5	15	46	34	0
arbeitslos	54	12	21	56	7	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	4	19	54	20	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	7	16	62	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	14	62	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	5	61	31	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	2	6	56	35	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	6	18	57	16	3
evangelisch	244	2	9	62	26	3
katholisch	111	4	12	49	28	6

Was würde Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage "Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen" voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen Sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle A55

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	12	16	43	22	5	1
Geschlecht							
Männer	507	14	18	37	24	5	1
Frauen	532	10	15	49	21	5	0
Alter							
18-24 Jahre	114	12	20	29	28	8	3
25-34 Jahre	121	13	21	47	18	2	0
35-44 Jahre	171	11	16	49	21	2	0
45-59 Jahre	287	15	18	41	23	3	1
60 Jahre und älter	346	11	12	45	23	8	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	16	16	42	14	10	3
10. Klasse	482	13	15	45	23	3	0
Abitur	101	9	20	39	26	6	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	10	17	42	27	4	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	11	18	45	23	3	0
in Ausbildung	79	11	21	24	29	10	5
arbeitslos	54	33	19	41	6	1	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	11	13	45	22	7	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	15	20	47	15	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	10	19	45	24	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	7	13	38	35	6	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	17	46	20	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	15	18	43	19	4	1
evangelisch	244	7	14	45	28	5	0
katholisch	111	6	9	43	33	7	2

Ich lese Ihnen jetzt einige Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A56

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	8	14	47	25	4	3
Geschlecht							
Männer	507	10	16	42	26	4	3
Frauen	532	7	13	51	24	4	1
Alter							
18-24 Jahre	114	5	16	37	35	3	3
25-34 Jahre	121	6	14	54	25	1	0
35-44 Jahre	171	7	16	48	26	2	2
45-59 Jahre	287	11	16	46	24	2	2
60 Jahre und älter	346	8	11	47	23	7	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	5	14	54	14	8	5
10. Klasse	482	9	14	44	29	2	1
Abitur	101	9	13	46	29	2	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	9	16	44	26	3	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	8	17	46	25	2	2
in Ausbildung	79	9	14	35	32	5	5
arbeitslos	54	13	20	55	12	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	11	49	24	6	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	7	19	46	23	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	7	17	47	25	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	8	14	40	34	4	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	11	48	22	4	1
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	10	16	48	21	3	2
evangelisch	244	3	12	46	33	3	1
katholisch	111	5	10	41	35	7	3

Ich lese Ihnen jetzt einige Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A57

Institutionenvertrauen: Deutscher Bundestag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	8	17	42	26	4	3
Geschlecht							
Männer	507	10	19	36	28	6	2
Frauen	532	7	15	47	24	3	3
Alter							
18-24 Jahre	114	8	22	35	25	7	3
25-34 Jahre	121	8	18	46	24	4	0
35-44 Jahre	171	8	20	44	26	1	0
45-59 Jahre	287	10	16	39	29	3	2
60 Jahre und älter	346	8	15	43	24	6	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	11	11	47	18	6	8
10. Klasse	482	9	19	43	26	3	1
Abitur	101	8	18	31	36	7	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	6	19	39	30	6	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	8	18	42	27	3	2
in Ausbildung	79	3	22	31	30	11	5
arbeitslos	54	20	27	37	9	4	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	15	43	25	5	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	9	26	41	19	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	8	14	45	30	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	16	33	41	5	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	12	19	44	19	2	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	11	20	42	22	3	2
evangelisch	244	4	14	41	35	5	1
katholisch	111	4	10	38	33	10	5

Ich lese Ihnen jetzt einige Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit dem Deutschen Bundestag?

Tabelle A58

Institutionenvertrauen: Thüringer Landtag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	7	17	42	28	4	2
Geschlecht							
Männer	507	9	20	35	30	5	2
Frauen	532	5	15	48	27	3	2
Alter							
18-24 Jahre	114	2	23	34	29	10	2
25-34 Jahre	121	5	16	46	29	3	1
35-44 Jahre	171	5	17	43	33	0	1
45-59 Jahre	287	9	17	45	25	3	2
60 Jahre und älter	346	8	16	39	29	5	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	6	18	41	24	7	5
10. Klasse	482	8	17	40	31	2	1
Abitur	101	8	13	43	28	8	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	6	18	45	26	4	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	7	18	43	28	2	1
in Ausbildung	79	4	20	33	23	15	4
arbeitslos	54	15	15	50	18	0	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	16	39	30	4	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	7	18	38	32	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	6	19	46	27	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	17	42	33	2	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	13	18	45	20	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	9	19	43	25	4	1
evangelisch	244	3	15	41	35	4	3
katholisch	111	4	12	38	37	7	3

Ich lese Ihnen jetzt einige Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit dem Thüringer Landtag?

Tabelle A59

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	6	14	28	35	12	5
Geschlecht							
Männer	507	8	15	22	36	15	4
Frauen	532	5	12	33	34	9	7
Alter							
18-24 Jahre	114	4	13	23	38	21	2
25-34 Jahre	121	5	12	34	35	11	2
35-44 Jahre	171	3	10	27	45	11	4
45-59 Jahre	287	6	13	31	34	13	4
60 Jahre und älter	346	9	17	26	30	9	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	8	19	26	22	16	9
10. Klasse	482	6	13	28	36	11	5
Abitur	101	6	8	23	45	15	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	5	13	30	40	9	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	5	11	29	40	10	5
in Ausbildung	79	3	15	27	36	20	0
arbeitslos	54	7	20	23	25	21	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	8	18	27	29	9	8
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	9	13	22	40	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	4	8	36	38	10	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	2	10	22	51	13	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	7	16	27	34	8	8
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	6	14	30	32	12	5
evangelisch	244	7	13	24	41	10	6
katholisch	111	6	14	22	37	13	8

Ich lese Ihnen jetzt einige Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A60

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	2	5	23	50	19	1
Geschlecht							
Männer	507	2	6	21	51	19	0
Frauen	532	1	5	25	48	18	2
Alter							
18-24 Jahre	114	3	12	13	48	24	0
25-34 Jahre	121	3	4	30	34	26	3
35-44 Jahre	171	1	5	19	57	17	2
45-59 Jahre	287	3	5	24	51	16	1
60 Jahre und älter	346	1	4	25	51	17	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	213	2	6	24	45	21	3
10. Klasse	482	2	5	23	50	19	1
Abitur	101	2	6	22	50	19	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	1	5	23	54	16	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	511	2	5	22	52	17	1
in Ausbildung	79	3	11	18	39	30	0
arbeitslos	54	2	6	23	40	27	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	1	3	26	50	16	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	138	3	5	21	50	21	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	2	4	23	49	19	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	4	18	65	12	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	2	9	26	48	12	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	684	2	5	25	50	18	1
evangelisch	244	1	6	20	53	16	3
katholisch	111	4	6	21	40	27	2

Ich lese Ihnen jetzt einige Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A61

Wahlbeteiligung Pflicht eines jeden Bürgers

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	7	10	22	60	1
Geschlecht						
Männer	507	7	10	22	60	1
Frauen	532	7	9	22	61	1
Alter						
18-24 Jahre	114	1	9	22	68	0
25-34 Jahre	121	5	13	27	51	3
35-44 Jahre	171	6	13	24	55	1
45-59 Jahre	287	12	9	27	52	1
60 Jahre und älter	346	6	7	16	70	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	6	13	18	62	2
10. Klasse	482	7	11	25	56	2
Abitur	101	8	7	22	63	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	6	6	21	67	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	7	10	25	56	2
in Ausbildung	79	0	6	22	72	0
arbeitslos	54	13	17	20	48	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	7	8	16	68	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	10	13	24	52	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	6	10	26	56	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	7	7	28	57	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	6	6	24	61	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	8	11	22	59	2
evangelisch	244	4	8	21	66	0
katholisch	111	6	6	27	59	2

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: In der Demokratie ist es die Pflicht eines jeden Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen.

Tabelle A62

Fehlender Einfluss auf Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	20	22	27	29	2
Geschlecht						
Männer	507	24	24	27	24	1
Frauen	532	17	21	27	34	2
Alter						
18-24 Jahre	114	38	35	12	15	0
25-34 Jahre	121	21	20	27	30	1
35-44 Jahre	171	25	20	28	25	2
45-59 Jahre	287	19	21	29	29	2
60 Jahre und älter	346	13	21	30	35	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	19	16	24	36	5
10. Klasse	482	19	20	29	32	0
Abitur	101	29	32	22	16	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	22	29	28	21	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	23	22	28	24	2
in Ausbildung	79	43	32	14	11	0
arbeitslos	54	8	10	22	58	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	12	21	29	36	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	17	17	32	30	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	23	23	30	24	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	32	33	19	15	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	26	21	28	22	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	19	22	26	32	1
evangelisch	244	26	24	29	20	1
katholisch	111	15	18	30	29	7

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Tabelle A63

Parteien wollen nur Stimmen der Wähler

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	8	23	37	30	1
Geschlecht						
Männer	507	7	24	39	28	1
Frauen	532	9	21	35	32	2
Alter						
18-24 Jahre	114	11	40	38	11	0
25-34 Jahre	121	8	24	33	31	4
35-44 Jahre	171	11	22	43	23	0
45-59 Jahre	287	7	19	38	33	2
60 Jahre und älter	346	6	20	35	36	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	9	23	30	33	4
10. Klasse	482	8	21	38	33	0
Abitur	101	9	24	43	22	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	8	26	40	24	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	10	21	41	28	1
in Ausbildung	79	12	48	29	10	0
arbeitslos	54	2	14	28	53	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	6	19	36	37	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	12	12	38	36	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	9	20	44	27	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	8	39	31	21	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	8	23	48	21	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	8	21	35	34	1
evangelisch	244	9	28	41	21	1
katholisch	111	8	21	41	26	3

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihren Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A64

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	37	49	14	1
Geschlecht					
Männer	507	36	48	16	0
Frauen	532	38	49	12	1
Alter					
18-24 Jahre	114	36	51	13	0
25-34 Jahre	121	40	52	8	0
35-44 Jahre	171	36	53	10	1
45-59 Jahre	287	33	49	17	0
60 Jahre und älter	346	38	44	16	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	45	42	12	3
10. Klasse	482	38	52	10	1
Abitur	101	34	51	14	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	27	47	25	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	35	51	14	0
in Ausbildung	79	27	58	15	0
arbeitslos	54	44	46	10	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	40	44	15	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	42	50	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	31	54	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	28	53	19	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	40	37	23	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	40	47	13	0
evangelisch	244	29	55	15	1
katholisch	111	32	45	19	3

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: an einen Politiker wenden?

Tabelle A65

Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	9	50	40	0
Geschlecht					
Männer	507	9	50	40	0
Frauen	532	9	51	40	0
Alter					
18-24 Jahre	114	8	56	36	0
25-34 Jahre	121	7	51	42	0
35-44 Jahre	171	5	49	46	0
45-59 Jahre	287	7	50	43	0
60 Jahre und älter	346	14	49	35	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	18	53	28	2
10. Klasse	482	7	54	39	0
Abitur	101	6	48	46	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	8	41	51	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	6	50	44	0
in Ausbildung	79	12	46	43	0
arbeitslos	54	11	45	44	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	13	50	35	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	11	51	38	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	5	48	47	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	3	52	45	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	4	54	42	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	9	50	40	0
evangelisch	244	10	47	42	0
katholisch	111	7	54	36	3

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: an einer Unterschriftenaktion teilnehmen?

Tabelle A66

Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	75	16	8	1
Geschlecht					
Männer	507	69	20	11	0
Frauen	532	82	13	4	1
Alter					
18-24 Jahre	114	63	34	3	0
25-34 Jahre	121	79	17	4	0
35-44 Jahre	171	76	20	3	1
45-59 Jahre	287	73	18	8	1
60 Jahre und älter	346	80	7	12	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	74	17	7	1
10. Klasse	482	79	16	5	0
Abitur	101	70	20	10	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	71	15	14	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	77	16	7	0
in Ausbildung	79	44	51	5	0
arbeitslos	54	80	14	3	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	80	9	11	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	74	20	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	81	13	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	66	22	12	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	80	10	10	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	76	17	6	0
evangelisch	244	74	17	8	1
katholisch	111	73	11	15	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: in einer politischen Partei mitarbeiten?

Tabelle A67

Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	32	58	9	1
Geschlecht					
Männer	507	28	60	11	1
Frauen	532	36	56	8	1
Alter					
18-24 Jahre	114	28	65	7	0
25-34 Jahre	121	38	59	2	1
35-44 Jahre	171	24	69	6	1
45-59 Jahre	287	27	60	11	1
60 Jahre und älter	346	39	48	12	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	45	46	9	1
10. Klasse	482	30	62	7	1
Abitur	101	30	59	9	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	25	61	13	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	28	63	8	0
in Ausbildung	79	21	72	7	0
arbeitslos	54	32	56	11	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	42	46	11	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	32	64	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	28	63	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	22	65	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	24	65	10	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	34	57	9	0
evangelisch	244	26	64	9	2
katholisch	111	34	52	12	2

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: in einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Tabelle A68

**Politische Partizipation:
An einer genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	37	44	18	1
Geschlecht					
Männer	507	31	48	20	1
Frauen	532	42	40	17	1
Alter					
18-24 Jahre	114	34	46	20	0
25-34 Jahre	121	47	41	10	2
35-44 Jahre	171	28	55	16	1
45-59 Jahre	287	31	43	24	1
60 Jahre und älter	346	43	39	17	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	48	37	15	1
10. Klasse	482	39	46	14	1
Abitur	101	28	48	22	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	28	43	29	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	32	46	21	1
in Ausbildung	79	30	53	17	0
arbeitslos	54	33	44	17	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	45	38	16	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	35	49	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	34	42	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	27	47	26	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	26	53	21	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	39	43	17	1
evangelisch	244	33	46	21	1
katholisch	111	35	42	20	3

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: an einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Tabelle A69

**Politische Partizipation:
An einer nicht genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	77	17	5	1
Geschlecht					
Männer	507	70	22	7	1
Frauen	532	84	12	3	1
Alter					
18-24 Jahre	114	62	31	8	0
25-34 Jahre	121	80	17	3	1
35-44 Jahre	171	71	24	5	1
45-59 Jahre	287	73	19	5	2
60 Jahre und älter	346	89	7	3	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	85	12	2	0
10. Klasse	482	77	18	4	1
Abitur	101	66	22	9	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	77	16	6	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	73	21	5	1
in Ausbildung	79	63	33	5	0
arbeitslos	54	71	22	5	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	89	7	4	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	73	21	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	78	18	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	63	28	8	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	67	22	9	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	78	17	4	1
evangelisch	244	74	19	4	3
katholisch	111	81	11	8	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Tabelle A70

**Politische Partizipation:
Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	93	6	0	0
Geschlecht					
Männer	507	90	8	1	0
Frauen	532	95	4	0	0
Alter					
18-24 Jahre	114	88	10	0	2
25-34 Jahre	121	94	6	0	0
35-44 Jahre	171	93	7	0	0
45-59 Jahre	287	94	5	1	0
60 Jahre und älter	346	93	5	1	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	91	9	0	1
10. Klasse	482	93	7	0	0
Abitur	101	93	3	1	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	95	4	0	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	94	5	0	0
in Ausbildung	79	93	4	0	3
arbeitslos	54	85	14	2	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	94	5	1	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	91	8	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	95	5	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	98	2	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	92	8	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	93	6	0	0
evangelisch	244	94	5	1	0
katholisch	111	90	9	0	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit: für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Tabelle A71

Ehrenamt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Ehrenamt				
		nie	selten	mindestens 1x pro Monat	mindestens 1x pro Woche	täglich
Insgesamt	1039	48	20	15	13	3
Geschlecht						
Männer	507	43	21	17	16	4
Frauen	532	53	19	13	11	3
Alter						
18-24 Jahre	114	40	25	11	17	8
25-34 Jahre	121	46	29	13	10	2
35-44 Jahre	171	46	22	16	11	4
45-59 Jahre	287	45	22	16	14	3
60 Jahre und älter	346	54	13	16	14	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	61	10	16	9	4
10. Klasse	482	50	23	12	11	4
Abitur	101	31	27	14	25	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	40	20	21	16	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	45	23	15	13	3
in Ausbildung	79	33	22	15	22	7
arbeitslos	54	54	24	16	4	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	54	14	15	13	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	55	21	14	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	42	24	15	15	5
höh.-leit. Ang./Beamte	74	38	25	21	15	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	41	21	13	20	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	54	20	13	10	3
evangelisch	244	38	21	19	18	3
katholisch	111	34	21	17	21	7

Wie oft sind Sie in Ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig?

Tabelle A72

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	17	34	35	10	5
Geschlecht						
Männer	507	18	38	31	9	3
Frauen	532	15	30	38	10	6
Alter						
18-24 Jahre	114	19	31	27	11	12
25-34 Jahre	121	11	36	27	15	11
35-44 Jahre	171	20	37	30	10	3
45-59 Jahre	287	15	34	41	8	2
60 Jahre und älter	346	17	32	38	9	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	16	22	38	14	9
10. Klasse	482	13	34	38	10	5
Abitur	101	26	35	27	7	4
(Fach-)Hochschulabschluss	244	19	43	29	6	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	15	37	34	9	6
in Ausbildung	79	30	25	30	8	7
arbeitslos	54	7	29	35	27	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	17	32	37	9	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	9	32	44	11	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	13	35	34	10	8
höh.-leit. Ang./Beamte	74	23	46	25	4	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	28	41	18	7	7
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	11	33	38	13	5
evangelisch	244	26	40	27	4	4
katholisch	111	28	27	34	3	8

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A73

In der DDR hat sich Staat zu sehr in Erziehung eingemischt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	16	21	29	26	8
Geschlecht						
Männer	507	16	20	31	25	7
Frauen	532	16	22	26	26	8
Alter						
18-24 Jahre	114	8	25	28	13	27
25-34 Jahre	121	24	19	20	15	21
35-44 Jahre	171	21	21	27	26	4
45-59 Jahre	287	12	25	35	25	3
60 Jahre und älter	346	17	18	27	34	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	17	15	24	31	12
10. Klasse	482	18	21	29	22	9
Abitur	101	18	29	26	22	5
(Fach-)Hochschulabschluss	244	11	23	34	29	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	19	22	28	23	8
in Ausbildung	79	7	23	32	21	17
arbeitslos	54	17	21	32	24	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	15	20	28	31	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	22	21	28	24	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	20	23	26	21	9
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	28	32	22	5
Landw./Selbst./Freiber.	68	17	18	27	28	10
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	17	22	30	21	9
evangelisch	244	13	21	29	30	7
katholisch	111	16	14	22	42	5

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: In der DDR hat sich der Staat zu sehr in die Erziehung eingemischt.

Tabelle A74

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	15	32	32	19	1
Geschlecht						
Männer	507	14	35	32	17	2
Frauen	532	15	30	32	22	1
Alter						
18-24 Jahre	114	9	21	42	29	0
25-34 Jahre	121	8	35	30	24	3
35-44 Jahre	171	16	40	29	13	1
45-59 Jahre	287	16	36	30	17	2
60 Jahre und älter	346	17	28	34	20	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	18	15	31	33	3
10. Klasse	482	13	32	34	20	1
Abitur	101	15	43	32	9	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	15	44	30	10	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	15	36	31	16	2
in Ausbildung	79	16	32	34	18	0
arbeitslos	54	6	18	29	47	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	16	28	34	21	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	11	36	32	18	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	13	32	35	18	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	14	54	24	9	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	31	34	19	13	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	14	31	32	22	1
evangelisch	244	16	35	34	14	0
katholisch	111	15	36	31	13	4

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle A75

**Wir sollten zur sozialistischen Ordnung
zurückkehren**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	60	24	10	3	2
Geschlecht						
Männer	507	61	23	10	3	3
Frauen	532	58	24	10	4	3
Alter						
18-24 Jahre	114	49	30	15	0	6
25-34 Jahre	121	47	33	8	7	4
35-44 Jahre	171	66	21	10	0	2
45-59 Jahre	287	64	23	9	3	1
60 Jahre und älter	346	61	21	10	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	50	20	20	6	5
10. Klasse	482	59	26	9	3	3
Abitur	101	64	26	6	3	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	69	22	5	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	62	25	8	2	2
in Ausbildung	79	64	25	9	0	3
arbeitslos	54	47	26	12	9	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	60	20	12	5	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	56	28	11	2	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	57	30	7	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	75	18	5	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	68	77	12	7	2	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	56	24	12	4	4
evangelisch	244	66	26	6	1	1
katholisch	111	68	19	6	4	4

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Tabelle A76

Bewertung der deutschen Einheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	14	10	74	3
Geschlecht					
Männer	507	13	9	77	0
Frauen	532	14	11	72	4
Alter					
18-24 Jahre	114	15	4	74	7
25-34 Jahre	121	14	9	71	5
35-44 Jahre	171	12	10	76	2
45-59 Jahre	287	15	12	73	1
60 Jahre und älter	346	13	11	75	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	213	18	14	64	5
10. Klasse	482	15	11	72	2
Abitur	101	9	6	82	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	9	6	83	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	511	11	10	77	2
in Ausbildung	79	13	2	77	9
arbeitslos	54	38	15	41	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	13	11	75	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	138	14	17	69	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	12	8	77	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	5	6	89	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	9	7	82	2
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	684	18	11	68	3
evangelisch	244	7	6	87	1
katholisch	111	4	13	81	1

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A77

Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	23	34	26	12	4
Geschlecht						
Männer	507	25	33	27	11	4
Frauen	532	22	35	26	13	5
Alter						
18-24 Jahre	114	31	34	27	6	2
25-34 Jahre	121	20	40	22	12	5
35-44 Jahre	171	26	31	25	13	4
45-59 Jahre	287	21	37	28	11	4
60 Jahre und älter	346	22	31	27	15	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	28	28	21	18	6
10. Klasse	482	16	34	31	15	3
Abitur	101	26	44	20	3	6
(Fach-)Hochschulabschluss	244	31	35	26	6	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	23	37	25	11	3
in Ausbildung	79	37	28	24	6	5
arbeitslos	54	17	23	32	29	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	21	31	29	14	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	19	39	24	13	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	22	35	30	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	32	38	19	7	4
Landw./Selbst./Freiber.	68	22	37	20	15	6
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	23	32	27	13	5
evangelisch	244	24	39	25	9	3
katholisch	111	23	33	25	15	3

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A78

Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	24	27	26	19	4
Geschlecht						
Männer	507	28	25	24	19	3
Frauen	532	21	28	27	19	5
Alter						
18-24 Jahre	114	31	23	28	18	0
25-34 Jahre	121	20	29	34	15	2
35-44 Jahre	171	28	28	24	16	4
45-59 Jahre	287	26	29	24	17	4
60 Jahre und älter	346	20	25	25	23	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	16	21	28	26	8
10. Klasse	482	18	27	29	22	4
Abitur	101	38	32	23	7	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	38	29	19	10	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	27	29	26	15	4
in Ausbildung	79	35	25	23	17	0
arbeitslos	54	13	25	23	35	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	20	23	26	25	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	19	27	27	24	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	26	31	28	12	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	43	29	21	5	3
Landw./Selbst./Freiber.	68	29	30	21	16	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	25	27	25	19	4
evangelisch	244	27	29	27	13	4
katholisch	111	16	22	32	26	3

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A79

Deutschland braucht hartes Durchsetzen gegenüber Ausland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	19	28	29	20	4
Geschlecht						
Männer	507	21	28	29	21	3
Frauen	532	17	29	30	19	6
Alter						
18-24 Jahre	114	23	31	26	17	2
25-34 Jahre	121	12	32	36	14	6
35-44 Jahre	171	18	28	33	16	4
45-59 Jahre	287	23	30	28	16	3
60 Jahre und älter	346	17	24	27	28	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	14	18	29	32	6
10. Klasse	482	14	27	34	21	3
Abitur	101	28	35	26	8	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	28	36	22	11	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	20	29	32	15	4
in Ausbildung	79	21	38	27	15	0
arbeitslos	54	18	20	22	35	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	16	25	27	28	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	14	22	37	22	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	21	31	32	12	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	28	37	26	8	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	19	30	27	16	9
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	18	27	31	20	4
evangelisch	244	22	33	26	18	2
katholisch	111	16	22	29	23	9

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A80

Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne über- wiegend ab	stimme über- wiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	58	22	11	3	5
Geschlecht						
Männer	507	63	21	11	3	2
Frauen	532	53	23	12	3	9
Alter						
18-24 Jahre	114	64	22	10	3	2
25-34 Jahre	121	53	27	13	2	5
35-44 Jahre	171	58	27	9	0	5
45-59 Jahre	287	56	21	13	4	5
60 Jahre und älter	346	60	18	11	3	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	49	14	22	4	11
10. Klasse	482	58	25	9	3	5
Abitur	101	62	23	10	2	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	64	22	7	2	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	60	22	11	2	5
in Ausbildung	79	63	25	4	4	3
arbeitslos	54	45	29	14	6	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	57	20	12	3	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	53	24	15	2	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	57	23	10	2	8
höh.-leit. Ang./Beamte	74	69	20	8	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	74	12	8	3	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	56	22	13	3	5
evangelisch	244	64	21	10	1	3
katholisch	111	58	21	6	2	13

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Tabelle A81

Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	33	30	20	9	8
Geschlecht						
Männer	507	35	31	18	9	7
Frauen	532	31	30	22	8	10
Alter						
18-24 Jahre	114	40	35	15	8	2
25-34 Jahre	121	28	40	23	5	4
35-44 Jahre	171	37	32	20	5	6
45-59 Jahre	287	34	31	20	8	8
60 Jahre und älter	346	29	25	20	13	13
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	24	25	23	12	15
10. Klasse	482	27	33	22	11	7
Abitur	101	43	36	17	2	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	47	27	15	4	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	35	31	21	7	6
in Ausbildung	79	44	37	9	9	0
arbeitslos	54	25	23	28	15	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	27	27	21	12	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	27	23	30	12	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	32	37	19	6	6
höh.-leit. Ang./Beamte	74	48	35	14	2	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	43	24	18	5	10
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	33	29	20	9	9
evangelisch	244	35	32	20	7	6
katholisch	111	26	35	19	10	10

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A82

Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	54	26	10	6	3
Geschlecht						
Männer	507	60	25	8	5	3
Frauen	532	49	27	12	7	5
Alter						
18-24 Jahre	114	57	27	5	8	3
25-34 Jahre	121	55	24	12	4	6
35-44 Jahre	171	62	27	6	3	3
45-59 Jahre	287	60	27	6	4	2
60 Jahre und älter	346	44	24	17	9	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	43	22	21	8	6
10. Klasse	482	52	28	9	7	3
Abitur	101	68	21	5	1	4
(Fach-)Hochschulabschluss	244	62	25	5	4	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	59	27	8	4	3
in Ausbildung	79	61	24	4	7	5
arbeitslos	54	52	21	10	11	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	44	25	16	9	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	51	31	12	3	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	60	27	7	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	71	23	3	2	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	57	27	6	6	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	57	24	9	7	4
evangelisch	244	52	30	11	4	2
katholisch	111	42	30	13	7	8

Jetzt einige Aussagen zu Politik. Bitte sagen Sie mir wiederum zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.: Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A83

Wir brauchen eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	14	17	33	35	1
Geschlecht						
Männer	507	16	17	33	34	2
Frauen	532	13	16	33	36	1
Alter						
18-24 Jahre	114	8	13	45	34	0
25-34 Jahre	121	6	26	38	31	0
35-44 Jahre	171	10	15	41	31	3
45-59 Jahre	287	18	20	29	31	1
60 Jahre und älter	346	18	12	25	43	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	10	10	30	49	1
10. Klasse	482	9	14	37	38	2
Abitur	101	17	24	35	24	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	27	23	26	23	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	15	19	36	28	2
in Ausbildung	79	8	18	36	38	0
arbeitslos	54	6	11	33	51	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	15	13	27	44	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	11	15	32	40	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	13	20	41	25	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	24	25	31	20	0
Landw./Selbst./Freiber.	68	20	18	34	27	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	14	14	31	40	2
evangelisch	244	16	21	33	28	1
katholisch	111	10	23	43	21	2

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A84

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	59	11	14	14	2
Geschlecht						
Männer	507	64	12	13	11	1
Frauen	532	54	11	15	17	4
Alter						
18-24 Jahre	114	59	16	15	9	1
25-34 Jahre	121	44	19	21	15	2
35-44 Jahre	171	64	15	11	8	1
45-59 Jahre	287	62	9	14	13	1
60 Jahre und älter	346	60	6	12	19	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	45	8	20	24	5
10. Klasse	482	55	13	16	14	2
Abitur	101	66	16	12	5	1
(Fach-)Hochschulabschluss	244	78	7	5	8	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	62	12	14	11	1
in Ausbildung	79	65	18	9	8	0
arbeitslos	54	49	8	19	23	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	58	8	13	17	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	53	11	21	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	60	16	13	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	72	11	6	10	2
Landw./Selbst./Freiber.	68	74	6	10	8	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	58	12	13	16	1
evangelisch	244	64	8	17	9	1
katholisch	111	56	11	12	12	9

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A85

Gehorsam und Disziplin wichtig

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	18	25	33	23	0
Geschlecht						
Männer	507	17	25	34	24	0
Frauen	532	20	25	32	22	2
Alter						
18-24 Jahre	114	12	30	51	7	0
25-34 Jahre	121	13	37	33	16	1
35-44 Jahre	171	25	31	27	16	1
45-59 Jahre	287	25	24	31	19	1
60 Jahre und älter	346	13	16	33	38	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	9	15	39	37	0
10. Klasse	482	17	26	33	23	0
Abitur	101	29	33	31	6	2
(Fach-)Hochschulabschluss	244	24	26	30	18	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	23	29	33	14	2
in Ausbildung	79	13	26	52	9	0
arbeitslos	54	19	21	28	32	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	12	17	32	38	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	20	31	28	20	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	21	28	38	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	30	30	27	13	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	29	27	29	14	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	18	25	31	24	2
evangelisch	244	20	26	36	17	0
katholisch	111	11	19	42	29	0

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A86

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	67	14	9	5	4
Geschlecht						
Männer	507	70	15	7	5	3
Frauen	532	65	13	12	4	5
Alter						
18-24 Jahre	114	47	24	18	7	4
25-34 Jahre	121	47	17	24	9	3
35-44 Jahre	171	67	13	7	8	5
45-59 Jahre	287	73	15	6	3	3
60 Jahre und älter	346	77	10	6	1	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	54	13	15	10	8
10. Klasse	482	64	18	10	5	3
Abitur	101	75	11	10	0	3
(Fach-)Hochschulabschluss	244	83	10	4	0	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	68	15	9	5	4
in Ausbildung	79	53	19	22	4	3
arbeitslos	54	50	20	10	18	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	74	11	8	2	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	57	18	9	11	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	65	16	11	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	86	6	7	0	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	79	13	1	2	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	67	14	10	6	4
evangelisch	244	70	15	9	2	4
katholisch	111	67	17	7	3	6

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A87

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	70	16	6	2	7
Geschlecht						
Männer	507	71	16	7	2	4
Frauen	532	69	15	6	1	9
Alter						
18-24 Jahre	114	73	19	4	0	4
25-34 Jahre	121	67	17	13	1	2
35-44 Jahre	171	72	14	6	2	5
45-59 Jahre	287	72	17	4	0	7
60 Jahre und älter	346	66	14	7	3	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	62	15	8	3	12
10. Klasse	482	64	20	8	2	7
Abitur	101	77	14	5	0	5
(Fach-)Hochschulabschluss	244	84	9	3	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	72	16	5	1	6
in Ausbildung	79	73	20	5	0	3
arbeitslos	54	59	20	14	0	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	65	15	9	3	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	65	21	4	3	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	73	15	7	1	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	86	9	2	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	68	70	15	1	1	13
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	72	14	6	2	6
evangelisch	244	71	18	5	0	7
katholisch	111	55	19	14	3	9

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Die Juden haben etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A88

Der Stärkere sollte sich durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht/keine Angabe
Insgesamt	1039	54	24	12	8	2
Geschlecht						
Männer	507	54	26	13	7	0
Frauen	532	55	22	11	10	3
Alter						
18-24 Jahre	114	40	33	19	7	0
25-34 Jahre	121	41	30	17	11	1
35-44 Jahre	171	52	28	12	8	0
45-59 Jahre	287	63	26	6	4	0
60 Jahre und älter	346	57	16	12	11	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	213	42	21	19	16	3
10. Klasse	482	51	29	12	8	1
Abitur	101	62	24	8	5	0
(Fach-)Hochschulabschluss	244	69	18	7	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	511	57	26	10	7	0
in Ausbildung	79	48	28	19	5	0
arbeitslos	54	37	29	15	19	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	353	55	18	13	10	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	138	53	28	10	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	228	57	26	10	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	63	22	10	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	68	59	23	8	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	684	54	23	12	9	1
evangelisch	244	55	28	10	5	1
katholisch	111	53	24	13	8	2

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen. Wie ist das mit: Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärke durchsetzen.